



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Einheit und Differenz

Heft 5.2015

Informationen zur Raumentwicklung

Herausgeber	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Schriftleitung	Harald Herrmann Markus Eltges Robert Kaltenbrunner
Wissenschaftliche Redaktion	Gabriele Sturm
Lektorat	W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG
Satz und Gestaltung	Marion Kickartz
Druck	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Verlag und Vertrieb	Franz Steiner Verlag Birkenwaldstraße 44 70191 Stuttgart Telefon +49 711 2582-0 Telefax +49 711 2582-390 service@steiner-verlag.de und Buchhandel

Redaktionsschluss: 15. August 2015

Die Beiträge werden von der Schriftleitung/wissenschaftlichen Redaktion gezielt akquiriert. Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Die vom Autor vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement 72,00 € (6 Hefte einschl. Register) zzgl. Versandkosten (Inland: 10,80 €, Ausland: 19,80 €); Einzelheft 19,00 € (versandkostenfrei) – Preise incl. MwSt. Ihr Abonnement der Informationen zur Raumentwicklung hat eine Laufzeit von 12 aufeinander folgenden Monaten. Es verlängert sich um jeweils weitere 12 Monate, wenn es nicht spätestens 6 Wochen vor Ende der Laufzeit schriftlich beim Verlag gekündigt wird. Siehe: www.bbsr.bund.de > Veröffentlichungen > IzR

Nachdruck und Vervielfältigung:
Alle Rechte vorbehalten



ISSN 0303 – 2493

Einheit und Differenz

Heft 5.2015

Inhalt

		Seite
Gabriele Sturm	Einführung	415
Ádám Radvánszki	Ost-West-Disparitäten in Europa: Vergangenheit? An- und Einsichten anhand von ESPON-Projekten	417
Gesine Krischausky Petra Kuhlmann	Kaleidoskop: Staatspräsenz und Gesellschaftsverständnis I	427
Christoph Asendorf	Berlin – Bühne der Macht. Königsstadt, geteilte Stadt, Bundeshauptstadt	433
Gesine Krischausky Petra Kuhlmann Gabriele Sturm	Kaleidoskop: Staatspräsenz und Gesellschaftsverständnis II	446
Béatrice von Hirschhausen Caroline Garrido Marie Hocquet	Jenseits politischer Zäsuren? Berliner Phantomgrenzen in aktuellen Praktiken und Diskursen	451
Christel Köhle-Hezinger	Die Flachstrecke. Wohn-Erinnerungen, D-Ost	461
Markus Burgdorf Lukas Kiel Gabriele Sturm	Kaleidoskop: Finanzielle und soziokulturelle Ressourcen	466
Christine Weiske	Konflikte in einer alternden Stadt	471
Wolfgang Kil	Ländliche Szenen. Die Uckermark als Transformationslandschaft	487
Antonia Milbert	Kaleidoskop: Räumliche Mobilität	494
Wendelin Strubelt	Zur Persistenz räumlicher Strukturen – am Beispiel der Stadtentwicklung im (ost-)deutschen Transformationsprozess	499
Ricarda Ruland	Die deutsche Einheit im Spiegel des Städtebaulichen Denkmalschutzes	519
Nadine Körner-Blätgen	Kaleidoskop: Minderjährige in deutschen Landen – was zeigt welche Karte?	531

Einheit und Differenz

Einführung

Gabriele Sturm

Am 3. Oktober dieses Jahres feiern wir in Deutschland den 25. Jahrestag der Deutschen Einheit. Dem war damals ein turbulentes Jahr vorausgegangen, das nicht nur Deutschland verändert hat. Aber: Was eint Deutschland – früher und heute? Oder: Wie einzig ist Deutschland hinsichtlich gesellschaftlicher Vorstellungen oder erwünschter Entwicklungen? Welches gegenseitige Lernen hat stattgefunden? Wo ist Differenz ernst zu nehmen und wo sollten vereinfachende Zuschreibungen ad acta gelegt werden?

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 wurde 40 Jahre nach Staatsgründung der DDR und 28 Jahre nach Bau der Berliner Mauer die Westgrenze der DDR für die eigenen Bürgerinnen und Bürger wieder geöffnet. Dem waren mehrere Monate mit Massenprotesten (zuerst gegen die Kommunalwahlfälschungen im Mai 1989), Forderungen nach Reisefreiheit und anhaltende Ausreisebewegungen (vor allem über Ungarn und die Tschechoslowakei) vorausgegangen. In den knapp elf Monaten bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD fanden in den ostdeutschen Ländern gewaltige gesellschaftliche Umwälzungen statt. Aus dem Protestslogan „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“, die neu entstehenden politischen Gruppen debattierten mit SED und Vertretern anderer Staatsorgane am runden Tisch über die Zukunft des Landes, die Stasi wurde aufgelöst und am 18. März 1990 fand die erste freie und zugleich letzte Wahl zur Volkskammer der DDR statt, aus der die Allianz für Deutschland (Bündnis aus CDU, DSU und DA) als Wahlsieger hervorging. Zum 1. Juli 1990 wurde im Rahmen der Währungs-, Wirtschafts- und Sozial-

union in der DDR die D-Mark eingeführt. Schließlich wurde am 3. Oktober 1990 die Herstellung der Einheit Deutschlands vollzogen, nachdem im September zunächst in Moskau der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag) unterzeichnet worden war und dann sowohl die Volkskammer der DDR als auch der Bundestag diesem Einigungsvertrag zugestimmt hatten. Am 2. Dezember 1990 fand dann die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl statt, aus der die CDU mit Helmut Kohl als Bundeskanzler als stärkste politische Partei hervorging.

Seither scheint das Zusammenwachsen zu einem Deutschland vor allem durch Angleichung der Lebensbedingungen in Ostdeutschland geleistet worden zu sein. Gleichwohl gibt es auch nach 25 Jahren noch deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostteil der heutigen Republik. Sind aber alle heute zu konstatierenden Ost-West-Unterschiede ausschließliche Folge von gut 40 Jahren Teilung des Landes? Welchen Einfluss haben die beiden deutschen Entwicklungswege mit ihren divergierenden Moderne-Vorstellungen und ihrem zugehörigen Menschenbild heute noch? Oder waren die deutschen Länder und Regionen nicht auch schon vor dem Zweiten Weltkrieg sehr unterschiedlich geprägt, so dass sich heute verschiedenste regionale Besonderheiten und historische Erfahrungen überlagern, von denen Ost-West nur eine Ebene ist? Wo verlaufen sichtbare und insbesondere unsichtbare Grenzen durch Deutschland? Oder wurden diese während der vergangenen 150 Jahre mit ihren massiven Wanderungsbewegungen so stark überlagert, dass sie heute irrelevant sind?

Dr. Gabriele Sturm
ist Projektleiterin im Referat
Stadt-, Umwelt- und Raum-
beobachtung im Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und Raum-
forschung.
gabriele.sturm@bbr.bund.de

Die Beiträge dieses IzR-Heftes können nicht all die hier kurz aufgeworfenen Fragen beantworten. Die Autorinnen und Autoren bieten stattdessen eine Vielfalt unterschiedlicher Zugriffe, um deutsche Verhältnisse unverstellt darzustellen und zu beurteilen. Die unterschiedlichen Lebenserfahrungen als Ost-, West- oder „Nichtdeutsche“ beeinflussen dabei selbstverständlich auch den professionellen Blick. Neben den textlichen Auseinandersetzungen um Einheit und Differenz in Deutschland nach 25 Jahren Einheit enthält das Heft zudem – jeweils unter dem Obertitel „Kaleidoskop“ zusammengefasst – zahlreiche Karten für ausgewählte Indikatoren, deren Ausprägungen auf (un-)gleiche Verteilungen von Ressourcen und menschlichen Verhaltensäußerungen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik hinweisen. Alles zusammen soll Sie, liebe Leserin, lieber Leser, anregen, in der heutigen Einheit nicht nur überkommene West-Ost-Differenzen zu suchen und zu finden. In der Mitte Europas gelegen bietet die Bundesrepublik eine große Vielfalt, die es immer neu zu entdecken lohnt.

Das Heft startet mit einem Beitrag von *Ádám Radvánszki* über seine Erfahrungen in ESPON-Projekten bezüglich der wahrgenommenen wie der statistisch sichtbaren Grenze(n) zwischen Ost- und Westeuropa. Dann folgt ein erstes Kaleidoskop zum Themenfeld „Staatspräsenz und Gesellschaftsverständnis“. Anschließend widmet sich *Christoph Asendorf* der Ikonografie einer Stadt: Es geht um Berlin, um die Aufsichtung und Tradierung von historischen Bildern und Themen, die den Charakter der Stadt prägen. Ein zweites Kaleidoskop beleuchtet dann wiederum verschiedene Aspekte von „Staatspräsenz und Gesellschaftsverständnis“. Es folgen zwei stark ethnologisch geprägte Artikel: *Béatrice von Hirschhausen*, *Caroline Garrido* und *Marie Hocquet* widmen sich zwei Orten, die im Grenzbereich der beiden Berliner Stadtteile Wedding und Prenzlauer Berg liegen, und beschreiben, welche Wirksamkeit die Inkorporierung der früheren Berliner Mauer bis heute im Alltag entfaltet. *Christel Köhle-Hezinger* wählt für ihr Essay ein typisches Möbelstück der DDR-Zeit, die „Flachstrecke“, und rankt darum Wohnassoziationen aus West und Ost, Nord und Süd. Das folgende Kaleidoskop schenkt „finanziellen und soziokulturellen Ressourcen“ Aufmerk-

samkeit. *Christine Weiske* analysiert anschließend einen Konflikt um die Nutzung eines leer stehenden Gebäudes in der Stadt Chemnitz, wofür sie mögliche Erklärungen aus der ungleichgewichtigen Altersstruktur der Stadt ableitet. Ein bereits sehr stark entleerter ländlicher Raum hat es *Wolfgang Kil* angetan, der betrachtet, welcher Lebensstilmix im Gefolge derzeitiger Raumpioniere in der Uckermark entsteht. Ein weiteres Kaleidoskop behandelt Aspekte „räumlicher Mobilität“. Die beiden letzten Artikel widmen sich der Persistenz räumlicher Strukturen: Zunächst stellt *Wendelin Strubelt* die Stadtentwicklungsprozesse in den ersten Jahren nach der ostdeutschen Wende vor. Sodann zieht *Ricarda Ruland* ein Zwischenfazit des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz, das zunächst nur für die neuen Länder entwickelt wurde und inzwischen als bundesweites Programm etabliert ist. Ein abschließendes Kaleidoskop macht darauf aufmerksam, wie vorsichtig mit (möglichen) Ost-West-Unterschieden in der Darstellungsform Karte umzugehen ist.

Der Blick ist in den Beiträgen meist doch stärker auf den Osten als auf den Westen der Bundesrepublik gerichtet. Dies ist unabhängig vom Geburtsort der Autorinnen und Autoren oder ihrem beruflichen Wirkungsort im einen oder anderen Landesteil. Insofern folgen die Fokussierungen dem bereits oben formulierten Eindruck, dass das Zusammenwachsen des heutigen Deutschlands vor allem im Osten bewerkstelligt wurde, bzw. der theoretischen Annahme, dass das Systemdenken des Westens das des Ostens letztendlich dominiert. Anders gelagerte Analysen brauchen vielleicht noch mehr zeitlichen Abstand und bleiben der Zukunft vorbehalten.

Ost-West-Disparitäten in Europa: Vergangenheit?

Ádám Radvánszki

An- und Einsichten anhand von ESPON-Projekten

Im sozialistischen Teil Europas konnte man bis 1990 kaum an grenzenlose Freizügigkeit denken. 25 Jahre später verlaufen die Grenzen in Europa anders: Grenzen verschwanden und Grenzen entstanden. Die deutsche Einheit ist eng mit der europäischen Integration verbunden. Mit den Erweiterungsrounds sind viele postsozialistische Regionen in den EU-Binnenmarkt eingebunden worden – mit Auswirkungen auf die sozioökonomischen Entwicklungen in diesen Regionen. Die europäische Integrationspolitik war mit der Hoffnung verbunden, dass die Disparitäten zwischen Ost und West schnell aufgehoben würden. Wie Analysen des Europäischen Raubeobachtungsnetzwerks ESPON jedoch zeigen, sind die Unterschiede nicht verschwunden. Während einige postsozialistische Regionen im europäischen Vergleich gut dastehen, drohen woanders neue Polarisierungen. So zeichnet sich in den neuen EU-Mitgliedsstaaten das Risiko einer inneren Polarisierung zwischen den Hauptstadt- und den übrigen Regionen ab.

Europa ohne Grenzen? Dies war eine Idee, die man im sozialistischen Teil des Kontinents kaum glauben konnte. Vor der Wende gab es in der „fröhlichsten Baracke“* sogar zwei verschiedene Reisepassformate für Privatpersonen: rot für den Osten, blau für den Westen. Überhaupt waren die Reisebestimmungen in jedem Land unterschiedlich. Die Bewegungsfreiheit von Menschen oder Unternehmen ist heute in weiten Teilen Europas ganz normal, andernorts – auch in Europa – schränken Grenzen nach wie vor die Mobilität ein. In den letzten 25 Jahren wurden Grenzen aufgebaut, umgebaut, abgebaut – vor allem im ehemaligen Ostblock, aber auch zwischen Ost und West, angefangen in Deutschland. Die europäische Integration hat neue Rahmenbedingungen geschaffen und neue Perspektiven für europäische Regionen eröffnet. Wie haben sich Ost und West in Europa entwickelt? Bis zu welchem Grad hat der Osten ökonomisch aufgeholt? Wie haben sich die Verhältnisse zwischen Regionen verändert? Das europäische Raubeobachtungsnetzwerk ESPON liefert zahlreiche Analysen, die Informationen auch zu diesen Fragen geben können. In diesem Artikel wird versucht, (Teil-)Antworten zu dem Themenaspekt Ost-West-Integration auszuloten.

Die Politik baut Grenzen ab und auf – und ändert die Rahmenbedingungen

Die gesellschaftlichen Entwicklungen in den 1980er-Jahren haben Druck auf die Politik ausgeübt, sogar in autoritär regierten Ländern. Der Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs – und damit die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas – waren eng miteinander verbunden. Eine Aktion in Ungarn an der Grenze zu Österreich im August 1989 hatte den Namen „paneuropäisches Picknick“. Obwohl bei dieser Aktion die Staatsgrenze nur räumlich und zeitlich begrenzt geöffnet wurde, war die Auswirkung dieses lokalen Ereignisses wesentlich größer – zeitlich wie räumlich gesehen. Umgekehrt haben große strukturelle und politische Veränderungen Auswirkungen bis auf die lokale-regionale Ebene gehabt.

Die enge Verbindung zwischen der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der europäischen Integration waren schon zur Zeit der Wende erkannt mit entsprechenden rechtlichen Konsequenzen. Der Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR vom 31. August 1990 stellte bereits den Zusammenhang zwischen der Wiedervereinigung und der europäischen Integration klar dar, denn sie hatten vor

*) Nach der Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn 1956 wurde János Kádár als Ministerpräsident des Landes eingesetzt. Nach sehr autoritär geprägten Anfangsjahren ließ Kádár Ende der 1960er-Jahre Wirtschaftsreformen durchführen, die im Land zu steigendem Lebensstandard führten. Dieser konnte während der 1970er-Jahre jedoch nur mit Krediten aus Staaten des Westblocks aufrechterhalten werden. Westliche Journalisten beschrieben die Atmosphäre jener Jahre mit dem Ausdruck „die fröhlichste Baracke“ des Kommunismus – was von der ungarischen Bevölkerung als Selbstbezeichnung übernommen wurde.

Ádám Radvánszki
ist Projektleiter im Referat Europäische Raum- und Stadtentwicklung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
adam.radvanszki@bbr.bund.de

„durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben gewährleistet, in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden ist“ (BMJV 2013). Die deutsche Einheit war der erste Schritt im Prozess der Osterweiterung der EU bzw. zu jenem Zeitpunkt zu einer umfassenderen Europäischen Gemeinschaft. Im Laufe der Jahre wurde die europäische Integration im politischen Sinne vorangetrieben und damit die Rahmenbedingungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die Reintegration der Regionen Europas nach Jahrzehnten der geteilten Systeme geändert.

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurden andere Staaten in Europa jedoch nicht in ihrer Einheit gestärkt, sondern – im Gegenteil – getrennt. Die Sowjetunion, Jugoslawien und die Tschechoslowakei haben Teilungen erlebt, die zum Teil mit heftigen Konflikten einhergegangen sind und bis heute vielerorts unsichere Situationen hinterlassen haben. Damit entstanden Staatsgrenzen da, wo es früher keine gab. Die Freizügigkeit von Menschen, Unternehmen, Kapital, Produkten und Dienstleistungen wurde eingeschränkt. Gefühle, gedachte und materielle Grenzlinien zwischen Regionen wurden neu definiert, wodurch sich die Rahmenbedingungen der territorialen Entwicklung in Europa stark verändert haben.

Die ostdeutschen Regionen sind mit dem Einigungsvertrag sehr schnell der Europäischen Gemeinschaft (EG) beigetreten. Aber auch die europäische Integration wurde seitdem fortgeführt – sowohl horizontal als auch vertikal. Zum einen wurde das Gebiet der Europäischen Union horizontal erweitert: Nach dem Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland 1995 hat die EU 2004 mit ihrer größten Erweiterungsrunde auch ehemalige sozialistische Regionen aufgenommen. Damit wurden „westliche“ Werte und Systeme – wie Demokratie und Marktwirtschaft – weitgehend auch auf postsozialistische Staaten übertragen. Mit den Erweiterungen 2007 und 2013 sind weitere Staaten Osteuropas beigetreten und

haben damit die Rahmenbedingungen der EU für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen übernommen. Zum anderen wurde seit dem Fall des Eisernen Vorhangs die europäische Integration auch vertikal vertieft: Eine Reihe von Verträgen hat die Rahmenbedingungen geändert und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verstärkt. Nicht alle Mitgliedstaaten der EU haben alle europäischen Verträge unterschrieben. So gibt es Ausnahmen, wo die Einheit der europäischen Grundlagen durch Hindernisse verschiedenster Art gebrochen ist: Einige Staaten haben sich entschieden, Grenzkontrollen oder die eigene Währung zu behalten. Einige neue Mitgliedstaaten haben gewisse Voraussetzungen noch nicht erfüllt und konnten so möglicherweise auch erwünschte Gemeinsamkeiten nicht übernehmen. In einigen Kernbereichen gibt es also innerhalb der EU weiterhin verschiedene Ausgangsbedingungen für regionale bzw. nationale Entwicklungen.

Der *Vertrag über die Europäische Union* (EU 2010) setzt als Ziel die Förderung von „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ (ebd.: Art. 3 EUV). Mit der Ergänzung des Vertrages durch den Lissabon-Vertrag wurde also auch die territoriale Dimension des Zusammenhalts als Ziel eingeführt. Genauer wurde es im Vertrag über die Arbeitsweise der EU definiert: „Die Union setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern“ (ebd.: Art. 174 AEUV). Innerhalb der EU ist es also ein Ziel, den Zusammenhalt zwischen den Regionen und Städten voranzubringen. Auch wenn dieses Ziel erreicht werden könnte, bedeutete es jedoch, dass ein Risiko für neu entstehende Bruchlinien zwischen EU und ihren europäischen Nachbarn besteht.

Die Wende hat in den ehemaligen sozialistischen Regionen viel Hoffnung auf einen schnellen wirtschaftlichen Aufholprozess mitgebracht, aber der Strukturwandel der 1990er-Jahre hat bald für Enttäuschung gesorgt. In den postsozialistischen EU-Mitgliedstaaten hat der Weg zum EU-Beitritt diese Hoffnung wiederbelebt. Wie steht es um den territorialen Zusammenhalt zwischen Ost und West 25 Jahre nach der Wen-

de und gut zehn Jahre nach der größten Erweiterungsrunde der EU? Dieser Frage gehe ich im nächsten Kapitel anhand einer Reihe von aktuellen europäischen Forschungsergebnissen des ESPON-Programms nach.

Europäische Raumforschung im Dienst des europäischen territorialen Zusammenhalts – ESPON

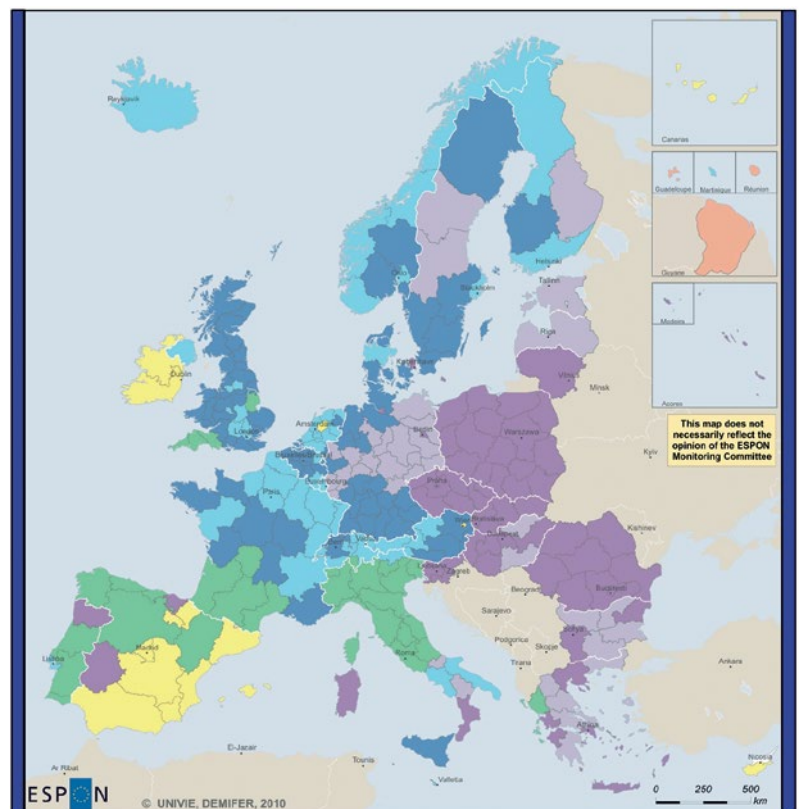
Bis zum Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags (EU 2007) war Raumentwicklung eine nationale Kompetenz der EU-Mitgliedstaaten. Erst seit 2009 ist die Zuständigkeit in der Politik des territorialen Zusammenhalts zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten geteilt. Allerdings hatten die Mitgliedstaaten schon in den 1990er-Jahren entdeckt, dass die Regionen Europas sich gegenseitig beeinflussen und Raumentwicklungspolitik deshalb eine Koordination zwischen den Staaten braucht. Um systematisch Informationen über die räumliche Entwicklung Europas zu gewinnen, finanziert die Europäische Kommission zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten das ESPON-Programm. Transnationale Expertengruppen führen aufgrund praxisrelevanter Fragestellungen Analysen für den sogenannten ESPON-Raum durch. Mit den erarbeiteten Befunden ist Europa besser zu verstehen. So können sie zu einer wissenschaftsbasierten Politik beitragen. Neben den EU-Mitgliedstaaten nehmen auch Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz am ESPON-Programm teil. Das Programm liefert Informationen über verschiedene Aspekte räumlicher Entwicklung. Die Forschungsprojekte widmen sich entweder einem bestimmten Raumtyp (z. B. Metropolen, ländlicher Raum, Klein- und Mittelstädte) oder einem raumrelevanten Thema (z. B. Demografie, Wirtschaftskrise, Klimawandel). Damit ermöglichen sie der Politik, wichtige Herausforderungen der europäischen Raumentwicklung zu identifizieren, wissenschaftsbasierte Entscheidungen zu treffen und passende Ziele zu setzen. Die ESPON-Analysen liefern also wertvolle Informationen – jedoch in der Regel nur für den ESPON-Raum. Dadurch entstehen neue Grenzen: Grenzen der Datenverfügbarkeit oder Grenzen zwischen der EU, Osteuropa, Westbalkan und Nordafrika. Einige Projekte wagen aber auch den Blick über die Grenzen der EU bzw. des ESPON-Raums hinaus.

All dies kann hier im Weiteren nicht einbezogen werden. Für die Thematisierung europäischer Grenzen muss ich mich in diesem Artikel auf die Quellen einiger weniger diesbezüglich relevanter ESPON-Projekte beschränken. Was wurde in diesen Projekten über Einheit und Differenz diskutiert? Wo sind wir heute – europäisch gesehen – auf dem Weg zu mehr Einheit? Und wo konstatieren wir alte und neue Differenzen?

Fortbestehendes Ungleichgewicht in Europa – zwischen Ost und West

Vor der Wende haben sich viele osteuropäische Menschen überlegt oder gar vorgenommen, irgendwie aus ihrem Staat zu flüchten und im Westen einen Neustart zu schaffen. Die Staaten des Ostblocks hingegen wollten die Abwanderung ihrer Be-

Karte 1
Typologie des demografischen Status in der EU, 2005



EUROPEAN UNION
Part-financed by the European Regional Development Fund
INVESTING IN YOUR FUTURE

Type	Classification
1	Euro Standard
2	Challenge of Labour Force
3	Family Potentials
4	Challenge of Ageing
5	Challenge of Decline
6	Young Potentials
7	Overseas

Regional level: NUTS 2, except UK: NUTS 1
Source: ESPON 2013 Database 2010
Origin of data: Eurostat, NSA 2005/09
© EuroGeographics Association for administrative boundaries

Quelle: ESPON DEMIFER Projekt

völkerung mit Verstärkung der physischen Grenze verhindern. Mit dem Fortschritt der europäischen Integration sind die Grenzen zum Teil verschwunden, und mit dem Recht auf Freizügigkeit können EU-Bürgerinnen und -Bürger ihren Wohnort heute auch grenzüberschreitend frei wählen. Neben natürlichen Faktoren wie Geburt und Mortalität beeinflussen derzeit vor allem grenzüberschreitende Wanderungen die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur in den Mitgliedstaaten.

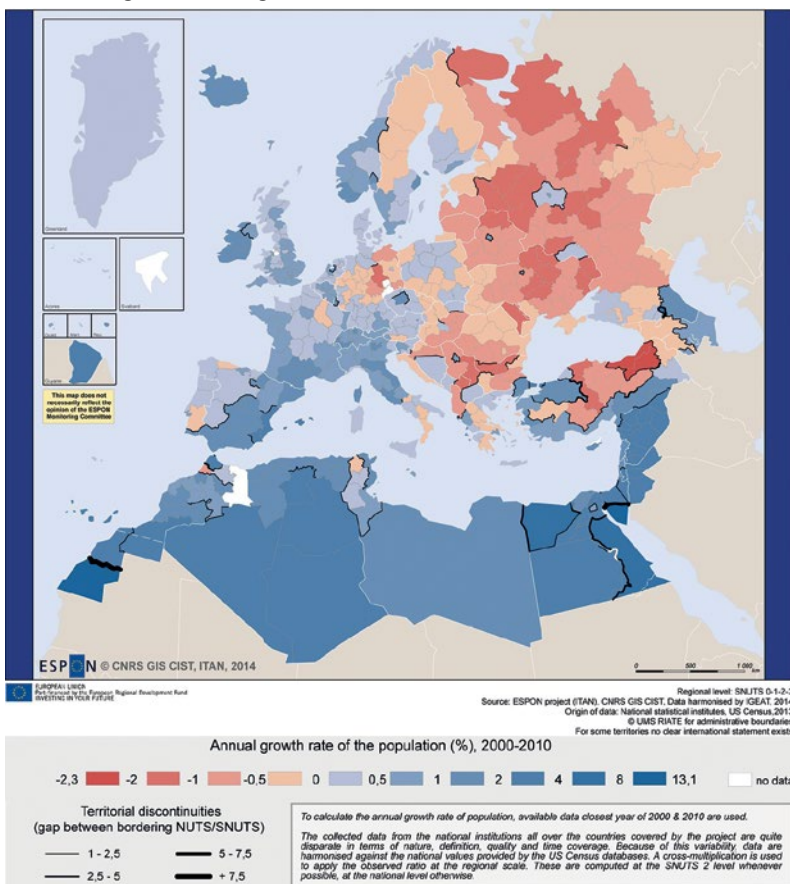
Obwohl im DEMIFER-Projekt (ESPO; NIDI 2010) die Typologie der Regionen aufgrund von verschiedenen demografischen Indikatoren festgelegt wurde, ist auf Karten die Grenze zwischen Ost und West immer deutlich zu sehen (Karte 1, S. 419). Die Regionen des ehemaligen Ostblocks weisen mehr oder weniger durchgängig Bevölkerungsrückgang auf. Alle postsozialistischen Regionen zeigen die Merkmale schrumpfender Regionen und Schwierigkeiten mit

ihrem Arbeitsmarkt. Daraus entsteht auf der Landkarte wie im Kopf der Menschen ein zusammenhängendes Gebiet aus postsozialistischen Ländern und Griechenland. Stark schrumpfende Regionen sind vor allem in Ostdeutschland, Estland, Lettland sowie in einzelnen Regionen Ungarns und Bulgariens zu sehen. Im Gegensatz zu der Homogenität der postsozialistischen Regionen zeigen die westeuropäischen Regionen eine große Vielfalt bezüglich der demografischen Merkmale. Diese Typologie wurde am Anfang des ESPON 2013-Programms entwickelt und berücksichtigt weder die Wanderungsströme infolge der Öffnung des EU-Arbeitsmarktes noch der Wirtschaftskrise – oder gar die aktuelle Zuwanderung von Flüchtlingen aus nichteuropäischen Staaten.

Um die heutigen Grenzen in Europa besser zu verstehen, ermöglicht das Projekt ITAN (ESPO 2014), einige wichtige Grundinformationen über die Nachbarschaft der EU zu gewinnen. Die Bevölkerungsentwicklung in den Nachbarstaaten nach Himmelsrichtung (Ost, Südost, Süd) ist unterschiedlich. Die östlichen Nachbarn, vor allem Staaten der ehemaligen Sowjetunion, haben einen starken Bevölkerungsrückgang. Nur wenige Teilgebiete, vor allem Hauptstädte mit ihrem engeren Einzugsbereich, zeigen eine positive Entwicklung der Bevölkerungszahl (Karte 2). Ähnliche Entwicklungen sind in Staaten des ehemaligen Jugoslawien zu beobachten, obwohl Slowenien und Kroatien mittlerweile Mitglieder der EU sind. Dabei ist selbstverständlich nicht zu vergessen, dass der vorherige Staat durch Unruhen und Krieg zerfallen ist. Das hatte zur Folge, dass in der südöstlichen Nachbarschaft zwischen 1991 und 2011 die Bevölkerung um 2 Millionen Menschen (10 %) zurückgegangen ist.

Mit einem Blick auf die grenzüberschreitenden Wanderungsdaten hat ESPON versucht, die Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erfassen. In den Jahren 2007 bis 2012 hat sich mancherorts die Richtung der Wanderungen geändert. In den von der Wirtschaftskrise stark betroffenen Staaten – wie Island, Irland, Portugal, Spanien oder Griechenland – hat sich der Wanderungssaldo von positiv auf negativ geändert (ESPO 2013). Gleichzeitig hat die Nettozuwanderung in Deutschland und Österreich zugenommen. Deren Veränderung ist unter

Karte 2
Bevölkerungsentwicklung in der EU und deren Nachbarschaft



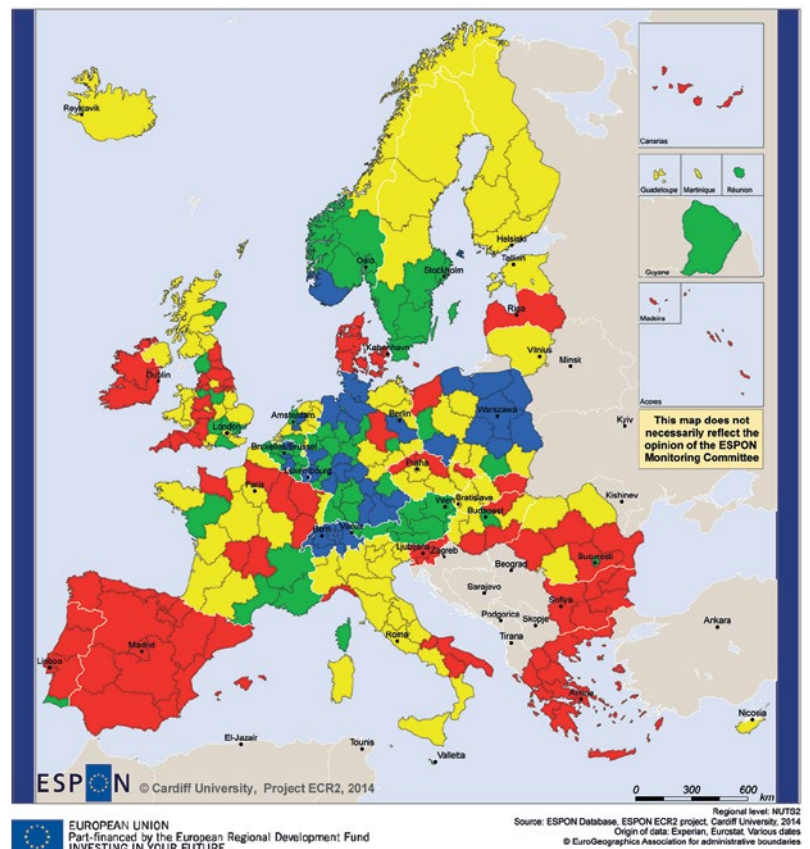
Quelle: ESPON ECR2 Projekt

anderem damit zu erklären, dass diese beiden Länder die Grenzen ihres Arbeitsmarktes für die Arbeitnehmer der neuen Mitgliedstaaten erst 2011 geöffnet haben.

In den neuen Mitgliedstaaten der EU sieht man unterschiedliche Entwicklungen: Slowenien und Tschechien haben einen positiven, aber zurückgehenden Wanderungssaldo, die mitteleuropäische Staaten haben eine relativ stabile Wanderungsbilanz, und die osteuropäische Staaten – wie Rumänien, Bulgarien und die baltischen Staaten – haben eine relativ starke Abwanderung. Unterschiede zwischen Ost und West bilden sich in den Wanderungsströmen also deutlich ab.

Die Bevölkerungsentwicklung innerhalb der EU-Staaten steht oft in Zusammenhang mit der Wirtschafts- bzw. Arbeitsmarktlage. Die Finanzkrise 2008 und die Folgekrisen der Realwirtschaft und der öffentlichen Finanzen haben räumlich unterschiedliche Auswirkungen in den Regionen Europas gezeigt. Im ECR2-Projekt (ESPON 2014) wurde die Widerstandsfähigkeit der Regionen unter anderem mit einem relativ einfachen, aber ziemlich aussagekräftigen Modell getestet. Das Modell berücksichtigt das Vorkrisen-Niveau und die Nachkrisen-Entwicklung der Wirtschaft. In Europa waren sowohl Regionen im Osten als auch im Westen von der Wirtschaftskrise betroffen. Der Verlauf des ehemaligen Eisernen Vorhangs ist nur deshalb deutlich zu sehen, weil die widerstandsfähigsten europäischen Regionen in Österreich, Westdeutschland und Süd-Schweden zu sehen sind. Sowohl im Osten als auch im Westen Europas weisen die Regionen hinsichtlich ihrer Widerstandsfähigkeit eine große Vielfalt auf. Die nationalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten einen großen Einfluss darauf, wie stark die Wirtschaftsleistung der Regionen von der Krise betroffen war. Vor allem in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland waren die Regionen ähnlich negativ betroffen: In der Periode 2008 bis 2011 konnten diese Regionen sich von der Wirtschaftskrise nicht erholen und gar kein Wachstum aufweisen. So droht ökonomisch eher eine Nord-Süd Spaltung und weniger eine Ost-West Spaltung. Auch von den postsozialistischen Regionen konnten sich viele bis 2011 nicht von der Wirtschaftskrise erholen. Aber es gab auch Räume, die in der

Karte 3
Widerstandsfähigkeit der Regionen in der Wirtschaftskrise



Legend

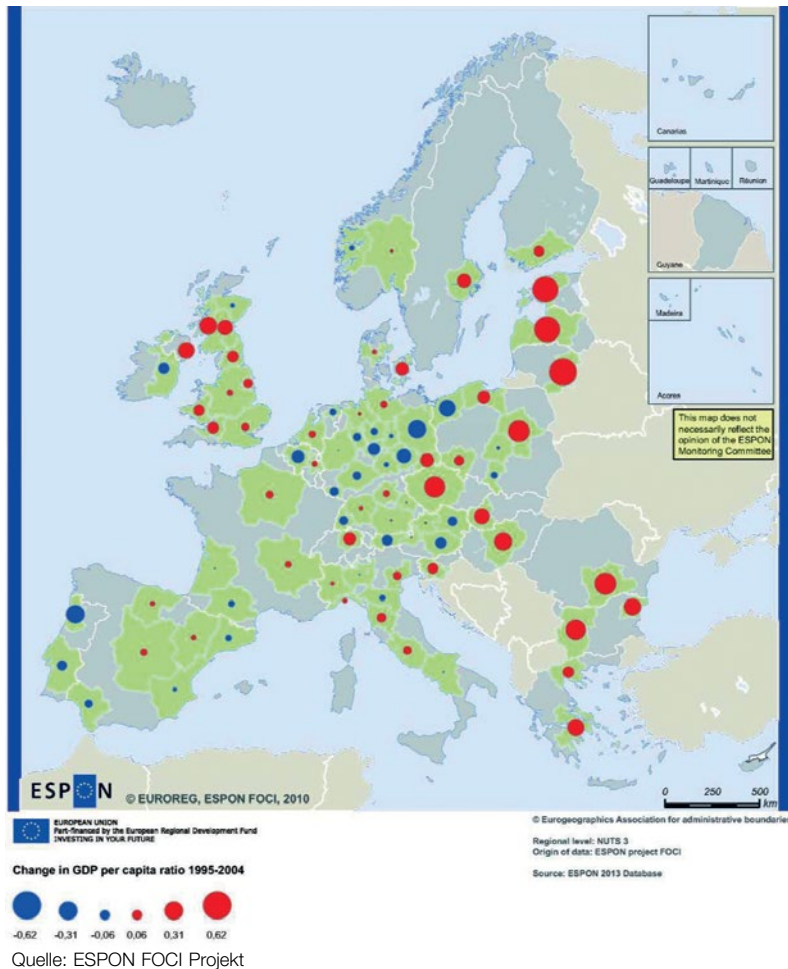
 Resistant	 Not Recovered: Upturn	 No data
 Recovered	 Not Recovered: No Upturn	

Quelle: ESPON ECR2 Projekt

Krise relativ widerstandsfähig waren, wie die Regionen Ost-Polen und einige Hauptstadtregionen wie Warschau, Budapest, Bukarest oder Berlin. Die hatten entweder keinen Rückgang der Beschäftigung oder aber eine schnelle Erholung nach dem Rückgang (Karte 3).

Hauptstadtregionen nehmen eine besondere Rolle in den postsozialistischen Staaten ein. Im Vergleich zu den alten Mitgliedstaaten gibt es wesentlich weniger Metropolen in den neuen Mitgliedstaaten, und diese sind in den meisten Fällen lediglich die Hauptstädte, wie es bereits das FOCI-Projekt (ESPON 2010) darstellte. Es fehlen Großstädte, die genug Funktionen aufweisen könnten, um eine polyzentrische und ausgewogene Entwicklung zu gewährleisten. Auf dem Territorium des ehemali-

Karte 4
Veränderung der Disparitäten zwischen Metropolen und deren Hinterland



gen Ostblocks können nur Ostdeutschland und Polen zentrale Metropolfunktionen außerhalb der Hauptstadtregionen aufweisen. Wichtiger Unterschied zwischen den alten westlichen und östlichen Staaten ist die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Metropolen und deren Hinterland (Karte 4). In den meisten Regionen des ehemaligen Westens ist dieses Verhältnis bezüglich der Wirtschaftsleistung relativ ausgewogen, ohne große Veränderungen im Zeitverlauf. Im Osten hat sich dieses Verhältnis über die letzten Jahre stark verändert. In Ostdeutschland ist eher eine relativ starke Dekonzentration der Wirtschaftsleistung zu sehen, während in den anderen ehemaligen sozialistischen Staaten eine starke Konzentration der Wirtschaft in den Metropolen, den Hauptstädten, festzustellen ist. Trotz dieser Konzentration der Wirtschaftsleistung in den wenigen Metropolen der neuen EU-Mitgliedstaaten sind diese Städte weni-

ger in die globale Wirtschaft eingebunden. Die Firmenzentralen globaler Firmen zum Beispiel konzentrieren sich vor allem auf das sogenannte Pentagon-Gebiet, also das Gebiet zwischen London-Paris-Mailand-München-Hamburg. Im Osten sind lediglich die Hauptstädte in der Lage, den Zentralen von Firmen mit globaler Bedeutung eine attraktive Standortoption anzubieten.

Zukünftig zu erwartende Disparitäten

Politik soll Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft finden. Es ist deutlich zu sehen, in welchen Bereichen Europas die Teilung zwischen Ost und West auch nach mehr als zwei Jahrzehnten spürbar ist. Aber wie geht es weiter? Diese Frage ist schwer zu beantworten. Das ESPON ET2050-Projekt (2014) hat versucht, entlang mehreren Szenarien die Zukunft der räumlichen Entwicklung in Europa aufzubereiten.

Aufgrund der Modellrechnungen des Projektes wird eine weitere Teilung hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung erwartet: Die postsozialistischen Regionen dürften weiter stark schrumpfen – mit einigen Ausnahmen vor allem der Hauptstadtregionen. Dabei weisen die Regionen östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs eine relative Homogenität auf. Hingegen entwickeln sich die Bevölkerungszahlen der Regionen im Westen ziemlich unterschiedlich. So könnte sich in Mitteleuropa der statistisch sichtbare Verlauf des Eisernen Vorhangs auflösen, viele Regionen in Österreich und Westdeutschland können ähnliche Schrumpfung erwarten wie die Regionen im Osten (Karte 5).

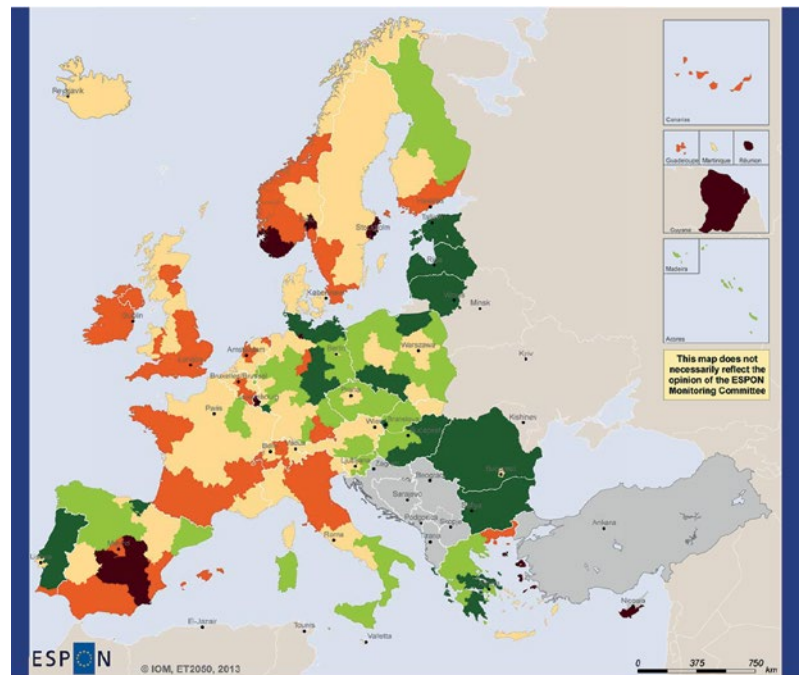
Unmittelbar nach der Wende war eine der größten Hoffnungen, dass die östlichen Regionen nach einer schnellen Übergangsperiode aufholen könnten. Diese Hoffnung war eine wichtige Triebfeder sowohl für die Wiedervereinigung Deutschlands als auch für die Erweiterung der EU. Das Aufholen gelang jedoch nicht so schnell wie erwartet. Die ökonometrischen Modelle des ET2050-Projektes haben verschiedene Szenarien für die BIP-Entwicklung in der Zukunft erarbeitet. Neben dem Baseline-Szenario (business as usual) wurden explorative Modelle unter drei extremen Rahmenbedingungen durchgeführt: Alternative 1 rechnete mit einer Wirtschaftsrezession, in der

Globalisierung und Wachstum der Schwellenländer zu geringerem Wachstum der Industrieländer führen. Alternative 2 rechnet mit einem starken technischen Fortschritt, der durch Innovationen zu höherer Produktivität führt. Alternative 3 rechnet mit steigenden Energiepreisen bzw. Energiesteuern und dadurch höheren Kosten. Das Projekt kombinierte diese Rahmenbedingungen mit drei möglichen Schwerpunkten der EU-Kohäsionspolitik:

- a. Metropolen werden gefördert;
- b. Die zweite Reihe der Städte wird gefördert;
- c. Ländliche Regionen und Klein- und Mittelstädte werden gefördert.

Im Baseline-Szenario werden die postsozialistische Regionen ihre Positionen in Bezug auf BIP je Einwohner im Vergleich zum EU-Durchschnitt meist behalten – aber Ostdeutschland, Tschechien, Südost-Polen, Nord-Ungarn, Mittel-Rumänien sowie Estland und Litauen werden in der Zukunft schneller wachsen als der EU-Durchschnitt. Hauptstädte wie Bukarest, Budapest, Bratislava können sogar ein relativ starkes BIP-Wachstum erwarten (Karte 6). In Westeuropa erwarten die Modellrechnungen eine eher ungleiche Entwicklung mit einer Vielfalt von regionalen Wachstumsraten. In der Folge droht den alten Mitgliedstaaten eine Vertiefung des Nord-Süd-Unterschiedes. Insgesamt wird erwartet, dass bis 2051 innerhalb der EU regionale Disparitäten abnehmen (Abbildung). Jedoch wird das BIP in den neuen Mitgliedstaaten das nominale Niveau der alten Mitgliedstaaten nicht erreichen, unabhängig davon, welches Extrem-Szenario gewählt wird (ESPON 2014).

Karte 5
Prognose der Bevölkerungsentwicklung in Europa

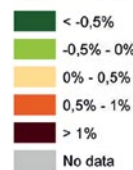


EUROPEAN UNION
Part-financed by the European Regional Development Fund
INVESTING IN YOUR FUTURE

Regional level: NUTS2
Origin of data: MULTIPOLES Model
© EuroGeographics Association for administrative boundaries

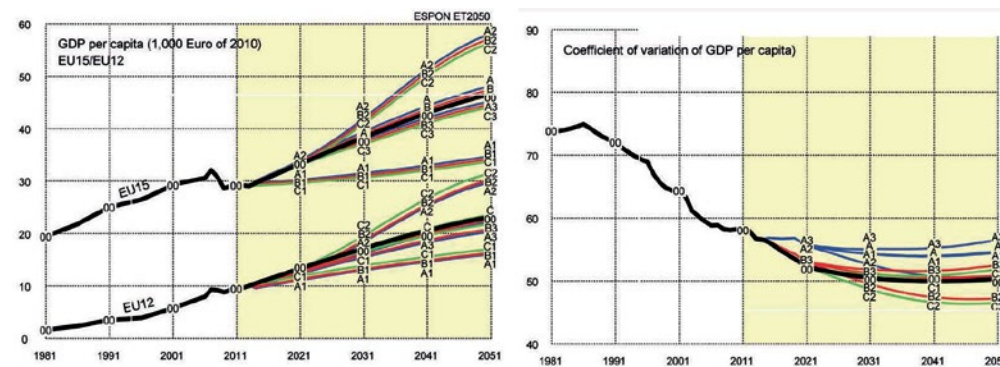
Annual population change (Units: %)

Measured by MULTIPOLES forecast model as annual population change



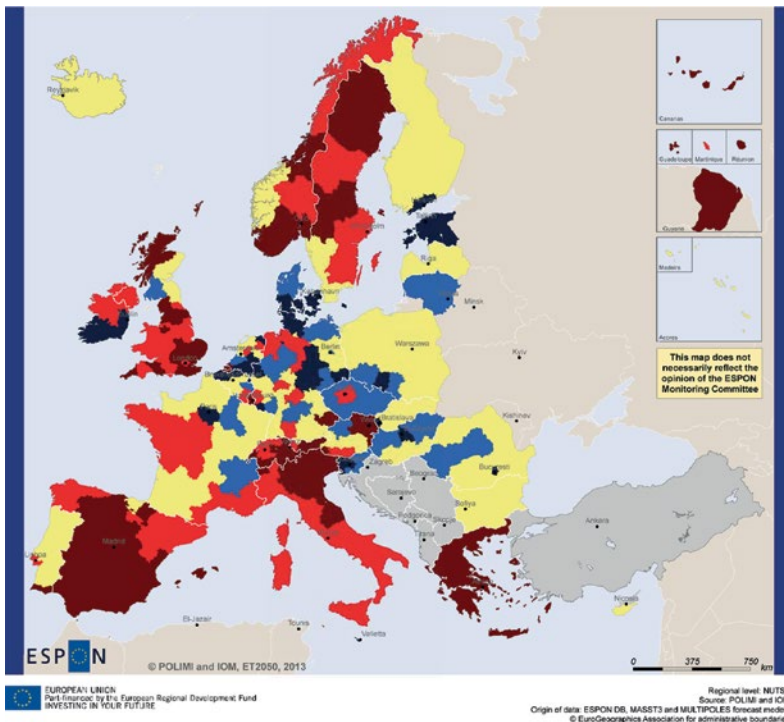
Quelle: ESPON ET2050 Projekt

Abbildung
Prognose der Veränderung des BIP



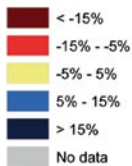
Quelle: ESPON ET2050 Projekt

Karte 6
Prognose der Veränderung des BIP-Wachstums im Vergleich zum EU-Durchschnitt



Relative change in GDP per capita growth in relation to EU27 average (Units%)

Measured by MASST3 and MULTIPOLES forecast models in percentage to EU27 average GDP growth



Quelle: ESPON ET2050 Projekt

Ökonometrische Modelle und quantitative Analysen können grobe, generalisierte und flächendeckende Schätzungen über Entwicklungspfade aufzeigen, aber qualitative Analysen können das Verständnis über die Entwicklungschancen verbessern. Insofern tragen auch schon bisherige qualitative Analysen über Mitteleuropa zu dem Verständnis über Unterschiede zwischen Ost und West bei. Die postsozialistischen Regionen in Mitteleuropa haben eine abhängige Marktwirtschaft, denn die Wirtschaft ist von ausländischen, externen (privaten und öffentlichen) Investitionen abhängig. Diese Investitionen bringen punktuell eine Modernisierung der Technologien und Arbeitsabläufe mit. Aber parallel dazu können Regionen, in denen diese Investitionen fehlen, nicht aufholen. Infolgedessen droht eine Segmentierung der Wirtschaft mit deutlichen räumlichen Unterschieden.

Auch die öffentlichen Investitionen sind meist von außen finanziert: In der Periode 2007 bis 2009 lag in sieben der zehn osteuropäischen postsozialistischen neuen Mitgliedstaaten der Anteil der Strukturfonds und deren Kofinanzierung über 50 % aller öffentlichen Investitionen (Healy/Bristow 2013). Die Abhängigkeit von externen Investitionen wird die räumlichen Disparitäten innerhalb der neuen Mitgliedstaaten erhöhen, und es droht das Risiko der weiteren Konzentration und Polarisierung – auch wenn diese Volkswirtschaften auf nationaler Ebene relativ aufholen.

Fazit

In der Euphorie unmittelbar nach der Wende gab es große Hoffnung auf ein schnelles wirtschaftliches Aufholen der postsozialistischen Regionen und auf eine Angleichung der Lebensbedingungen. Mit der EU-Erweiterung verstärkte sich diese Hoffnung in den neuen Mitgliedstaaten noch. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft infolge der Wende konnten die postsozialistischen Regionen über die Folgejahre hinweg ein relativ starkes BIP-Wachstum entwickeln und damit die Ost-West-Unterschiede verringern. Dieser Prozess brach jedoch während der Banken- und Finanzkrise, die sich nach 2008 zu einer Weltwirtschaftskrise entwickelte, ab. Die europäischen Regionen waren von diesem Umbruch vergleichsweise ungleich betroffen.

Die Grenze zwischen Ost und West ist in den Indikatoren für wirtschaftliche Entwicklung – und infolgedessen auch in denen der demografischen Entwicklung – immer noch sichtbar. Aber mit der Zeit wird der alte Grenzverlauf unschärfer, und neue Grenzen der Disparität entstehen: Diese zeigen sich insbesondere zwischen den durch externe Investitionen besser in die internationale Wirtschaft eingebundenen Regionen, was vor allem auf Hauptstadt-/Metropolregionen zutrifft, und weniger entwickelten Regionen. Wirtschaftslage, Lebensbedingungen und demografische Entwicklungen beeinflussen sich gegenseitig. Die meisten postsozialistischen Regionen müssen mit deutlich gewachsenen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Schrumpfung der Bevölkerung und des Arbeitskräftepotenzials rechnen.

Das gilt nicht nur für die EU-Länder, sondern auch für die Staaten in deren östlicher Nachbarschaft. Unterschiede zwischen Ost und West werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahrzehnten sichtbar und quantitativ messbar sein. In den neuen EU-Mitgliedstaaten besteht zudem das Risiko der weiteren inneren Polarisierung zwischen den Hauptstadt- und den anderen Regionen. Um die Chancen für eine ausgewogene Raumentwick-

lung in Europa besser auszuloten, müssen quantitative Analysen mit qualitativen Bewertungen ergänzt werden. Damit könnten die postsozialistischen Entwicklungen besser verstanden und effizientere Maßnahmen der Raumentwicklungspolitik entwickelt und umgesetzt werden. Eine stärkere thematische Verknüpfung könnte zudem andere Fachpolitiken beeinflussen, die sie betreffenden räumlichen Aspekte der Entwicklung stärker zu berücksichtigen.

Literatur

BMJV – Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, 2013/1991: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) – EinigVtr (BGBl. 1990 II S. 889). Berlin/Bonn. Zugriff: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/einigvtr/gesamt.pdf> [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON (Hrsg.), 2013: Post-crisis migration trends – challenges and opportunities for Europe's competitiveness. Evidence Brief 6. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/main/Menu_Publications/Menu_EvidenceBriefs [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; Cardiff University (Hrsg.), 2014: ECR2. Economic crisis: Regional economic resilience. Final Report. Zugriff: http://orca.cf.ac.uk/70798/1/ECR2_Draft_Final_Report.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; French National Centre for Scientific Research CNRS/GIS CIST (Hrsg.), 2014: ITAN – Integrated Territorial Analysis of the Neighbourhoods. Zugriff: http://www.espon.eu/main/Menu_Projects/Menu_AppliedResearch/itan.html [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; MCRIT Ltd (Hrsg.), 2014: ET2050 Territorial Scenarios and Visions for Europe. Final Report. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/ET2050/FR/ET2050_FR-00_Table-of-Contents.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute – NIDI (Hrsg.), 2010: DEMIFER – Demographic and Migratory Flows affecting European Regions and Cities. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/DEMIFER/FinalReport/Final_report_DEMIFER_incl_ISBN_Feb_2011.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

ESPON; ULB (Hrsg.), 2010: FOCI Future Orientations for Cities. Final Scientific Report. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/FOCI/FOCI_FinalReport_ScientificReport-r.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

EU – Europäische Union (Hrsg.), 2010: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union (EUV) und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Luxemburg. Zugriff: http://europa.eu/pol/pdf/consolidated-treaties_de.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

EU – Europäische Union (Hrsg.), 2007: Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007. Amtsblatt der Europäischen Union, 50. Jg. (C 306). Zugriff: https://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/de_lisbon_treaty.pdf [abgerufen am 10.09.2015]

Healy, Adrian; Bristow, Gillian, 2013: Economic Crisis and the Structural Funds. ESPON Applied Research Project ECR2 – Economic Crisis: Resilience of regions. Luxemburg. Zugriff: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/AppliedResearch/ECR2/OD-ECR2-article_Economic-Crisis-and-the-Structural-Funds.pdf

Kaleidoskop: Staatspräsenz und Gesellschaftsverständnis I

Gesine Krischausky
Petra Kuhlmann

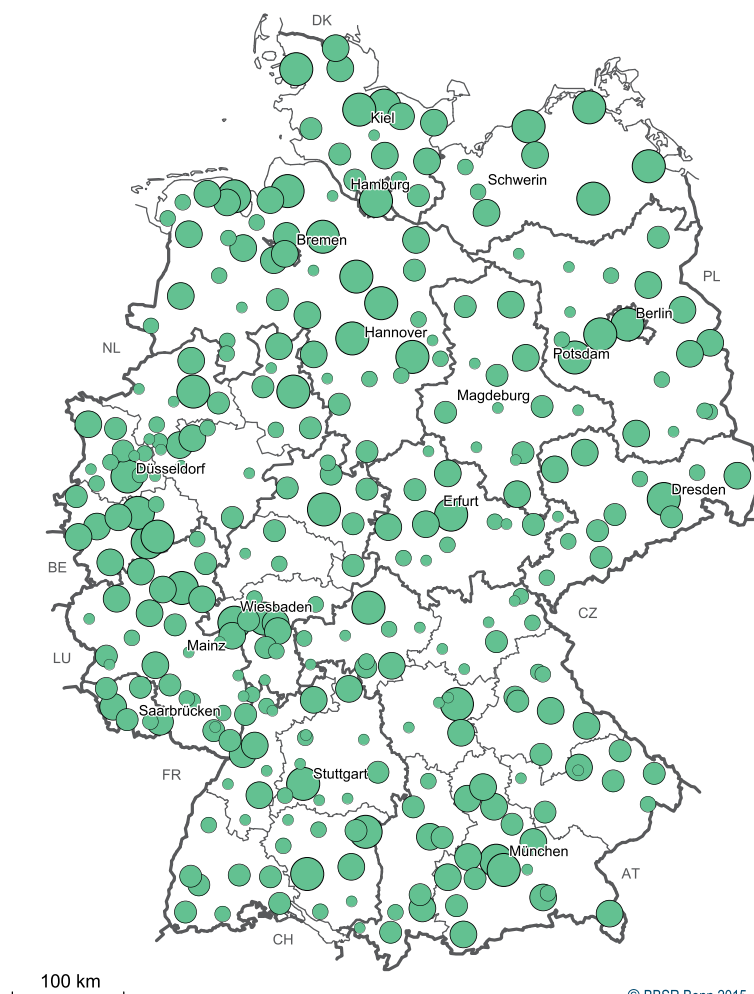
Beschäftigte des Bundes

Staatliche Aufgaben werden in Deutschland auf den drei Verwaltungsebenen des Bundes, der Länder und der Kommunen wahrgenommen. Auf den ersten Blick sind vor allem alle Uniformträgerinnen und -träger als Vertreter staatlicher Ordnung sichtbar – sie repräsentieren jedoch nur den kleinsten Teil derer, die sich berufsmäßig um die Erfüllung öffentlicher Aufgaben und damit um das Funktionieren unseres Gemeinwesens kümmern. Von allen Staatsdienern – so der Sprachgebrauch bis 1920 – ist nur der vergleichsweise geringste Teil aller im heutigen öffentlichen Dienst Beschäftigten unmittelbar für die Bundesebene tätig: 2010 waren dies gut 457.000 Beamte, Richter, Soldaten

und Tarifbeschäftigte (von insgesamt mehr als 4,6 Millionen Beschäftigten in mittelbaren und unmittelbaren Bereichen des öffentlichen Dienstes).

Bei Neugründungen oder der Verlagerung von Bundeseinrichtungen soll unter anderem auf regionalen Bedarf und raumordnungspolitisch auf mögliche Entwicklungsimpulse für strukturschwache Gebiete eingegangen werden. Die Verteilung der Beschäftigten des Bundes scheint – abgesehen von typischen Bundeswehrstandorten – vor allem mit der regionalen Bevölkerungsdichte zusammenzuhängen.

Gesine Krischausky
Petra Kuhlmann
sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Referat Stadt-, Umwelt- und Raumbeobachtung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
gesine.krischausky@bbr.bund.de
petra.kuhlmann@bbr.bund.de



Beschäftigte des Bundes

Bundesbedienstete in Vollzeitäquivalenten 2013

- unter 100
- 100 bis unter 500
- 500 bis unter 1.000
- 1.000 bis unter 2.500
- 2.500 und mehr

Beschäftigte bei Behörden, Gerichten und Einrichtungen des Bundes (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen sowie der Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ohne Bundeseisenbahnvermögen). Berufs- und Zeitsoldaten zählen ebenfalls zu den Beschäftigten des Bundes.

Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, Personalstandstatistik des Bundes
Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2013
Bearbeitung: P. Kuhlmann



Bundestagswahlen 1994 und 2013 im Vergleich

Der fünfte Wahlsieg der schwarz-gelben Koalition in Folge mit Helmut Kohl als Kanzler – sein SPD-Konkurrent war Rudolf Scharping – fiel 1994 deutlich schwächer aus als der vierte am 2. Dezember 1990. Zwei Jahrzehnte später scheiterte die FDP an der 5-Prozent-Hürde. Von den Parteien der 2013 gebildeten Großen Koalition hatte die SPD besonders starke Verluste zu verzeichnen. Die Stimmanteile der CDU/CSU blieben im Vergleich bundesweit etwa gleich – mit deutlichen Gewinnen in Brandenburg. Linke und Bündnis 90/Die Grünen gewannen im Laufe von zwei Jahrzehnten: 2013 bekam die Linke auch im Westen Wählerstimmen, wo sie 1994 als PDS noch kaum präsent war. Die Grünen wurden vor allem im Westen stärker, fanden aber auch im Osten mehr Interesse als 1994.

Der Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 1994 trennte noch deutlich zwischen West und Ost. 2009 erreichte die Wahlbeteiligung mit durchschnittlich 70,8 % dann bundesweit einen Tiefpunkt. Der leichte Anstieg um 0,7 Prozentpunkte 2013 lässt keine Schlüsse auf die künftige Wahlbeteiligung zu. Immerhin gaben 2013 rund 4 Millionen Wähler weniger ihre Stimmen ab als 1994. Der Rückgang der Wahlbeteiligung im Westen ist mit knapp 8 Prozentpunkten deutlicher als im Osten mit 2,5 Prozentpunkten. Diese Angleichung

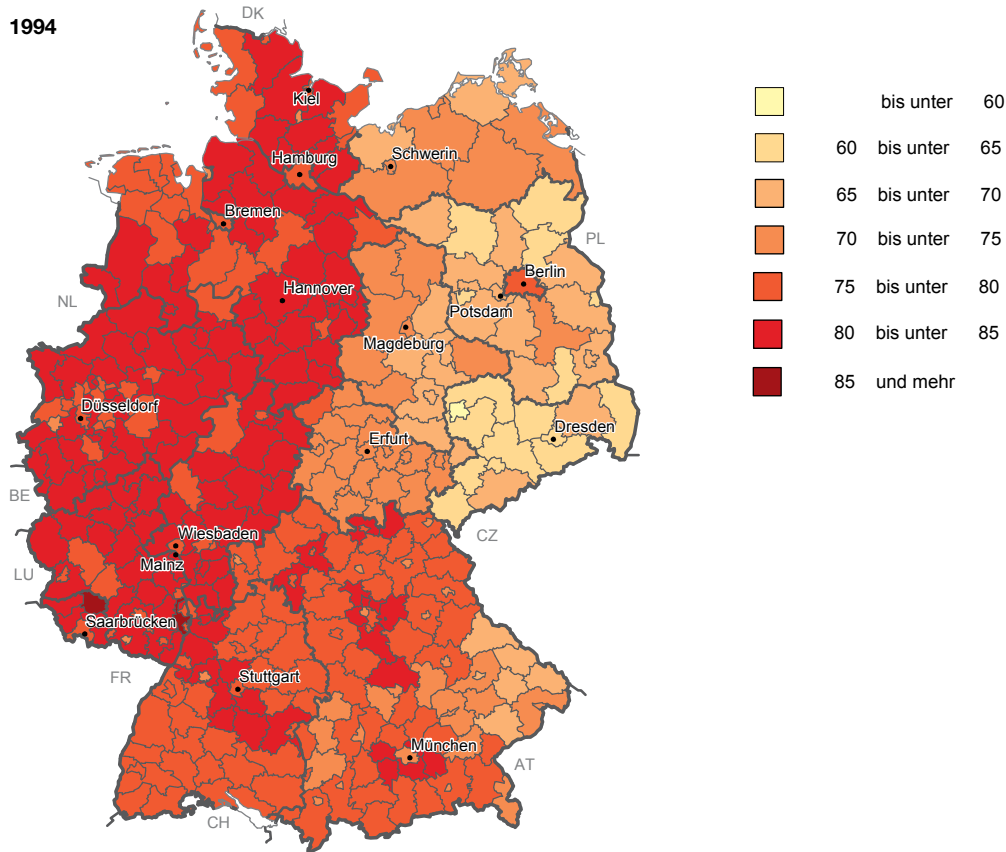
zwischen Ost und West dürfte auf Unzufriedenheit mit der Politik bei einer wachsenden Zahl – insbesondere junger – Bürgerinnen und Bürger zurückzuführen sein.

Der Zuwachs der „sonstigen Parteien“ zwischen den beiden Vergleichsjahren beträgt rund drei Millionen Wähler (ohne PDS 1994, ohne FDP 2013) und findet besonders ausgeprägt im Osten statt. Die „Sonstigen“ verteilen sich über das gesamte politische Spektrum und setzen sich in den beiden Vergleichsjahren unterschiedlich zusammen. 1994 waren die Republikaner mit rund 875.000 Wählern (1,9 %) die stärkste Splitterpartei – 2013 war es die AfD mit knapp über zwei Millionen Wählern (4,7 %), gefolgt von den Piraten (knapp 1 Million Stimmen = 2,2 %), der NPD (ca. 550.000 Stimmen = 1,3 %) und den Freien Wählern (gut 400.000 Stimmen = 1 %). Letztere konzentrieren sich hauptsächlich in den beiden süddeutschen Bundesländern. Abgesehen von der NPD ist den sonstigen „Spitzenreitern“ von 2013 gemeinsam, dass sie 1994 noch nicht existierten.

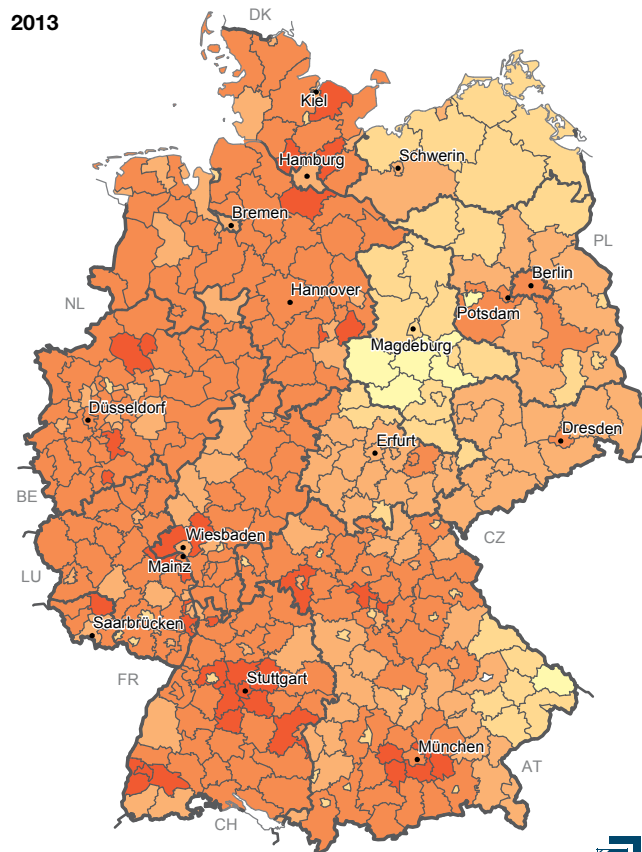
Rechnet man 2013 zu den rund 4,7 Millionen Wählern der „Sonstigen“ die Wähler der gescheiterten FDP (ca. 2,1 Millionen), haben knapp 16 % der Wähler eine Partei gewählt, die nicht ins Parlament gekommen ist.

Wahlbeteiligung der Bundestagswahlen 1994 und 2013

1994



2013



100 km

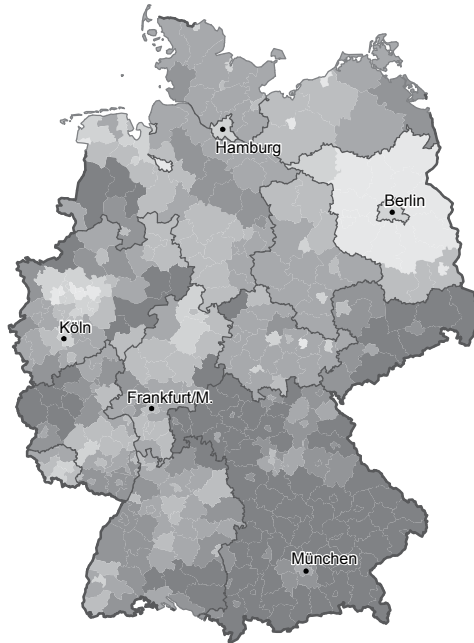
© BBSR Bonn 2015



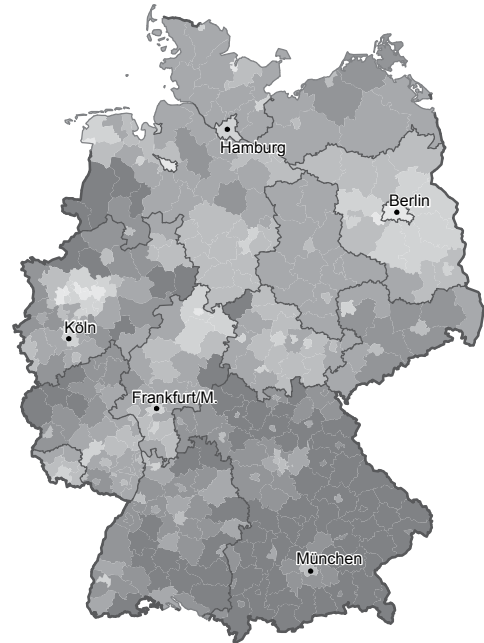
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR,
Allgemeine Bundestagswahlstatistik des Bundes und der Länder
Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2013
Bearbeitung: G. Krischausky

Bundestagswahlen

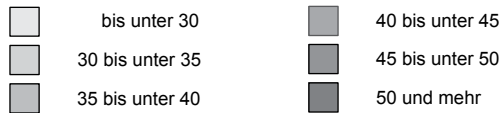
CDU 1994



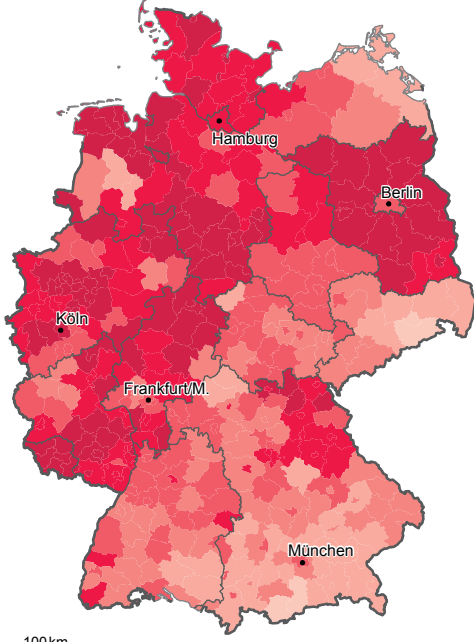
CDU 2013



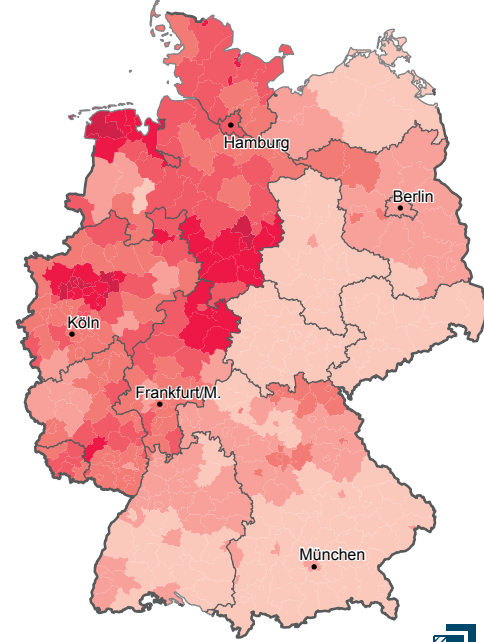
Stimmenanteile CDU/CSU in %



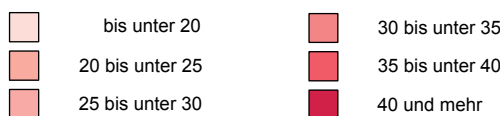
SPD 1994



SPD 2013



Stimmenanteile SPD in %

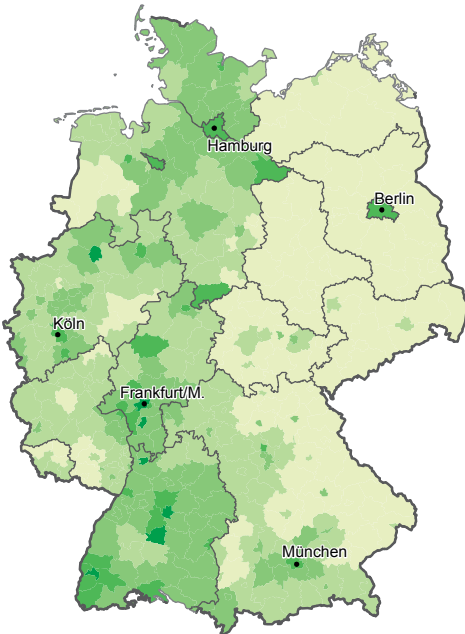


© BBSR Bonn 2015 

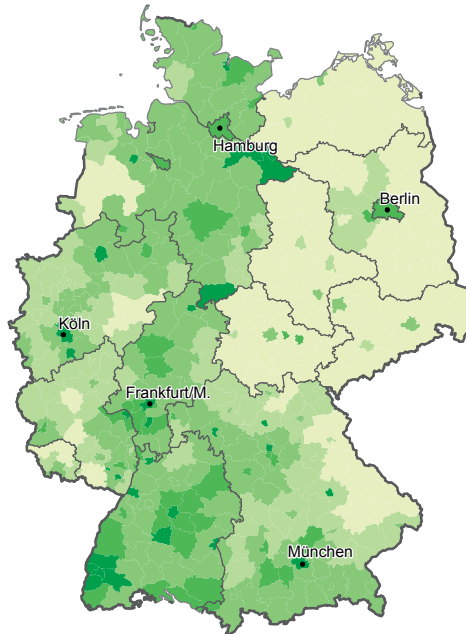
Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, Allgemeine Bundestagswahlstatistik des Bundes und der Länder
 Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Kreise, 31.12.2013
 Bearbeitung: P. Kuhlmann

Bundestagswahlen

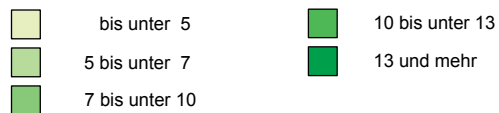
Bündnis 90/Die Grünen 1994



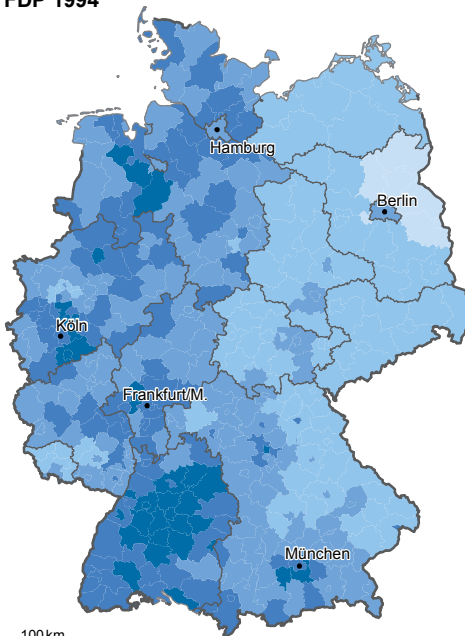
Bündnis 90/Die Grünen 2013



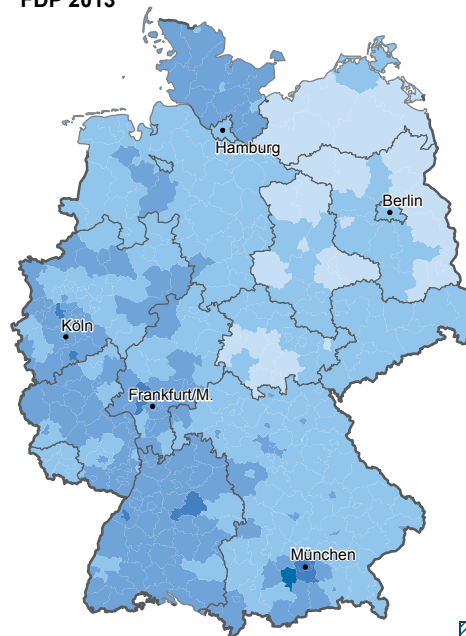
Stimmenanteile Bündnis 90/Die Grünen in %



FDP 1994



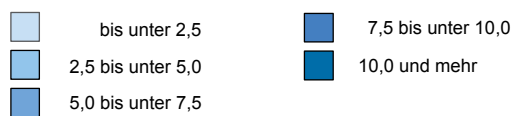
FDP 2013



100km

© BBSR Bonn 2015 

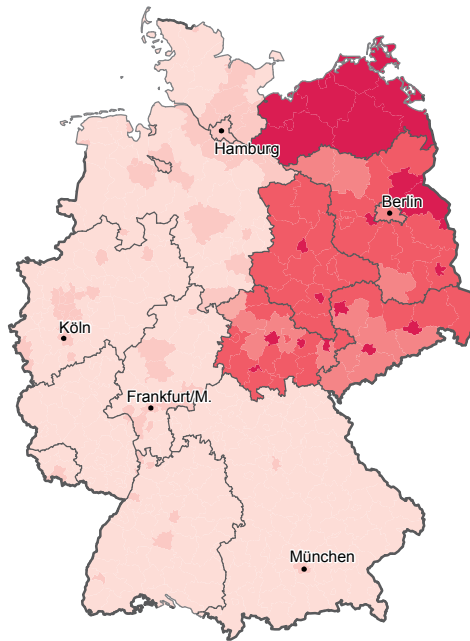
Stimmenanteile FDP in %



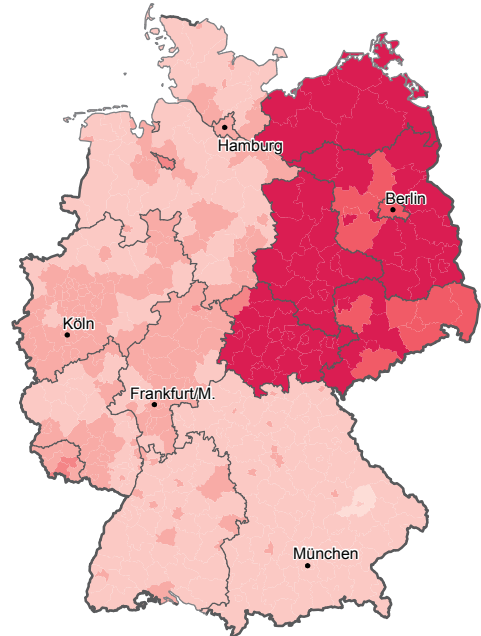
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Allgemeine Bundestagswahlstatistik des Bundes und der Länder
Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2013
Bearbeitung: P. Kuhlmann

Bundestagswahlen

PDS 1994



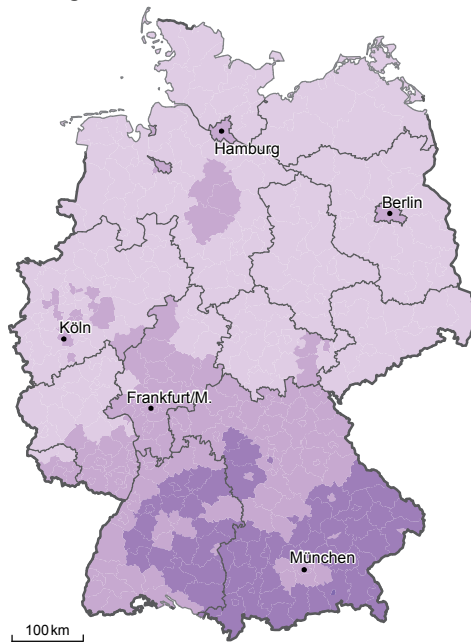
Die Linke 2013



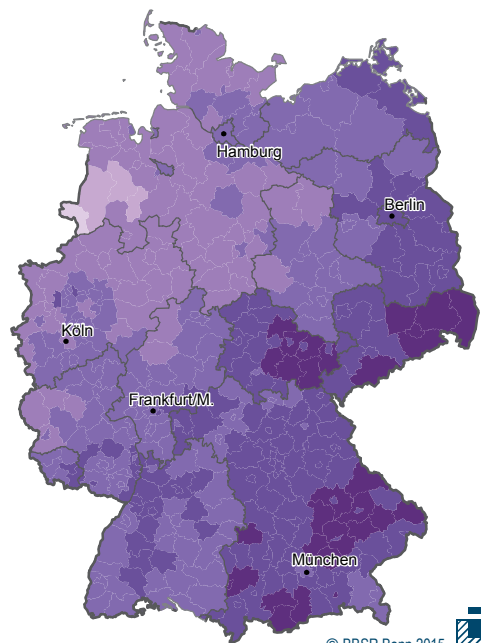
Stimmenanteile PDS/Die Linke in %



Sonstige Parteien 1994



Sonstige Parteien 2013



Stimmenanteile Sonstige Parteien in %



© BBSR Bonn 2015 

Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR, Allgemeine Bundestagswahlstatistik des Bundes und der Länder
 Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2013
 Bearbeitung: G. Krischasky

Berlin – Bühne der Macht* Königsstadt, geteilte Stadt, Bundeshauptstadt

Christoph Asendorf

Grob lässt sich die Geschichte Berlins als Hauptstadt in drei Phasen aufteilen – zunächst die Geschichte der Königsstadt und ihrer Bauten, dann die expansive und später zerstörerische Zeit vom Kaiserreich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, und schließlich die nach der Wiedervereinigung. Bei dieser Einteilung fehlt fast ein halbes Jahrhundert, die Zeit nämlich des geteilten Berlin und des Kalten Krieges zwischen 1945 und 1990. Diese Epoche unklarer Perspektiven und separater städtebaulicher Entwicklungen ist eine Besonderheit, welche die Geschichte Berlins von der anderer europäischer Hauptstädte unterscheidet. Begonnen hatte der repräsentative Ausbau Berlins nach der Königskrönung des brandenburgischen Kurfürsten mit dem Schlüter'schen Schloß, weiteren Bauten und Straßenzügen; an diesem bis heute sichtbaren Gerüst wurde bis in die Zeit Schinkels weiter gearbeitet. Danach entfaltete sich die Baugeschichte der Stadt über viele politische und architektonische Brüche hinweg, bis nach der Wiedervereinigung zum ersten Mal in großem Maßstab für einen demokratischen Staat gebaut wurde.

Unter den großen europäischen Hauptstädten ist Berlin jung, wenn man Rom, Paris oder London zum Vergleich nimmt. Lange Zeit war es auch nur der Sitz des Kurfürsten von Brandenburg und keineswegs die Hauptstadt eines großen Territorialstaates. Die unter dem Gesichtspunkt der Stadt als Machtraum relevante Geschichte Berlins beginnt erst 1701, als sich der Kurfürst von Brandenburg zum König in Preußen krönen lässt. Doch zur europäischen Metropole wächst Berlin erst im Kaiserreich nach 1871 heran – und diese Rolle verliert es mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933. Als Folge von deren verbrecherischer Politik wird die Stadt im Zweiten Weltkrieg großflächig zerstört und später auch noch geteilt. Die nun folgenden Jahre zwischen 1945 und 1989 sind die sicher eigenartigste Epoche in der Geschichte der Stadt, bevor sie 1989 wieder in ihre Hauptstadtfunktion eintritt.

1 Man kann die Nachkriegsära auch als eine Art „Latenzzeit“ betrachten, die ungefähr ein Sechstel der hier insgesamt betrachteten drei Jahrhunderte umfasst. Der sowjetische Sektor wird zur Hauptstadt der DDR, während West-Berlin von Bonn aus regiert wird. Trotz anderslautender Proklamatio-

nen entwickeln sich die beiden Stadthälften separat. Und damit entsteht auch die vom Kriegsende bis zur Wende andauernde grundsätzliche Unklarheit über das, was die Stadt ist und in Zukunft sein könnte. Die Lage am Nullpunkt 1945 war desparat. Man hat ausgerechnet, wie Wolfgang Schivelbusch in seinem Berlin-Buch erwähnt, dass bei einer Nachkriegs-Bevölkerung von drei Millionen Menschen auf jeden Einwohner 26 m³ Trümmerschutt kamen. Das veränderte auch das Erscheinungsbild der Stadt. Eine Publikation der Freien Universität trägt den vielsagenden Titel: „Die anthropogen bedingte Umwandlung des (Stadt-)Reliefs durch Trümmeraufschüttungen“ (1979: 11). Eine sichtbare Hinterlassenschaft dieser Aktivitäten ist der sogenannte Teufelsberg, eine heute für Freizeitaktivitäten genutzte künstliche Erhebung im Westen Berlins, entstanden durch Trümmeraufschüttungen, die aber hier nicht nur einen künstlichen Berg zur Folge hatten, sondern auch den angenehmen Nebeneffekt einer ganz anders gearteten Entsorgung: Ein Teil des Areals nämlich war bedeckt von dem fast fertigen Rohbau der „Wehrtechnischen Fakultät“, einem der großen repräsentativen Bauprojekte des NS-Staates, das nun unter Trümmerschutt begraben werden konnte (Reichhardt/Schäche 1984: 64 f., 110 f.).

*) Der Text ist die überarbeitete und aktualisierte Version eines 2008 an der New York University gehaltenen Vortrages; die ursprüngliche Fassung erschien in dem von Michael Minkenberg herausgegebenen Band „Power and Architecture“ (New York/Oxford 2014).

Kaum kann die Lage lakonischer und auch zynischer beschrieben werden als so, wie dies Bert Brecht mit seinem bekannten Aphorismus gelang: „Berlin, eine Radierung Churchills nach einer Idee Hitlers“ (zit. n. Schivelbusch 1979: 12). Je näher man zur Innenstadt kam, desto stärker waren die Zerstörungen. Allerdings standen zur Verwunderung mancher Beobachter immer noch viele Fassaden aufrecht vor den ansonsten zerstörten Häusern – Berlin nämlich zeigt sich auch darin als eine eher moderne Stadt, als es hier keinen mittelalterlichen Kern mit Häusern in Holzbauweise gab, der dann eben auch wie andersorts vollständig verbrannt wäre, sondern zahllose massive wilhelminische Bauten und moderne mit Stahlskelett, deren nicht mehr brauchbare Gerippe stehengeblieben waren (ebd.: 15). Der Zerstörungsgrad insgesamt war so hoch, dass es grundsätzliche Zweifel an der Möglichkeit wie auch der Berechtigung zum Wiederaufbau gab. Noch Anfang 1946 schrieb der Architekt Otto Bartning in einem Zeitschriftenartikel: „Wiederaufbau? Technisch, geldlich nicht möglich ... was sage ich? – seelisch unmöglich!“ (Lampugnani 1986: 158). Was dann dennoch wiederaufgebaut wurde, war ja auch nicht die Hauptstadt eines weiterbestehenden Staates, sondern eine von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges regierte Stadt in einem Staat, dessen Souveränität auf unabsehbare Zeit verloren war.

Dieser Faktor mag auch in die ersten grundlegenden planerischen Überlegungen mit hereinspielen, die sich ja, besonders im Falle des sogenannten Kollektivplans von 1946, den Hans Scharoun und andere verfassten (ebd.: 158 f.), durch eine aus heutiger Sicht erstaunliche Bereitschaft auszeichnen, mit dem alten Straßenraster nicht nur das alte Stadtbild endgültig zu beseitigen, sondern auch auf jede Form von Macht – im Sinne einer repräsentativen Hauptstadtarchitektur zu verzichten. Auf den ersten Blick lassen sich die Überlegungen nachvollziehen. Nicht nur war in jenen Jahren jede Art von Staatsarchitektur durch die monströsen Machtinszenierungen im NS-Staat diskreditiert, sondern es gab angesichts des Wohnungsmangels und zerstörter Infrastrukturen auch weder Priorität noch einen Adressaten für sie. Scharoun schlug also vor, die Stadt bis auf einen Traditionskern rund um Stadtschloss und Museums-

insel abzuräumen; der Neuaufbau sollte in Form einer „Stadtlandschaft“ erfolgen, für deren Gestalt das Urstromtal der Spree die grundsätzliche Orientierung lieferte. Auf der Grundlage eines orthogonalen Straßenrasters sollten hier Stadtviertel mit überwiegend Einfamilienhäusern entstehen. Aus heutiger Sicht berührt eigenartig, dass offensichtlich auch für die Zukunft weder an eine dezidiert großstädtische Stadtanlage gedacht wird, noch an irgendeine Art hauptstädtischer Architektur. Was die architektonische Vermeidung prononcierter Gesten staatlicher Repräsentation angeht, so ist hier für die gesamte Geschichte der alten westdeutschen Bundesrepublik der Ton vorgegeben.

Die nächsten wichtigen Schritte sollten im Ostteil der Stadt erfolgen, der ehemaligen sowjetischen Zone und späteren Hauptstadt der DDR. Dass ein zentraler NS-Bau wie die Reichskanzlei Albert Speers gesprengt wurde, lässt sich nachvollziehen. (Kostbare Marmorplatten der Innenausstattung wurden übrigens in den naheliegenden U-Bahnhof Mohrenstraße verbaut, wo sie noch heute und natürlich ohne Herkunftsangabe zu sehen sind.) Von ganz anderer Auswirkung war dann allerdings die Entscheidung, das Berliner Stadtschloss zu sprengen. Verantwortlich dafür war nicht mehr die sowjetische Militäradministration, sondern die Regierung der DDR. In den ersten beiden Nachkriegsjahren wurden vom Berliner Magistrat noch Gelder für Sicherungsarbeiten freigegeben und bis 1948 Ausstellungen gezeigt. Doch als Walter Ulbricht auf dem SED-Parteitag 1950 einen großen Aufmarschplatz am Lustgarten forderte, auf einem Gelände also, das in seinen damaligen Grenzen schon die Nazis für Aufmärsche genutzt hatten, war der Abriss faktisch beschlossen und die schrittweise Sprengung des Schlosses, dieses erstrangigen Geschichtszeugnisses der preußischen Geschichte, fand vom September 1950 bis März 1951 statt. Für die folgenden 22 Jahre blieb das nunmehr leere Areal unbebaut. Gleichsam den Kontrapunkt dazu setzt der erste wichtige Nachkriegs-Neubau in Berlin: Er galt den neuen Herren, den Sowjets und ihrer Botschaft (Gleiss 1995: 213 ff.), die nicht weit vom Brandenburger Tor als stalinistische Repräsentationsarchitektur errichtet wurde.

Ein seltsames Zwischenspiel ist dann der sogenannte Hauptstadt Wettbewerb von 1957/58, der, ausgeschrieben von der Bundesregierung und dem West-Berliner Senat, auch das Gebiet Ost-Berlins mit einbezog, was natürlich zu Protesten der DDR-Führung Anlass gab (Lampugnani 1986: 162 ff.). Gesucht wurden Vorschläge, wie ein gutes Jahrzehnt nach Kriegsende das gesamte Berliner Zentrum städtebaulich neu geordnet und wo dabei die Regierung platziert werden könnte. Die Teilnehmer mussten also zu erkennen geben, wie sie sich zu den historischen Stadtstrukturen verhalten wollten. In den meisten Fällen verzichteten sie auf deren Rekonstruktion; ein neues Regierungsviertel sollte rund um den Reichstag entstehen. Scharoun und Wils Ebert gewannen den zweiten Preis, der an den „Kollektivplan“ anknüpfte und anstelle des barocken Straßenrasters eine organische Stadtlandschaft setzte. Als Orientierungspunkte bleiben gerade noch, wenn auch mit weitgehend moderner Bebauung, der Straßenzug „Unter den Linden“ und das Oktagon des Leipziger Platzes stehen. Mit offensichtlichem Bezug auf Scharouns Vorschlag lässt noch eine Publikation von 1990 in fast notwendig unscharfen Formulierungen das zugrundeliegende und nicht überzeugend gelöste Problem erkennen: „Die Natur – nicht Achsen und Symmetrien – wurde eingesetzt, um den Bauten der Haupt- und Weltstadt Berlin eine gewisse Monumentalität zu geben. Dieses Bild des Regierungsviertels ließ sich auch im Ausland zeigen, ohne monumental zu wirken oder an die Planungen der NS-Zeit zu erinnern“ (Kleihues et al. 2000: 258).

Das Problem der Monumentalität stellt sich also auch, wenn es um nicht-monumentale Repräsentationsbauten in einer Demokratie geht. Einerseits war in den 1950er-Jahren Monumentalarchitektur durch den vorangegangenen Missbrauch kontaminiert, andererseits hatten aber auch die Protagonisten der klassischen Moderne zur grundsätzlichen Möglichkeit einer aus ihrer Sicht legitimierten Monumentalität bis dahin recht wenig zu sagen gewusst. Die eine Ausnahme ist der von Sigfried Giedion und anderen 1944 erstveröffentlichte Text „Über eine neue Monumentalität“ (1987: 180 ff.). Meine Vermutung ist, dass die trotz allem spürbare Bindungskraft der Monumentalbauten in den Diktaturen Giedion und die

Seinen auf dieses Defizit in der eigenen Architekturkonzeption aufmerksam gemacht hatten. Auch wenn die alten Symbole und Formen entwertet und missbraucht seien, so die Grundannahme in ihrem Text, ist doch das Thema nicht vom Tisch. Wo Massen zusammenkämen, wo „Gemeinschaftsleben“ stattfinde, seien „mehr als rein funktionelle Lösungen (zu) fordern“, um dem Bedürfnis „nach Freude, nach innerer Steigerung“ Ausdruck zu verleihen. Und weiter: „Das Verlangen nach Monumentalität will in jedem Regime befriedigt werden. Die große Frage, die heute brennend auftaucht, heißt jedoch: Wie soll dies geschehen?“ (ebd.: 182 f.). Die Beiträge des Berliner Hauptstadt Wettbewerbes aber hatten im Wesentlichen nur den Vorschlag der einfachen Negation zu machen.

In den 1960er-Jahren sollte besonders an zwei realisierten Projekten sichtbar werden, welche Vorstellungen es für die Zukunft der nunmehr durch die Mauer geteilten Stadt gab – und beide sind auf ihre Weise Monumente, Ausdruck einer bestimmten Form der Repräsentation von Macht. Da es sich um den Reichstagsumbau im Westen und den Bau des Fernsehturms im Osten handelt, werden hier auch systembedingte Perspektivunterschiede sichtbar. Der Wiederaufbau des im Krieg stark zerstörten Reichstages war lange umstritten; schließlich entschied man sich, die Kuppel nicht wieder aufzusetzen und das Innere in sehr zurückhaltender klassisch-moderner Manier durch Paul Baumgarten wieder aufbauen zu lassen. Diese Bauschicht ist heute fast völlig verschwunden; der Plenarsaal war nur provisorisch eingerichtet und wurde gelegentlich für politische Zwecke benutzt. Während dies ein Bau gleichsam im Wartezustand war, ist der 365 m hohe Fernsehturm in Ost-Berlin, der damaligen Hauptstadt der DDR, eine Art Stadtkrone mit Space-Age-Applikationen (Giersch 1993: 27 ff.). Als Zeichen der technologischen und kommunikativen Kompetenz des DDR-Systems war der „Turm der Signale“ sichtbar in der ganzen Stadt – wenn auch nicht ganz so, wie von der DDR-Führung gewünscht, denn bei Sonnenschein erscheint durch Reflexionen auf den Stahlplatten des Turmkopfes ein Kreuz, vom Volksmund schnell gedeutet als „Rache des Papstes“.

Nach dieser Anstrengung sahen die 1970er-Jahre nur ein wirklich bedeutsames Projekt, und das war der sogenannte Palast der Republik in Ost-Berlin. Hier geht es um weit mehr als bei dem zeitgleichen und wie als Teil einer futuristischen Megastructure ausgebildeten West-Berliner Kongresszentrum (ICC). Wie der Name schon andeutet, handelt es sich in Ost-Berlin um ein Gebäude, das mit der Volkskammer und vielfältigen Veranstaltungsstätten zugleich als politisches und gesellschaftliches Zentrum der DDR gedacht war, ein ferner Ableger noch der utopischen Moskauer Planungen aus den 1930er-Jahren für einen Palast der Sowjets. Auch der Standort belegt die herausragende Bedeutung, es ist nämlich der Platz des alten Berliner Schlosses. Nach dessen Sprengung wurden zahlreiche Pläne für ein zentrales Gebäude gemacht, wobei man lange ähnlich wie in Moskau an ein Hochhaus gedacht hat, das aber unter anderem wegen des schwierigen Untergrundes nicht realisiert werden konnte. Der DDR-Palast sollte das neue Zentrum Berlins markieren; er ist der Endpunkt einer Achse, die von hier bis zum Fernsehturm reicht und die ihrerseits die zwei anderen Hauptachsen Ost-Berlins verbindet, nämlich die alte Straße „Unter den Linden“ und die sozialistische „Stalinallee“. Der Blick aus dem gläsernen Hauptfoyer nach Osten erlaubte den Blick auf das, wie es damals hieß, „vom Volk Geschaffene“. Und, so Simone Hain (1998: 211), „dieses große Fenster für alle ist das monumentalste unter all den bedeutungsgeladenen architektonischen Zeichen, die die DDR hinterlassen hat. Der ... Blick des im großen Foyer zwischen gemalten Kommunistenträumen flanierenden Volkes auf die im Abendlicht liegende Hauptstadt kann vielleicht als das pointierteste Herrschaftssymbol des staatssozialistischen Kapitels der deutschen Moderne angesehen werden“ – nach dessen Ende der Abriss des Palasts und der Wiederaufbau des Schlosses kommen sollte.

In den 1980er-Jahren schien sich Berlin mit den Verhältnissen arrangiert zu haben; große Zeichen wurden nicht mehr gesetzt, und stattdessen ging man im Osten wie im Westen gleichermaßen an die Reparatur der vielfältig verletzten Stadt. Vielleicht lässt sich doch ein symbolisches Projekt für diese Jahre nennen, die aus heutiger Sicht ja eine Art Endzeit gewesen sind, und das

wäre das von Aldo Rossi geplante Deutsche Historische Museum (Berlinische Galerie 1993: 65 ff. und 202 ff.). Als Collage, in die gedenkzeichenhaft einige Stationen deutscher Architekturgeschichte eingegangen wären, hätte der (durch die Wende im letzten Moment verhinderte) Bau im Spreebogen errichtet werden sollen, also da, wo Speer seine „Große Halle“ platziert hatte, und wo heute das neue Bundeskanzleramt steht. Dass man für das Museum ein Areal hergeben wollte, das ansonsten jahrzehntelang für neue Regierungsbauten nach der erhofften Wiedervereinigung freigehalten worden war, indiziert deutlicher als vieles andere, wie schwach 1988/89 die Hoffnungen darauf noch waren.

Was Berlin ohne Wiedervereinigung und also ohne gesamtdeutsche Hauptstadtfunktion sei und sein könnte, war in den allerletzten Vorwendejahren Gegenstand vielfältiger Überlegungen. „Architektonische Entwürfe für den Aufbruch in das 21. Jahrhundert“ lautete 1988 das Thema einer Ausstellung, die sich aber eher defensiv unter das Motto „Berlin – Denkmal oder Denkmodell“ (Feireiss 1988) stellte. Blättert man heute durch den Katalog, verwundert das Beliebige und auch Disparate der Entwürfe vielfach prominenter Urheber. Wo alles möglich scheint, ist auch alles beliebig, und so finden sich hier weder umsetzbare Gedanken über eine Rolle für die Stadt noch neue gestalterische Ansätze, die dann nach 1989 hätten fortgeschrieben werden können. Und insofern hinterlassen diese (historischen) Zukunftspeditionen den Leser ähnlich ratlos wie die melancholischen Betrachtungen des bekannten Verlegers und Publizisten Wolf Jobst Siedler. Dies ist der ideale Autor für das Berlin der Latenzzeit. Ein Jahr vor der Wende veröffentlichte er ein Buch, dessen Ton am besten wohl elegisch genannt werden kann. „Ganz Europa ist voller leerer Gehäuse, der Viadukt auf dem Semmering, der nach Triest führte, die Bahnhöfe, von wo aus die Züge nach Galizien und Bosnien gingen, die Gebäude um die Trafalgar-Säule, wo die hohen Kommissare für das Empire saßen. ... Nicht so ausnahmhaf also, was Berlin zugestoßen ist“ (Siedler 1988: 15). Der Berlin-Essay, in dem sich diese Sätze finden, trägt immerhin den Titel: „Löwe noch im Wüstensand“; mehr aber scheint nicht geblieben. Heute liest sich der kleine und kluge Band selbst wie aus ferner Vergangenheit.

2 Die Geschichte Berlins als einer Hauptstadt von europäischer Bedeutung, die in den Jahren kurz vor 1989 zu einem Ende gekommen schien, hatte 1701 mit der Krönung Friedrich I. begonnen. Doch dieses Ereignis wäre nur dynastisch bedeutsam gewesen, wenn ihm nicht eine der neuen Würde entsprechende Bautätigkeit beigegeben gewesen wäre. Zwei Gebäude sind es vor allem, die den neuen Anspruch zum Ausdruck bringen, zum einen natürlich das Schloss, und zum anderen das Zeughaus, das ich hier nur in Hinsicht auf seine Straßenfassade erwähnen möchte, die sich nämlich, und das zeigt den neuen Anspruch in Berlin, an der herrschaftsarchitektonisch stilbildenden Ostfassade des Louvre orientiert (Streidt/Feierabend 1999: 93). Die Baugeschichte des Schlosses dagegen reicht bis ins Mittelalter zurück; die wirklich signifikanten Jahre aber sind die zwischen 1698 und 1716. Den Anfangspunkt der barocken Ausbauepoche markiert das Modell, das Andreas Schlüter, der wichtigste der Schlossarchitekten (ebd.: 95 ff.), 1698, also ein Jahr, bevor er zum Schlossbaumeister ernannt wurde, präsentiert hatte (Summerson 1987: 17 ff.). Das Konglomerat des bestehenden Schlossbaus formte er zu einem homogenen Kubus mit Innenhof und einheitlichem Dachabschluss um, und so wandelte sich das kurfürstliche Renaissanceschloss zu einem hochbarocken Königspalast. Das Berliner Projekt, dessen Umsetzung noch 1698 begann, steht in jenen Jahren nicht allein: Gleichzeitig befanden sich die Königsschlösser in Schönbrunn und in Stockholm im Bau. Zwischen Johann Bernhard Fischer von Erlach, dem Architekten von Schönbrunn, und Schlüter entsteht sogar eine kleine Wechselwirkung: Als Fischer 1704 nach Berlin reist, hinterlässt er einen Entwurf für ein preußisches Königsschloss, der sich an seinen Idealplan für Schönbrunn anlehnt, und entnimmt zugleich Schlüters Planungen Anregungen, die er in der „Folgezeit durchaus produktiv weiterverarbeitet“ (Lorenz 1992: 124 f.; auch Bauer 1992, S. 81 f.).

Der Bau des Berliner Schlosses wurde zwar unter Schlüters Ägide begonnen, er selbst aber nach den statischen Problemen und dem schließlichen Einsturz des für den schwierigen Untergrund zu hohen Münzturms entlassen. Eosander von Goethe führte ab 1707 den Bau fort, wobei sich

eine einschneidende Planänderung ergab: Das Volumen des Baus wurde verdoppelt, statt eines Hofes wurden zwei errichtet. Die bauplastisch reich geschmückten Schlüter'schen Fassadenabwicklungen wurden aber beibehalten und auch die bedeutenden inneren Fassaden im hinteren, dem sogenannten Schlüterhof. Schlüters Treppenhaus, welches historisch das erste der großen barocken Treppenhäuser in Deutschland ist, war schon realisiert. Bedeutsam am Außenbau ist schließlich noch das triumphtorartige und nach Westen gerichtete Portal III: Hier löste sich Eosander von Schlüters Vorgaben, und errichtete einen Eingangsbau nach dem Muster des Septimius-Severus-Bogens auf dem Forum Romanum, nur in doppelter Größe (Peschken 1993: 41). Und als wäre dies nicht schon Herrschaftssymbolik genug, so wollte Eosander über das barockisierte Triumphbogenmotiv noch eine Kuppel setzen; dieser Gedanke aber wurde, und das in veränderter Form, erst in der Mitte des 19. Jahrhundert durch einen Kuppelaufbau nach Entwürfen von Karl Friedrich Schinkel und Friedrich August Stüler umgesetzt. Erst hier ist das Schloss in seiner äußeren Gestalt vollendet. Die Schloss-Kuppel übrigens sollte noch ein halbes Jahrhundert später beim Bau der Kuppel des Reichstages den Maßstab abgeben.

Was das Berliner Schloss von vielen anderen deutschen Schlössern und im europäischen Kontext von Anlagen wie denen in Versailles und Schönbrunn unterscheidet, ist die innerstädtische Lage; aus ihr resultiert die Notwendigkeit einer tendenziellen Gleichrangigkeit der Ansichten, die durch einen Ehrenhof oder eine eindeutige Unterscheidung von Vorder- und Rückseite gestört wäre, wie sie sich bei der Lage eines Schlosses zwischen Stadt und Garten ergibt. Nur allseitig von Bauten umgeben und ohne großflächigen Garten aber kann ein Schloss tatsächlicher Mittelpunkt einer Stadt sein.

Und genau dieser Aspekt ist in Berlin durch vielfältige achsiale Beziehungen, durch Straßenführungen und Sichtachsen betont worden (Peschken 1993: 29; zu Sichtlinien im Barock allgemein Benevolo 1993: 101 ff.). Grundlage ist aber nicht ein abstrakter geometrischer Zentralismus, sondern das geschickte Ausnutzen stadt-

räumlicher und landschaftlicher Gegebenheiten. Vom Schloss aus konnte man in einem schrägen Winkel in die Flucht der Allee „Unter den Linden“ blicken, die sich hinter dem Brandenburger Tor in den Tiergarten und von dort über den „Großen Stern“ in Richtung Charlottenburg fortsetzt; und das heißt umgekehrt auch, dass jeder, der über das Brandenburger Tor nach Berlin eintrat, eine Ecke des Schlosses sah. Noch der Aufbau der Kuppel erklärt sich auch aus der Absicht, die durch die immer höher aufgeführten benachbarten Bauten reduzierte Präsenz des Schlosses wiederzugewinnen. Das auf das Schloss ausgerichtete Berliner Liniensystem, zu wichtigen Teilen bereits im 17. Jahrhundert durch Johann Moritz von Nassau-Siegen angelegt, ist bis heute noch nachvollziehbar. Schlüter hat es beim Schlossbau sehr genau berücksichtigt. Und so entstanden von verschiedenen Blickpunkten her visuelle Bezüge, die für jedermann zu jeder Zeit die gegebene Ordnung des Herrschaftssystems abbildeten.

Wenn man, in Hinsicht auf architektonischen Machtausdruck, das Schloss als den ersten emblematischen Bau in Berlin ansehen will, dann wäre das zweite Emblem sicher das sogenannte Forum Fridericianum. Dabei handelt es sich um einen von Friedrich dem Großen angelegten Platz schräg gegenüber dem Zeughaus. Die aufwändigen Einzelbauten ergeben zusammen ein Abbild wichtiger staatlicher Funktionen. Nur das Palais des Prinzen Heinrich, des Bruders des Königs, ist direkt der Sphäre des Königs zugeordnet – die anderen Bauten jedoch, die Oper, die Hedwigskathedrale und die Bibliothek gehören der Öffentlichkeit, zumindest in der Form, wie sie in der Mitte des 18. Jahrhunderts möglich war. Die Oper ist eines der ersten Häuser dieser Art, das nicht Teil eines herrscherlichen Palastes ist (so wie Friedrich ja auch im Park von Sanssouci mit der Bildergalerie eines der ersten selbständigen Museumsgebäude überhaupt errichtet hatte). Der Architekt war Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff, der hier zwischen 1741 und 1743 zugleich auch eines der ersten klassizistischen Gebäude auf dem europäischen Kontinent errichtete; nur die Innenräume waren im Rokostil gehalten. Der Gedanke des in hohem Maß musikliebenden Königs, das einem größeren Publikum offene Opernhaus als einen Tempel für Apoll zu verstehen, fin-

det Ausdruck im Portikus selbst wie auch in dessen Inschrift, die lautet: „Friedericus Rex Apollini et Musis“ (Streidt/Feierabend 1999: 174 ff; Börsch-Supan 1977: 109 f.).

An das Opernhaus schließt sich die an das römische Pantheon erinnernde Hedwigskathedrale an, die katholische Hauptkirche im protestantischen Preußen, eine Toleranzgeste, die nach der Eroberung Schlesiens notwendig schien. Unter den Architekten ist besonders Jean Laurent Legeay zu nennen (ein Lehrer auch des „Revolutionsarchitekten“ Étienne-Louis Boullée), der in der Mitte des 18. Jahrhunderts, nach seiner Rückkehr von einem mehrjährigen Aufenthalt im Ideenknotenpunkt Rom, eine bedeutende Rolle als Wegbereiter des Klassizismus spielte (Kaufmann 1952: 450 ff.) und von Friedrich dem Großen für einige Jahre engagiert worden war. Abgeschlossen wird das Platzensemble dann von der Königlichen Bibliothek, die eine besonders eigenartige Planungsgeschichte aufweist, handelt es sich doch hier um einen schon jahrzehntealten und deswegen noch hochbarocken Entwurf von Fischer von Erlach dem Jüngeren für den Michaelertrakt der Wiener Hofburg, der aber zunächst in Berlin zwischen 1775 und 1780 realisiert wurde und erst am Ende des 19. Jahrhunderts (!) in Wien, wo er sich gegenüber dem nur wenig später errichteten Haus am Michaelerplatz von Adolf Loos befindet. Insgesamt zeigt sich Friedrich als Bauherr, mit Ausnahme der zuletzt errichteten Bibliothek, auf der Höhe der aktuellen Architekturdiskussion; mit jedem der Neubauten nimmt er eine für das aufstrebende Preußen bedeutsame Setzung vor. Das Forum Fridericianum aber gewinnt seine herausragende Bedeutung für das königliche Berlin mehr noch aus dem Zusammenspiel der Einzelfunktionen: So wie das Schloss als Abbild eines politischen Machtanspruches verstanden werden kann, so ist das Forum Ausdruck des ausdifferenzierten kulturellen Anspruchs.

Die nächste auch staatsikonographisch wichtige Epoche sind dann die Jahre des eigentlichen preußischen Klassizismus um und nach 1800. Eine der Quellenschichten bildet die sogenannte französische Revolutionsarchitektur. Besonders das Werk von Claude-Nicolas Ledoux wurde wie im übrigen Europa auch im Preußen Friedrich Wilhelms II. rezipiert, was sich beispielsweise

bei den Arbeiten von Carl Gotthard Langhans zeigt. Auch von seinem sicher berühmtesten Bau, dem Brandenburger Tor, führen Spuren zu Ledoux (Streidt/Feierabend 1999: 276 f.): Auf den sechs Säulen des Hauptportals der Saline von Chaux ruht ein schwerer Architrav, und dies ist eine Disposition, die im Berliner Tor, das in wesentlichen Teilen 1789 gebaut wurde, wiederkehrt. Darüber hinaus lassen sich beide Bauten natürlich auf ein gemeinsames Vorbild zurückführen, nämlich die Propyläen in Athen, die der Generation von Ledoux und Langhans durch eine Vielzahl zeitgenössischer Stichwerke gegenwärtig waren.

Zur dominierenden Figur der Architektur in Preußen aber sollte Karl Friedrich Schinkel werden. Der junge Architekt musste in den Jahren der napoleonischen Kriege und eines entsprechenden Mangels an Bauaufträgen das Jahrzehnt zwischen 1805 und 1815 wesentlich als Maler verbringen. Sieht man aber auf einen Plan des Zentrums von Berlin in Schinkels Todesjahr, so findet sich dort, locker gestreut, ein halbes Dutzend seiner Bauten, die bis auf das Packhofareal (heute Teil der Museumsinsel) und die Bauakademie alle erhalten sind: Neue Wache, Altes Museum, Friedrichwerdersche Kirche und Schauspielhaus. Besonders prominent sind davon zwei platziert, darunter gleich sein erster wichtiger Bau, die Neue Wache. Zwischen Zeughaus und Prinz-Heinrich-Palais behauptet sich das von einem gerasterten Kastanienwäldchen umgebene vergleichsweise kleine Gebäude, typologisch ein aparter Hybrid aus einem kubischen Wehrbau – dem „castrum“, von dem Schinkel sprach – und einem eingeschobenen griechisch-dorischen Portikus, der an der Rückseite so zitiert wird, als sei im Zwischenraum ein Tempel. Schinkel selbst beschreibt den Bau als Monument, wobei das Monumentale in seinem Verständnis nichts mit Größe, sondern mit der „Vollendung aller seiner Teile“ zu tun hat (Forssmann 1981: 94).

In diesem Sinne ist auch das Alte Museum ein Monument, einer der ersten freistehenden innerstädtischen Museumsbauten überhaupt, und selbstbewusst einer Längsseite des Schlosses so entgegengesetzt, dass hier ein neuer Platz entstand. Man betritt den Bau durch eine Art Stoa, hinter der sich die große Rotunde auftut, eine weiteres

Pantheon-Zitat in Berlin, das inzwischen aber fast schon zu einer Konvention im Museumsbau geworden war (Büchel 1994: 88f.). Eine bis heute faszinierende Raumwirkung erfährt der Besucher, der zwischen Stoa und Rotunde und hinter den äußeren Säulenreihen, aber noch nicht im Inneren des Gebäudes, in den ersten Stock aufsteigt. „Die Anlage der doppelarmigen Haupttreppen“ nämlich, so Schinkel, zielt darauf ab, „dass man im Hinaufsteigen ... die Aussicht durch die Säulenhalle auf den Platz behält“ (ebd.: 87 und 89). Und diese Filterzone zwischen Innen und Außen war Schinkel offenbar so wichtig, dass er den Blick von der oberen Ebene auf Platz und Stadt auch in einem berühmten Stich festhielt; von seinem „Altan in der Halle“ (ebd.) führt er den Blick in ungewöhnlicher Schrägperspektive nach draußen zurück. Das königliche Museum grenzt sich also nicht hoheitlich ab, sondern die Sphären durchdringen sich; der Besucher kann noch am Städtischen partizipieren, während er in die Sammlung eintritt, und wird, wieder herauskommend, vom Städtischen empfangen, während er noch in der Sphäre des Museums ist.

Über Schinkel als Städtebauer sind die Meinungen geteilt; zumindest lässt sich sagen, dass den bedeutenden und sensibel platzierten Einzelgebäuden, auch Platzgestaltungen wie am Gendarmenmarkt, nicht entsprechend markante städtebauliche Eingriffe zur Seite stehen. Ein Vergleichsmaßstab wäre hier München, wo Schinkels großer Konkurrent Leo von Klenze mit der Anlage der Ludwigstraße eine zentrale städtische Achse anlegte (Hederer 1976: 153 f.). Nun war das Berliner Straßengerüst vorgegeben und musste zu dieser Zeit nur verändert und ausgefüllt werden. Aber es sind nicht nur äußere Umstände, die dem Städtebauer Schinkel nicht wirklich Raum gaben. Sein planerisches Denken richtet sich nicht auf Achsen, große Zusammenhänge und geschlossene Platzwirkungen, sondern – fast möchte man sagen, im Sinne der Gleichberechtigung – auf das Einzelne: „Jede Construction sei rein, vollständig und in sich selbst abgeschlossen. Ist sie mit einer anderen von einer anderen Natur verbunden, so sei diese gleichfalls in sich abgeschlossen und finde nur den bequemsten Ort, Lage, Winkel, sich der ersteren anzuschließen.“ (Schinkel zit. n. Hegemann 1988: 181) Hier ist ein Prinzip formuliert, das immer wie-

der als „landschaftlicher Städtebau“ und als romantisch charakterisiert wurde (Posener 1983: 47 f.) und das ausgerichtet ist auf die Vielfalt des Einzelnen, das mit einem Ganzen wohl koordiniert, aber ihm nicht subordiniert ist.

3 Überblickt man den bisher behandelten Zeitraum, also die Jahre zwischen 1700 und ca. 1850, so lässt sich sagen, dass in dieser Epoche das innere Zentrum Berlins in einer Form geschaffen wurde, die in wesentlichen Teilen nicht nur bis heute besteht, sondern die auch einen erheblichen Anteil der für Preußen und seine staatlichen Nachfolger repräsentativen Gebäude enthält. Die zentrale Achse, die durch dieses Zentrum verläuft, ist die Allee „Unter den Linden“. Um die Bereiche Pariser Platz/Brandenburger Tor und Schloss verlängert, fungiert sie als Preußens „Via triumphalis“. Eine solche Straße besteht aus zwei Bestandteilen, den festen Bauten, die sie säumen, und dem leeren Raum zwischen ihnen, der im Lauf der Zeit zum Gefäß verschiedenster politischer, militärischer oder allgemein gesellschaftlicher Manifestationen werden kann. Die Nutzung der Linden als Via triumphalis und als Ort staatsrepräsentierenden Zeremoniells hat aber nun nicht etwa ein preußischer König, sondern Napoleon begonnen, der 1806 durch das Brandenburger Tor nach Berlin einzog. Zur preußischen Tradition wurde dies erst mit dem Einzug der eigenen Truppen nach dem Sieg über Frankreich 1814; hier wurden die Linden auch illuminiert, durch Lampenketten die Konturen der Gebäude nachgezeichnet (Knopp 1997: 48 und 52 f.).

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts fanden auf den Linden eher kleinere Paraden statt; eine kontinuierliche dezidiert staatsrepräsentative Nutzung bildet sich erst nach 1851, nach der Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen aus, das am Forum Fridericianum den innersten Bereich der Via triumphalis abschließt, der sich von hier bis zum Schloss erstreckt. Nun gab es wiederholte Einzüge sowohl fürstlicher Bräute wie auch siegreicher Truppen. Gemälde Eduard Gaertners oder Adolf von Menzels zeigen uns die Via triumphalis als festlichen Raum (ebd.: 54 und 56 ff.). Die Siegesfeier von 1871 mit ephemeren Triumphbögen

und Skulpturengruppen aber sollte dann schon der Höhepunkt und zugleich das letzte ganz groß gefeierte Ereignis dieser Art sein. Was folgte, waren Nachspiele verschiedenster Art. Der Erste Weltkrieg bot nur zu Beginn noch Anlass für triumphale Gesten. Während der Weimarer Republik verliefen die Feiern, etwa die zum Verfassungstag, betont zivil, während die Nationalsozialisten ausgerechnet das Forum Fridericianum zum Ort der Bücherverbrennung wählten (Schmädeke 1997: 74 ff.). Die DDR tat sich lange schwer mit der preußischen Geschichte; erst 1980 kehrte das ursprünglich kriegsbedingt ausgelagerte Denkmal Friedrichs des Großen auf die Linden zurück.

Nur einmal noch rückte die alte Via triumphalis, heute zur „Geschichtslandschaft ‚Unter den Linden‘“ umgewidmet, in den Brennpunkt des Interesses, als nämlich nach der Wiedervereinigung in Schinkels Neuer Wache die Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet wurde. Als die Pietà von Käthe Kollwitz als Gedenkskulptur ausgewählt wurde, gaben die Erben der Künstlerin ihre Zustimmung zum vergrößerten Neuguss nur unter der Bedingung, dass die nach Schinkels Plan den Bau außen flankierenden Rauch'schen Standbilder der Generäle Scharnhorst und Bülow, die sie fälschlicherweise für Ausgeburten des preußischen Militarismus hielten, nicht wieder aufgestellt würden. Gegen diese Auffassung richtete sich ein Appell, der auch von Sir Ernst Gombrich und Lew Kopelew unterzeichnet wurde und in dem es unter anderem heißt: „Hier hat sich eine bürgerliche Kultur in der geistigen Nähe der Brüder Humboldt und des Freiherrn vom Stein ohne jeden Nationalismus ... dargestellt“ (Engel 1997: 22). Doch wurde die Bedingung der Kollwitz-Erben nach langem und heftigem öffentlichem Streit letztlich erfüllt. Um die neue Gedenkstätte zu schaffen, war man also bereit, auf Dauer ein Stück aus Schinkels Gesamtkunstwerk und aus der Geschichtslandschaft insgesamt herauszunehmen. Aber immerhin war so die alte Via triumphalis noch einmal Gegenstand einer grundsätzlichen Debatte über das historische Selbstverständnis des Landes.

4 Die Kaiserzeit hat das Gerüst des königlichen Berlin nicht angetastet. Die repräsentativen Bauten jedoch, die jetzt, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, aufgeführt wurden, wuchsen im Maßstab und ihr Stilleid veränderte sich: weg vom Klassizismus und hin zu einem oft etwas lärmenden Neorenaissance- und besonders Neobarockstil (Streidt/Feierabend 1999: 434 ff.). Für den Neubau des Doms wurde 1893 der bestehende und seinerzeit von Schinkel durchgreifend veränderte Bau abgerissen; der wesentlich größere Zentralbau von Raschdorff veränderte die ausgewogene Komposition des Lustgartens und wurde schon von den Zeitgenossen heftig kritisiert. Diese Kirche war ein auftrumpfendes Symbol der Verbindung von Thron und Altar und mit der Hohenzollerngruft auch Grabeskirche. Anders als dieser Bau an dem herausgehobenen Platz direkt neben dem Schloss musste der Reichstag (Bredenkamp 1999: 16 f.) dann außerhalb des innersten Bereiches der Stadt gebaut werden, am Spreebogen vor dem Brandenburger Tor. Seine Kuppel hatte sich in Größe und Anspruch der des Schlosses unterzuordnen; allerdings war zu diesem Zeitpunkt, eine kleine List der Geschichte, mit dem Turm des Roten Rathauses längst schon ein bürgerliches Machtzeichen durch die Stadt Berlin gesetzt. Der dritte symptomatische Bau der wilhelminischen Epoche ist dann vielleicht das Pergamonmuseum (Peschken 1993: 22; Schalles 1986: 6 ff.), mit dem die Museumsinsel, seit der Zeit Friedrich Wilhelms III. im Bau, vollendet wurde. Hier zeigt sich ein kultureller Machtanspruch, der typisch ist für das Zeitalter des Imperialismus, genauer der Großmacht Konkurrenz Deutschlands mit Frankreich und Großbritannien: Der Pergamonaltar war für das Kaiserreich das Äquivalent zu den Elgin Marbles in London und den prachtvollen Antiken des Louvre. Das Gebäude Alfred Messels, von diesem selbst als „Monumentalbau für Kunst“ (Streidt/Feierabend 1999: 440) bezeichnet, und von Ludwig Hoffmann vollendet, ist dieser Aufgabe durchaus angemessen und bildet mit seiner strengen und erhabenen neoklassizistischen Architektur nicht nur die repräsentative Hülle für den Altar, sondern auch für die mit ergrabenen Teilen im Innern originalgroß (in einem Abschnitt zumindest) rekonstruierte Prozessionsstraße am Ishtar-Tor im antiken Babylon. Das wilhelminische Berlin konnte so seine Größensehnsucht in

einem hellenistischen Großaltar und einer altorientalischen Feierstätte spiegeln.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sich alle Koordinaten geändert und damit auch die Vorstellungen von Repräsentation. Zwischen 1919 und 1933, also während des Bestehens der Weimarer Republik, lag das Schwergewicht des Bauens in Berlin ohnehin im sozialen und infrastrukturellen Bereich. Die großen Siedlungen, die in den Außenbezirken, in Britz oder Zehlendorf, errichtet wurden, galten international als mustergültig. Von den großen innerstädtischen Vorhaben wurde vieles nicht verwirklicht, was erst mit der Inflation und dann mit der Weltwirtschaftskrise zu tun haben mag. Allerdings blieben von einigen Wettbewerben Entwürfe in Erinnerung, die auch in dieser Form zu Ikonen der modernen Architektur wurden – was besonders für Ludwig Mies van der Rohe's gläsernes Hochhaus an der Friedrichstraße gilt. Planung blieb auch ein neuer Potsdamer Platz, den Martin Wagner als gewaltige Zirkulationsmaschinerie mit Verkehr auf mehreren Ebenen gedacht hatte. Überhaupt ist Verkehr, das zeigen auch Modernisierungspläne für die „Linden“, die Leit- und fast schon Zwangsvorstellung der Berliner Verantwortlichen zu dieser Zeit (Waetzoldt 1977: 2/102-2/106). Für den neuen Potsdamer Platz plante Martin Wagner gleich mit, das auch seine Umbauung bei Bedarfsänderungen schnell durch eine andere ersetzt werden sollte. Das ist gleichsam ephemerer Städtebau unter dem Primat der Zirkulation.

Nur an einem Ort wurde auch in Richtung staatliche Repräsentation geplant, wobei sich Stil, Anspruch und Attitüde in der Republik natürlich anders als im Kaiserreich darstellten. Dieser Ort ist der Platz vor dem Reichstag, der auch seinen Namen von „Königsplatz“ in „Platz der Republik“ veränderte. Aufschlussreich ist der Wettbewerb von 1929 für eine Erweiterung des Reichstagsgebäudes und eine Umgestaltung des Platzes der Republik (ebd.: 2/107 ff.). Hier nahmen prominente Architekten teil, unter ihnen Hans Poelzig, der in die engste Wahl gezogen wurde. Er wollte den Spreebogen mit radial angelegten Scheibenhochhäusern für die einzelnen Ministerien bebauen – eine starke städtebauliche Figur aus dem Geist der Moderne, die sich von den konventionellen Platzeinfassungen vieler Mit-

bewerber unterscheidet. Poelzigs Entwurf hätte vielleicht, wie auf andere Weise Mies van der Rohe gleichzeitigiger Barcelona-Pavillon, ein Staatszeichen der Weimarer Republik werden können. Doch der Spreebogen blieb – vorläufig – unbebaut.

Einen Bruch und Neuanfang im negativen Sinne bezeichnet dann im Januar 1933 die „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten. Nur für einen kurzen Moment im Februar berührten sich bei einer wichtigen Bauaufgabe in Berlin noch einmal die Welt Weimars und die des NS, als es nämlich um den Wettbewerb für die Erweiterung der Reichsbank ging. Hier nahmen mit Gropius und Poelzig prominente Vertreter der Moderne teil, und auch wenn es keinen Sieger gab, so favorisierte die Jury doch den Entwurf Mies van der Rohe (Kleihues 2000: 160; Riley/Bergdoll 2001: 276 ff.), der das Bedürfnis nach Funktionalität und Repräsentation gleichermaßen zu befriedigen versprach. Doch nach verschiedenen intriganten Manövern und dem schließlichen Eingreifen Hitlers wurde nicht der Entwurf von Mies, sondern der schon vorhandene des Reichsbank-Baudirektors verwirklicht. Das Gebäude übrigens, das hier entstand, war nach dem Krieg Sitz des Zentralkomitees der SED, und ist heute, um einem Neubau erweitert, Sitz des Außenministeriums der Bundesrepublik.

Das größte und monströseste Vorhaben der NS-Zeit ist der Bau der sogenannten Nord-Süd-Achse, die sich vom Spreebogen über einige Kilometer nach Süden erstrecken sollte, am oberen Ende begrenzt von Speers „Großer Halle“ und am unteren von einem neuen Zentralbahnhof. Entlang dieser Achse sollten die wichtigsten Ministerien und sonstige staatliche Institutionen untergebracht werden. An diesem Vorhaben ist zunächst auffällig, dass es in einem Maßstab gedacht ist, der alle Vorgaben der gegebenen Stadt sprengen musste. Denn auch hier, etwas außerhalb des alten Zentrums, gab es natürlich eine dichte städtische Bebauung, und so kam es, dass zur Vorbereitung des Baus der Nord-Süd-Achse eine erste Phase großflächiger Stadtzerstörung eingeleitet wurde (der dann mit dem Luftkrieg eine zweite und mit den großflächigen Abrissen beim Wiederaufbau im Zeichen der „autogerechten Stadt“ noch eine dritte folgen sollte).

Hinsichtlich der „Großen Halle“ erfährt man aus den Erinnerungen Speers einiges über die Vorstellungswelt der Planer: Gedacht als „Zentrale des Reiches“ mussten natürlich alle irgendwie vergleichbaren Bauten, ob das Pantheon, die Peterskirche oder das Washingtoner Capitol, größtmäßig weit übertroffen werden; so sollte etwa der Innenraum das siebzehnfache des Inhalts der Peterskirche umfassen. Auch das einzige von der Dimensionierung her wirkliche Konkurrenzprojekt, der Sowjetpalast Stalins, stellte nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion keine Gefahr mehr dar, wie Hitler offenbar befriedigt feststellte (Speer 1976: 166 ff.). Mit den Bauvorbereitungen wurde 1938 begonnen, die Arbeiten nach Kriegsbeginn aber eingestellt. Sie waren aber immerhin so weit gediehen, dass vor dem Bau des heutigen Bundeskanzleramtes eine Tiefenenttrümmerung des Bauareals am Spreebogen vorgenommen werden musste. Ansonsten ist das einzig verbliebene Zeugnis der Bauprojekte an der Nord-Süd-Achse ein seltsamer, massiver und mehrere Stockwerke hoher Betonzylinder an der Kolonnenbrücke – der sogenannte „Großbelastungskörper“, mit dem die Tragfähigkeit des Berliner Boden getestet werden sollte (Reichardt/Schäche : 62; Abb. in Haim 1998: 48). Man kann ihn nicht sprengen, weil dies zu Zerstörungen in der umliegenden Wohnbebauung führen würde.

5 Unter völlig veränderten Bedingungen, nach Luftkrieg, Kapitulation, der Epoche des Kalten Krieges und der Teilung, nach einer Unterbrechung von 50 Jahren also, wurde Berlin ein weiteres Mal als Hauptstadt geplant. Die diesmal glückliche Zäsur war die Wiedervereinigung 1990. Zunächst aber musste vom Parlament beschlossen werden, dass Berlin nicht nur Hauptstadt, sondern auch wieder Sitz der Regierung sein sollte; die Mehrheit dafür in der stark föderalistisch geprägten Bundesrepublik war 1991 denkbar knapp – fast also wäre Bonn Regierungssitz geblieben. Nach diesem Beschluss für Berlin mussten einige Grundsatzentscheidungen getroffen werden. So galt es unter anderem, die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern; das prominenteste Ergebnis ist, in Sichtweite des Kanzleramtes, der neue Hauptbahnhof, über der Kreu-

zung zweier Bahnlinien errichtet als eine Art postfuturistische Verkehrskathedrale. Was die Regierungsbauten anbetrifft, entschied man sich, wo es irgend möglich war, gegen Neubauten für die Ministerien und dafür, bestehende Komplexe entsprechend umzubauen. So wurde, wie schon erwähnt, das ZK der SED zum Außenministerium. Komplexer noch ist die Biografie eines anderen Gebäudes: das Reichsluftfahrtministerium aus der NS-Zeit, erbaut von Ernst Sagebiel, einem früheren Mitarbeiter Erich Mendelsohns, war in der DDR-Zeit das „Haus der Ministerien“, in der Wendezeit Sitz der Treuhand und ist heute Sitz des Bundesfinanzministeriums. Das Herz des neuen Regierungsviertels aber liegt da, wo es schon seit der Zeit der Weimarer Republik immer wieder Planungen gegeben hatte, nämlich im Spreebogen.

Der älteste Bau dort ist der Reichstag, der nach der grandiosen Verpackungsaktion von Christo und Jeanne-Claude von Norman Foster zwischen 1995 und 1999 umgebaut wurde. Foster trug den Bau bis fast auf die Grundmauern ab; nach langen Debatten erfolgte ein Wiederaufbau mit Kuppel. Sie ist verglast und über eine doppelläufige Spirale begehbar. Wer in den Kuppelraum eintritt, kann erst ins Plenum hinunterschauen und dann, spiralig aufsteigend, auf die Stadt; dies wurde schnell ein sehr populärer Ort. Die Kuppel ist darüber hinaus von ubiquitärer medialer Präsenz und fast so etwas wie ein neues Staatssymbol (Bredekamp 1999: 122 f.): Horst Bredekamp vergleicht die Menschen, die in die Kuppel hinaufsteigen, mit denjenigen, die auf dem Frontispiz von Hobbes absolutistischem „Leviathan“ den Staatskörper hinaufsteigen, den Kopf aber nicht erreichen können. Wenn man nun die Berliner Kuppel auch als Kopf versteht, dann versammeln sich hier, im Zentrum des Staates, die Bürger selbst.

Die wichtigsten Neubauten im Spreebogen sind die Parlamentsbauten und das Bundeskanzleramt. Sie sind in einer städtebaulichen Großstruktur zusammengefasst, die als „Band des Bundes“ bezeichnet wird und die ehemalige Grenze überspringt. Stephan Braunfels entwarf die nach Paul Löbe und Marie Elisabeth Lüders benannten Parlamentsbauten als strenge und nüchterne Großstruktur entlang eines durchgehenden Mittelganges, mit zur Seite hin gelegenen

zylindrischen Sitzungsräumen und Bürohöfen. Die Bauten übergreifen die Spree, und die beiden öffentlich zugänglichen Ufer wurden von Braunfels in einer großartigen Platzfigur visuell zusammengefasst: Das Gebäude öffnet sich hier, und die Passanten flanieren unter weit vorstehenden Dächern und entlang einer eleganten Freitreppe gleichsam mitten durch die „Werkhalle der Demokratie“ (Wefing 15.10.2001).

Staatsikonographisch unvergleichlich aufwendiger gibt sich das Kanzleramt von Axel Schultes. Das wiedervereinigte Deutschland, nun eine große Macht in Europa, wollte sich weder in einer Weise monumental repräsentiert sehen, die schlechte Erinnerungen hätte auslösen können, noch wollte man dem vielleicht allzu demonstrativen Bescheidenheitsgestus der Bonner Bauten weiter folgen. Es musste also eine durchaus repräsentative Architektur neuen Typs gefunden werden, denn eine vergleichbare Bauaufgabe hatte es in Europa lange nicht gegeben. Nach Giedions Text von 1944 über das Problem der Monumentalität waren in der hohen Zeit der Architekturmoderne überhaupt nur drei große Aufträge für repräsentative Staatsbauten vergeben worden, und dies sind Le Corbusiers Chandigarh, Oscar Niemeyers Brasilia und die Bauten von Louis Kahn in Dacca. Aber auch dies lag schon länger zurück, und es waren Aufträge für gänzlich neue Städte bzw. Stadtteile in Entwicklungsländern. Dennoch ist es erklärtermaßen so, dass Schultes (wie auch Braunfels) sich an Le Corbusier und besonders an Kahn orientierte. Bei Letzterem interessierte ihn die Verschmelzung der körperlichen Kraft alter Bauten mit den abstrakten Mitteln der Moderne. Ogleich er einzelne Elemente von Kahns Bauten für seine Zwecke adaptiert, so ist das Kanzleramt doch beides, ein Hybrid aus Vorbildbauten aus verschiedenen Epochen der Architekturgeschichte – und ein eigenständiger Bau, bei dem Massivität und Transparenz auf raffinierte Weise (und nicht zuletzt in Hinsicht auf bildmediale Wirksamkeit) vermittelt sind. Auch wenn die Grundfigur mit einem erhöhten Mittelbau hinter einem Ehrenhof der Tradition verpflichtet ist, so ist Schultes' Bau doch genuin modern in Hinsicht auf die freie räumliche Disposition, wie es sich besonders eindrücklich in der Sky Lobby zeigt. In einer Zeit, die keine verbindliche

Symbolsprache staatlicher Repräsentation mehr kennt, lässt sich vielleicht nur derart synthetisierend vorgehen. Schultes ging es auch nicht um einen Ausdruck von Macht, sondern darum, dass die Regierungsbauten wie ein „großer generöser Satz, den die Gesellschaft über sich selbst gesprochen hat“ (Schultes 29.6.1995), verstanden werden können (Wefing 2001; Wang 1998: 276 ff.).

Mit diesen Bauten wurde, da in der Weimarer Republik fast nichts Einschlägiges entstand, zum ersten Mal in Berlin in großem Maßstab für einen demokratischen Staat gebaut; die Bauten funktionieren, und man kann hoffen, dass diesem Staat eine längere Lebensdauer beschieden sein wird als den vier Vorgängern nach dem Ende des Kaiserreiches 1918. Insofern hat sich heute wohl das „Capital Dilemma“ aufgelöst, das Michael Wise in der Nachwendezeit noch beschreiben konnte (Wise 1998). Spuren der Geschichte sind allgegenwärtig, aber nicht handlungsleitend. Doch ein Problem ist noch nicht ganz gelöst, und das ist das des Schlosses, mit dem die Hauptstadtgeschichte begann. Das neue Schloss ist im Bau; die Vorgaben sind: an drei Seiten rekonstruierte

barocke Fassaden, eine moderne zur Spree hin sowie die Rekonstruktion des inneren Schlosshofes, des Schlüterhofes also, und der Kuppel. Untergebracht werden sollen hier, im sogenannten Humboldt-Forum, u. a. die außereuropäischen Sammlungen der Preußischen Museen, ein Wissenschaftsmuseum sowie Bibliotheken. Genau hier liegt aber auch das ungelöste Problem: Während sich die Frage nach den jeweiligen Anteilen sicher klären lassen wird, steht die wichtigere nach den konzeptuellen Grundlagen des ambitionierten Großvorhabens noch immer im Raum. Die im Zeitalter der Globalisierung grundsätzlich faszinierende Idee, die Bestände der wesentlich europäischen Kunst auf der Museumsinsel mit den außereuropäischen Sammlungen zu kontrastieren, ist auch nach langen Jahren der Diskussion noch nicht wirklich greifbar geworden; die Erwartungen richten sich nun auf die Gründungsintendanz unter der Leitung Neil MacGregors (Kaube 11.4.2015). Bis 2017 sollen „inhaltliche Schwerpunkte“ gefunden sein, die dem lange umstrittenen Bau auch auf dieser Ebene einen Ort zuweisen würden.

Literatur

- Bauer, Hermann, 1992: Barock. Berlin.
- Benevolo, Leonardo, 1993: Fixierte Unendlichkeit. Frankfurt.
- Berlinische Galerie (Hrsg.), 1993: Aldo Rossi. Ausstellungskatalog. Berlin.
- Börsch-Supan, Eva, 1977: Berlin. Reclam Kunstführer, Bd. 7. Stuttgart.
- Bredenkamp, Horst, 1999: Kuppel wider Willen. In: Lepik, Andres; Schmedding, A. (Hrsg.): Das XX. Jahrhundert. Ein Jahrhundert Kunst in Deutschland – Architektur in Berlin. Köln, S. 122 f.
- Bredenkamp, Horst, 1999: Mediterraner Historismus. In: Lepik, Andres; Schmedding, A. (Hrsg.): Das XX. Jahrhundert. Ein Jahrhundert Kunst in Deutschland – Architektur in Berlin. Köln, S. 16 f.
- Büchel, Wolfgang, 1994: Schinkel. Reinbek.
- Engel, Helmut, 1997: Beschreibung eines Streites – Die Generäle an der Neuen Wache. In: Engel, Helmut; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Via triumphalis – Geschichtslandschaft „Unter den Linden“ zwischen Friedrich-Denkmal und Schloßbrücke. Berlin.
- Feireiss, Kristin (Hrsg.), 1988: Berlin Denkmal oder Denkmodell? Ausstellungskatalog. Berlin.
- Forssmann, Erik, 1981: Schinkel – Bauwerke und Baudgedanken. München.
- Giedion, Sigfried, 1987: Über einen neue Monumentalität. In: Huber, Dorothee (Hrsg.): Wege in die Öffentlichkeit. Zürich, S. 180 ff.
- Giersch, Ulrich, 1993: TVUKW – Eine extraterrestische Pathosformel. In: Wallner, Klara (Hrsg.): Sendezeit. Ausstellungskatalog. Berlin, S. 27 ff.
- Gleiss, Marita (Redaktion), 1995: 1945 – Krieg, Zerstörung, Aufbau – Architektur und Stadtplanung 1940–1960. Ausstellungskatalog. Schriftenreihe der Akademie der Künste, Bd. 23. Berlin.
- Hain, Simone, 1998: „Von der Geschichte beauftragt, Zeichen zu setzen“. In: Schneider, R.; Wang, W. (Hrsg.): Macht und Monument. Ausstellungskatalog. Ostfildern-Ruit, S. 210 f.
- Hederer, Oswald, 1976: Klassizismus. München.
- Hegemann, Werner, 1988: Das steinerne Berlin. Braunschweig/Wiesbaden.
- Kaube, Jürgen, 2015: Die größte Mehrzweckhalle der Republik. FAZ 11.4.2015.
- Kaufmann, Emil, 1952: Three Revolutionary Architects. Philadelphia.
- Kleihues, Josef Paul et al. (Hrsg.), 2000: Bauen in Berlin 1900–2000. Ausstellungskatalog. Berlin.
- Knopp, Werner, 1997: Kulisse der Macht im Kaiserreich. In: Engel, Helmut; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Via triumphalis – Geschichtslandschaft „Unter den Linden“ zwischen Friedrich-Denkmal und Schloßbrücke. Berlin.
- Lampugnani, Vittorio Magnago, 1986: Architektur als Kultur. Köln.
- Lorenz, Hellmut, 1992: Johann Bernhard Fischer von Erlach. Zürich 1992
- Peschken, Goerd, 1999: Vollendung der Museumsinsel. In: Lepik, Andres; Schmedding, A. (Hrsg.): Das XX. Jahrhundert. Ein Jahrhundert Kunst in Deutschland – Architektur in Berlin. Köln.
- Peschken, Goerd, 1993: Der Bau. In: Förderverein Berliner Stadtschloß (Hrsg.): Das Schloß? Ausstellungskatalog. Berlin.
- Peschken, Goerd, 1993: Schloß und Stadt In: Förderverein Berliner Stadtschloß (Hrsg.): Das Schloß? Ausstellungskatalog. Berlin, S. 23 ff.
- Posener, Julius, 1983: Konstruktion und Baukörper in Schinkels Architektur. arch+ 69/70, 47 f.
- Reichhardt, Hans J.; Schäche, Wolfgang, 1984: Von Berlin nach Germania. Berlin.
- Riley, T.; Bergdoll, B. (Hrsg.), 2001: Mies in Berlin. Ausstellungskatalog. München/London/New York.
- Schalles, Hans-Joachim, 1986: Der Pergamonaltar. Frankfurt.
- Schinkel, Karl Friedrich, 1989: Sammlung architektonischer Entwürfe. Guildford/Surrey.
- Schivelbusch, Wolfgang, 1997: Vor dem Vorhang. Frankfurt.
- Schmädeke, Jürgen, 1997: Geschichtsmeile im Umbruch der politischen Systeme. In: Engel, Helmut; Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Via triumphalis – Geschichtslandschaft „Unter den Linden“ zwischen Friedrich-Denkmal und Schloßbrücke. Berlin, S. 74 ff.
- Schultes, Axel, 1995: Ich will einen Ort des Gleichgewichts. FAZ 29.6.1995
- Siedler, Wolf Jobst, 1988: Wanderungen zwischen Oder und Nirgendwo. Berlin.
- Speer, Albert (1976). Erinnerungen. Frankfurt/Berlin/Wien.
- Streidt, Gerhard; Feierabend, Peter (Hrsg.), 1999: Preußen – Kunst und Architektur. Köln.
- Summerson, John, 1987: Die Architektur des 18. Jahrhunderts. Stuttgart.
- Waetzoldt, Stephan, 1977: Tendenzen der Zwanziger Jahre. 15. Europäische Kunstausstellung Berlin 1977. Ausstellungskatalog. Berlin.
- Wang, Wilfrid, 1998: Das Monumentale als Ersatz für den Verlust kultureller Autorität der Architektur. In: Schneider, R.; Wang, Wilfried (Hrsg.): Macht und Monument. Ausstellungskatalog. Ostfildern-Ruit, S. 276 ff.
- Wefing, Heinrich, 2001: Die schönste Leerstelle des neuen Berlin. FAZ 15.10.2001
- Wefing, Heinrich, 2001: Kulisse der Macht. Stuttgart/München.
- Wise, Michael, 1998: Capital Dilemma – Germany's Search for a New Architecture of Democracy. New York.

Gesine Krischausky
Petra Kuhlmann
Gabriele Sturm

Kaleidoskop: Staatspräsenz und Gesellschaftsverständnis II

Bürgerstiftungen

Zivilgesellschaftliches Engagement sucht sich zahlreiche Ausdrucksformen – von Unterstützungsnetzen in der Wohnnachbarschaft bis zum Einsatz des privaten Geldvermögens für gemeinnützige Aufgaben. Eine vergleichsweise neue Form sind die sogenannten Bürgerstiftungen, die es seit Ende der 1990er-Jahre gibt. Sie sind unabhängige, autonom handelnde, gemeinnützige Stiftungen von Bürgern für Bürger mit – laut Berufsverband Deutscher Stiftungen – möglichst breitem Stiftungszweck: Sie sollten sich nachhaltig und dauerhaft für das Gemeinwesen in einem geographisch definierten Raum engagieren und operativ für alle Bürger ihres Einzugsgebietes tätig sein. Zum Selbstverständnis gehört in der Regel die völlige Unabhängigkeit von staatlichen, kommunalen oder Unternehmensstrukturen. Bürgerstiftungen sind thematisch sehr

heterogen aufgestellt: Sie werden also nicht nur von einer Vielzahl, sondern auch einer Vielfalt von Stiftern errichtet und getragen.

Die Motivation zur Errichtung einer Bürgerstiftung gründet häufig auf der Erfahrung, dass staatliche Strukturen mit der Bereitstellung von Diensten und Angeboten überfordert sind, oder auf der Überzeugung, dass solche Dienste und Angebote von vornherein nicht Sache des Staates sein sollten. Entsprechend weisen Bürgerstiftungen auch auf ein eher staatsfernes Gesellschaftsverständnis hin (zum Beispiel die Community Foundations in den USA). In Zeiten leerer öffentlicher Kassen sind sie zugleich ein Beleg für die volkswirtschaftliche Vermögensverlagerung weg vom Steuerstaat hin zu Privatkapital.

Gesine Krischausky

Petra Kuhlmann

Dr. Gabriele Sturm

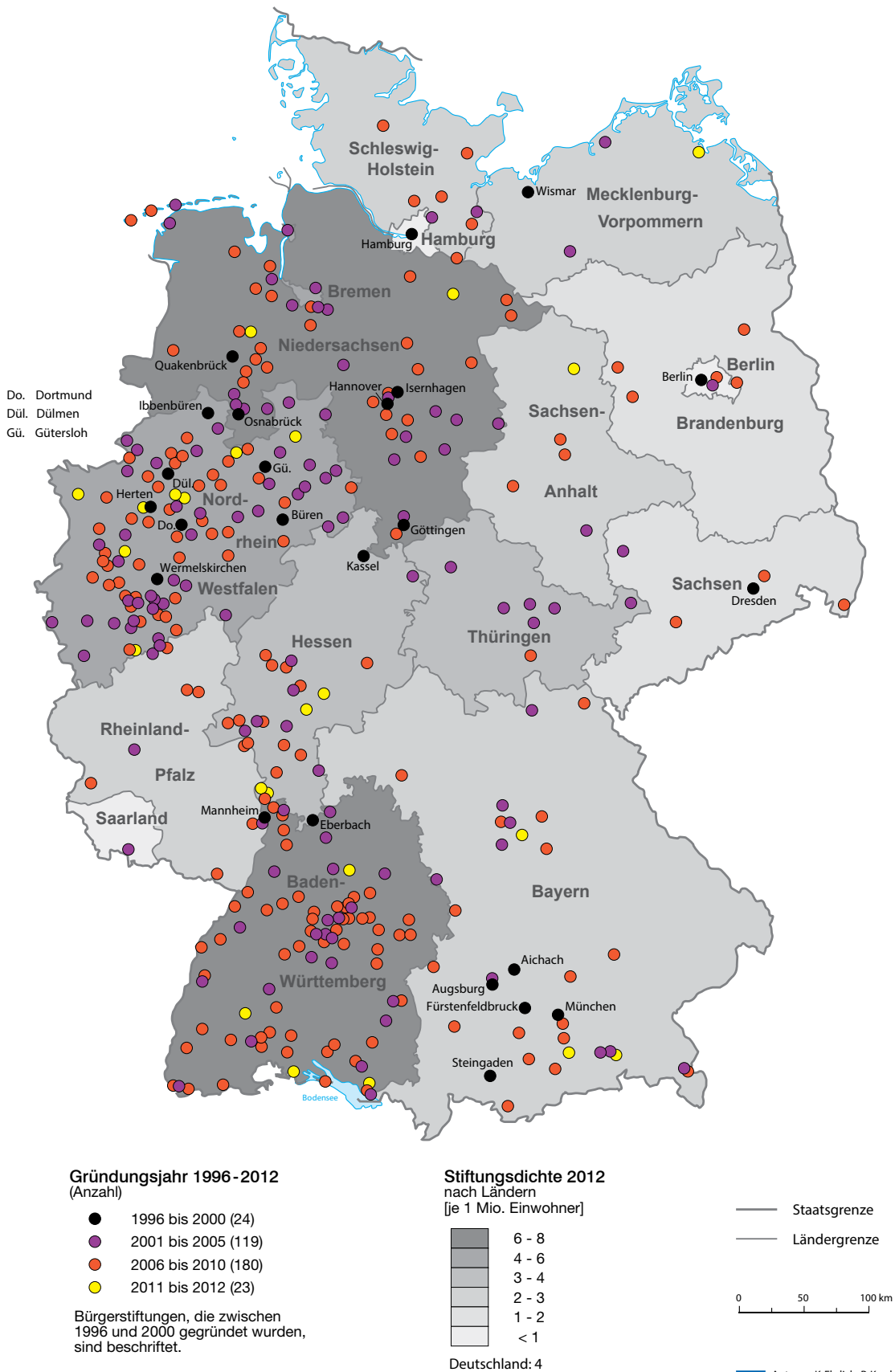
sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Referat Stadt-, Umwelt- und Raumbeobachtung im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

gesine.krischausky@bbr.bund.de

petra.kuhlmann@bbr.bund.de

gabriele.sturm@bbr.bund.de

Gründung der Bürgerstiftungen und Stiftungsdichte



Quellen: Aktive Bürgerschaft (Stand Juni 2013), Nationalatlas aktuell

Betreuung von Kleinkindern in Tageseinrichtungen

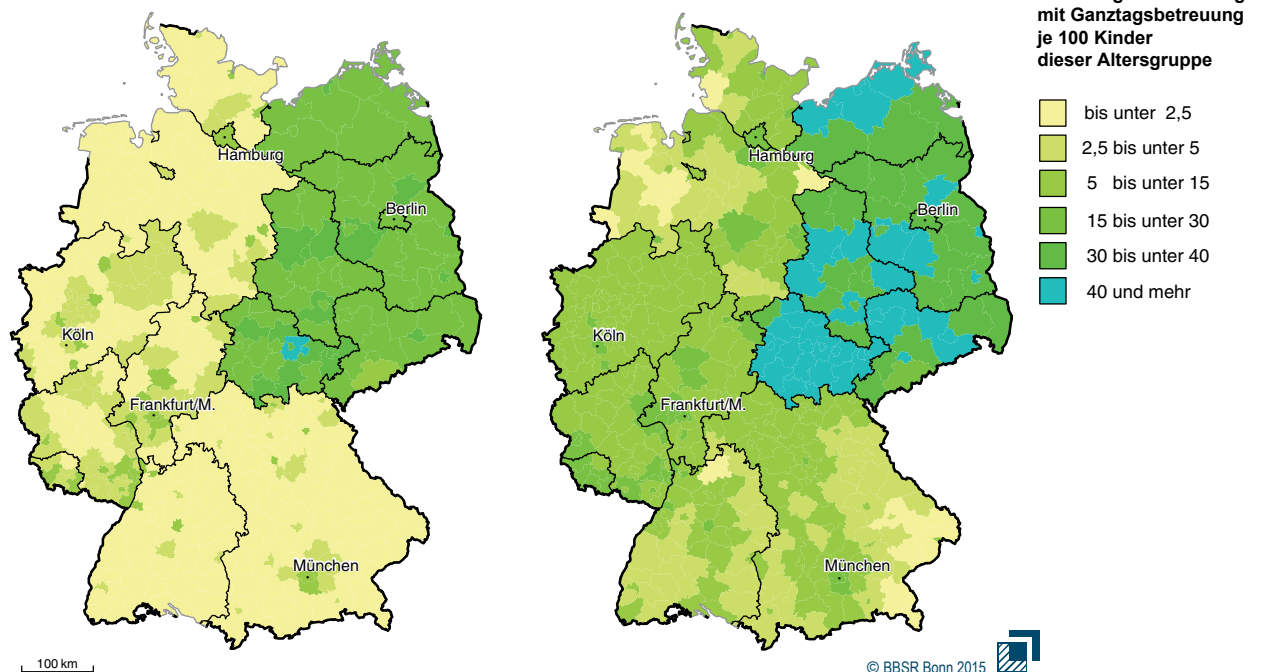
Sobald ein Paar Kinder bekommt, liegt es auch für viele bis dahin voll im Erwerbsleben Stehende nahe, wieder Verhaltensweisen der geschlechtstypischen Arbeitsteilung zu übernehmen. Heutzutage beteiligen sich in der Praxis zwar auch viele Väter (zeitlich begrenzt) an Haushaltsführung und Kinderbetreuung, dies beeinflusst ihre Verfügbarkeit für Erwerbsarbeit jedoch in der Regel kaum. Anders sieht dies nach wie vor für Mütter aus, die mit Kindern deutlich länger Elternzeit in Anspruch nehmen und im Anschluss daran vermehrt ihre Arbeitszeit reduzieren. Insofern ist die bedarfsgerechte Bereitstellung von Krippen- und Ganztagsbetreuungsplätzen für Kinder nicht nur ein Instrument der Sozial- und Integrationspolitik, sondern hilft auch, dem drohenden Arbeitskräftemangel aufgrund des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Ein ausreichendes Betreuungsangebot ist eine Kernvoraussetzung dafür, Beruf und Kindererziehung zu verbinden.

In dieser Art Arbeitsteilung spiegelt sich bis heute das für Deutschland seit dem 19. Jahrhundert typische traditionelle Ernährermodele inklusive des zugehörigen Mutterideals wider. In Westdeutschland hat sich dies deutlich länger gehalten als in Ostdeutschland. In der DDR war die Arbeitskraft der Frauen unverzichtbar für die Betriebe, so dass – trotz ansonsten weitgehend fortbestehender Geschlechterrollen – Frauen auch mit kleinen Kindern nicht ausschließlich für Familienarbeit freigestellt werden konnten. Die flächendeckende Erwerbsbeteiligung der Frauen ging deshalb im Osten mit entsprechend vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen Hand in Hand. Im geeinten Deutschland haben Eltern von Kindern im Alter von ein bis drei Jahren erst seit 2013 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege.

Betreuung von Kleinkindern

2007

2013



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR, Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen des Bundes und der Länder
Geometrische Datenbasis: BKG/BBSR Kreise 31.12.2013

Bearbeitung: P. Kuhlmann

Genossenschaftswohnungen und kommunale Wohnungen

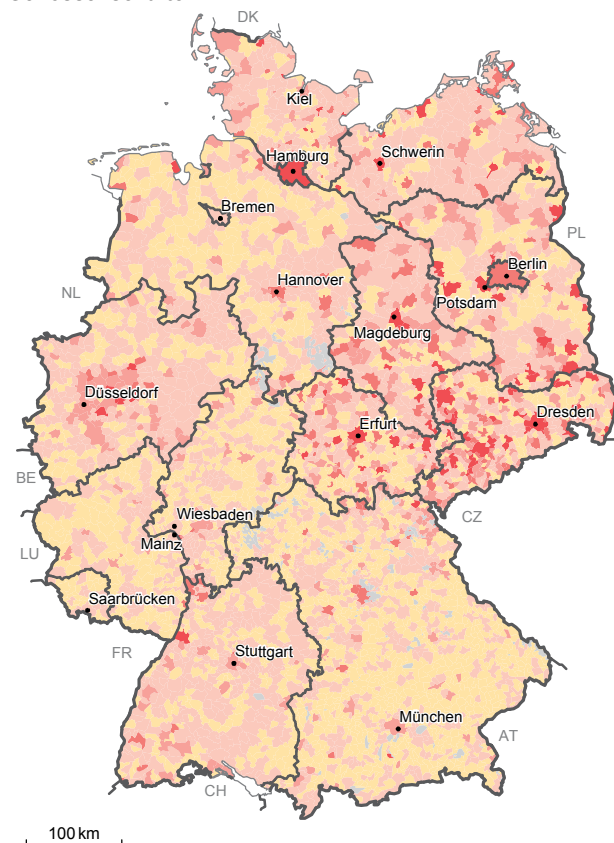
Sowohl die Gründung von Wohnungsbau-genossenschaften als auch der staatliche bzw. kommunale Wohnungsbau datieren auf das 19. Jahrhundert, auf Zeiten großer Wohnungsnot. Trotz unterschiedlicher rechtlicher Eigentumsformen war (und ist) das Ziel beider Träger die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem und angemessenem Wohnraum. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland wurden nach dem Zweiten Weltkrieg beide Formen des Wohnungsbaus und der Wohnungsverwaltung fortgeführt.

Der kommunale Finanzdruck einerseits und der steigende Wohlstand in der BRD andererseits führten zu einem Schwinden vor allem der kommunalen Wohnungsbe-

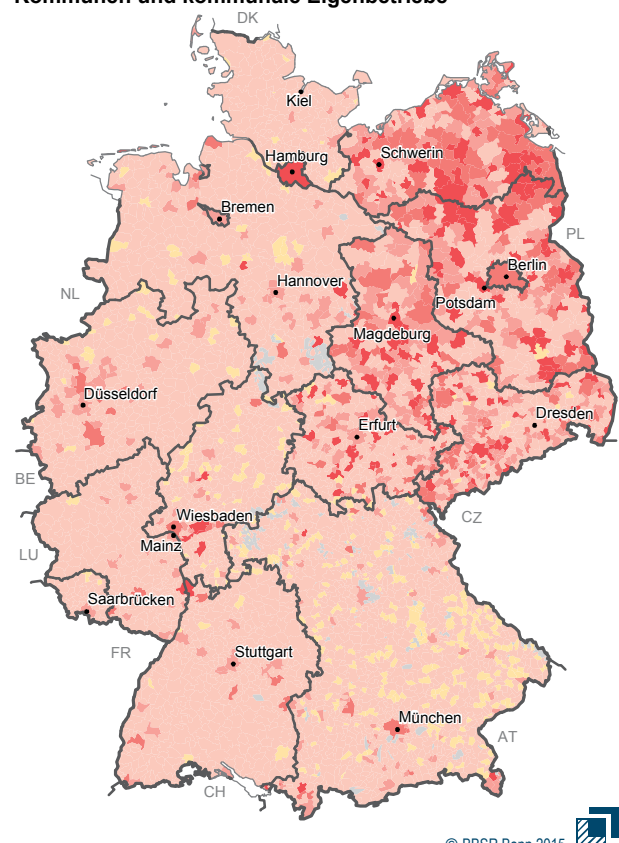
stände zu Gunsten eines höheren Anteils privaten Wohneigentums. Die Altbestände der ehemaligen DDR an kommunalen Wohnungen wurden unter dem Druck des Abbaus von Altschulden und im Zuge des Rückbaus von Leerständen reduziert. Dennoch sind sowohl Genossenschaften als auch Kommunen als Träger in den neuen Ländern flächendeckend zu einem höheren Anteil an Wohngebäuden beteiligt.

Der „Ausverkauf“ des kommunalen Wohnungsbestands endete um die Jahrtausendwende. Kommunen erwerben und bauen wieder vermehrt Wohnungen, um die Daseinsvorsorge „Wohnen“ sicherzustellen, und für eine höhere Flexibilität hinsichtlich städtebaulicher Gestaltungsfähigkeit.

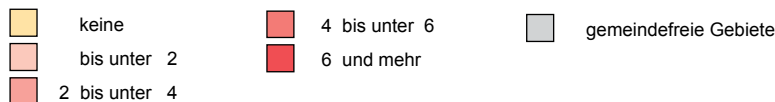
Wohnungen in nicht-privatem Eigentum Genossenschaften



Kommunen und kommunale Eigenbetriebe



Anteil der Gebäude mit Wohnraum in Eigentum von Genossenschaften oder Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben an allen Gebäuden mit Wohnraum in %, 2011



Datenbasis: Gebäudestättenzählung 2011, Laufende Raumbearbeitung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR, Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände, 31.12.2011



Jenseits politischer Zäsuren?

Berliner Phantomgrenzen in aktuellen Praktiken und Diskursen

Béatrice von
Hirschhausen
Caroline Garrido
Marie Hocquet

Auch 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer strukturiert der ehemalige Grenzverlauf weiterhin die Praktiken und Imaginative der Menschen vor Ort. Der Artikel untersucht anhand von zwei Mikrostudien aus dem Stadtteil Prenzlauer Berg, wie die Erfahrung der Teilung aus der Vergangenheit in die Gegenwart transportiert wird. Er verwendet hierfür das Konzept der „Phantomgrenzen“, das es erlaubt, die Art und Weise neu zu denken, in der längst vergangene historische Erfahrungen noch heute im städtischen Raum fortwirken. Die Zeichen der „Phantomgrenze“ sind manchmal schwer erkennbar; an einigen Orten verschwinden sie ganz, und man kann kaum sagen, ob sich die eine oder andere Straße in Ost oder West befunden hat. An anderen Orten wiederum sind sie gut sichtbar und widersetzen sich hartnäckig der Standardisierung der Stadt. Die Lesart, die wir im Rahmen unserer Untersuchung vorschlagen, lehnt die Vorstellung einer im Raum in aufeinanderliegenden Schichten sedimentierten Vergangenheit ab. Sie beleuchtet stattdessen aktive, kreative und mehrdeutige Prozesse, die von verschiedenen Akteuren in Gang gesetzt werden, die „ihr“ Projekt der Stadt umsetzen wollen, indem sie sich in verschiedenen historischen Kontinuitäten verorten.

Zum Einstieg: Szenen aus Berlin

Gleimtunnel, ein Sonntag im Juni 2015 – Der „Gleimtunnel“ ist eine der zahlreichen Unterführungen, die es einem ermöglichen, das dichte Schienennetz der Stadt zu durchqueren: Die Straße verläuft unter einer noch aus der Gründerzeit stammenden Stahlkonstruktion. Wir befinden uns hier am nördlichen Rand des Mauerparks, diesem immensen Grünstreifen, den der Fall der Mauer hinterlassen hat und der nun von Touristen, Liebhabern des Karaoke und Schnäppchenjägern auf dem dortigen Flohmarkt belebt wird. Den Gleimtunnel allerdings erreichen die Menschenmassen, die jedes Wochenende im südlichen Teil des Parks, über den Flohmarkt oder die Bernauer Straße flanieren, kaum. Selbst die Anwohner des angrenzenden Wedding umgehen ihn nach Möglichkeit und laufen allenfalls über ihn hinweg, ohne ihn zu bemerken: Oben sind die Schienen fast unter Wildwuchs verschwunden. In der Gleimstraße, die den Tunnel durchquert und die die Ortsteile Gesundbrunnen im Westen und Prenzlauer Berg im Osten verbindet, herrscht wenig Verkehr. Passanten begegnet man kaum. Ob sie das Metallschild mit der Aufschrift „Rein/Raus“ am Eingang bemerken? Der Mittelteil des Schildes steckt be-



Die Installation „Wind“ im Osten des Gleimtunnels, August 2014
Foto: Caroline Garrido

weglich auf einer Achse, die leicht gewölbten Enden bieten dem Wind Angriffspunkte. Die Botschaft dreht sich wie eine Wetterfahne im Wind. Wie ein Verkehrsschild in echtem Autobahnblau, integriert in die urbane Landschaft, ihre Codes und Erwartungen aufgreifend, ist es fest an beiden Eingängen (oder wären es eher die Ausgänge?) angebracht. Es handelt sich um eine Installation der Künst-

Dr. Béatrice von Hirschhausen
Caroline Garrido
Dr. Marie Hocquet
arbeiten als Forscherinnen am
Centre Marc Bloch in Berlin.
beatrice.vonhirschhausen@
cmb.hu-berlin.de
caroline.garrido@gmail.com
hocquet.marie@gmail.com

Übersetzung: Michael G. Esch

lergruppe D.N.K./Filoart aus dem Jahr 2010.¹ Es steht jedem frei, diese bemerkenswerte Beschilderung nach Gutdünken zu interpretieren. Sie stellt die Trennung in Frage und dokumentiert sie im gleichen Moment.²

„VEB Orange“³, Februar 2015 – Es handelt sich um einen Vintage-Laden in der Oderberger Straße in Prenzlauer Berg, der seit 2005 Alltagsgegenstände und Möbelstücke aus dem ehemaligen Osten feilbietet. Die Oderberger Straße befindet sich unweit des Gleimtunnels auf den Touristenrouten zwischen Kastanienallee, Mauerpark und der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße. Anwohner wie Touristen schätzen sie gleichermaßen besonders für ihre Altbauten, Bars, Restaurants und breiten Bürgersteige.

Der VEB Orange befindet sich in der Oderberger Straße 29; für all diejenigen, die sich für die Objektkultur der ehemaligen DDR interessieren, ist er eine wahre Schatztruhe. Die Waren, die man dort findet, stammen zu 80 % aus ostdeutscher Produktion der 1960er-, 1970er- und 1980er-Jahre. Hinter der Theke ist Mario, Eigentümer des VEB, in eine angeregte Unterhaltung mit Kunden vertieft, raucht eine Zigarette und hat eine Tasse schwarzen Kaffee vor sich. Bei den Kunden handelt es sich um Sammler. Der eine Anfang 40, der andere gut zehn Jahre älter, beide sprechen lebhaft in starkem Berliner Dialekt. Mario antwortet ihnen knapp und bündig, ohne jedoch gelangweilt zu wirken. Der jüngere Mann greift unvermittelt nach einer Medaille, die nahe der Theke ausgestellt ist: „Die Olympiade in Greifswald ... da war ich, ich erinnere mich ...“ Einige Minuten später betritt eine junge Spanierin in Begleitung zweier Landsleute auf Besuch den VEB. Mario begrüßt den Neuankömmling herzlich und beginnt eine Unterhaltung, während ihre beiden Bekannten durch den Laden flanieren, die Objekte betrachten und vorsichtig befühlen, ganz als würden sie sich in einem kleinen Museum befinden. Ein eleganter Mann um die 60 betritt den Laden auf der Suche nach Kinderbüchern. Hört man ihn im Gespräch mit Mario, so scheint es, als würden sie sich seit langem kennen. Dann wiederum kommt eine Frau in den VEB, in der Hand eine Tasche. Sie muss um die 70 Jahre alt sein. An der Theke angekommen, packt sie ihre kostbaren Waren aus: kleine Teller aus Porzellan mit vergoldetem Rand und ländlichen Szenen in der Mitte.

Ihre Teller auf die Theke legend versichert sie, dass dieses Service aus ostdeutscher Produktion stammt („Das ist DDR“). Mario allerdings schlägt das Angebot aus: Diese Art Geschirr entspricht nicht dem Geschmack seiner Kunden.

Ein Fall von „Phantomgrenzen“?

Die eben geschilderten städtischen Erfahrungen deuten unterschiedliche Modalitäten an, durch die Berlin im Alltag erlebt, erzählt und produziert wird. Sie veranschaulichen, wie in dieser Stadt Vergangenheit in die Gegenwart transportiert wird. Die Spuren der verschiedenen Vergangenheiten sind mal vergessene Überreste, mal sind sie heraufbeschworene Symbole. Die Geschichte scheint in der Stadt zu „spuken“. Dieser Spuk findet sich in der Beschaffenheit der Örtlichkeiten, den urbanen Landschaften, die die Geschichte an einer Straßenecke spürbar machen können. Die Präsenz der Vergangenheit findet sich in den verschiedenen sozialen Gruppen, die die Stadt (dauerhaft oder episodisch) bevölkern und formen und alle auf ihre Art Phantome einer doppelten und umgestürzten Geschichte beschwören.

Um besser verstehen zu können, wie die Räume und Orte der Stadt von der Geschichte bewohnt und „bekleidet“ werden, wenden wir das Konzept der „Phantomgrenzen“ an. Phantomgrenzen bestimmen wir als Spuren, die aufgehobene Grenzverläufe in heutigen Gesellschaften zurückgelassen haben (Hirschhausen et al. 2015: 13–56). Der ostmitteleuropäische Raum bietet zahlreiche Beispiele für solche imperialen Grenzen, die in den postimperialen Nationalstaaten herumspuken. So lassen sich ihre Spuren im Wahlverhalten in Polen, Rumänien oder der Ukraine feststellen (Löwis 2015: 99 f.), aber auch in den sozialen Praktiken und Routinen sowie in den Landschaften. Das Beispiel Berlins erweitert die Palette. Der Grenzverlauf des Kalten Krieges hat sich hier mit dem Bau der Mauer tief in die Stadtlandschaft eingegraben. Auch 25 Jahre nach ihrem Fall strukturiert die Mauer weiterhin Praktiken und Imaginative von Anwohnern und Touristen. Überraschenderweise kann man dies auch hier – trotz hoher Fluktuation zwischen den Stadtteilen – an den Wahlkarten ablesen: Bis auf

(1) „Wind“, entworfen von der Künstlergruppe D.N.K./Filoart: „Unaffected by human hands, randomly driven, the weather plays with meanings. Set in an urban environment, the sign gives a confusing message which is neither a notice, a prohibition nor an advertisement. The purpose of the freedom of this arrangement is to leave the observer thoughtful, and perhaps maybe angry. Who should feel addressed? What imaginary boundary/ border is the sign referring to? Who's in, who's out and who makes that decision?“ (Unbeeinflusst von menschlichen Händen, vom Zufall angetrieben, spielt das Wetter mit Bedeutungen. In einer städtischen Umgebung angebracht vermittelt das Schild eine verwirrende Botschaft, die weder eine Notiz noch ein Verbot noch eine Ankündigung ist. Die Absicht der Freiheit dieses Arrangements ist es, den Betrachter nachdenklich oder sogar zornig zu machen. Wer soll sich angesprochen fühlen? Auf welche imaginäre Grenze bezieht sich das Schild? Wer ist drinnen, wer draußen, und wer entscheidet das?) (filoart. org/wind/, Übersetzung: ME)

(2) Am 13. August 1961 wurde der Gleimtunnel im Zuge des Mauerbaus geschlossen und markierte die Grenze zwischen West- und Ostberlin.

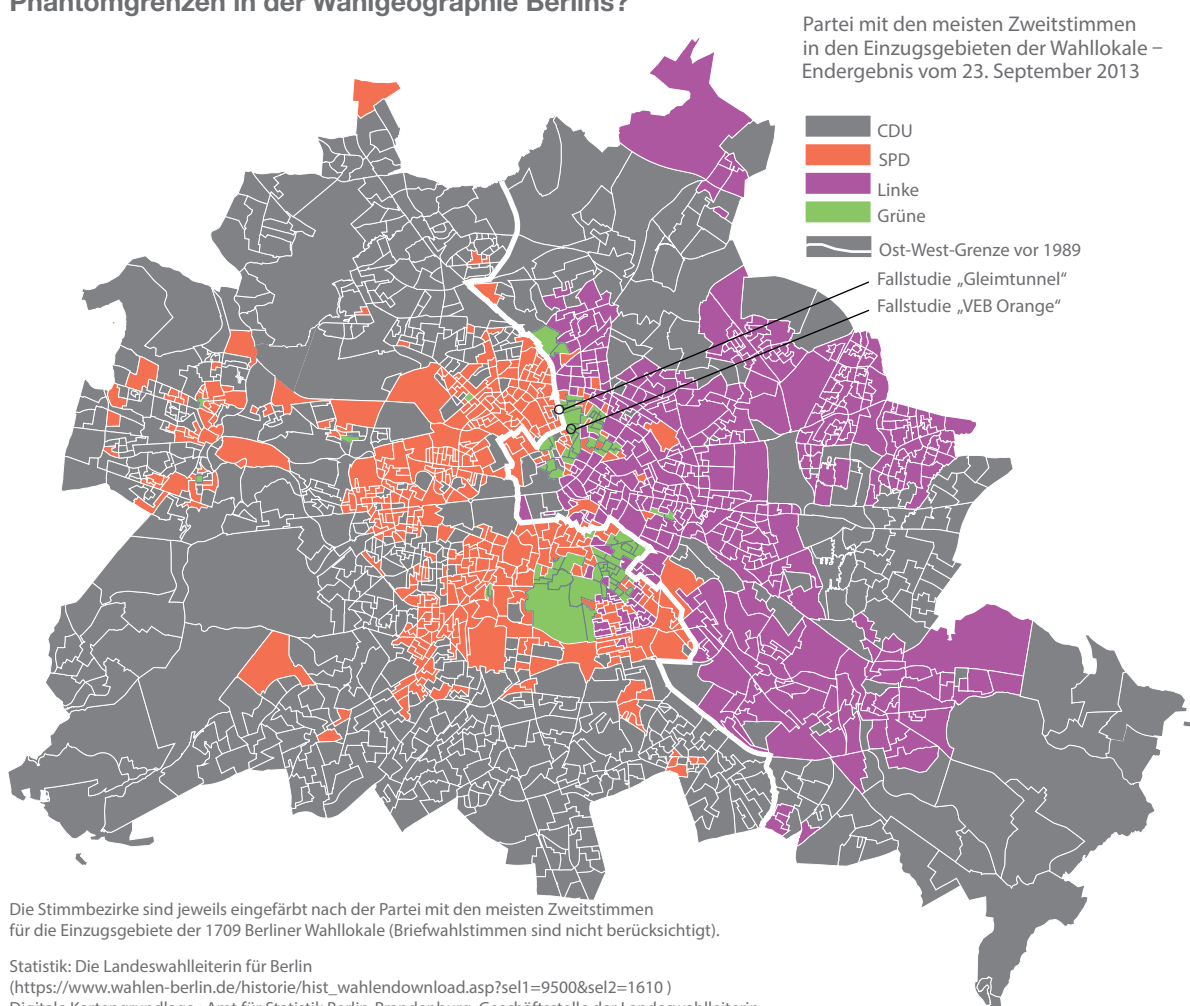
(3) Der Name des Trödeladens spielt auf die Abkürzung an, mit der zur DDR-Zeit die „Volkseigenen Betriebe“ bezeichnet wurden, Unternehmen in staatlichem Eigentum, die nach der Vereinigung privatisiert oder liquidiert wurden.

die feinste Ebene der Wahlkreise zeichnet sich der ehemalige Mauerverlauf ab (siehe Karte). In den Wahlkreisen der Innenstadt stimmen die Anwohner zu beiden Seiten der alten Grenze nicht für dieselbe Linke: Im Osten gehen die Stimmen an „Die Linke“, im Westen an die SPD. Die Grenzlinie in diesem diskontinuierlichen Wahlverhalten folgt genauestens dem Verlauf der Mauer. Sie trennt unterschiedliche Sichtweisen auf die Gestaltung des städtischen Lebens.

Die Phantomgrenze macht sich an unterschiedlichsten Stellen in der Stadtlandschaft bemerkbar. Die Zeichen sind manchmal

schwer erkennbar; an einigen Orten verschwinden sie ganz, und man kann kaum sagen, ob sich die eine oder andere Straße in Ost oder West befunden hat. An anderen Orten wiederum sind sie gut sichtbar und widersetzen sich hartnäckig der Standardisierung der Stadt. Doch so wie Phantome keine Menschen sind, sind Phantomgrenzen keine Grenzen im eigentlichen Sinne. Sie behindern weder den Personen- oder Warenverkehr noch trennen sie konstituierte Gemeinschaften voneinander. Sie sind das, was in der Geographie als Diskontinuitätslinien in der räumlichen Anordnung der Gesellschaften bezeichnet wird.

Phantomgrenzen in der Wahlgeographie Berlins?



Die Stimmbezirke sind jeweils eingefärbt nach der Partei mit den meisten Zweitstimmen für die Einzugsgebiete der 1709 Berliner Wahllokale (Briefwahlstimmen sind nicht berücksichtigt).

Statistik: Die Landeswahlleiterin für Berlin
(https://www.wahlen-berlin.de/historie/hist_wahlendownload.asp?sel1=9500&sel2=1610)
Digitale Kartengrundlage: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin
Kartographie: Béatrice von Hirschhausen mit Philcarto (<http://philcarto.free.fr>)

Quelle: Berliner Morgenpost, 24.9.2013

Wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass wir Raum relational konzeptualisieren. Der Raum wird nicht als feste Einheit oder stabile Größe verstanden, die vor den Gesellschaften vorhanden wäre, sondern im Gegenteil als soziales Produkt (Lefebvre 2001: 42 ff.). Was den „Raum erschafft“, ist die „(An)Ordnung von soziale[n] Gütern und Menschen“, die unentwegt gelebt und interpretiert, unaufhörlich von den Akteuren in ihrem alltäglichen Handeln gemacht und reproduziert wird (Löw 2001: 152 f.; siehe auch Werlen 1995: 5 f.). Diese Raum(an)ordnungen entstehen und zerfallen, verflechten und entflechten sich ohne Unterlass, doch sie lassen sich nicht ausschließlich über die Gegenwart verstehen. Sie sind in die Geschichte eingeschrieben nach verschiedenen Zeitlichkeiten:

- a) der materiellen Zeitlichkeit der Stadt, ihrer Bausubstanz, ihrer Verkehrswege und Transportnetze,
- b) der unaufhörlich reevaluierten Zeitlichkeit der „mental maps“, der Imaginative von der Stadt, der vielfältigen Weisen ihrer Repräsentation, mit denen ihre Konturen und inneren Grenzen gedanklich gezeichnet werden,
- c) der Zeitlichkeit der historischen Erfahrungen der Akteure, wie sie die Stadt, ihre Orte und Bewegungen praktizieren.

Das Phantomgrenzen-Konzept will genauer untersuchen, wie sich diese drei Ebenen artikulieren: Die materielle Ebene der Stadt, konstruiert und rekonstruiert auf sich selbst (a), die Ebene der kontinuierlich neu bewerteten und angepassten Imaginative und Erzählungen, die dem städtischen Raum Bedeutung verleihen und ihn organisieren (b), die Ebene der Akteurserfahrungen, die dies- und jenseits der Wörter in und durch ihre Gesten und alltäglichen Gespräche die Stadt praktizieren (c). Jeder Akteur praktiziert (c), imaginiert (b) und produziert (a) die Stadt auf seiner Ebene.

Der so definierte Begriff der „Phantomgrenzen“ bietet uns die Möglichkeit, eine neue Analyse vorzuschlagen, in der die historischen Umbrüche der Teilung der Stadt und ihrer Wiedervereinigung noch heute in ihr fortwirken. Mit dem in den folgenden Abschnitten untersuchten empirischen Material kommen wir auf die einleitend wiedergegebenen kleinen Szenen zurück und

untersuchen, wie sich in ihnen jeweils zwei der drei Produktionsebenen der Phantome der Vergangenheit im städtischen Raum artikulieren. Wir zeigen, wie die *Ebene der Praktiken der Akteure* mit der *konkreten Raumproduktion (c/a)* sowie der *Ebene der Imaginative und Repräsentationen der Stadt (c/b)* zusammenhängt und wie eben diese Repräsentationen zusammenwirken mit der Produktion des städtischen Raums (b/a).

Praxis und Produktion der Stadt: Die Wiederaufnahme der Diskontinuitäten

Die Akteure praktizieren die Stadt alltäglich. Durch ihr Tun gestalten sie unbemerkt ihre Morphologie: durch ihr Kommen und Gehen, indem sie Bereiche wählen, in denen sie sich bevorzugt aufhalten, und andere, die sie meiden. Umgekehrt organisiert die Stadt die sozialen Erfahrungen der Akteure; die urbane Morphologie umreißt die sozialen Räume und den Rahmen für Erfahrungen. Diese dialektische Bewegung, die seit langem der interaktionistischen Soziologie und der Sozialgeographie bekannt ist, bietet einen Schlüssel für lang anhaltende Raumphänomene: Eine Grenze, die über längere Zeit hinweg zwei Gesellschaften voneinander getrennt hat, kann selbst nach ihrer Aufhebung in den sozialen Praktiken und Morphologien überdauern. Deshalb wird der Gleimtunnel, obschon seit 25 Jahren wieder geöffnet, kaum genutzt. Die Bewegungen der Passanten ordnen sich weiterhin dies- und jenseits, ohne sich wirklich zu begegnen. Die üblichen Wege meiden ihn noch heute, und die Bewohner der beiden Bereiche tauschen sich nicht regelmäßig aus. Dabei war der Tunnel bis 1961 eine Kommunikationsachse zwischen den westlichen und östlichen Vierteln gewesen. Die Demarkationslinie zwischen französischem und sowjetischem Sektor stimulierte den Austausch, die üblichen Itinerarien kreuzten und mischten sich. Der Bau der Mauer hat nicht nur ein praktisch unüberwindliches physisches Hindernis geschaffen, sie hat die Gesellschaften und Praktiken neu organisiert. Die beiden Viertel haben sich seither unterschiedlich entwickelt.

Im Westen haben die Straßen in der unmittelbaren Umgebung des Tunnels ihre Geschäfte und ihre Bewohner verloren. Der Gesundbrunnen, der nun städtische Peri-

pherie geworden war, erlebte eine Politik des Sozialwohnungsbaus, die das in den 1960er- und 1970er-Jahren wiederaufgebaute Habitat nachhaltig veränderte. Zwar wird der Immobilienbestand seit zwanzig Jahren allmählich privatisiert, dieser Urbanismus des Wiederaufbaus behält aber trotz seiner nun wieder zentralen Lage zum großen Teil eingewanderte Bevölkerung. Diese ist nicht oder nur wenig integriert in jene machtvollen sozialen und stadträumlichen Dynamiken, die das Niemandsland auf dem ehemaligen Todesstreifen an der Mauer transformiert haben, und besucht den dort entstandenen Grünstreifen nur selten.⁴ Heute bemüht sich der Kiez, eine neue Dynamik in Gang zu setzen. In östlicher Richtung war die Mauer während der Teilung eine Barriere. Seit den 1990er-Jahren hat der Bezirk Prenzlauer Berg im Gegensatz zu Gesundbrunnen eine starke Gentrifizierung erfahren. Diese hat den alten Mauerbereich erfasst: Die Bewohner haben ihn sich angeeignet, ihn bepflanzt und zu einer Sehenswürdigkeit umgestaltet. Aber sie bewegen sich kaum auf der anderen Seite, im westlichen Bezirk Wedding: Dieser ist für sie wenig attraktiv.

Der Kontrast zwischen diesen beiden einander gegenüberliegenden Urbanitäten ist auffallend groß. Der Bevölkerungsaustausch nach der Wiedervereinigung hat den Grenzeffekt und die Imaginative beiderseits der unsichtbar gewordenen Mauer wieder

aufleben lassen. Die Trägheit der Erfahrungsräume und die materiellen Formen der Stadt wirken zusammen und erlauben es der Diskontinuität zwischen den beiden Gebieten, über die Aufhebung der Grenze hinweg bestehen zu bleiben.

Praktiken und Imaginative der Stadt: Eine wiedereingesetzte Vergangenheit

Die Gegenwart der Vergangenheit in der Stadt ist aber nicht nur eine Sache der Trägheit. Sie rührt auch aus aktiven Projekten her. Die oben erwähnte künstlerische Installation mit ihren rotierenden Schildern an den Enden des Gleimtunnels erinnert an die Grenze: Sie interpretiert ihren Sinn neu, indem sie sie entdramatisiert, während sie die Grenzlinie gleichzeitig in subtiler und erneuerter Weise rekonstruiert und neue urbane Imaginative provozieren will. Andere Projekte partizipieren noch weitaus entschiedener an dieser Inszenierung der Vergangenheit. Akteure aus Wirtschaft, Verbänden und Politik intervenieren im Raum, mobilisieren ihre Erfahrungen und ihr Projekte für die Stadt in dem Versuch, die aktuellen Räume neu zu bestimmen. Die Umgebung der *Oderberger Straße* ist hierfür ein besonders interessantes Beispiel. Im „VEB Orange“ vollzieht sich die Intervention des Inhabers Mario auf mindestens zwei Ebenen: Der des Ladenlokals selbst und der übergeordneten des Viertels.

(4) Diese Nutzung zeigt sich sonntags (Grillen), während in der restlichen Zeit der Park Humboldthain, wo das Grillen nicht gestattet ist, als zentrales Erholungsgebiet im Ortsteil Gesundbrunnen genutzt wird.



VEB Orange (Außenansicht sowie Innenansicht des Ladens)

Foto: Marie Hocquet

Der Trödeladen selbst gewährt Zugang zur ostdeutschen Vergangenheit. Für Ostdeutsche und Ostberliner repräsentieren die dort angebotenen Objekte eine Erinnerungsstütze für einen bestimmten Alltag und eine bestimmte Identität. Gleichzeitig werden sie aber auch von Personen angeeignet, für die sich das Verhältnis zur sozialistischen Vergangenheit nicht auf eigene erlebte Erfahrung stützt. Der Laden ist eine Durchgangsstation, in der sich verschiedene Arten von Akteuren begegnen, die sich in ihrer Mehrzahl für Objekte interessieren, die aus der ostdeutschen materiellen Kultur hervorgegangen sind: Privatleute, die eigene Sachen zum Verkauf anbieten wollen, Leute, für die die Gegenstände, die im VEB verkauft werden, einen Gebrauchswert darstellen, Gelegenheitskäufer aller Nationalitäten, Sammler, Touristen und Flaneure, die die Objekte betrachten, ohne unbedingt etwas zu kaufen. Der VEB ist faktisch ein Ort, der für alle und nicht nur für die Eingeweihten zugänglich ist. Als Ort der Zirkulation von Personen und Gegenständen wird es seitens des Inhabers mal als Geschäft und mal als Museum präsentiert; ihm geht es nicht allein darum, den Gegenständen ein zweites Leben zu geben, sondern auch darum, sie „weiterzugeben“. Die Übertragung materieller Objekte wird ergänzt durch eine immaterielle Übertragung: Der Trödler wird zum Überträger von Geschichten.

„Und die Geschichten, die nehm ich hier natürlich auch mit [...]. Und die Geschichten gebe ich natürlich auch weiter oder kann se weitergeben. Zum Beispiel, die Frau, die hier war – nur als Beispiel – die hat 'ne Schwester [...], und ich hab von denen 8-mm-Filme von 1950. [...] Familien ... Familienportraits. 1954 am Ostseestrand, habe ich 8-mm-Filme. Dann kamen die irgendwann mal wieder, die Omis. Und ich hatte den Film aber grad aufgebaut und habe hier 'n Film gezeigt, wo die als Kinder drauf waren. [...] Also weil sie den [sic!] Objekt nicht mehr haben ... [und] haben den Film das letzte Mal als Kinder gesehen. Und die standen ja hier, die zwei, und das war schon so'n Erlebnis ... Oh wow, wow, ne ... Das ist schon so speziell. [...] Und das sind dann schon sehr persönliche Sachen ... und die erzählen, und so, so ältere Leute, die ... ist dann halt spannend, solche Geschichten dann auch weiterzugeben“

(Mario, Interview vom 13.02.2015).

Im Trödeladen vollzieht sich etwas, das über die geschäftliche Transaktion hinausgeht und auf dem „biographischen Wert“ (Debary/Gabel 2010: 126) der ausgetauschten Objekte beruht. Der Verkauf oder Kauf eines Objektes durch eine Einzelperson vermählt sich so mit Mikro-Ereignissen, man erzählt Teile des Lebens, man übermittelt Informationen. Für diejenigen, die in der DDR gelebt haben, ist der VEB so ein besonderer Ort, ein Ort, an dem sie von sich sprechen, ihre Geschichte erzählen können und sich ihrer Werte vergewissern (Bédard 2002: 230 f.). Für diejenigen, die nicht in der DDR gelebt haben, hat dieser Secondhand-Laden vor allem den Status eines Museums, das sie über die Alltagspraktiken einer untergegangenen Gesellschaft informiert. Über die Objekte wird das Alltagsleben in der DDR greifbar.

In seiner Eigenschaft als Ladengeschäft, wo ein (materieller und immaterieller, pekuniärer und nichtpekuniärer) Austausch vollzogen wird, der verschiedene Arten von Akteuren involviert, ist der VEB ein Ort, an dem ein Zusammenschmelzen von Ansichten der Vergangenheit, aber auch von Fragmenten von persönlichen und kollektiven Geschichten stattfindet. Die Phantome, die diesen Ort heimsuchen, lassen sich nicht unter ein einfaches Wiederauferstehen der Vergangenheit subsumieren. Die Interaktionen, die im VEB stattfinden, bringen vielmehr ein unerhörtes (räumliches und materielles, soziales und ökonomisches) Arrangement hervor. Sie sind im Kontext der Zeit nach der Wiedervereinigung verankert und verleihen den Gegenständen 25 Jahre nach dem Verschwinden der DDR einen anderen Status.

Auf der Ebene des Viertels stellt der VEB die Gegenwart der Vergangenheit sicher, indem er sie für die Bewohner und die Passanten in der Stadtlandschaft heraufbeschwört. Der Gedanke des Heraufbeschwörens bezieht sich auf die Sichtbarkeit des Ortes im städtischen Raum Berlin. Diese Sichtbarkeit resultiert zunächst einmal aus dem Standort des VEB. Anfang der 2000er-Jahre war es nicht der einzige Laden, der in diesem Teil von Prenzlauer Berg mit einem Evozieren der sozialistischen Vergangenheit spielte. In der Eberswalder Straße 22⁵ beispielsweise befand sich das *Stiefelkombinat*⁶, ein *Vintage*-Laden, der Schuhwerk, Kleidung,

(5) Die Eberswalder Straße trennt die Oderberger Straße vom Mauerpark und wird westlich dieser zur Bernauer Straße.

(6) Das Wort Kombinat geht auf eine Bezeichnung zurück, mit der zu DDR-Zeiten die Zusammenfassung verschiedener Unternehmen des gleichen Produktionsbereichs benannt wurde.

modische Accessoires und Möbel aus den 1950er- bis 1980er-Jahren feilbot. Das farbige Schaufenster des Ladens sowie die Kleidungsstücke und zahlreichen alten Koffer, die immer auf dem Bürgersteig ausgestellt waren, gaben der Straße einen festlichen Charakter. Obwohl das *Stiefelkombinat* die Eberswalder Straße verlassen hat, erklärt es auf seiner Internetseite immer noch: „DAS STIEFELKOMBINAT IST EIN STÜCK BERLINER FREIHEIT – EINE INSEL DER VIELFALT FÜR DIE SZENE RUND UM BERLIN*VINTAGE*MAUERPARK“ (Stiefelkombinat 2015). Der Slogan konstruiert den Kiez um den Mauerpark als *Vintage*-Szene. Er bezieht sich auf den Trödelmarkt im Mauerpark, aber auch auf die zahlreichen *Vintage*-Geschäfte, die im Viertel um die Jahrtausendwende eröffnet wurden, als die Mieten noch bezahlbar waren und die Händler einander an Einfallsreichtum und Kreativität bei der Gestaltung ihrer Schaufenster und der Ausstattung der Bürgersteige mit Zweite-Hand-Artikeln gegenseitig zu übertreffen trachteten. Zwischen dem inzwischen gentrifizierten Prenzlauer Berg und dem Prenzlauer Berg der Hausbesetzer in den 1980er- und 1990er-Jahren gab es also einen Prenzlauer Berg der *Vintage*-Läden, die sich mehr oder weniger auf den Verkauf von Waren aus DDR-Produktion spezialisiert hatten. Der „VEB Orange“ schreibt sich in diese Hochburg des Berliner *Vintage* ein. Der Kiez steht für „eine bestimmte Art von [...] urbaner Atmosphäre“ (Lallement 2005: 39), die von den Geschäften herrührt, die man hier findet, und den Praktiken, die sie hervorbringen. Man begibt sich in die Umgebung des Mauerparks, um sich nach Trödel umzusehen und zu feilschen, zu beobachten, Gegenstände zweiter Hand zu berühren und zu benutzen. Nicht selten hört man, wie sich potenzielle Käufer über die Gestalt ihrer Fundstücke äußern oder sich über deren Herkunft (Ost, West?) wundern.

Die städtische Umgebung des VEB überträgt diesem einen Teil ihrer Identität, während die Inszenierung der Vergangenheit, die der Laden bereitstellt, umgekehrt zu deren Ruf beiträgt. Wert und Besonderheit des VEB werden über die Objekte hergestellt, die dort ausgestellt sind. Der Trödelladen ist nicht nur bekannt, sondern wird von vielen auch mit der ostdeutschen materiellen Kultur sowie mit der Welle der *Ostalgie* assoziiert.⁷

Auf diese Weise produziert der Laden selbst den Raum; er schafft um sich herum ein bedeutungstragendes Arrangement und hat Anteil an der Art und Weise, in der der Kiez weiterhin wahrgenommen und in den Imaginativen der Bewohner und Passanten konstruiert wird. Kiez und Handel produzieren sich gegenseitig. Der Mauerpark und seine Umgebung als Ort des *Vintage*- und ostdeutschen Trödels verleihen dem VEB einen semantischen Mehr-Wert. Im Austausch „signiert“ dieser diesen Teil von Prenzlauer Berg: Sein Gestus produziert einen Raum, der von der DDR-Vergangenheit „heimgesucht“ wird und den die Touristen oder neuen Bewohner als solchen „erkennen“, im Kiez suchen und dadurch zu seiner Wiederherstellung beitragen.

Urbane Imaginative und Produktion der Stadt: Konkurrierende Projekte

Diese stadtproduzierenden Akte – seien sie auch vernakulär (Jackson 1984)⁸ oder von institutionellen Akteuren abstammend – sind in den Repräsentationen bestehender Räume verankert, die ihnen Wert und Sinn verleihen, wie in Imaginativen über mögliche oder gewünschte Zukünfte. Die Vergangenheiten, auf die sie sich beziehen, variieren je nach Akteuren. Ansässige oder Touristen, alte Bewohner oder Neuankömmlinge – die einen präkarisiert, die anderen verbürgerlicht – aktivieren konkurrierende Narrative der Stadt, beteiligen sich an der Legitimierung und Aktualisierung unterschiedlicher historischer Momente, unterschiedlicher Urbanitäts- und Gesellschaftsregimes in der städtischen Landschaft. Aus diesen aufeinanderprallenden Projekten geht Berlin mit einem hohen Maß an Heterogenität hervor. Berlin ist keine Stadt mit einem linearen historischen Narrativ: Ihr Raum zeigt nebeneinander multiple politische und widerstreitende Projekte, die nicht die gleichen Phantome der Vergangenheit beschwören. Die Kontraste beschränken sich nicht auf Ost und West. Sie spielen sich auch innerhalb der Kieze ab, wo sich urbane Formen wie politische Manifeste miteinander vermischen.

Die Gestaltung des Niemandslands oberhalb des Gleimtunnels illustriert diese Debatten und Kontraste. So gibt es intensive Diskussionen unter den Mitgliedern des

(7)
Wir stützen uns hier auf Interviews, die Marie Hocquet im Rahmen ihrer Untersuchung der Verwendung von Objekten aus der ostdeutschen materiellen Kultur und ihrer Sichtbarmachung im Rahmen des Berliner städtischen Raums geführt hat.

(8)
Wir verwenden hier die Begrifflichkeit von John Brinckerhoff Jackson: „vernacular“ heißt übersetzt „einheimisch, volkstümlich, mundartlich, landes-sprachlich, ...“ und soll hier die kleinteiligen lokalen Besonderheiten betonen.

Vereins „Welt Bürger Park“. Hier kommen Bewohner zusammen, die großenteils nach dem Fall der Mauer in dieses Ostberliner Viertel entlang der alten Grenzlinie gekommen sind. Nicht alle sind Berliner oder wenigstens Deutsche; alle tragen dazu bei, das Viertel – wie es heute ist – in Richtung auf ein Bild von Berlin hin zu entwickeln, das grün sein soll und frei von Spekulation. Der Verein will den Mauerpark und die Grünflächen im ehemaligen Todesstreifen so erhalten, wie sie sind. Er verteidigt heute auf der Höhe des Tunnels entlang der alten Mauerlinie einen Lehrbauernhof, Grün- und Erholungsflächen, eine Kletterwand. Seit den frühen 1990er-Jahren sind Bäume gepflanzt worden, Freiwilligengruppen haben einander abgelöst bei der Aneignung eines Raums, der einmal unzugänglich war und nur von den Patrouillen des Grenzschutzes genutzt wurde. Die Initiative war während der Diskussionen am „Runden Tisch“⁹ entstanden, die nicht weit von hier am Falkplatz stattgefunden hatten. Danach war das Projekt eines Kinderbauernhofs in Gang gekommen, hatte die Verwaltung (der Stadt und des Bezirks), Schulen und Bewohner beschäftigt und zog schließlich auf ein Terrain oberhalb des Tunnels, das von der Stadt zur Verfügung gestellt wurde. Heute jedoch wird dieses Gebiet von einem Investor begehrt, der versichert, dort Sozialwohnungen bauen zu wollen. Die Vereinsmitglieder misstrauen dem Projekt; sie befürchten, dass der Bau von Sozialwohnungen angekündigt wird, um einfacher Luxuswohnungen bauen zu können, und setzen sich heftig zur Wehr. Sie versuchen, das Projekt zu blockieren. Wenn man jedoch Wolfgang – einen seit langem dem Kiez verbundenen Händler – über den Konflikt befragt, lacht er lauthals und macht sich lustig über die Aktivisten des „Welt Bürger Parks“, die heute in komplett renovierten Gebäuden leben. Er hat beobachtet, wie sich das Viertel entwickelt hat, wie Gerüste auf- und wieder abgebaut wurden und die Immobilienpreise in die Höhe schossen. Er klopft an eine Hauswand, es klingt hohl. Sie sieht aus wie aus Stein gebaut, ist es aber nicht. Also, sagt er, kann man gut große Gebäude gegenüber ihren Fenstern bauen; sie haben selbst dafür gesorgt, dass sich sein Kiez gewandelt hat.¹⁰ Sein Berlin, das war das Berlin der gefurchten und beschädigten Fassaden; dieses Berlin verschwindet. Sein Berlin verbleibt in der Erinnerung: Es ist grau. Heute

liest man aus der Karte der Parlamentswahlen von 2013, dass das alte Berlin in diesem Bezirk verloren hat: Die Gentrifizierung ist weit fortgeschritten, und der Wahlkreis ist zur Partei „Die Grünen“ übergegangen.

Der Fall des „VEB Orange“ zeigt, wie sich das materielle Register der Produktion von Stadt zu den Imaginativen verhält, zu den Repräsentationen der Vergangenheit und den städtischen Projekten. Auf der Ebene seines Trödeladens stellt Mario die bestehende Ordnung in Frage und arrangiert sich zugleich mit ihr. Die Wiederaneignung gebrauchter Gegenstände und ihre Wiedereinführung in den Markt ist eine Praxis, die für ihn mit einer Reihe von Werten unterlegt ist: Dem Gebrauchswert eines Gegenstands und seine Langlebigkeit im Gegensatz zu seiner Beseitigung, der unnötigen Ausgabe oder der programmierten Überflüssigkeit. Die ostdeutschen Objekte bilden einen Kristallisationspunkt für die folgende Stellungnahme:

„[...] ich werde es dann auch auf meiner Internetseite demnächst mal publizieren, was VEB war: „Volkseigener Betrieb“ [...] Viele Leute können sich das nicht vorstellen, dass die Fabriken in dem Sinne von dem Volk waren [...]. Der Versuche eines sozialistischen Staates, wo die ... der Gedanke an sich ... ja, ja, lohnt, lohnt schon zu denken, weil ja die Sachen, die entstanden sind mit wenig ... und mit den vorhandenen Mitteln quasi ... [...] und trotzdem zeitlich – eh – langfristig geplant waren, also ohne, ohne irgendwelche Teile drin, die nach zwee Jahren kaputt gehen. Das war nicht die Wegwerfgesell ... [...]. Man musste sämtliche Sachen irgendwie wiederverwenden, und das Recycling als solches gab es ja auch in der DDR. Sämtliche Flaschen wurden fortgeschafft, sämtliches Papier wurde zum Altstoffhandel gebracht. Das gab's ja alles schon, und es wurde versucht, aus den vorhandenen Rohstoffen das Bestmögliche rauszuholen [...]. Und die ... die Leute, die das hergestellt haben, [...] das war'n ja auch Arbeiter, die dann auch die Briefe gekriegt haben von der Bevölkerung: ‚Was habt denn ihr für 'n Scheiß produziert?! Ihr könnt das doch auch ...‘, ne? Also, konnte sich ja dann jeder hinwenden und sagen: ‚Was macht ihr in eurem volkseigenen Betrieb?‘, so. [...] Also, es hatte ja den Anschein, dass jeder dort irgendwie mitwirken konnte, bei der Entstehung von gewissen Sachen“

(Mario, Interview vom 13. 2. 2015).

(9) Der Begriff „Runder Tisch“ bezeichnet Treffen zwischen der Zentralregierung und den Oppositionsparteien in den Jahren 1989 und 1990, auf denen über neue Orientierungen nach der Wende von 1989 entschieden werden sollte. Neben diesem zentralen runden Tisch gab es weitere in den einzelnen Vierteln (Organisation des lokalen Lebens durch die Bewohner, Wiederaufbau der Verwaltung).

(10) Diese Äußerungen sind einer informellen Diskussion mit dem Händler im August 2014 entnommen.

An dieser Stelle kehrt das Phantom (der Arten des Konsums, der Produktion und der Wiederverwendung in der DDR) zurück, um eine Kritik an den vorherrschenden Produktions- und Konsumtionsweisen zu formulieren. Die Vergangenheit sieht sich ins Rampenlicht gestellt im Rahmen eines aktuellen diskursiven Kontexts, in dem der Schutz der Umwelt, Wiederverwertung und Dauerhaftigkeit hohen Wert haben. Dadurch schreibt sich der VEB in eine dreifache Zeitlichkeit (zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft) ein zugunsten eines Imaginativs, in dem Bilder, Ideen und Werte artikuliert werden, die mit der Langlebigkeit von Objekten, der Partizipation der Nutzer an der Produktion, der vernunftgeleiteten Konsumtion und der Wiederverwertung zu tun haben. Der VEB ist somit Träger eines eigentümlichen Narrativs von der Vergangenheit, das in mancherlei Hinsicht eine Form des Diskurses konterkariert, in dem das Territorium der DDR vor allem über ein Vokabular der Verunreinigung (Bodenbelastung, Luftverschmutzung, graue und schmutzige Städte usw.) wahrgenommen und konstruiert wird (Hocquet 2011: 169 f.).

Wir sehen hier also, wie ein Imaginativ der Vergangenheit herangezogen wird, um ein Projekt zu entwerfen und zu rechtfertigen, das – wenn es einmal umgesetzt ist – zur Produktion eines spezifischen Raums und einer entsprechenden Urbanität beitragen wird.

[Versuch einer] Schlussfolgerung

Die Kreuzung zweier Mikrofallstudien erlaubt es uns zu sehen, wie die physikalischen Seiten der Stadt, über Arten zu sprechen, zu leben und das Urbane hervorzubringen, die Konturen von Phantomgrenzen zeichnen, indem sie Diskontinuitäten und eine turbulente Vergangenheit in Szene setzen. Die Lesart, die wir für diese Untersuchungsorte vorschlagen, lehnt den Gedanken an eine im Raum in aufeinanderliegenden Schichten sedimentierte Ver-

gangenheit ab. Sie beleuchtet stattdessen aktive, kreative und widersprüchliche Prozesse, die von verschiedenen Arten von Akteuren in Gang gesetzt werden, die „ihr“ Projekt der Stadt umsetzen wollen, indem sie sich in verschiedenen, mehr oder weniger explizierten historischen Kontinuitäten verorten.

Die im VEB dargebotenen Gegenstände legen Zeugnis ab von Produktionsweisen in der DDR, aber auch vom „Alltag, dem Offensichtlichen, dem Gemeinsamen, dem Gewöhnlichen“ (Pérec 1989: 11, übers. M.E.) einer Gesellschaft, die nicht mehr ist. Sie erlauben es, eine vergangene Wirklichkeit zu erleben, das heißt das Vergangene wahrzunehmen und zu erspüren, aber auch es zu prüfen, zu testen und zu beurteilen, ohne Unterlass nach materiellen Beweisen für ihre bewegte Realität zu fragen. Der VEB vermittelt auf diese Weise einen Bericht von der Vergangenheit, der sichtbar und greifbar ist durch seine Anwesenheit in der städtischen Landschaft. Er erlaubt, in den inszenierten Gegenständen in konkreter Weise Fragmente der sozialistischen Vergangenheit auszuprobieren, die er in einer Disposition neu angeordnet hat, die kanonische und offizielle Repräsentationen dieser Vergangenheit in Frage stellt.

Was den Gleimtunnel angeht, so ruft die heute verschwundene Grenze Imaginative und Urbanitäten wach, die alles andere als eindeutig sind. Beim Anblick des Metallschildes „Rein/Raus“ bleibt die Interpretation offen. Welches ist das „wahre“ Berlin? Soll Berlin grün sein, orange oder grau? Unermüdlich konstruiert die Stadt sich selbst, durch und für ihre Bewohner – seien sie dauerhaft oder temporär, aktiv oder passiv. Aus dieser speziellen urbanen Unentschiedenheit mitten in einer von mehreren Millionen Menschen bewohnten Metropole zieht sie ihre „Poesie“ (Sansot 2004) und ihre Faszination. Aber wie lange noch? Die Inwertsetzung dieses touristischen Kapitals im Immobilien- und Handelsgeschäft könnte auch das Ende ihrer Pluralität bedeuten.

Literatur

- Bédard, Mario, 2002: De l'être-ensemble à l'être-aumonde, le rôle du haut-lieu. *Ethnologie*, 24 (2), S. 229–241.
- Berliner Morgenpost, 24.9.2013: Bundestagswahl 2013 in Berlin – Alle Stimmen der 1709 Wahllokale. Zugriff: <http://berlinwahlkarte2013.morgenpost.de/> (abgerufen am 15.5.2015).
- Debary, Octave; Gabel, Philippe, 2010: Seconde main et deuxième vie. Objets, souvenirs et photographies. *Mélanges de la Casa de Velázquez*, 40 (1), S. 123–142.
- Hirschhausen, Béatrice von; Grandits, Hannes; Kraft, Claudia; Müller, Dietmar; Serrier, Thomas, 2015: Phantomgrenzen im östlichen Europa, Band 1: Phantomgrenzen – Räume und Akteure in der Zeit neu denken. Göttingen.
- Hocquet, Marie, 2011: Mémoire, oubli et imaginaires urbains, étude de deux hauts-lieux de la mémoire communiste à Berlin-Est: le Palais de la République et le Musée de la Stasi. Thèse de doctorat de sociologie et anthropologie politique, Université Jean Monnet. Saint-Étienne.
- Jackson, John Brinckerhoff, 1984: *Discovering the vernacular landscape*. New Haven/London.
- Lallement, Emmanuelle, 2005: Tati et Barbès – Différence et égalité à tous les étages. *Ethnologie française*, 35 (1), S. 37–46.
- Lefebvre, Henri, 2001 (1974): *La production de l'espace*. Paris.
- Löw, Martina, 2001: *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main.
- Löwis, Sabine von, 2015: Phantom borders in the political geography of East Central Europe – an introduction. *Erdkunde – Archiv für wissenschaftliche Geographie*, 69 (2), S. 99–106. Zugriff: <http://www.erdkunde.uni-bonn.de/>
- Pérec, George, 1989: *L'infra-ordinaire*. Paris-Montrouge.
- Sansot, Pierre, 2004 (1971): *Poétique de la ville*. Paris.
- Stiefelkombinat 2015: Startseite der Homepage. Zugriff: <https://www.stiefelkombinat.de/> (abgerufen am 28.5.2015).
- Werlen, Benno, 1995: *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierung, Band 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum*. Stuttgart.

Die Flachstrecke Wohn-Erinnerungen, D-Ost¹

Christel Köhle-Hezinger

Moden gab und gibt es allerorten für Verhaltensweisen von Menschen und bezüglich aller Sachen, mit denen sie ihr Leben ausstatten. Moden sind Momentaufnahmen in Prozessen gesellschaftlichen Wandels. Dabei wechselt oft auch nur die Bezeichnung des Tuns oder der Dinge und weniger der Gegenstand oder die Funktion an sich. So kann der kulturwissenschaftliche Blick auf das uns umgebende Mobiliar lokale Besonderheiten, Kontinuitäten und Brüche eröffnen.

*„Suche die gute alte Flachstrecke ...“
„... schon viel gehört, aber Flachstrecke Question tut mir leid“
(Einträge im Internet bei Google und eBay 17.12.2009)*

*„A lowboy is a small table with one or two rows of drawers,
in contradistinction to the tallboy or highboy chest of drawers ...“
(www.wikipedia.org/wiki/Lowboy)*

*„Lowboy novel by John Wray, compelling, compassionate, and deeply unsettling“
(www.amazon.de)*

*„Ein Lowboy ist ein unnützes Möbel ... Ein Highboy nicht.“
(John Wray, Retter der Welt, 2009, zit. n. DIE ZEIT Nr. 27, S. 49)*

Verortung

Wohn-Erinnerungen sind zunächst und vor allem Kindheitserinnerungen. Sie lehren – über Wörter und Sachen – früh die Kunst der Distinktion: Eigenes und Fremdes, Neues und Altes, Schönes und weniger Schönes zu sehen, wahrzunehmen und zu unterscheiden. So sind meinen ersten Wohn-Erinnerungen Namen, Orte und Materialien eigen, die biographische Spurensuche ebenso ermöglichen wie wissenschaftliche Nachforschungen. Und die, wie im nachfolgenden Essay, Forschungsneugier und -interesse in wenig bestellten Forschungsfeldern wecken.

„Wörter und Sachen“, jener im Jahre 1898 von Rudolf Meringer postulierte Forschungszugang der Realienkunde wurde von Ruth Mohrmann in ihrer Habilitationsschrift 1990 mit Tamàs Hofers Begriff der „Sachuniversa“ verbunden und problematisiert. Der Blick auf die „Welt der Dinge (...) in der Wohnkultur vom 16. bis zum

20. Jahrhundert“ erfordere, so Mohrmann, aufgrund einer „der problematischsten Gefahrenstellen“ im Verhältnis zwischen Wörtern und Sachen stets zwei Fragen: „Ändert sich der Gegenstand bei wechselnder Bezeichnung oder wechselt gar die Sache bei gleichbleibender Bezeichnung?“ (Mohrmann 1990: 42 ff.). Als Beispiele dienen ihr die Koffertruhe und das „Schapp-Schrank-Problem“, das Uwe Meiners „für stadtmünsterische Verhältnisse im 17. und 18. Jahrhundert“ aufgeworfen hatte und das Mohrmann in Braunschweiger Inventaren seit dem 16. Jahrhundert verfolgt. Zu erkennen und methodisch anzugehen in der Sachkulturforschung sei die auch von Helmut Ottenjann als zentral benannte Gefahr, „die Diffusion von Wörtern, nicht aber die von Sachen zu untersuchen“ (ebd.: 44). Diese Erkenntnis aber sei „allein noch kein ausreichendes Remedium“ – es gelte vielmehr, „die Mängel der Quelle immer wieder in die Analyse einzubeziehen und, wo es möglich ist, die Frage von den Gegenständen her zu beantworten“ (ebd.: 49).

(1)
Erstabdruck in: Hartmann, Andreas, et al. (Hrsg.), 2011: Die Macht der Dinge. Symbolische Kommunikation und kulturelles Handeln. Festschrift für Ruth-E. Mohrmann. Münster, S. 219–225.

Prof. Dr. Christel Köhle-Hezinger ist Volkskundlerin und war bis 2011 Professorin für empirische Kulturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. christel.koehle-hezinger@uni-jena.de

Kommode und Kredenz

Die Kommode, ein in seiner Funktion „schon in der Antike und seit dem Mittelalter geläufiges und bekanntes Möbelstück“, wurde 1718 erstmals beschrieben in einem Brief der Liselotte von der Pfalz aus Versailles. Ein Haushaltlexikon definiert das Novum eine Generation später, im Jahre 1749 als einen „tisch-schrank, worin kleider und wäsche gethan werden“ (ebd.: 77).

Die Kommode, so belegt Mohrmann aus Braunschweigischen Inventaren, war „ein bedeutender Stil- und Modeträger, auch das Möbelstück selbst ist vielfältig variiert worden als Spiegel-, Schreib-, Wasch-, Pfeiler-, Kleider- oder Toilettenkommode“. Wechselformen wie die „Schubladenkredenz“ des 17. Jahrhunderts (ebd.: 82 f.) oder „Credenzschränke“ des 16. Jahrhunderts, 1886 von Justus Brinckmann als „Bauernmöbel“ deklariert (Deneke 1983: 32), öffnen den Blick für den Wandel der Dinge und der Materialien, der sozialen Gefüge und Zuordnungen: Es ist der Blick auf Innovation und Distinktion.

Kredenzen überlebten in Restbeständen bis ins 20. Jahrhundert: in Museen und Magazinen, in differierenden Materialien, Formen, unter vielen Namen, in Monographien und Wörterbüchern. Und in manchen Wohnzimmern: Meinen Wohn-Erinnerungen gehören beide an – sie sind zudem verbunden mit klaren generativen Zuordnungen.² Zum Wohnzimmer meiner Großeltern, 1913 verhehlicht, gehörte ein massiger Büffett-schrank, Eiche massiv, sowie eine Kommode mit drei breiten Schubladen, Nussbaum furniert. Zur Ausstattung des elterlichen Nussbaum-Wohnzimmers hingegen, 1941 ausgestattet, gehörten ein Büffett mit Glasvitrine und eine so genannte Kredenz; Letztere war das einzige Möbel dieser Art und eines solch fremden Namens. Die Kredenz war halbhoch, hatte zwei Schubladen, darunter zwei Türen – und sie war ein klar männlich definiertes Territorium. Die Kredenz war ein väterliches Verwahrn Möbel, sie war Tabuzone. Gleiches galt für den Großvater und die Kommode – auch sie war sein Heiligtum. Gelernt hatte ich hier bereits durch Anschauung, was – viel später – Forschungserkundungen belegten: Dass es männliche und weibliche Möbel gab, Zuordnungen nach Generation und nach

Geschlecht ebenso wie nach Region und Stand. Und auch, dass es keine Monokultur wie die der sogenannten Bauernmöbel gab. Im Kontext der eigenen Herkunft, das heißt der süddeutschen Weingärtnerkultur (für die „weinbäuerlich“ ein Unwort, fast Beleidigung war und bis heute ist) gab es zwar hie und da noch alte bemalte Schränke, aber sie waren in den 1950er-Jahren alle ausrangiert, auf der „Bühne“ (gemeint: auf dem Dachboden). In den Wohnzimmern jedoch – auch wenn sie noch Stuben hießen – hatten auch in ländlich-agrarischen Regionen um 1800 mit den Kommoden die Furniermöbel Einzug gehalten (vgl. Becker 1984; Deneke 1984; Hacke-Reuter 1987: 48–58; Mohrmann 1990): wie zum Beispiel jene Kommode meines Weingärtner-Urgroßvaters, neben stattlichen, „bürgerlichen“ Sekretärschränken; einen solchen hatte der Dorfarzt, so wurde erzählt (und konnte man durch die Fenster sehen) einmal für eine Krankenbehandlung ‚eingetauscht‘. Weingärtnerkultur, so belegten später eigene Studien, war nicht an bäuerlicher, sondern an städtisch-bürgerlicher Kultur orientiert. Stadtnähe, Märkte, Waren- und Weinhandel schufen Austausch, Anschauung und Kulturkontakt.

Postmoderne Wohnwenden?

Freilich waren diese stadtnahen traditionellen Milieus in den 1950er Jahren längst aufgebrochen durch Industrialisierung, Urbanisierung und Migration. Es gab nun im Ort fremde Familien, fremde Ethnien und Dialekte, fremde Wohnungen und fremdes Mobiliar in alten und neuen Varianten; so ein „Vertiko“, das Geschirre barg und Nippes zur Schau stellte, ähnlich jenem „Glas-schrank“ der bäuerlich-fränkischen Verwandtschaft oder dem später im Museum als „Tressur“ verzeichneten Verwahrn Möbel.³

Aus der Mode, aus dem Blick und außer Gebrauch waren sie nun alle gekommen – Tressur, Vertiko, Kommode, Kredenz, Büffett. Sie galten seit Wirtschaftswunder, Ess- und Wohnwelle als unmodern und – in Wort und Sache – als altmodisch, gestrig. Und sie waren vollends vergessen, seit der Siegeszug der massiven Wohnzimmer-Stollen-Schrankwand begann. Klein- und Einzelmöbel ebenso wie vereinzelt gehängte Regale („String“) löste sie ab und nahm, als

(2) Dies gilt nicht nur für Generationen, auch für Kollegien und Kohorten: Mit Ruth Mohrmann verbindet die Verfasserin derselbe Jahrgang – und damit ähnliche Zeit- und Kindheits-Erfahrungen; wengleich in einer deutlichen Nord-Süd-Differenz: Niedersachsen versus Schwaben.

(3) Die überaus reiche regionale Möbelliteratur kann hier nicht ausgebreitet werden; exemplarisch verwiesen sei – zu den hier genannten Regionen – auf die einschlägigen Forschungen und Publikationen der Freilicht-museen in Bad Windsheim und Schwäbisch Hall-Wackershofen (als Neuansätze in Mitteldeutschland Moritz 2003 und Helmboldt 2004).

flächendeckendes Wandmöbel, alles in sich auf: Hausbar und Geschirre in Schrankteil-Elementen, Nippes und Bücher in Regalen, Radio- und Fernsehgeräte sowie Plattenspieler auf Einzelborden oder in diversen Schrankteilen (Tränkle 1972).

Ihr Aufstieg war ebenso rasant wie ihre Zuordnung. Als Wohnzimmermonster und Spießertum zog sie den Spott von Intellektuellen und Individualisten auf sich. Und sie forderte, als Gegenbewegung, Reaktion und Distinguierung, die Auflösung der Schrankwände in Design- und Einzelstücke, Kombinations- und Antiquitäten-Teile geradezu heraus.

Im Sinne einer *Longue durée* scheint das Fortleben der Schrankwand heute dennoch gesichert. Möbelangebote in Farbprospekten, aus Wohnwelten und -paradiesen bilden stets neu das ab, was nach wie vor gültige, stattliche und „komplette Wohnzimmer-Ausstattung“ zu definieren scheint – als Traumland und als Sachgesamtheit: Es bleibt die Stollenwand und die Polsterlandschaft.

Deutschland-West und -Ost scheinen diese Wohn-Erfahrungen zu verbinden – vor und nach der deutschen Einigung. Wohnerleben und Wohn-Erinnerungen der Volkskunde-Studierenden, die seit 1998 in Jena das neue Fach studierten, waren mehrheitlich geprägt vom Wohnen in der „Drei-Raum-Wohnung“ in der Platte (Österreichisches Museum für Volkskunde 1999). Einheitliche Grundrisse bedingten Stellordnungen, Funktionen und Details. Im Wohnzimmer stand der Esstisch meist an der Durchreiche, als dem „Fenster zur Küche“ (Ehm 2008: 4); daneben Sitzgruppe und Schrankwand und, soweit noch Raum vorhanden, die sogenannte Flachstrecke.

Die „Flachstrecke“, so zeigten die ersten Beschreibungsversuche, erinnerte an westliche Anrichten – und, im Tableau der eigenen Wohn-Erinnerungen-West, an jenes neue schicke Möbelstück, das in meiner Erinnerung zur Zeit der ersten Skandinavien-Welle aufgetaucht war als „Sideboard“: langgestreckt und flach, aus Teakholz oder auch weiß. Anfangs meist als „Siedebord“ (sic!) heimisch gemacht und eingedeutscht, wurde es in deutschen Wohnzimmern zum Indikator: Im modernen Wohnen kam dem

Sideboard – auf Zeit zumindest – eine wichtige Rolle zu (Deneke 1983). Sideboard und Anrichte sind heute wieder in Mode, waren aber lange Zeit, in Wort und Sache, weit hin verschwunden. Aus meinem Möbelgedächtnis ist das Sideboard – zusammen mit Dansk design und den Teakmöbeln, bevor die hellen Fichtenmöbel von Ikea kamen – lange schon verschwunden.

Flachstrecken-Forschungen

Mit den beiden ersten, eher zufällig dem Thema „Wohnen in der DDR“ zugewandten Dissertationen am Jenaer Lehrstuhl für Volkskunde/Empirische Kulturwissenschaft (Meggle-Freund 2003; Gentner 2004/2007) kam die Anrichte wieder: als Flachstrecke.

Cortina Gentners Studie „WohnWenden“, eine Langzeitstudie zum Wohnen der Ostdeutschen nach der sogenannten Wende, belegt sie anhand wohnbiographischer Interviews für verschiedene Milieus: „Das Vertiko, das hatten wir dann als erstes ... Und haben dann von Bekannten, (...) die in den Westen gegangen sind, die Flachstrecke bekommen. Die wollten sie nicht mitnehmen. Ich war zwar nicht so begeistert, weil wenig Stauraum war“ – so wird erzählt im zweiten Fallbeispiel „Die helle Ofenwohnung“ (ebd.: 125).

Im dritten Fallbeispiel „Die maßgeschneiderte Wohnung“ findet sich ein weiterer Beleg: „Das Wohnzimmer ist großzügig, hell und geräumig eingerichtet – anstelle (für Stauraum sorgend) der entsprechenden Anbauwand steht an zwei Wänden jeweils eine helle ‚Flachstrecke‘ ...“ (ebd.: 143). Die Wende bringt eine neue Vielfalt, die Wohnwende dupliziert die Möbel: statt einer gibt es nun an zwei Wänden eine Flachstrecke. Denn, so Frau W. 1997: „Früher war’s eben doch relativ egal, weil, man wusste eben, jeder hatte fast die gleiche Anbauwand ...“ (ebd.: 156).

Die Flachstrecke schien ein lohnendes Forschungsobjekt, um die „Macht der Dinge“ im Nachleben und Erinnern und im Kontext von Ostalgie zu verfolgen. Erste Feldbeobachtungen und Befragungen ergaben – bei den Älteren, in der Wende- und Nachwende-Generation – jedoch unerwartete Befunde: Die Flachstrecke ist dem indivi-

duellen Wohn-Gedächtnis wie dem kulturellen Gedächtnis entwichen, und sie spielt auch im aktiven Möblierungsdenken keine Rolle mehr. Auf meine Fragen folgten daher Absagen und Gegenfragen: „Flachstrecke? was war das denn noch? Ach ja, da gab's ja mal so 'ne Teile ...“ Oder einer schrieb mir: „Leider kenne ich das Wort nicht, und ich habe es auch nie gekannt. Das kann daran liegen, dass meine Wohnzimmer immer so klein waren ... Ich wüsste auch niemanden, der ein solches Teil besessen hätte.“

Flachstrecke als Metapher

Heute, 25 Jahre nach der Wende, scheint die Flachstrecke unwiderruflich tot. Wort und Sache scheinen vergessen, andere Möbel, Möbelnamen, Bedürfnisse und Wohnstile traten an die Stelle des schmalen Wandmöbels. Freilich scheint im Rückblick ihr Platz wenig allgemein, eindeutig oder gar stabil gewesen zu sein – so zumindest die Retrospektive der durch westliche Wohn-Erinnerungen geprägten Forscherin. Sie kann freilich nur vorläufige Mutmaßung sein, da „es so gut wie kein empirisches Material über Wohnungseinrichtungen in der DDR gibt“ (Godau 1994: 117). Die genannten Dissertationen von Cortina Gentner und Margarete Meggle-Freund am Jenaer Lehrstuhl arbeiteten zwar empirisch; sie betrieben Gegenwartsforschung mit qualitativen – vornehmlich biographischen – und nicht mit quantitativen Methoden.

Ost-West-Zuordnungen sind meist eindimensional, sie geben Eindeutigkeiten vor. Dabei verdecken sie Binnendifferenzierungen und Milieus ebenso wie das, was „im Westen“ der Republik als kulturelle Selbstverständlichkeit begriffen und erforscht wird. Zum Beispiel die „Nord-Süd-Unterschiede“ (Wiegelmann 1985) oder die Differenzen zwischen Stadt und Land, zwischen Regionen und möglicherweise Mentalitäten. Solche Differenzierungen, aus Sicht historisch-kulturwissenschaftlicher Forschung unabdingbar, waren und sind – in der zentralistischen DDR, aber auch in unkritisch-ostalgischen Rückblicken und in westlichen Blicken auf Deutschland-Ost ein bis heute meist übersehenes und gering geschätztes, oft jedoch auch vermiedenes und heikles Thema.

„Contextual and comparative“: Diese Forderung, für Religionsstudien von Natalie Zemon Davis formuliert (1982: 323), muss für Kulturstudien generell gelten. Vergleichende und präzise differenzierende Forschungen solcher Art sind im Feld der deutschen Binnen-Kultur-Forschung geboten, und sie sind lohnend. Auch im Falle der scheinbar marginalen Flachstrecke, jenem kleinen und vergessenen Möbel mit dem wenig klangvollen Namen, dessen Herkunft aus der technischen Fachsprache (zwar bereits im Deutschen Wörterbuch von Jacob Grimm erwähnt) vorerst leider noch im Dunkel bleiben muss.

Als Kleinmöbel und Zeuge der DDR-Wohnkultur verweist sie auf vergessene andere „Strecken“. In einer Studie zum „Möbelprogramm Deutsche Werkstätten (MDW) in der DDR“, überschrieben mit „Hunderter von Varianten“, verfolgt Andreas Ludwig die „Revolution in der Produktkultur“, die 1967 von Hellerau ausging und von der Wohnzeitschrift „Kultur im Heim“ – zunächst freilich in der Fachwelt – verbreitet und als Synthese von Funktionalität und industrieller Produktion gefeiert wurde. Auf der Leipziger Herbstmesse 1967 erhielt das auf Modulen und Selbstmontage basierende Möbelprogramm als „Erzeugnis hervorragender Qualität“ eine Goldmedaille. Seit 1974 wurden „nur noch teilverklebte Körper“ gefertigt. Eine Rechnung aus dem Jahre 1972 belegt: Der Preis für eine MDW-Schrankwand inklusive Montage „entsprach knapp dem Vierfachen eines durchschnittlichen DDR-Monatslohns in dieser Zeit“ (Ludwig 2006: 10). Mit dem Besitz von MDW – einer Produktlinie, die die Käufer vom Massengeschmack abhob – verband sich möglicherweise eine spezifische Distinktion und ästhetische Kompetenz, an der sich Gleichgesinnte aus Kultur und Wirtschaft erkannten. Die Schrankwand war – in ihren Varianten, in ihrer Distinktion – bis zum Ende der DDR der „vor die Wand gestellte Stauraum“ (ebd.: 12). Beim Aufbau der Museumssammlungen in Eisenhüttenstadt konnte Andreas Ludwig diese These „teilweise bestätigen, aber daneben waren es auch ganz normale Bürger, die das System gekauft hatten. Wesentlicher als der kulturelle Bildungsgrad scheint die Zugehörigkeit der Möbelbesitzer zu einer Generation zu sein, die dem funktionalen Gedanken

verbunden war.“ Das System sei offenbar auch „zweckentfremdet (worden), um im Eigenbau die Wohnung sachgerecht auszurüsten. Dem Vernehmen nach wurden unzählige Teile von MDW in Garagen und Wochenendhäusern verbaut“ (ebd.: 13).

Systemmöbel und Module als Bricolage – diese wichtige Erkenntnis ist für die DDR-Kultur zugleich Metapher. Die Module sollten helfen, vor allem normierte Neubauwohnungen optimal zu nutzen. Die Schrankwand war dabei der Kern, das Standbein. Ein mögliches Spielbein aber, die kleine Spielform daneben: Das war die Flachstrecke.

Literatur

- Becker, Dörte, 1984: Bäuerliche und bürgerliche Möbel aus dem Westmünsterland. Münster.
- Deneke, Bernward, 1983: Bauernmöbel. Ein Handbuch für Sammler und Liebhaber. München. (Darin besonders die Kapitel „Borde und Anrichten“, S. 86–89 sowie „Kleinmöbel“, S. 89–91).
- Ehm, Linda, 2008: Kochen im Fernsehen. Eine kulturwissenschaftliche Annäherung (Magisterarbeit an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität). Jena.
- Gentner, Cortina, 2007: WohnWenden. Wohn- und Wendegeschichten aus Brandenburg (Dissertation an der Friedrich-Schiller-Universität 2004). Münster.
- Godau, Marion, 1994: Innenraumgestaltung in der DDR. In: Dörhöfer, Kerstin (Hrsg.): Wohnkultur und Plattenbau. Beispiel in Berlin und Budapest. Berlin.
- Grimm, Jacob; Grimm, Wilhelm, 1838 bis 1961: Deutsches Wörterbuch, Bd. 19, Sp. 1092–1098.
- Hacke-Reuter, Sabine, 1987: Die Stube im westfälischen Bauernhaus. Münster. (Darin besonders das Kapitel „Die Verwahrn Möbel“, S. 48–58).
- Helmboldt, Rüdiger, 2004: Bemalte Möbel aus Thüringen. Die (Groß)Breitenbacher Truhen. Hohenfelden.
- Ludwig, Andreas, 2006: „Hunderte von Varianten“. Das Möbelprogramm Deutsche Werkstätten (MDW) in der DDR. Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3. Jg. (3), S. 1–16. Zugriff: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2006/>
- Meggle-Freund, Margarete, 2003: Zwischen Altbau und „Platte“: Alltagskonstruktionen in der Spätzeit der DDR, am Beispiel der Kleinstadt Reichenbach im Vogtland (Dissertation an der Friedrich-Schiller-Universität 2003). Jena.
- Mohrmann, Ruth-E., 1990: Alltagswelt im Land Braunschweig. Städtische und ländliche Wohnkultur vom 16. bis zum frühen 20. Jahrhundert (2 Bände). Münster.
- Moritz, Marina, 2003: Möbel aus Thüringen. Produktion. Gebrauch. Interpretation. Erfurt.
- Österreichisches Museum für Volkskunde (mit Unterstützung des Dokumentationszentrums Alltagskultur in der DDR in Eisenhüttenstadt), 1999: Leben in der Platte. Alltagskultur in den 1960er- und 1970er-Jahren. Katalog zur Sonderausstellung vom 17.9. bis 14.11.1999. Wien.
- Tränkle, Margret, 1972: Wohnkultur und Wohnweisen. Tübingen.
- Wiegelmann, Günter (Hrsg.), 1985: Nord-Süd-Unterschied in der städtischen und ländlichen Kultur Mitteleuropas. Münster.
- Zemon Davis, Natalie, 1982: From „Popular Religion“ to Religious Cultures. In: Ozment, Steven (Hrsg.): Reformation Europe. A Guide to research. St. Louis, S. 321–341.

Markus Burgdorf
Lukas Kiel
Gabriele Sturm

Kaleidoskop: Finanzielle und soziokulturelle Ressourcen

Schießt Geld doch Tore?

57 % der Deutschen interessieren sich für Fußball. Damit ist Fußball die beliebteste Sportart. Die Vereine bieten ein hohes Identifikationspotenzial mit der Stadt oder Region. Wöchentlich begeistern die Spiele der 1. Liga knapp 400.000 Menschen in den Stadien, hinzu kommen Millionen Fernsehzuschauer. Gleichzeitig ist der Fußball ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. In der Saison 2013/14 erzielten die Vereine der 1. Bundesliga einen Umsatz von 2,45 Mrd. Euro. Sportlicher und wirtschaftlicher Erfolg liegen meist nahe beieinander: Die mit Abstand höchsten Erlöse erzielten die Vereine auf den Tabellenplätzen 1 bis 6 – mit Zugang zum internationalen Geschäft.

Nach Beitritt des Fußballverbands der DDR (DFV) zum Deutschen Fußballbund (DFB) qualifizierten sich mit Hansa Rostock und Dynamo Dresden zwei Vereine aus der DDR-Oberliga für die erste gesamtdeutsche Bundesliga-Saison 1991/92. Sechs weitere Vereine qualifizierten sich für die zweite

Bundesliga. In den folgenden 25 Spielzeiten waren insgesamt nur vier Vereine aus dem Osten in der 1. Liga vertreten. Am erfolgreichsten war dabei Hansa Rostock mit zwölf Teilnahmen. Sämtliche Meistertitel und Qualifikationsplätze für die finanziell und sportlich lukrative Champions League gingen seitdem an Vereine aus dem Westen inkl. West-Berlin. Seit der Saison 2009/10 ist kein Verein aus dem Osten mehr in der 1. Bundesliga vertreten. Die erfolgreichsten Fußballvereine der DDR rutschten – teils vorübergehend – bis in den Amateurbereich ab. Der zehnmalige DDR-Meister Berliner FC Dynamo spielt in der Regionalliga. Der 1. FC Magdeburg, Europapokalsieger von 1974, schaffte in der abgelaufenen Saison den Aufstieg in die 3. Liga und trifft dort u. a. auf den achtmaligen Meister Dynamo Dresden und den letzten DFV-Meister Hansa Rostock.

Quelle: Bundesliga Report 2015 (DFL); Wikipedia

Markus Burgdorf**Dr. Gabriele Sturm**

sind Projektleiter/-in im Referat Stadt-, Umwelt- und Raumbeobachtung.

Lukas Kiel

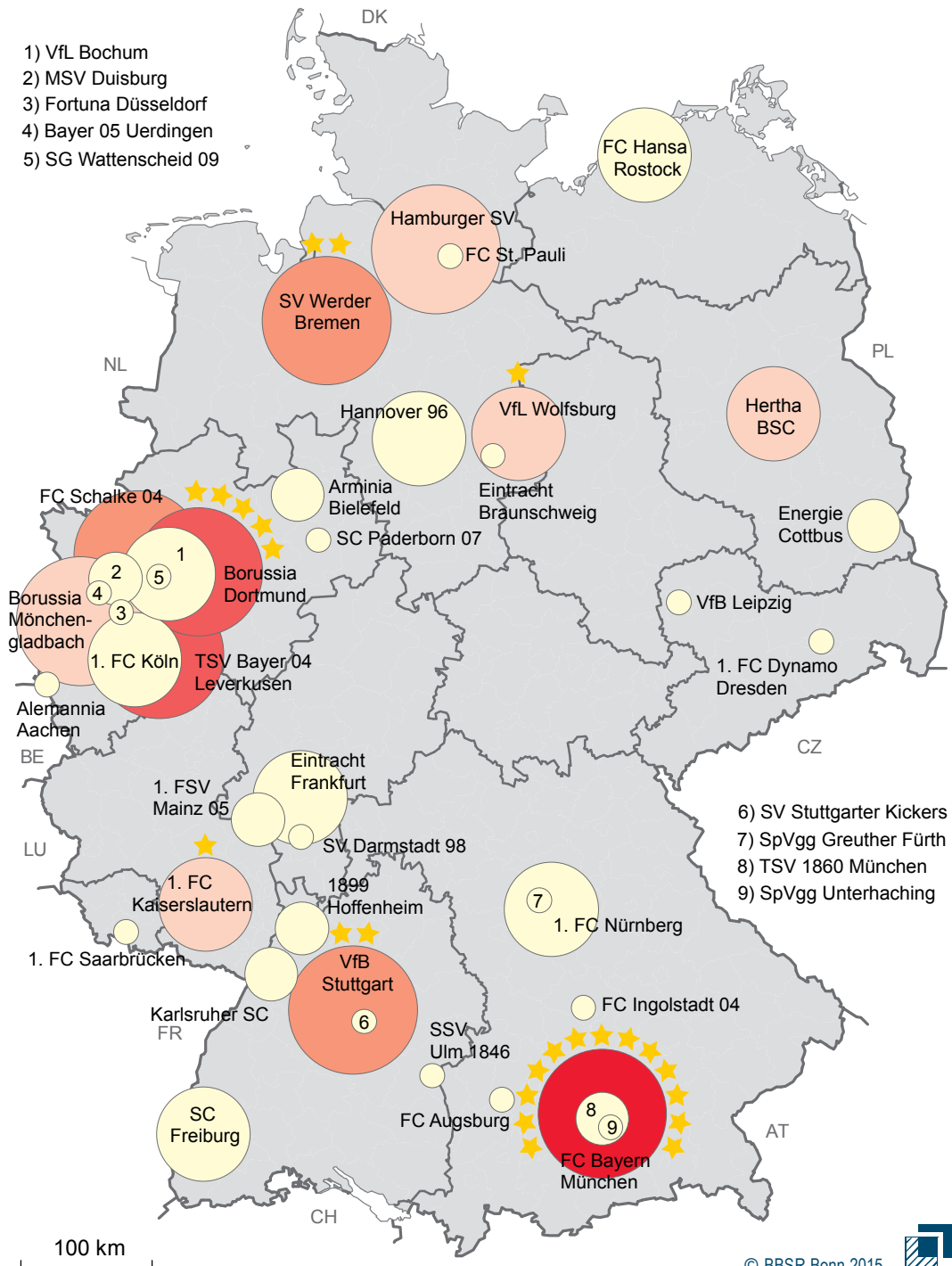
ist Auszubildender im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

markus.burgdorf@bbr.bund.de

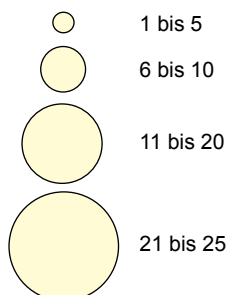
gabriele.sturm@bbr.bund.de

lukas.kiel@bbr.bund.de

Vereine der 1. Fußball-Bundesliga 1991 bis 2015



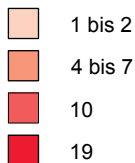
Spielzeiten in der 1. Bundesliga 1991/92 bis 2015/16



Deutsche Meisterschaften 1991/92 bis 2014/15

★ Titel

Champions-League Teilnahmen* 1991/1992 bis 2015/16



* ohne Qualifikationsrunden

UNESCO-Welterbestätten

Die UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) verleiht den Titel Welterbe (Weltkulturerbe und Weltnaturerbe) an Stätten, die aufgrund ihrer Einzigartigkeit, Authentizität und Integrität weltbedeutend sind. Der Titel beruht auf der von 190 Staaten und Gebieten ratifizierten Welterbekonvention von 1972. Die Bauwerke, Orte oder Landschaften müssen zur Erlangung des Titels von den Staaten, in denen sie liegen, vorge schlagen werden.

Die UNESCO-Liste des Welterbes umfasste im Juni 2014 insgesamt 1007 Denkmäler in 161 Ländern. Davon sind 779 als Kulturdenkmäler und 197 als Naturdenkmäler gelistet, weitere 31 Denkmäler werden sowohl als Kultur- als auch als Naturerbe geführt. Zusätzlich werden

- eine Liste des Weltdokumentenerbes mit weltweit bedeutenden dokumentarischen Zeugnissen in Archiven, Bibliotheken und Museen, darunter wertvolle Buchbestände, Handschriften, Partituren, Unikate, Bild-, Ton- und Filmdokumente, sowie
- Listen des immateriellen Kulturerbes geführt.

Die UNESCO fügt akut gefährdete Welterbestätten ihrer Liste des gefährdeten Welterbes hinzu. Dabei ist es nachrangig, ob mit der Aufnahme den Verantwortlichen ein Signal gegeben werden soll, sich mehr um die Erhaltung der Güter zu bemühen, oder ob ein Staat um internationale Unterstützung bittet, weil er selbst mit den Schutzmaßnahmen überfordert ist. Schwerpunkt der

Aufnahme in die Rote Liste ist die Aufstellung von konkreten Maßnahmenkatalogen zur Wiederherstellung desjenigen Wertes, der ursprünglich zur Aufnahme in die Welterbeliste geführt hatte. Derzeit sind 44 Welterbestätten als gefährdetes Erbe gelistet. Zwei Welterbestätten wurden bereits wieder gestrichen – darunter die Kulturlandschaft Dresdner Elbtal.

Mit dem Beitritt zur Konvention verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen der Welterbestätten auf ihrem Hoheitsgebiet eigenständig zu finanzieren. Für Staaten, die nur über begrenzte Mittel verfügen, wurde im Rahmen der Konvention der Welterbefonds eingerichtet. Finanziert wird der Fonds aus den Pflichtbeiträgen der Vertragsstaaten, aus freiwilligen Beiträgen der Staaten, aus Spenden sowie aus Einnahmen durch Welterbekampagnen. Circa vier Millionen US-Dollar stehen so jährlich für Erhaltungs- und Soforthilfemaßnahmen der Stätten bereit. Über die Vergabe von Mitteln aus dem Welterbefonds entscheidet das Welterbekomitee. Trotzdem zeigen die Welterbelisten deutlich, dass finanzkräftigere Staaten leichter die begehrten Titel erlangen können: Zum Welterbe in Deutschland gehören 54 Kultur- und Naturgüter, davon 40 Welterbestätten und 17 Beiträge zum Weltdokumentenerbe – aber bislang noch keine immateriellen kulturellen Ausdrucksformen. Nur in drei anderen Staaten wurden mehr Stätten in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen: in Italien, Spanien und China. Die Anträge auf Ernennung zum Welterbe stellen in Deutschland die Bundesländer.

Quelle: Wikipedia.

UNESCO-Welterbestätten 2015



Kategorie der Welterbestätten

- | | |
|--|--|
| Anerkanntes Weltkulturerbe | Kandidat der Vorschlagsliste |
| Historischer Stadtkern | Historische Kulturlandschaft |
| Historische Kulturlandschaft | Historischer Stadtkern |
| Bau-/Boden-/Gartendenkmal | Bau-/Boden-/Gartendenkmal |
| Technisch industrielles Erbe | Technisch industrielles Erbe |
| Stätten jüdischer Tradition und jüdischen Lebens | Stätten jüdischer Tradition und jüdischen Lebens |
| Welterbestatus aberkannt | |

Welterbestätten/Kandidat in zwei Kategorien

- historischer Stadtkern und Bau-/ Boden-/ Gartendenkmal
- historische Kulturlandschaft und Bau-/ Boden-/ Gartendenkmal

Weltnaturerbe

- Naturdenkmal
- Nationalpark (Auswahl)
- mehrere Standorte einer gemeinsamen Welterbestätte

Jahr der Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste

- bis 1991
- 1992 – 2000
- 2001 – 2010
- seit 2011

Bei grenzüberschreitenden Welterbestätten bezieht sich das Aufnahmejahr auf die deutsche Teilstätte bzw. den deutschen Standort.

(D, GB) grenzüberschreitendes Welterbe

Konflikte in einer alternden Stadt

Christine Weiske

Dass die aktuellen modernen Gesellschaften altern, ist keine Neuigkeit. Hier soll besprochen werden, wie solche Alterungsprozesse ablaufen und zugleich soziale und räumliche Unterschiede zwischen Städten und Stadtteilen generieren können. Dafür wird die Stadt als Organisation aus „Fleisch und Stein“ (Sennett 1997) thematisiert. Auch wenn der Begriff des Alterns in der Regel für individuelle und biotische Vorgänge verwendet wird, altert eine lokale Gesellschaft nicht allein mit ihren Mitgliedern. Mit deren „Durchalterung“ (Walther 1991: 149) verändern sich die Verhältnisse zwischen den Altersgruppen, die als Generationenverhältnisse (Mannheim 1928) gefasst werden.

Im Format einer Fallanalyse können Pfadentwicklungen als die lokale Praxis in globalen Kontexten beschrieben und die Dynamiken der Generationenverhältnisse aus der Perspektive verschiedener Akteure mit einenden wie entzweierenden Wirkungen erwogen werden. Der Fall hier ist das Projekt „Experimentelles Karree“ (ExKa) in Chemnitz zwischen 2007 und 2010 – seine Rekonstruktion findet sich im 4. Kapitel. Zur Rahmung werden drei Kapitel vorangestellt: 1. Altern als eine der Konsequenzen der Moderne; 2. Die Stadt als Organisation, deren Vitalität und Morphologie und 3. Generationenverhältnisse in einer alternden Stadt. Das Resümee erwägt schließlich Möglichkeiten einer jungen alten Stadt.

1 Altern als eine der Konsequenzen der Moderne

Die Alterung der modernen (europäischen) Gesellschaften der Gegenwart umfasst einen vieldimensionalen Prozess von „Konsequenzen der Moderne“ (Giddens 1996). In modernen Gesellschaften mit demokratischen Grundverfassungen ermöglichen die sozialen und technischen Entwicklungen eine vergleichsweise hohe Produktivität und sozial breiten Wohlstand, die mit einem Mehr an Gesundheit und individueller Lebenszeit einhergehen. Emanzipationsbewegungen erweitern individuelle Freiheiten und Rechte, so dass die Lebenskonzepte und -verläufe der Menschen vielfältiger werden. Die Prozesse der Individualisierung umfassen etliche biografische Dimensionen, darunter Bildung, Erwerbsarbeit, politische Partizipation, Freizügigkeit (Reulecke 1992) und eigens gewählte soziale Bindungen in Familien, Freundschaften und lokalen Gesellschaften. Der demografische Wandel steht im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen. Einige der europäischen Gesellschaften werden „Älter – Weniger – Bunter“ (Hessischer Landtag 2007) und thematisieren sich selbst in diesen Veränderungen. Die gesteigerte Reflexivität der Selbstbeobachtungen

lässt fortgesetzte Rückbezüge zwischen den Entscheidungen, den Handlungen und deren Folgen – erwünschten wie unerwünschten – kursieren (Giddens 1996; Rosa 2008; Vobruba 2009). Das individuelle und kollektive Handeln formt die Strukturen der Gesellschaften „von unten“ maßgeblich mit, gewinnt an Wirkmächtigkeit (Vobruba 2009: 19 ff.) und steigert die Kontingenz der Verläufe gesellschaftlicher Entwicklungen.

Das Altern einiger moderner Städte ist ein Phänomen auf mehreren Ebenen von Strukturen und Praktiken lokaler Gesellschaften. Auf eigenlogischen Pfaden werden Unterschiede zwischen Städten generiert. Obwohl von niemandem erwünscht, ergeben sich alternde Stadtgesellschaften aus individuellen und kollektiven Entscheidungen, die deren Mitglieder in ihrem Alltag treffen und realisieren. Sie wirken auf die Vitalität und die Morphologie der Stadt. Die Durchalterung der Stadt übergreift die Generationen, indem gesellschaftlich offerierte Lebenschancen auf individuelle Mitglieder zugerechnet werden. Dabei nehmen die sozialen Unterschiede sowohl im Binnenraum einer Stadtgesellschaft wie auch im Verhältnis mehrerer Städte und ihrer Bewohner zueinander zu.

Prof. Dr. Christine Weiske
war bis 2013 Professorin für Regionalforschung und Sozialplanung am Institut für Soziologie der TU Chemnitz.
christine.weiske@soziologie.tu-chemnitz.de

Im Format einer Fallanalyse sollen die Verlaufsformen der Alterung als Ausprägungen von Ungleichheiten dargestellt werden. Für den ausgewählten Fall geht es um die kurze Geschichte des „Experimentellen Karrees Reitbahnstraße 84 e.V.“ (ExKa) in der Stadt Chemnitz und seine Relevanz für das Altern einer modernen lokalen Gesellschaft. Um die Integrität der involvierten Akteure im Feld zu wahren, verwende ich neben allgemein zugänglichem statistischem Material und Veröffentlichungen durch Printmedien frei verfügbare Informationen aus öffentlichen Gesprächen in der Stadtgesellschaft und aus Interviews mit dem ausdrücklichen Einverständnis der Partner, sie in diesem Zusammenhang zu verwenden.

2 Die Stadt als Organisation, ihre Vitalität und Morphologie

Städte sind kulturelle Ereignisse mit einer weiten Verbreitung und Varianz in unterschiedlichen Gesellschaften der Erde. Ihre kulturellen Formationen bilden bewährte anpassungs- und zukunftsfähige Organisationen des Zusammenlebens. Diese Formationen vermitteln das aktuelle soziale Leben mit seinen Bedingungen, die in den baulichen Anlagen und symbolischen Ordnungen gegeben sind. „Die Stadt bringt Menschen zusammen, die verschieden sind, sie intensiviert die Komplexität des sozialen Lebens, sie stellt Menschen einander als Fremde vor. All diese Aspekte der urbanen Erfahrung – Differenz, Komplexität, Fremdheit“ (Sennett 1997: 34) sind universell und kulturübergreifend. Größe, Dichte und Heterogenität tragen zur Charakterisierung einer Siedlung als Stadt bei, so wie auch bauliche Anlagen und architektonische Beschaffenheit die Gestalt einer Stadt ausmachen. Die sozialen Figuren der Städterin und des Städters gehen aus deren urbanen Erfahrungen mit dem Stadtleben hervor. Historische Stadtforschungen belegen, dass die ältesten Städte etwa 6.000 Jahre alt sind (Benevolo 1993: 26). Sie liegen bzw. lagen im Vorderen Orient. Weltweit entstanden Stadtkulturen in hoch differenzierten Gesellschaften. In der Aufeinanderfolge von Generationen werden die Hinterlassenschaften weitergegeben. Die sozialen Praktiken städtischen Lebens sind in die überkommenen materiellen Objekte eingeschrieben. Sie werden von den

Nachfolgenden gelesen, genutzt, verändert und neuerlich überschrieben. In der Stadt beziehen sich die persistenten Strukturen und die fluiden Lebenstätigkeiten vielfach aufeinander, um sich dauerhaft zu einem Geflecht von Strukturen, Gelegenheiten und Praktiken zu verdichten.

Die Stadt ist auf ihre Fortsetzung hin angelegt und die künftigen Städterinnen und Städter sind immer schon mitgedacht. So gehen mehrere biografische Horizonte aktueller, vormaliger und künftiger Bewohner/-innen in das diachrone Konzept Stadt ein. Als Organisation vermittelt die Stadt zwischen der biotischen und der sozialen Existenz ihrer Bewohner/-innen und positioniert sie als Personen in ihrer Körperlichkeit und mit einem sozialen Status in der lokalen Gesellschaft. „Der „menschliche Körper“ deckt ... ein ganzes Kaleidoskop von Lebensaltern, Geschlechtern und Rassen ab, und alle diese Körper besitzen einen eigenen, besonderen Raum in den Städten der Vergangenheit und der Gegenwart“ (Sennett 1997: 31). Spezielle Praktiken von Zivilisierung bringen die je unterschiedlichen Mentalitäten und Gepflogenheiten am Orte hervor, die Städte unterscheiden und ihre lokalen Kulturen ausmachen. Fallstudien über das antike Athen, über London im 18. Jahrhundert (Sennett 1997) oder über „Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle“ (Schorske 1982) stellen die Einzigartigkeit von lokalen Gesellschaften an ihrem Ort und in ihrer Zeit heraus. Die Chicago School machte ihre Stadt zum exemplarischen Objekt der Forschungen zur Urban Sociology (Lindner 1990). So beabsichtigt hier die Fallanalyse des ExKas in Chemnitz, die charakteristischen Modi der kulturellen Reproduktion und Restrukturierung in den Zusammenhängen einer alternden lokalen Gesellschaft zu zeigen. Dafür bietet die Konzeptualisierung der Stadt als Organisation einen analytischen Zugang zu den relevanten Akteuren und deren Praktiken.

„Als Organisation wird ein kollektives oder korporatives soziales System bezeichnet, das vor allem Koordinations- und Kooperationsprobleme lösen soll. Es gibt die Organisation kennzeichnende Ziele, es sind Mitglieder der Organisation vorhanden, es gibt ein Innenverhältnis, das sich durch eine Mischung aus formalisierten und informellen Handlungen und Strukturen auszeichnet, und es bestehen

Außenverhältnisse zu anderen Organisationen sowie Anpassungs- und Austauschbeziehungen mit einer vielfältigen Umwelt“
(Allmendinger/Hinz 2002: 10).

Im Rahmen dieses organisationssoziologischen Konzepts mit Bezug auf aktuelle moderne Städte kann sowohl das Handeln relevanter Akteure im Kontext der Institutionen von Politik und Verwaltung als auch das private Alltagshandeln der Städterinnen und Städter registriert werden. Die Mitgliedschaft in der Organisation der Stadt ist – sehr verkürzt gesagt – per Geburt gegeben oder per Zuwanderung zu erlangen. Mitglieder können sich in ihrem Handeln auf Rechtsnormen stützen, die ihre Einbeziehung in bestimmte Innenverhältnisse regeln. Es „sind in der modernen Gesellschaft vor allem organisationsvermittelte Strukturen, die Lebenslagen hervorbringen“ (Nassehi 2002: 468), welche raumzeitlich konkret sind. Das Leben in einer bestimmten Stadt konstituiert so eine bestimmte Lebenslage.

Die räumlichen Dimensionen der Organisation Stadt sind verwaltungsrechtlich durch ihr Gemeindegebiet markiert, dessen Grenzen die Innen- und Außenverhältnisse bezeichnen. Allerdings werden diese Grenzen zunehmend relativiert durch globale Beziehungen, die „cross-border“ (Glick Schiller 2013: 180) laufen.

Die zeitlichen Dimensionen der Organisation Stadt sind durch deren Bezüge auf ihre Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft bestimmt. Die je geltende Ortszeit führt neben dem aktuell gleichzeitigen Geschehen auch die Referenzen auf vorhergehende wie kommende Ereignisse im kollektiven Gedächtnis und in den materiellen gebauten Strukturen mit. Als soziale Zeit ist sie also von Synchronität wie von Diachronität bestimmt. In der Stadt gestalten die Zeitgenossen ihr Zusammenleben in einer synchronen Dimension, während die Abfolge von Generationen auf diachrone Dimensionen verweist. Das korporative soziale System der Stadt reproduziert sich im Zusammenleben der Städterinnen und Städter in beiden Dimensionen. Dafür haben sich in der Moderne solche Strukturen lebenspraktisch bewährt, die als Größe, Dichte und Heterogenität (Wirth 1983: 346) verstanden werden und zu leitenden Prin-

zipien der Stadtentwicklung avancierten. In die Morphologie der meisten modernen Städte, in deren baulich-räumliche Gestalt, sind sie eingeschrieben und dienen dem Lebensalltag als erfahrungsgestützte Muster, so z. B. die Orientierung der Stadt auf ein Zentrum hin. So sind meist die symbolischen Orte und die Zugänge zu infrastrukturellen Angeboten und Leistungen, die für viele Städter/innen von Belang sind, inmitten der Stadt gelegen. Es geht um Rathäuser, Märkte, Kirchen, Verwaltungen, Theater, Kulturhäuser, Museen, Banken etc., um Institutionen von öffentlichem Belang, die auf das Alltagsleben eingehen. Sie prägen die kulturell verbreiteten Vorstellungen von der modernen City. Während in der „alten“ vormodernen Stadt die Heterogenität noch innerhalb der Stadtteile höher war und Arbeitsstätten und Wohnungen räumlich dicht beieinander lagen oder ineinander übergingen, setzte sich in der modernen Stadt (etwa mit dem 19. Jh. in Europa) tendenziell eine räumliche Trennung ihrer Funktionen durch. Die modernen Industrien wurden an separierten Standorten oft an den Rändern der Stadt errichtet. Die Stadtteile, in denen vornehmlich gewohnt wird, lagerten idealtypisch als Stadterweiterungen um die City. Die Heterogenität der Stadt bestimmt sich durch ihre funktional spezialisierten Stadtteile wie durch die soziale Verschiedenartigkeit ihrer Bewohner/-innen. Das strukturelle Merkmal der Dichte ist von hoher lebenspraktischer Relevanz, denn es reguliert den nötigen Einsatz der Transferkosten (vor allem Lebenszeit vieler Menschen), um die Gelegenheiten des Alltags zusammenzubringen. Kurze Wege und effiziente Transportmittel gehören zu den Reichtümern der Organisation einer Stadt, deren städtebauliche Qualität als gelungen gilt. Dichte ist eine Gunst, wenn zugleich Bedrängnis und Enge vermieden werden konnten. Die Morphologie einer modernen Stadt ist von Funktionsteilungen wie -mischungen bestimmt. Den öffentlichen Räumen und symbolischen Orten kommt dabei eine hohe Bedeutung zu, weil sie als die Szenen der Konstituierung der jeweiligen lokalen Gesellschaft funktionieren. Sowohl räumlich als auch sozial eignen sie sich als Orte der Integration von Fremden und Fremdem, wodurch Innovationen in der Gesellschaft angestoßen werden können.

Die Durchalterung der lokalen Gesellschaften verändert die sozialen Beziehungen und Strukturen des Zusammenlebens in seinen sozialen, räumlichen und zeitlichen Dimensionen. Für die Städterinnen und Städter verändern sich damit ihre je eigenen Lebenslagen

- zum einen biografisch: indem sie selbst als konkrete Personen einer Kohorte zugehören, die spezielle Erwartungen an die Organisation des städtischen Lebens formuliert. Diese Erwartungen werden mit dem breiter werdenden Altersspektrum in der Stadt tendenziell unterschiedlicher und treten im politischen Raum in Konkurrenz zueinander (wie z. B. bei der Gesundheitsversorgung, der Kinderbetreuung, bei der Verkehrsorganisation oder im Falle des ExKas),
- zum anderen sozialräumlich: indem die Segregation qua Alter als Unterschied zwischen „alten“ und „jungen“ Stadtteilen zunimmt und so die Morphologie und Atmosphäre der Stadt beeinflusst,
- und zudem sozialstrukturell: indem sich die Generationenverhältnisse und -beziehungen verändern, worauf im Kapitel 3 eingegangen werden soll.

Die Konzeptualisierung der Stadt als Organisation ermöglicht es, diese Veränderungen systematisch als soziale, kulturelle und materielle Dimensionen der angekündigten Fallanalyse zu verfolgen.

3 Generationenverhältnisse in einer alternden Stadt

Eine Stadtgesellschaft wird älter, indem die Anzahl der Älteren und Alten im Verhältnis zu den Jüngeren und Jungen zunimmt. Es geht jedoch bei der Durchalterung nicht allein um quantitative Verschiebungen zwischen Altersgruppen. Durchalterung wird als ein Prozess registriert, der die Generationsbeziehungen in den sozialen Formen und Inhalten des Zusammenlebens verändert. Für das Verständnis der Generationenverhältnisse (Lüscher/Liegle 2003: 175 ff.) genügen nicht „das anthropologisch-biologisch determinierte Kommen und Gehen der Geschlechter, d. h. der Großeltern-,

Eltern- und Kindergenerationen, und auch nicht der statistische Kohortenbegriff, mit dem die Demografen die Geburtsjahrgänge quantitativ erfassen“ (Reulecke 2003: 403). Das Konzept der historischen Generationen von Karl Mannheim (1928) ist geeignet, um den anthropologischen und biologischen Prozess des Alterns mit dem des Zusammenlebens vieler zu vermitteln (Reulecke 2003; Sparschuh 2005, 2006; Balla et al. 2007). Er entwickelte es entlang der analytischen Dimensionen der Lagerung, des Zusammenhangs und der Einheit von Generationen. Als Generationslagerung fasst er die Gleichzeitigkeit von Individuen „im selben historisch-sozialen Raume“ (Mannheim 1964: 542), die ihnen den Zugang zu einer historischen Lebensgemeinschaft bietet. Der Generationszusammenhang besteht durch die „Partizipation an den gemeinsamen Schicksalen“, und die Generationseinheit bildet sich, wenn die Zugehörigen die historisch-aktuellen Probleme ihres Lebens in ähnlicher Weise verarbeiten und zu einem einheitlichen Reagieren und Gestalten kommen (ebd.: 547). Wenn die Generationszugehörigkeit von Personen in einen Zusammenhang mit ihrem kalendarischen Alter gestellt wird, beruht das auf einem kulturell hergestellten Konnex von Selbst- und Fremdzuschreibungen, der die Einheit einer Generation bestärken kann. Bestimmte Altersgruppen gelangen mit ihren historischen Erfahrungen zu Gemeinsamkeiten in ihrer Mentalität und in ihrem Handeln. Als kollektive Akteure können sie an Einfluss gewinnen und mitunter historische Epochen dominieren, wie das z. B. für die Aufbaugeneration Deutschlands mit den Geburtsjahrgängen etwa von 1920 bis 1938 konstatiert wird. Die Reflexivität von persönlichen Erfahrungen, Stilisierungen und kollektiven Anlehnungen an die Zeitgenossen konstituiert kognitive Ordnungen mit überindividuellen Geltungen, innerhalb derer sich die Einzelnen historischen Generationen zuordnen (können) und innerhalb derer sie von anderen als zugehörig wahrgenommen werden (können). So bietet der Altersaufbau einen Zugang zur Lagerung der Generationen in einer städtischen Gesellschaft. Der sollte ergänzt werden durch Daten aus weiteren Quellen, will man nicht einer „naturalistischen Generationstheorie“ (ebd.: 552) aufsitzen. Das Fallbeispiel des „Experimentellen Karrees“ kann so zur Ver-

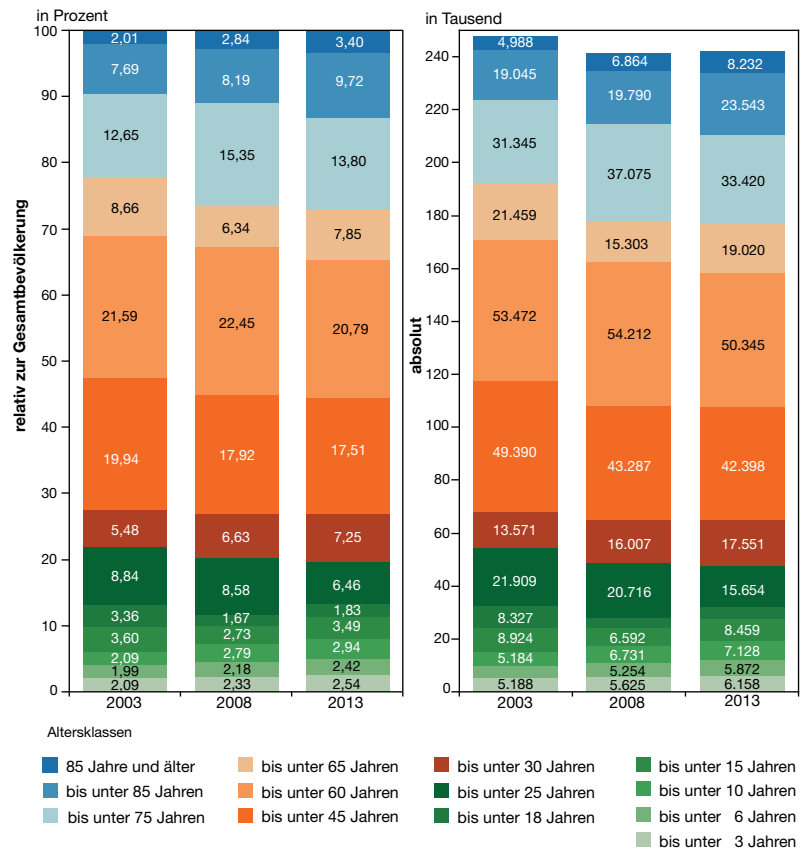
anschaulichung der Generationsverhältnisse in einer alternden Stadt dienen.

Die Abbildung zeigt den Altersaufbau der Stadtgesellschaft Chemnitz im Verlauf von zehn Jahren, in denen sich auch der Fall des „Experimentellen Karrees“ ereignete. Die Daten zeigen, dass der Anteil der Älteren und Alten in der Tendenz zunimmt und dass vor allem die Kohorten der 25- bis 45-Jährigen stetig abnehmen werden. Als den „Zwischengenerationen“ (ebd.: 540) wird gerade denen im mittleren Erwachsenenalter eine vermittelnde und ausgleichende Funktion bei der Gestaltung des Generationswechsels zuerkannt – worauf zurückzukommen sein wird. Die Altersgruppen der mehr als 65-Jährigen, die meist die Phase der Erwerbsarbeit abgeschlossen haben, umfassen mindestens 30 Jahrgänge und mit zunehmender Langlebigkeit der Menschen umso mehr. Mit der ansteigenden Lebensdauer der Zeitgenossen wird das Altersspektrum der Stadtgesellschaft heterogener und Menschen mit zunehmend unterschiedlichen historischen Erfahrungen wirken auf den urbanen Alltag der Stadt. Wird außerdem der Aspekt von Zuwanderung mitgedacht, dann tragen für den Fall Chemnitz vor allem die nach 1989 in die Stadtgesellschaft eingetretenen Westdeutschen zur Erweiterung der verfügbaren Erfahrungen und Praktiken bei. Ihre Präsenz ergibt sich stärker durch ihre prominenten Positionen als durch ihre bloße Anzahl (Thießen 2009). Die Zuwanderung aus dem Ausland hingegen ist vergleichsweise gering, weniger als fünf Prozent der Einwohner verfügen über eine entsprechende Migrationserfahrung. Mit Ausnahme einiger Künstler, beispielsweise in den Ensembles der Städtischen Theater, einiger Universitätsangehöriger oder einiger Restaurantbetreiber erlangten sie bis dato wenig Einfluss in der lokalen Gesellschaft.

Für die alternde Stadt wird konstatiert, dass die Städterinnen und Städter ein breites Spektrum an Lebensaltern aufweisen und die Überzahl derer jenseits des 40sten Lebensjahres zunimmt.¹

Ausgehend von ihrer Lagerung schließen Beobachtungen zu Generationseinheiten und -beziehungen an, um auf Generationenverhältnisse zu kommen. Die lokale

Abbildung
Altersaufbau der Stadt Chemnitz (relativ und absolut) für die Jahre 2003 – 2008 – 2013



Quelle: Kommunalstatistik der Stadt Chemnitz laut Innerstädtischer Raumbearbeitung des BBSR

Arena wird von Akteuren gespielt, die verschiedenen Generationen angehören. Seit dem Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten und mit den innerdeutschen Wanderungen ab etwa 1990 begegnen sich Akteure mit deutlich unterschiedlichen Biografien in den Öffentlichkeiten der Stadt. Die Selbstkonzepte der Generationen Ost- und Westdeutscher unterscheiden sich (Göschel 1999) und bewirken sowohl Zusammenhang wie auch Distanz innerhalb der Alterskohorten. Das kalendarische Alter funktioniert nicht verlässlich als selbstverständlicher Code einer historischen Generation. In den öffentlichen Diskursen laborieren die Sprecher/-innen daher mit ihren Vorstellungen von Zusammenhang und Einheit der Generationen. Sie stellen ihre Generationskonzepte dar, um sie für andere nachvollziehbar zu machen², und sie legitimieren ihre Positionen und Ziele in der Stadtgesellschaft im Rückgriff darauf. So laufen neben dem jeweils vordergründigen

(1) Im Jahr 2010 lag das Medianalter in Chemnitz bei 48,8 Jahren (eigene Berechnung nach Statistisches Landesamt 2011: 9) und in der Bundesrepublik bei 44,3 Jahren.

(2) Diese Beobachtung ist häufig zu machen, besonders deutlich anlässlich des Festivals „Chemnitz – schönste Blume des Ostens“, das 2010 vom Schauspielhaus Chemnitz veranstaltet wurde und dessen Bestandteil ein Speed-Dating von Chemnitzer/-innen gewesen ist.

Thema der Gespräche die Verständigungen über den Zusammenhang und die Einheit der Generationen latent mit. Wenn von ‚Ihr‘ und ‚Wir‘ gesprochen wird, stehen Zugehörigkeit wie Distanz zur Diskussion. Im Sub-Thema geht es um die Vergewisserung über mögliche Koalitionen, um die Gestaltung der Innenverhältnisse der Stadt, um Ziele und Machtverhältnisse.

Für das Verständnis der Generationenkonzepte, die im Fall des „Experimentellen Karrees“ in den städtischen Öffentlichkeiten vertreten und verhandelt wurden, können einige der Ergebnisse der Biografie- und Geschichtsforschung herangezogen werden. Gut belegt für Ost- und Westdeutschland ist die Aufbaugeneration, der in etwa die Geburtsjahrgänge von 1920 bis 1938 zugerechnet werden. Diese Generation bezieht ihre Identität aus einem historischen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg und den Lebensleistungen, die ihre Mitglieder für die Re-Organisation der Gesellschaft und der Wirtschaft erbracht haben. Die persönlichen Lebensziele sind auf geordnete und verlässliche Verhältnisse gerichtet und stehen im Zusammenhang mit dem Chaos und den Traumata des Krieges. Die „Prominenz“ (Bude 1995: 95) dieser Generation blieb in Ostdeutschland weithin unangefochten und vergleichbar, einflussreiche Jugendkulturen wie die 1968er im Westen Europas gab es nicht. Die Folgen der De-Industrialisierung mit dem Ende der DDR haben die Mitglieder dieser Generation in unterschiedlichem Maße betroffen, als sie die Lebensmitte bereits deutlich überschritten hatten. Die Älteren unter ihnen waren bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden oder konnten mehr oder weniger regulär in den Ruhestand gehen, die Jüngsten mussten Phasen der Kurzarbeit oder der Arbeitslosigkeit hinnehmen, bevor auch sie – teils vorzeitig – verrentet wurden. In Chemnitz ist diese Generation deutlich wahrzunehmen. Ihre Altersjahrgänge machten zur Zeit der Fallanalyse ein Sechstel der Stadtbevölkerung aus.³ Diese Generation kann Einfluss auf Wahlergebnisse und lokale Politik nehmen. Sie verfügt über relativ hohe Renteneinkommen, die auf ein langes Erwerbsleben von Männern wie Frauen zurückgehen. Als Kunden und Nutzerinnen nehmen sie zudem Einfluss auf das Marktgeschehen. Der Bildungsstand ist vergleichsweise hoch, und die Bil-

dungsinhalte korrelieren mit der vormalig industriellen Prägung der Stadt als Standort des Maschinen- und Anlagenbaus und der Textilindustrie. Mit dem politischen Zusammenbruch und der De-Industrialisierung allerdings wird die Prominenz dieser Generation von verschiedenen Seiten in Frage gestellt – zum einen seitens der Gruppierungen der Dissident/-innen, die eine Reform und weitergehend das Ende der DDR als totalitärer Staat verfolgten, zum anderen durch die neuen Eliten, die ihren Gestaltungsanspruch im Transformationsprozess durchsetzten. Über die Entwertungen ihrer Lebensleistungen bis dato sprechen sie gelegentlich, wenn sie dagegen einen neuerlichen beruflichen Erfolg nach der Wende vorweisen können (Weiske 2003). Spät im Leben hatte diese Alterskohorte nochmals an ihrem Generationskonzept zu arbeiten, um Erfahrungen der Kränkung zu überwinden und eine neue Mentalität zu gewinnen. Die Elastizität eines Generationskonzeptes (Mannheim 1964: 532) wird durch die Reichweite individuellen Wissens bestimmt, das sich in der Generationseinheit und über diese hinaus über persönliche Kontakte und Beziehungen verbreitet. Die Ergebnisse dieser Überarbeitungen gehen in die aktuellen Generationenbeziehungen ein und können dem Generationswechsel im Alltag der lokalen Gesellschaft dienen.

Für das Fallbeispiel weniger bedeutungsvoll ist die Generation, deren Mitglieder zwischen ca. 1915 und 1928 geboren wurden und deren Sozialisation in die Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reichs fiel. Sie sind zum Zeitpunkt der Fallanalyse bereits älter als 88 Jahre. Im Stadtrat sind sie nicht mehr vertreten. Selbst die Mitglieder des Seniorenbeirates sind jünger mit Geburtsjahrgängen ab 1937. Aufmerksamkeit kommt ihnen in der städtischen Öffentlichkeit meist bei besonderen persönlichen Anlässen zu (Geburtstagsjubiläen, Diamantene Hochzeiten u. ä.), und diese Rückblicke verbinden biografische mit historischen Dimensionen der Lebensgeschichten.

Nachfolgende Generationen formieren sich in den Kontexten der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte in verschiedenen historischen Zusammenhängen, so dass zwischen 1949 und 1989 zwei Pfade verfolgt werden müssen.

(3) 2010 gehörten in Chemnitz 38.981 von 243.248 Einwohnern (= 16 %) dem Geburtsjahrgang 1938 oder früheren an und waren somit mindestens 72 Jahre alt. Von diesen waren 14.629 oder 38 % Männer (eigene Berechnung nach Statistisches Landesamt 2011: 9).

In der Geschichte der westdeutschen Bundesrepublik markiert sich nach der Aufbaugeneration die Generation der 1968er mit den Geburtsjahrgängen von etwa 1938 bis 1948 (Bude 1995: 18). Die Repräsentant/-innen dieser Generation in Chemnitz⁴ kamen zumeist in der Nachwendezeit und oft im Rahmen ihrer Berufsausübung in den Osten und nehmen in der Öffentlichkeit der Stadt oft prominente Positionen ein (Thießen 2009).

Ihnen folgen dicht die Wirtschaftswunderkinder, die nach dem Krieg in den 1950er-Jahren geboren wurden. Von den um 1960 Geborenen sprach Coupland als von der Generation X (1991), deren Generationszusammenhang er mit einer sich beschleunigenden globalen Kultur verband. Eine Deutung der Geburtsjahrgänge um die 1970er-Jahre in Westdeutschland schlägt Illies (2000) mit der Generation Golf vor, die ihm charakteristisch in ihrem speziellen Konsumverhalten erscheint. Danach steigt mit geringer werdendem zeitlichen Abstand zu den jüngeren Altersgruppen die Zahl der konkurrierenden Entwürfe zur Stilisierung von Zusammenhang und Einheit der Generationen merklich an. In dieser Vielfalt drücken sich die Versuche aus, für verbindliche Deutungen zu werben und ihnen Akzeptanz zu verschaffen. Die derzeit florierenden Jahrgangs-Bücher, deren Titel mit gewissen Variationen lauten „WIR vom Jahrgang xyz“, gehen auf das Bedürfnis des Publikums ein, die eigene Biografie in einen generationellen Zusammenhang zu bringen. Die wirkmächtigen Deutungen, die das öffentliche Bewusstsein nachhaltig beeinflussen und eine wissenschaftliche Durcharbeitung erfahren, entstehen regelmäßig erst mit einem gewissen historischen Abstand zur Konstitutionsphase einer Generation. Die vielfachen alltagsweltlichen Reflexionen benötigen sie als Vorlauf.

Die Biografie- und Generationenforschung für Ostdeutschland beobachtet seit einigen Jahren die nachhaltigen Wirkungen der Generationenbeziehungen in der DDR (Zwahr 1994; Göschel 1999; Alheit et al. 2004; Bürgel 2006; Sparschuh 2006). Im Wesentlichen wird eine Anordnung dreier Generationen zueinander rekonstruiert: die *Aufbaugeneration*, deren *Kinder* und deren *Enkelkinder*. Noch werden vor allem die familialen Konstellationen für die Namensgebung ge-

braucht, da stärker charakterisierende kulturelle Chiffren vermisst oder noch nicht gesehen werden. Der Aufbaugeneration folgt die der *Kinder der DDR* (Zwahr 1994), deren Geburtsjahrgänge etwa zwischen 1950 und 1965 liegen.⁵ Dieser Lagerung werden drei Generationsgestalten zugeordnet: die Reformorientierten, die Sachlichen und die Distanzierten (Sparschuh 2006: 188 ff.). Sparschuh konstatiert die Erosion der Generationenordnung bereits für die letzten Jahre der DDR. Während die Reformorientierten das Projekt einer anderen DDR verfolgten, mündete die Distanzierung der Kinder gegenüber dem Projekt der Aufbaugeneration in die Auszehrung und den Zusammenbruch der DDR ein. Die Alterskohorte umfasst rund 15 Jahrgänge, deren Alter zur Wendezeit zwischen 25 und 40 Jahren lag. Die Wirkungen des Systembruchs auf diese Generation sind nachhaltig stark, da die ihr Zugehörigen in dieser Zeit biografische Scheitelpunkte zu passieren hatten, die in soziale Auf- oder Abstiege einmündeten. Sie reagier(t)en gemäß der ihnen verfügbaren Ressourcen häufig mit Abwanderung oder mit Rückzug und Resignation. Ihre soziale und territoriale Mobilität war und ist tendenziell durch Bildung, Arbeitsmarktchancen und familiäre Bindungen beeinflusst. Da die Abwanderung in die westdeutschen Bundesländer in diesen Jahrgängen besonders hoch war, sind die Einschnitte im Altersaufbau der städtischen Bevölkerung entsprechend tief und zeigen eine generationelle Lücke auch in der lokalen Gesellschaft in Chemnitz. Sie wird sowohl von den Abwesenden als auch von der Deutungsohnmacht der Anwesenden ausgemacht. Im lokalen Diskurs nehmen prominente Vertreter/-innen der Generation der Kinder der DDR selten markante Positionen ein. Andernorts kann man auf Zeitgenossen wie beispielsweise Ingo Schulze, Maybrit Illner oder Carsten Nicolai verweisen. Die Blässe der mittleren Generation ist erklärungsbedürftig. Sie kann als eine Blockade des Generationenwechsels und als Ausdruck einer „intergenerationalen Modernisierungsresistenz“ (Drauschke 2006: 107) gedeutet werden, wenn für den „Normalfall von einer ständigen Dialektik zwischen Tradition und Modernisierung“ (Punken 2006: 85) ausgegangen wird. Der Generationswechsel setzt eine intergenerationelle Kommunikation voraus, die ein „Zurückstrahlen der Problematik der jün-

(4)
Im Jahr 2010 zählen die Angehörigen dieser elf Geburtsjahrgänge in Chemnitz 39.039 Personen oder 16 % der Gesamtbevölkerung (eigene Berechnung nach Statistisches Landesamt 2011: 9). Nur ein kleiner Anteil dieser 62- bis 72-Jährigen dürfte zu den ehemals westdeutschen 68ern gehören.

(5)
Im Jahr 2010 zählen die Angehörigen dieser 16 Geburtsjahrgänge in Chemnitz 58.043 Personen oder 24 % der Gesamtbevölkerung (eigene Berechnung nach Statistisches Landesamt 2011: 9).

geren Generation auf die älteren“ (Mannheim 1964: 541 f.) ermöglicht und so die Dynamiken des Wandels und der gegenseitigen Empathie befördert.

In der Fallanalyse zum ExKa wird die Generation der Enkel hervortreten. Die neu einsetzenden Kinder entwickeln mehrere Generationsgestalten, eine davon wird als die „89er“ (Leggewie 1995) verstanden. Leggewie spricht von einer Generation junger Ostdeutscher, die zur Wende etwa zehn Jahre alt waren.⁶ Sie haben den Kollaps einer autoritären, geschlossenen Gesellschaft beobachtet, wodurch ihr Verständnis von Politik als einer öffentlichen Angelegenheit nachhaltig beeinflusst wurde. Aus dem Umbruch beziehen sie Ideen und Erfahrungen der Selbstbestimmung, der gestaltenden Kräfte von unten und der Möglichkeiten für eigene Konzepte der globalen Öffnungen. In den Akteuren des ExKas sehe ich die Vertreter/-innen der 1989er-Generation, deren Generationskonzepte auf Widerstände in der Stadtgesellschaft stießen. Es verhandelten hier die (Ur-)Enkel mit den (Ur-)Großeltern quasi über die Köpfe der Kinder der DDR hinweg. Offensichtlich steigern sich in der Phase der Durchalterung die Dynamiken in den Generationenverhältnissen. Die Vielfalt und die Differenzen zwischen virulenten Generationskonzepten haben zugenommen seit dem Kollaps der DDR, mit der Zuwanderung von Eliten, der Verbreiterung des Altersspektrums und mit den Öffnungen in globalen Beziehungen. In den lokalen Öffentlichkeiten positionieren sich die Sprecher/-innen unterschiedlicher Generationen und suchen ihren Vorstellungen vom Zusammenleben Geltung zu verschaffen. Das Maß der Kakophonie schwillt an, Missverständnisse und Verkennungen müssen bearbeitet werden, wobei das Timing der Selbstaufklärungen mit dem Timing der lokalen Politiken nicht immer kompatibel ist. Für die Akteure der lokalen Politik ergibt sich daraus normativ der Auftrag, vergleichsweise viele unterschiedliche Generationskonzepte lesen und verstehen zu können, um die Interessenlagen zu erkennen. Die Abwägungen von Partikularinteressen mit dem Gemeinwohl sind starke Herausforderungen, wenn es um Generationengerechtigkeit und demografische Nachhaltigkeit geht.

Rekapitulierend kann für die Charakterisierung des Generationenwechsels im Falle von Chemnitz angenommen werden,

- dass sich die Generationenverhältnisse in einem gedrängten Zeitraum stark verändern;
- dass die Aufbaugeneration nach wie vor prominent positioniert ist;
- dass die mittlere Generation im Osten ihre Prominenzphase nicht/kaum erreicht hat und in ihren Äußerungen und Gestaltungen schwach bleibt;
- dass der Generationswechsel zwischen den Repräsentanten/-innen der Aufbaugeneration und denen der (Ur-)Enkel verhandelt wird;
- dass diese Konstellation irritiert und befeuert wird durch Teilnehmer/-innen am öffentlichen Diskurs, die anderswo sozialisiert wurden und weitere Generationenkonzepte einbringen;
- dass sich die zur Rede gebrachten Generationskonzepte in den öffentlichen Diskursen weitgehend unvermittelt gegenüberstehen;
- dass die demokratischen Verfahren per Votum und die marktwirtschaftlichen Verfahren per Nachfrage die große Gruppe der Älteren und Alten in der lokalen Gesellschaft privilegieren z. B. bei Wahlen, als Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt und als Nutzer/-innen sozialer Infrastrukturen.

Diese Einsichten und Annahmen bilden den Rahmen für die Analyse des Falles. Deren organisationssoziologische Konzeptualisierung lenkt die Beobachtung auf die Innen- wie Außenverhältnisse der Stadt. Ergebnisse der kultur- und politikwissenschaftlichen wie der Biografie-Forschung werden einbezogen, um die empirische Arbeit am Fall zu stützen.

⁽⁶⁾ Im Jahr 2010 zählen die Angehörigen der sechs Geburtsjahrgänge 1977 bis 1982 in Chemnitz 18.576 Personen oder knapp 8 % der Gesamtbevölkerung (eigene Berechnung nach Statistisches Landesamt 2011: 9).

4 Das Fallbeispiel: das „Experimentelle Karree ExKa Reitbahnstraße 84 e. V.“ und seine Positionierung im Stadtraum

Das ExKa war eine Initiative der Stadterneuerung „bottom up“ in Chemnitz mit dem Ziel, ein Kultur- und Wohnprojekt in Selbstorganisation und -verwaltung in Gang zu setzen. Die Geschichte dieses Projektes reichte über etwas mehr als drei Jahre (2007–2010). Sie fand eine Fortsetzung in anderen Zusammenhängen, von denen hier nicht mehr die Rede sein wird. Die Student/-innen, Lehrlinge, Berufstätigen und Arbeitslosen hatten vor, gemeinsam zu leben, zu wohnen, zu bauen und öffentliche Kulturangebote zu organisieren. Fahrradwerkstatt, „Volkküche“, Klubabende, öffentliche Lesungen, Nachbarschaftstreffen, Stadtteilstefte und anderes gehörten zum Programm und zur Praxis. Weitere Akteure der Soziokultur und Kulturwirtschaft interessierten sich für eine symbiotische Nachbarschaft im Stadtteil. Das ExKa hat eine breite Aufmerksamkeit auch bei einem überregionalen (Fach-)Publikum erfahren. Es wurde wahrgenommen als einer der exemplarischen Fälle für kulturelle Entwicklungen von unten in der neoliberalen Stadt. Die Besonderheit am Chemnitzer Projekt im Vergleich zu ähnlichen in Berlin oder Hamburg ist der Kontext der Stadtschrumpfung und der Alterung der lokalen Gesellschaft (Feuerbach 2009; Reißmüller et al. 2011), so dass Verlauf und Scheitern des Projektes bei einem Übermaß an ungenutzten städtischen Innen- und Außenräumen nicht aus der Verknappung zu erklären sind. Die Initiator/-innen wollten ihr Projekt der Abwärtsspirale aus Abwanderung, Alterung, Geburtenrückgang und Leerständen entgegensetzen. Ihren ersten Auftritt als Akteure der Stadtentwicklung inszenierten sie als eine Hausbesetzung, wobei es im Folgenden nicht mehr um jenes Haus gehen wird. Auf das Spektakel des Auftaktes folgte eine Phase der legalisierten Projektentwicklung des ehemaligen Kinderkaufhauses, einem Bau der 1950er-Jahre im städtischen Besitz mit angrenzenden Wohngebäuden desselben Baualters an der Reitbahnstraße. Ein Zwischennutzungsvertrag mit der kommunalen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft brachte die Initiative der ExKa-Akteure mit einem geeigneten Objekt zusammen und ermöglichte den Start der Renovierung des

leer stehenden Gebäudes. Das ehemalige Kaufhaus bot mit einer weiträumigen Eingangshalle, dem breiten Treppenaufgang und vielen Zimmern in den oberen Etagen ein differenziertes Raumprogramm, ließ vielfältige Nutzungen zu. Das Reitbahnviertel als Standort des Hauses erweitert in südlicher Richtung das Stadtzentrum und verbindet es mit dem Campus Süd der Technischen Universität und dem Smart System Campus (s. Karte), der sich mit dem Fraunhofer Institut zum Wissenschaftsstandort auch für Startups wissenschaftsnaher Unternehmen entwickelt. Das uni-affine Projekt des ExKas war in der Wahrnehmung seiner Macher und eines Gutteils seines Publikums als Link zwischen diesen Stadträumen sehr gut platziert. Es avancierte zu einem Anker des städtischen Konzeptes für ein kreatives Quartier unter dem Namen „Experimentelles Karree“. In einem integrierten Planungsverfahren der Kommune setzten sich professionelle Moderator/-innen für die Vereinbarung der Interessen der Eigentümer mit denen der Bewohner/

Lage der ExKas in Chemnitz





Das Gebäude des ExKas an der Reitbahnstraße in seiner quartierlichen Einbindung

Foto: Franziska Engelmann

-innen und Nutzer/-innen ein. Dennoch wurde der Nutzungsvertrag mit dem ExKa Reitbahnstraße 84 e.V. im Spätsommer 2010 nicht fortgesetzt. Den Initiator/-innen vom ExKa wurden andere Standorte in der Stadt vorgeschlagen. Damit löste sich der räumliche und personelle Zusammenhang dieses Projektes auf, und der Hot Spot Kinderkaufhaus kühlte ab. Nun beabsichtigte die Wohn- und Grundstücksgesellschaft ihrerseits, das Kinderkaufhaus zu entwickeln. Die konzeptionelle Idee war: ein Wohn- und Kulturprojekt. Es ging offenbar nicht um andere Inhalte der Nutzung, es ging um andere Akteure und Nutzer/-innen. Warum nicht diese? Die Ausquartierung der ExKa-Leute verweist m. E. auf die Dynamiken in den Generationenbeziehungen der Stadt, die im Folgenden rekonstruiert werden sollen.

Das Konzept für ein Kultur- und Wohnprojekt in Selbstorganisation und -verwaltung der ExKa-Initiator/-innen⁷ entstand in den schon vorher bestehenden Gruppenzusammenhängen von Freund/-innen, Bekannten, Kommiliton/-innen. Kern des Konzepts war sein strategischer Pragmatismus: „Machen, was geht – aber: machen“, das Experimentieren mit den eigenen Wünschen und Zielen im Verhältnis zu den verfügbaren Kräften und Ressourcen. Der Stil

ihrer Lebenspraxis einte die Gruppe und gab zugleich genügend Raum für das Spiel mit verschiedenen individuellen Identitäten. Verbindliche Codes als Ausweis der Zugehörigkeit existierten nicht, verschiedene kulturelle Vorlieben etwa bei der Stilisierung des Outfits, beim Musikgeschmack oder der Gestaltung von Beziehungen im privaten Leben bestanden nebeneinander. Der verbindliche Modus Operandi war „anti“ im Sinne von „anders machen“ und ausprobieren. Offenheit – genauer Weltoffenheit – als ein zentrales Merkmal ihres Gruppenzusammenhangs. Und entsprechend aufwändig war die laufende Beziehungsarbeit der Gruppe/n, um Offenheit und Verbindlichkeit in der Balance zu halten. Die Grenzen zwischen dem intimen dyadischen Leben in Paaren und dem Leben mit der größeren Gruppe waren fließend, so dass verschiedene Formen von Gemeinschaften ausprobiert und den Vorstellungen von „Familie“ und „Elternschaft“, „Freundschaft“ und „Nachbarschaft“ je aktuelle Bedeutungen gegeben werden konnten. Die Organisation der Gruppe/n beruhte – im Kontrast zu hierarchischen und patriarchalen Strukturen – auf horizontalen Differenzierungen, die um Themen, Ziele, Stile und Funktionen entstehen und vergehen. Das Engagement in und für Chemnitz schloss Erfahrungen und Vorstellungen vom Anderswo-Sein ein, so dass sich für manche Phasen des Kommens, des Bleibens, des Gehens und des Wiederkommens ergaben. Mit dieser Art von Mobilität, mit den temporären An- und Abwesenheiten gingen nicht etwa Oberflächlichkeit oder Schwäche der Bindungen an die Stadt einher, sondern gerade ihre Intensivierung in den „heißen“ Phasen des Projektes. Während sein Binnenklima möglichst eigenwillig bestimmt war, wurden die Schnittstellen zwischen den Projekten des ExKas und ihren institutionellen Umwelten der kommunalen Politik und Verwaltung, der Unternehmen der Wohnungswirtschaft, der Presse und der Medien ... systematisch bearbeitet. Die Protagonisten arbeiteten in Arbeitsgruppen, schrieben an Konzeptpapieren, informierten sich über die Rechtslage und machten Öffentlichkeitsarbeit. Die Kompetenzen für diese Schnittstellenarbeit rechnen sie sich selbst als Leistung zu, die es ihnen ermöglicht, zwischen verschiedenen sozialen Welten zu switchen und die eigenen Projekte anschlussfähig an Politiken (z. B. Stadtentwicklungs- oder Förder-

(7) Ich beziehe mich auf Interviews, die ich im Sommer 2010 mit Dominik Intelmann und Markus Börner geführt habe, die zu diesem Zeitpunkt Studenten der Philosophischen Fakultät der TU Chemnitz waren.

politiken, Kulturpolitik oder die sozialen Bewegungen) zu machen. Diese Kompetenzen waren und bleiben die Grundlage für Koalitionen und Bündnisse in den lokalen wie den überlokalen Arenen und ermöglichen soziale Passagen in andere, auch berufliche Kontexte. Die globale Offenheit der Selbstverortungen ermöglicht weite Horizonte und stellt Verbindungen her zwischen Berlin, Buenos Aires, Paris, Leipzig, Halle und Chemnitz. Die Stadt Chemnitz wurde in globale Zusammenhänge und Vergleiche gestellt entsprechend den Inhalten, Strukturen, Konflikten und sozial-räumlichen Gestaltungen andernorts. In den Auseinandersetzungen um das ExKa, so die Einschätzung der Protagonisten, entstand eine soziale Dynamik, die als Katalysator der Modernisierung der Stadt wirkte.

Für die Fallanalyse bietet der lokale Diskurs Informationen zum Verlauf und zur Akzeptanz des Projektes ExKa in der Stadtgesellschaft. Ein herausragendes Ereignis war die öffentliche Diskussion über das ExKa am 3. Juni 2010 im Schauspielhaus Chemnitz, die durch die Lokalredaktion der „Freien Presse“ organisiert wurde. Auf dem Podium diskutierten die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, die Geschäftsführerin der Grundstücks- und Gebäudewirtschaftsgesellschaft m. b. H. Chemnitz, der Vorsitzende des Vereins „Experimentelles Karree e. V.“ und der Vertreter des „Vereins zur Wiederbelebung des kulturellen Brachlandes“. Die Moderation übernahmen zwei Redakteure der Zeitung. Zum Abschluss der Diskussion wurde die Entscheidung der lokalen Politiker/-innen bekannt gegeben den Vertrag über die Zwischennutzung mit dem ExKa e. V. an seinem Standort Kinderkaufhaus nicht fortzusetzen. Von diesem Ende her registriere ich die geltend gemachten Einwände⁸ gegen das Projekt in einer thematischen Anordnung.

Einwände gegen die ästhetische Erscheinung des ExKas: Sie bezogen sich auf das Haus und auf seine Bewohner/-innen und wurden vor allem an den Merkmalen der Improvisation und der Vorläufigkeit des Wohnens und des Bleibens festgemacht. Die Kritiker/-innen bezogen sich dezidiert auf eine „Ordnung“, die sie als Maßstab anlegten und deren Nichteinhaltung sie monierten. Die Positionen dieser Ordnungsvorstellungen erschließen sich indirekt in

den Konflikten. Die Ignoranz gegenüber vermeintlich verbindlichen Standards wurde zum Stein des Anstoßes. So z. B. die Gestaltung der Fassade zum öffentlichen Stadtraum. Zum Thema des Stadtgesprächs wurden die „bunten Fenster“ zum Bernsbachplatz hin. Je drei waren grün, blau und rot gestrichen. Auch der damalige Rektor befand sie im „Vorraum“ der Universität als zu wenig seriös. Die Möblierung der Schaufenster des ehemaligen Kaufhauses und das Bewohnen dieser Grenze zum öffentlichen Raum wirkten irritierend. Das Spiel mit den Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit wurden als Provokation aufgenommen, die in Ablehnung überging. Zur äußeren Erscheinung des Projektes gehörten Symbole, deren Bedeutungen nicht mit den Wert- und Weltvorstellungen der Kommentatoren übereinstimmten. Anlass der Ablehnung boten z. B. Seeräuberflaggen, Graffiti, Plakate o. ä. Mitunter transportierten sie tatsächlich politische Statements, mitunter lediglich Nonsense und Spaß. Die Kommentatoren brachten ihre Animositäten gegenüber dem ExKa in die Form von Geschmacksurteilen, über die bekanntlich nicht zu streiten ist. Das waren „noch“ keine politische Kommentare, bereiteten jedoch das politische Feld auf. Der Rahmen für Empathie und Toleranz wurde enger gezogen, indem über Dreck, Hunde und andere Befremdlichkeiten geredet

(8) Sie entstammen der Podiums- und Publikumsdiskussion selbst, der Berichterstattung in der lokalen und überregionalen Presse, den Leserbriefen und dem virulenten „Schimpfklatsch“ (Elias/Scotson 1993: 182) in der lokalen Gesellschaft.



Gebäude des ExKas an der Straßenkreuzung Reitbahnstraße-Ritterstraße im Sommer 2010

Foto: Franziska Engelmann

wurde, um weitergehende politische und wirtschaftliche Einwände anschlussfähig zu machen.

Politische Einwände: Den Kern der politischen Einwände machte das Thema ‚Deutschland‘ als Anker von Identifikationen und Identitäten aus. Die ExKa-Protagonisten experimentierten mit den Fixierungen ihrer Selbstkonzepte, was vor allem die älteren unter den Kritikern als Illoyalität gegenüber ihren Herkunftszusammenhängen in Familie und Heimat verstanden. Vor dem Hintergrund von paternalistischen Ordnungsvorstellungen empfanden sie es als Undankbarkeit der Jungen, dass Deutschland für diese eine andere und geringe(re) Bedeutung hatte.

Eine gewaltvolle Form der politischen Einwände nahmen die wiederholten Übergriffe auf das Kinderkaufhaus und seine Bewohner/-innen an – zuletzt am 14. August 2010 anlässlich eines Stadtteilstes. Das ExKa wurde als „zentraler Stützpunkt der gewalttätigen Linken“ (Pro Chemnitz 2010)⁹ bezeichnet, und mehrfach wurden die Schaufensterscheiben des Kinderkaufhauses zerschlagen. Die Bretterverschlüsse vor den Festeröffnungen trugen seitdem Werbungen um eine neue Glasversicherung, denn bei der bisherigen waren alle Leistungen bereits ausgeschöpft. Es gibt letztlich keine Versicherung gegen Risiken politischer Auseinandersetzungen, die unzivilisiert ausgetragen werden. Die Fraktion des Stadtrates „Pro Chemnitz/DSU“, die aus einer Bürgerbewegung „Pro Chemnitz. Freiheit. Heimat. Zukunft.“ hervorging und Kandidaten der DSU¹⁰ auf der Liste mitnahm, beanspruchte für sich: „Unser Erfolg: Aus für die Reitbahnstraße 84“ Die Fraktion rechnete sich und ihrem Einfluss die Beendigung des Vertrages zwischen dem ExKa e.V. und der kommunalen Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft zu. Zur Begründung wurde angeführt, „dass linke Jugendliche zum Nulltarif wohnen“, obwohl der besagte Vertrag auch das Nutzungsentgelt regelte. Andere Einwände attestierten dem Projekt Konzeptionslosigkeit. Den Beobachtern – z. B. in der direkten Nachbarschaft Wohnenden – erschienen die Aktionen des ExKas unorganisiert. Sie gingen bei der Beurteilung der Strukturen und Ziele des ExKas von Maßstäben aus, die von den fordistischen Prinzipien einer industri-

ellen Arbeitsorganisation geformt wurden. Sie unterschätzten die Projektlogik mit dem ‚Muddling through‘ des Pragmatismus, weil sie die an der Idee eines perfekten Planes und seiner voraussehbaren Ergebnisse maßten. Dass den ExKa-Leuten ihre Aktionen als lebendige Kooperationen mindestens so wichtig wie die materiellen Ergebnisse waren, blieb den Beobachtern fremd.

Wirtschaftliche Einwände: Hinter vielen der Einwände der kritischen Beobachter/-innen stand die Logik des profitablen Unternehmens als die Ultima Ratio. In diesem Zusammenhang erscheinen solche Erträge als sinnvoll und erstrebenswert, die als Gewinn in Form von Geld zu Buche schlagen, während andere Erträge lediglich als Mittel diesem Zweck dienen. Die ExKa-Akteure konnten ihre Vorstellungen von einem anderen Wirtschaften nicht in den lokalen Diskurs einbringen. Dass damit die politischen Gestaltungsräume des Zusammenlebens verengt und Gestaltungsmacht der lokalen Gesellschaft ohne Not aufgegeben wird, setzte sich als Thema nicht durch. In der öffentlichen Podiumsdiskussion erntete ein Akteur einen entscheidenden Vertrauensvorsprung, der die Sozialfigur des privatwirtschaftlichen Investors in städtebaulichen Vorhaben verkörperte. Im Vergleich dazu erschienen die ExKa-Akteure nicht als Investoren einer anderen Art, obwohl sie während des Projektverlaufes von drei Jahren bereits investiert hatten. Vor allem investierten sie in das Konzept und das Netzwerk des kreativen Quartiers Reitbahnviertel und in die Sanierung des Kinderkaufhauses mit wertschöpfender lebendiger Arbeit und mit Baumaterial. Über die Entwertung der Investitionen wurde mit dem Ende des Vertrages der Zwischennutzung entschieden. Es setzten sich Positionen durch, die von einem Hauseigentümer in die Podiumsdiskussion eingebracht wurden: „Ich möchte diese Nachbarschaft nicht. Dieses Wohn- und Kulturprojekt gefährdet meine künftigen Mieterinnahmen.“ Er knüpfte die Realisierung seiner Investitionen in angrenzende Wohnhäuser an die Verdrängung des ExKas und erreichte damit eine in den lokalen Öffentlichkeiten weithin akzeptierte Entscheidung in der Konkurrenz um das Quartier und das Kinderkaufhaus.

Am Chemnitzer Beispiel mag überraschen, dass es Verdrängung auch unter den Be-

(9) Nachzulesen in der Postwurfsendung „Unsere Stadt“ der Fraktion Pro Chemnitz des Stadtrates Chemnitz, die im Mai 2010 in die Briefkästen der Einwohner von Chemnitz eingeworfen wurde.

(10) Die Deutsche Soziale Union (DSU) ist eine rechtskonservative Partei, die nach der Wende gegründet wurde.

dingungen des Überflusses an nutzbaren städtischen Räumen gibt (Reißmüller et al. 2011: 68 ff.). Legt man das theoretische Modell der Gentrification zugrunde, müssten die Pioniere die Verdrängung durch die Gentrifier hinnehmen (Dangschat 1988), sobald diese den Grundstückseigentümern höhere Erträge einbringen. Jedoch irritiert das Fallbeispiel dieses Erklärungsmodell durch den Fortgang der Ereignisse: Die kommunale Wohnungsgesellschaft gestaltete das Kinderkaufhaus zu einem Wohnprojekt für Student/-innen, weitere Räume hat ein Fahrradladen bezogen, und andere wurden für „kreative Nutzungen“ zu geringer Miete angeboten. Das Programm der Raumnutzungen ist dem des ExKas überaus ähnlich – allerdings nicht die Organisation des Hauses in der Hand der Kommunalen Gesellschaft. Der Eigentümer der Nachbarhäuser, der maßgeblich zur Ausquartierung beitrug, hat die angekündigten Sanierungsmaßnahmen bis dato nicht umgesetzt. Im Reitbahnviertel wird nicht mehr experimentiert. Obwohl die ExKa-Leute zur Zielgruppe der ausdrücklich gesuchten jungen Erwachsenen als Mitbewohner/-innen in einer alternden Stadt gehörten, wurden sie des Platzes verwiesen. Der Fall des „Experimentellen Karrees“ erschließt sich nicht als Gentrification – eher lässt sich die Geschichte des ExKa e. V. im Kontext der Generationenverhältnisse und des blockierten Generationenwechsels einer lokalen Gesellschaft erklären.

5 Junge alte Stadt?

Im Resümee des Falls komme ich auf die These zurück, dass sich in einer alternden Stadt die Formen und sozialen Inhalte des Zusammenlebens stark verändern und sich die Anlässe zur Thematisierung der Generationenverhältnisse in der lokalen Öffentlichkeit mehren. Die Älteren formulierten öfter und vehementer als die Jüngeren ihr Interesse an „festen“, geordneten Verhältnissen. Im Zuge des Generationenwechsels befürchteten sie Einbußen an Prominenz und Durchsetzungskraft. Die stadtgestaltenden Aktionen und die neuen Deutungen der lokalen Verhältnisse durch die ExKa-Leute wurden zurückgewiesen und deren Lebensführung mit der „Chiffre 68“ (Schmidt 2006: 186 f.) assoziiert. „Kein 68 in Chemnitz!“, war der Ausruf eines älteren Mannes in der

öffentlichen Diskussion im Schauspielhaus, der an die ExKa-Leute adressiert wurde, um den „Liberalisierungsschub im Alltagsleben“ (ebd.: 187) abzuwehren. Und zugleich war es eine Ansage an die 1968er unter den Anwesenden im Publikum, die ihre Sympathie für das ExKa-Projekt äußerten und auf ihre eigenen biografischen Erfahrungen in Westdeutschland verwiesen. „Die Jungen werden heute von den Älteren oft wahrgenommen wie Fremde ...“ (Leggewie 1995: 31), von denen sie die Annäherung an ihre Konzepte des Zusammenlebens erwarten. In der Diskussion über die Zukunft des ExKas brachten sie Maßregeln und Forderungen zum Verlauf des Projektes an: „Da müssten die jungen Leute aber ...“ dieses und jenes tun oder lassen, hieß es. Nicht in Erwägung gezogen wurde der Wert der Modernität des Wissens der Jüngeren. Die Wissensvermittlung in jungen alten Gesellschaften kann nicht allein in den Hierarchien der Anciennität verlaufen. Im Interesse von Nachhaltigkeit sollte der Transfer von den Jungen zu den Älteren umso stärker sein, muss die Problematik der jüngeren Generation zurückstrahlen auf die der älteren.

Die mittlere Generation der DDR-Kinder markierte sich kaum mit eigenen Argumenten. Eine exponierte Position nimmt die Oberbürgermeisterin als eine der wenigen Prominenten ihrer Generation ein. Für eine Vermittlung zwischen den Generationen und die Erweiterung des Handlungsspielraums sowohl für die Initiator/-innen des ExKas wie für die kommunale Politik blieb sie oft vergeblich auf die Mitwirkung weiterer Vertreter/-innen dieser Generation angewiesen. In den Ereignissen des Generationenwechsels – für die der Fall des ExKas m. E. steht – markierten sie sich nicht als Generation der DDR-Kinder zwischen der Aufbaugeneration und den 1989ern. Insofern sie von Amts wegen agierten, bezogen sie sich auf die gängigen Opportunitäten in der Stadtverwaltung oder der Wohnungswirtschaft. Persönliche Positionen zum Projekt wurden nicht öffentlich. Es erhärtet sich der Befund der generationellen Lücke, die nicht nur ein Einschnitt im Altersaufbau der alternden Stadt ist, sondern eine Fehlstelle im Diskurs der Generationen. Dass auch für die nationalistischen Rechten, die den Fall mitgestalteten, diese generationelle Lücke ein Entstehungszusammenhang

ist, dass sie als eine weitere gleichgelagerte Generationseinheit neben der 1989er-Generation zu verstehen sind, bleibt an dieser Stelle eine Vermutung.

Mit der Entscheidung zur Ausquartierung ist das ExKa an einem zentral gelegenen Ort der Stadt gescheitert. Weil das Projekt jedoch eine exponierte Position in der Öffentlichkeit eingenommen hat und viel Aufmerksamkeit erhielt, da die Initiator/-innen so vieles so gut und richtig¹¹ gemacht haben, liegt in diesem Scheitern eine Signalwirkung an alle, die ähnliche Lebensziele verfolgen und ähnliche Erwartungen an ihre Stadt richten. Von den 1989ern gehen m. E. wichtige Impulse zur Modernisierung der Mentalität der Stadtgesellschaft aus. Ihre Erfahrung von 1989 ist die der Auflösung und Entgrenzung, der zunehmenden Möglichkeiten wie der eigenen persönlichen Zuständigkeit. Zu den Lebensgewissheiten der 1989er zählt bereits, was für die westliche Welt zunehmend Geltung erlangt: „Die wirtschaftliche Grundlage werden ... ein flexibler Arbeitsmarkt, prekäre Sicherheiten und öffentliche Armut sein. Reparatur und Rückbau, besserenfalls Umbauten und Renovierungen, stehen an“ (Leggewie 1995: 99). Im Umgang mit diesen Erfahrungen und Zumutungen haben sie sich bereits Kompetenzen erworben, auf die eine alternde Gesellschaft nicht folgenlos verzichten kann.

Im Konflikt um das ExKa wurden die Generationenverhältnisse anschaulich: In seinem Verlauf kollidierten verschiedene Generationskonzepte, die in der lokalen Gesellschaft vertreten wurden. Sie machten sich fest an Themen wie Deutschland als Staat und als Nation; an der Frage, was Arbeit ist und sein kann und welche Funktionen dem Geld in der Gesellschaft eingeräumt werden. In der Praxis des ExKas wurden diese Themen bearbeitet und im öffentlichen Diskurs kommentiert. Zum Zeitpunkt von 2010 trafen die sozialen Erfahrungen und Einschätzungen seiner Akteure auf weitgehende Ablehnung. Die Generationenordnung mit einer immer noch prominenten Aufbaugeneration konsolidierte sich, und die „Kontinuität des Generationenwechsels“ (Mannheim 1964: 530) wurde aufgehoben. So alterte die lokale Gesellschaft in ihren Generationenverhältnissen. Die Akteure vom ExKa räumten ihren Ort. Ihre Investitionen

an Zeit, Energie, Geld und konzeptionellen Ideen verbuchten sie als Verluste. Ihre Gewinne hingegen sind ihre Erfahrungen, Kompetenzen und Ernüchterungen – allesamt mobil und transportabel. Einige von ihnen fingen weiter draußen in der Leipziger Straße von Chemnitz unter neuem Label noch mal von vorne an. Andere verlegten ihren Neuanfang in andere Städte. Soziale Schließungen der Stadtgesellschaft wurden verfestigt und kulturelle Spannungen eliminiert/ausgeschlossen. Die allerdings machen den Kern der Urbanität europäischer Städte aus. Die Vorleistungen der Jüngeren für die Vernetzungen der Stadt mit den globalen Bewegungen wurden nicht wahrgenommen. Uwe-Jens Walther (1991: 149) ging schon vor 25 Jahren davon aus, dass Städte (er spricht von „Gebietskörperschaften“) in ungleicher Weise von den sozialen Problemen der „ergrauten Gesellschaft“ berührt sein werden, zu denen „altersselektive Wanderungen“ (ebd.: 153) beitragen. Die sozialen Unterschiede zwischen Städten werden künftig noch deutlicher als bisher durch Altersstruktur und Lebensstile ihrer Bewohner/-innen bestimmt sein. Schrumpfung, Abwanderung und Alterung lassen sich als globale Bewegungen erkennen, die an einem Ort anders als an einem anderen wirklich werden. In der Selbstreferenzialität der lokalen Kultur liegt zugleich auch die Chance, dem Fatalismus der Alterung etwas entgegenzusetzen – z. B. eine paradoxe Intervention wie diese: „Ein herzlich Anerkennen ist des Alters zweite Jugend.“¹² Mit der Akzeptanz der persönlichen Verluste wird zugleich ein Gewinn verbunden. Die Verluste betreffen die je eigene Lebenszeit, die sich absehbar verkürzt von Tag zu Tag, die körperlichen Beschwerden, die unabwendbar sind wie auch die Befürchtungen von Unselbständigkeit und zunehmender Abhängigkeit. Die herzliche Anerkennung solle denen gelten, die in ihrem Lebenslauf an einer anderen Position stehen, andere Perspektiven und andere Sorgen haben. Ein gewisses Maß an Selbstlosigkeit erlaubt es, an deren Lebenslage Anteil zu nehmen und in dieser Perspektivenübernahme weitere Horizonte zu gewinnen, welche entkoppelt von der eigenen Lebenszeit über diese hinaus weisen. Die in Aussicht gestellte zweite Jugend ist ein junges Denken und Fühlen, das die eigene Person mit dem Leben anderer und auch jüngerer verbinden kann. Für alternde Gesellschaften wird ein deutliches

(11)
Den Bezugsrahmen für diese Bewertung bilden Erfahrungen und Empfehlungen zur Organisation von Projekten des Dritten Sektors wie sie z. B. in Wex (2004) zusammengefasst wurden.

(12)
Aus dem Festgedicht Johann Wolfgang von Goethes anlässlich des 70. Geburtstages von Carl Friedrich Zelter 1828, als er selbst bereits 79 Jahre alt war.

„Machtgefälle“ zwischen den Generationen zugunsten der Älteren konstatiert (Hoffmann et al. 2008: 17). Wenn Macht jedoch als Gestaltungsvermögen einer Gruppe (Arendt 2000: 45) angesehen wird, kann dieses Vermögen auch geteilt werden zwischen Generationen, um gemeinsam eingesetzt zu werden. Eine paradoxe Intervention der Alten in die alternde Gesellschaft bewirkte eine positive Diskriminierung der Jüngeren. Dafür beanspruchten sie nicht alle Möglichkeiten, die ihnen das Wahl- und das Mietrecht, die eigene Zahlungsfähigkeit, die Stadtordnung und die guten Sitten einräumen, sondern in den Fragen der Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit machten sie großmütige Spenden in Form von Aufmerk-

samkeit, Empathie, Zeit und Unterstützung. Das Geben und Nehmen kann die Familiennetzwerke überschreiten, wenn es in der lokalen Gesellschaft nicht nur um die leiblichen Enkel, sondern um die Generation der Enkel ginge. In einer jungen alten Stadt, in der die Zahl der Kinder und der Jungen geringer ist als die der Alten und Älteren, könnten die Generationsverhältnisse fair ausgehandelt werden und stützten sich auf persönlich erlebte freundliche und wohlmeinende Beziehungen in den Öffentlichkeiten der Stadt. Die schiere Zahl der Stimmen, welche per Kampfabstimmung durchaus in die Gestaltungsmacht von Mehrheiten umgemünzt werden können, ist und bleibt darum nicht die Ultima Ratio.

Literatur

- Allheit, Peter; Bast-Haider, Kerstin; Drauschke, Petra, 2004: Die zögernde Ankunft im Westen: Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland. Frankfurt am Main/New York.
- Allmendinger, Jutta; Hinz, Thomas (Hrsg.), 2002: Organisationssoziologie. Sonderheft 42/2002 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen/Wiesbaden.
- Arendt, Hannah, 2000: Macht und Gewalt (14. Auflage). München.
- Balla, Bálint; Sparschuh, Vera; Sterbling, Anton (Hrsg.), 2007: Karl Mannheim. Leben, Werk, Wirkung und Bedeutung für die Osteuropaforschung. Hamburg.
- Benevolo, Leonardo, 1993: Die Geschichte der Stadt (7. Auflage). Frankfurt am Main/New York.
- Bude, Heinz, 1995: Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948. Frankfurt am Main.
- Bürgel, Tanja (Hrsg.), 2006: Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften. Erfahrungstransfers und Differenzen vor dem Generationenwechsel in Russland und Ostdeutschland. SFB-580-Mitteilungen, Heft 20. Jena.
- Coupland, Douglas, 1991: Generation X. Tales for an accelerated culture. New York.
- Dangschat, Jens, 1988: Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel. In: Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): Soziologische Stadtforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 29/1988. Opladen, S. 272–292.
- Drauschke, Petra, 2006: Handlungsmuster der Großeltern- und Enkelgeneration in Ostdeutschland im Vergleich zu Polen und Tschechien – ein anderer Blick auf Familiengeschichte. In: Bürgel, Tanja (Hrsg.): Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften. Erfahrungstransfers und Differenzen vor dem Generationenwechsel in Russland und Ostdeutschland. SFB-580-Mitteilungen, Heft 20, S. 102–111.
- Elias, Norbert; Scotson, John L., 1993: Außenseiter und Etablierte. Frankfurt am Main.
- Feuerbach, Frank, 2009: A Paradigmatic City – Demographic Change and Shrinking Processes in Chemnitz. In: Keitel, Evelyne; Sandten, Cecile; Süß, Gunter (Hrsg.), Industrialization – Industrial Heritage – De-Industrialization. Literary and Visual Representations of Pittsburgh and Chemnitz. Trier, S. 153–170.
- Giddens, Antony, 1996: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main.
- Glick Schiller, Nina, 2013: Transnationality and the City. In: Bridge, Garry; Watson, Sophie (Hrsg.): The New Blackwell Companion to the City. Oxford.
- Göschel, Albrecht, 1999: Kontrast und Parallele. Kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen. Stuttgart u.a.
- Hessischer Landtag (Hrsg.), 2007: Älter – Weniger – Bunter. Bericht der Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ des Hessischen Landtags. Berlin.
- Hoffmann, Dagmar; Schubarth, Wilfried; Lohmann, Michael (Hrsg.), 2008: Jungsein in einer alternden Gesellschaft. Bestandaufnahme und Perspektiven für das Zusammenleben der Generationen. Weinheim/München.
- Illies, Florian, 2000: Generation Golf. Eine Inspektion. Frankfurt am Main.
- Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.), 1994: Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart.
- Leggewie, Claus, 1995: Die 89er. Portrait einer Generation. Hamburg.
- Lindner, Rolf, 1990: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. Frankfurt am Main.
- Lüscher, Kurt; Liegle Ludwig, 2003: Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Konstanz.

- Mannheim, Karl, 1964, zuerst 1928: Das Problem der Generationen. In: Wolff, Kurt H. (Hrsg.): Karl Mannheim: Wissenssoziologie. Neuwied/Berlin, S. 625-688.
- Nassehi, Armin, 2002: Die Organisationen der Gesellschaft. Skizze einer Organisationssoziologie in gesellschaftstheoretischer Absicht. In: Allmendinger, Jutta; Hinz, Thomas (Hrsg.): Organisationssoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 42/2002. Opladen/Wiesbaden, S. 443-478.
- Pro Chemnitz, Fraktion des Stadtrates Chemnitz, 2010: Unsere Stadt (Postwurfsendung im Mai 2010).
- Punken, Mirko, 2006: Transformation und Generationendifferenz. Zur intergenerationellen Kommunikation in ostdeutschen Familien. In: Bürgel, Tanja (Hrsg.): Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften. Erfahrungstransfers und Differenzen vor dem Generationenwechsel in Russland und Ostdeutschland. SFB-580-Mitteilungen, Heft 20, S. 83-100.
- Reißmüller, Ronny; Schucknecht, Katja; Fischer, Salomé, 2011: Innenstadtentwicklung in der Shrinking City Chemnitz: Von der Herausforderung, Leere mit Leben zu füllen. In: Reißmüller, Ronny; Schucknecht, Katja (Hrsg.): Stadtgesellschaften im Wandel. Chemnitz, S. 67-110.
- Reulecke, Jürgen, 1992: Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt am Main.
- Reulecke, Jürgen, 2003: Anmerkungen zu Eduard Sprangers „Fünf Jugendgenerationen 1900-1949“ aus dem Jahre 1950. In: Merken, Hans; Zinnecker, Jürgen (Hrsg.): Jahrbuch Jugendforschung, 3. Ausgabe. Opladen, S. 403-411.
- Rosa, Hartmut, 2008: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main.
- Schmidt, Rudi, 2006: 1968 West und 1989 Ost – Von den Mythen jüngster deutscher Umbrüche. Was bleibt den Nachgeborenen? In: Bürgel, Tanja (Hrsg.): Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften. Erfahrungstransfers und Differenzen vor dem Generationenwechsel in Russland und Ostdeutschland. SFB-580-Mitteilungen, Heft 20, S. 186-195.
- Schorske, Carl E., 1982: Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de siècle. Frankfurt am Main.
- Sennett, Richard, 1997: Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation. Berlin.
- Sparschuh, Vera, 2005: Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft. Hamburg.
- Sparschuh, Vera, 2006: Zur Erosion der DDR-Gesellschaft aus generationssoziologischer Perspektive: drei Generationen gestalten der nach 1945 geborenen „Kinder der DDR“ in ihrer Beziehung zur Aufbaugeneration. In: Bürgel, Tanja (Hrsg.): Generationen in den Umbrüchen postkommunistischer Gesellschaften. Erfahrungstransfers und Differenzen vor dem Generationenwechsel in Russland und Ostdeutschland. SFB-580-Mitteilungen, Heft 20, S. 113-126.
- Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen, 2011: Statistischer Bericht – Bevölkerungsstand des Freistaats Sachsen nach Alter und Geschlecht 2010 (A I 3 – j/10). Kamenz. Zugriff: https://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-A/A_I_3_j10.pdf (abgerufen am 1.9.2015)
- Thießen, Friedrich (Hrsg.), 2009: Die Wessis. Westdeutsche Führungskräfte beim Aufbau Ost. Köln/Weimar/Wien.
- Vobruba, Georg, 2009: Die Gesellschaft der Leute. Kritik und Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Wiesbaden.
- Walther, Uwe-Jens, 1991: Ergraute Gesellschaft – wo bringt sie welche Probleme für räumliche Planung und Forschung? Informationen zur Raumentwicklung, 3/4.1991, S. 149-168.
- Weiske, Christine, 2003: Chemnitz – Karl-Marx-Stadt – Chemnitz. Essay zur Sozialgeschichte einer Stadt zwischen 1949 und 1989. In: Feldkamp, Jörg (Hrsg.): Augenblicke zwischen Gestern und Morgen. Chemnitz, S. 96-109.
- Wex, Thomas, 2004: Der Nonprofit-Sektor der Organisationsgesellschaft. Wiesbaden.
- Wirth, Louis, 1983: Urbanität als Lebensform. In: Schmals, Klaus M. (Hrsg.): Stadt und Gesellschaft. Ein Arbeits- und Grundlagenwerk. München, S. 341-358.
- Zwahr, Hartmut, 1994: Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch: die DDR auf dem Höhepunkt der Staatskrise 1989. Mit Exkursen zur Ausreise und Flucht sowie einer ostdeutschen Generationenübersicht. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, S. 426-467.

Ländliche Szenen

Wolfgang Kil

Die Uckermark als Transformationslandschaft

Jenseits der Städte und ihrer „Speckgürtel“ vollzieht sich in den ländlichen Peripherien Ostdeutschlands eine Umschichtung von Bevölkerung. Nach dem großen Exodus der ersten zwei Nachwend-Jahrzehnte gibt es wieder Neuansiedler. Ihr Mut, selbst in fast aufgegebenen Dörfern neue Existenzen zu begründen, lässt auf neue Attraktivitäten schließen. Die Uckermark kann für eine solche Neubestimmung als Paradebeispiel gelten. In dem traditionell schwach bevölkerten Landstrich beginnen Zugezogene bereits, eigene Strukturen innerhalb der vorgefundenen (und massiv erodierenden) sozialräumlichen Verhältnisse auszubilden. Kommen hier tragfähige Entwürfe zur Lebensbewältigung in postindustriell aufgelassenen Räumen ans Licht? Bietet das allgemeine Desinteresse an dünn besiedelten Regionen Wachstumskritikern und anderen „Changemakern“ eine Chance, selbstorganisiertes Leben und nachhaltiges Wirtschaften praktisch zu erproben? Oder entfalten sich wieder nur Rückzugsräume für einige Privilegierte, die sich dem Stress eskalierender Sozialkonflikte in den Ballungsräumen entziehen?

Theodor Hosemann (1807–1875), ein im preußischen Berlin viel gefragter Genre-maler, Illustrator und Karikaturist, malte im Jahr 1864 eine ländliche Szene von einiger Skurrilität. Darin schaut ein Pfeifchen rauchender und Strumpf strickender Ziegenhirt halb neugierig, halb belustigt auf ein seltsames Paar – zwei junge Gecken, die mit Zigarre und Spazierstock demonstrativ neueste städtische Lebensart durch die hügelige Landschaft tragen. Der Bildtitel klingt fast programmatisch: „Der Uckermärker und die Importierten“

Fast hundertfünfzig Jahre später begann der aus Berlin in ein uckermärkisches Restdorf gezogene Fotograf Roland Köhler eine Langzeitrecherche. Mit Kamera und Notizblock zog er weite Kreise durch seine neue Heimatregion, auf der Suche nach Menschen, die gleich ihm ihre städtische Existenz zugunsten eines Lebens auf dem Land aufgeben hatten. Aus den nebenher notierten Lebensberichten konnte er allherhand über deren Motive erfahren. Bemerkenswert an dieser Erkundung war, dass sie sich nicht auf die üblichen Verdächtigen, also auf Künstler oder anderweitige Sonderlinge beschränkte. Lust auf ein anderes Dasein regt sich nämlich quer durch alle möglichen sozialen Schichten. Aus der Porträtsammlung wurde ein Bilderbuch, das – wie anders kaum zu erwarten – in der be-



Theodor Hosemann (1807–1875): Der Uckermärker und die Importierten

Foto: Frau Bartsch, Villa Grisebach

treffenden Region recht bald vergriffen war. Sein Titel: „Die Zugezogenen. Neusiedler in der Uckermark“ (Köhler 2008; siehe S. 489).

Zwei bildnerische Kommentare zu einem Vorgang, der zum Schicksal dieser Landschaft zu gehören scheint wie das Gelb der Rapsfelder, die glitzernden Seen und neuerdings die weißen Windradwälder: Knappe hundert Kilometer von Berlin entfernt, hatte die Uckermark schon immer mit Begehr-

Wolfgang Kil
ist Architekt, Architekturkritiker
und Publizist.
w.kil@gmx.de

lichkeiten aus der Hauptstadt zu rechnen. Mit Einführung der Eisenbahn entdeckten Ausflügler die vor sich hin dösenden Ackerbürgerstädtchen und sorgten für bescheidenen Fremdenverkehr. Während zu DDR-Zeiten viele junge Dörfler lieber ihr Glück in den Städten suchten, richteten sich im Gegenzug naturhungrige Städter verlassene Landarbeiterkaten, Bauernhäuser oder Dorfgasthöfe mühselig zu Zweitwohnsitzen her, wo sich dann Freundeskreise zu rauschenden Gartenfesten trafen. Mit ihrer Erzählung „Sommerstück“ hat Christa Wolf (1989) diesem Milieu stadtlüchtiger Intellektueller und Künstler ein literarisches Denkmal gesetzt.

Seit der Epochenwende von 1990 kämpft die Region nun mit den Folgen eines brachialen Strukturwandels: Geringe Wirtschaftskraft und fehlende Erwerbsmöglichkeiten trieben die Menschen in Scharen davon. Um die Jahrtausendwende schien die Uckermark von schierer Entvölkerung bedroht. Doch selbst für die immer weniger werdenden reichen die herkömmlichen Arbeitsangebote nicht. Der Agenturbezirk Prenzlau gehört zu den Schlusslichtern auf der bundesweiten Skala der Arbeitslosigkeit; wenig tangiert von neueren Aufschwungsdaten pendeln die Werte unvermindert um die 20 %.

Uckermark – die schöne Gegend

Die Uckermark ist wunderschön. Toskana des Nordens – das klingt nach billiger Reklamelyrik, aber es trifft die Stimmung dieser weiten, welligen Horizonte ziemlich genau. Ein Land voller Licht, wo man die Jahreszeiten an ihren Farben erkennt. Fast jedes Dorf hat seinen Badesee. Und Sonnenuntergänge, dass es einem noch jedes Mal den Atem verschlägt.

Doch die Uckermark ist auch Randregion. Im Planer- und Verwaltungsjargon gehört sie zum „äußeren Entwicklungsraum“, womit erst einmal die rein geographische Entfernung des Landkreises von der Metropole Berlin gemeint ist. Aber dieses schlicht geographische Abseits bedeutet inzwischen auch eine größere Distanz zu den Geldtöpfen des Staates: Solange immer knappere Fördermittel nach dem Prinzip „Stärken stärken“ verteilt werden, haben periphere

Landesteile das Nachsehen. Da es für alle nicht reicht, so die (zumindest im Land Brandenburg) geltende Devise, solle man sich da draußen halt mit dem Wenigeren arrangieren.

„Dort draußen“ macht man sich auf all das seinen eigenen Reim. Die Uckermark ist seit der Wende von einem reichlichen Viertel ihrer Bewohnerschaft verlassen worden. Muss das wirklich verwundern? Und droht da tatsächlich gleich ein Untergang? Schon immer gehörte die Gegend zu den am dünnsten besiedelten Regionen ganz Deutschlands, nach den statistischen Kriterien der Vereinten Nationen gilt sie mit ihren 42 Einwohnern pro Quadratkilometer (2011) längst als „unbesiedeltes Territorium“. Man hat sich also auf skandinavische Verhältnisse einzustellen, unter denen Infrastrukturen in gewohntem Umfang nur schwer aufrechtzuerhalten sind. Längst verfügt nicht mehr jedes Dorf über einen Einkaufsladen. Um Schulen und Kinder-einrichtungen kämpfen Gemeinderäte verbissen, Busse verkehren seltener oder gar nicht mehr. In Sachen ärztlicher Grundversorgung wird neuerdings ganz öffentlich von „Notstandsgebieten“ geredet. Der Verlust an allgemeiner Lebensqualität für jene, die unter solchen Verhältnissen weiterhin ausharren (nicht selten ausharren müssen), ist mit Statistiken gar nicht zu messen. Psychologisch wirkt er dafür umso gravierender: Der letzte symbolträchtige Kontakt zur weiten Welt wird gekappt, wenn die Post schließlich ihren Briefkasten vom Dorfplatz abmontiert und ein paar Kilometer weiter aufstellt, irgendwo an einer Fernstraßenkreuzung.

Uckermark – die neue Lage

Seit Menschengedenken klassisch ostelbisch, d. h. von riesigen Gütern und ärmlichen Landarbeiterdörfern geprägt, hat es, mit Ausnahme von Schwedt, nennenswerte Industrie in der Uckermark kaum gegeben. Kleinproduzenten kommen auf lokaler Ebene einigermaßen zurecht. Die großflächige und hochtechnisierte Agrarwirtschaft produziert auf international konkurrenzfähigem Niveau, beschäftigt aber nur noch einen Bruchteil an Menschen im Vergleich zu früher. „Den Betrieben geht es immer besser, den landwirtschaftlich geprägten

(1)
Die Zahlen stammen aus 2010, es ist davon auszugehen, dass sie sich in der Zwischenzeit noch weiter zugunsten der Zuwanderer verschoben haben.

Regionen immer schlechter“, lautet ein paradoxes Resümee des Strukturwandels im Agrarsektor. „Die Dörfer, über Jahrhunderte eng mit der Landwirtschaft verbunden und auf die Leistungen der Agrarbetriebe für die Erhaltung der Infrastruktur und die dörfliche Kultur angewiesen, verlieren ihre Grundfunktion“ (Land 2007). Diese Entwicklung entzieht allen Bemühungen um eine sozial ausgeglichene Entwicklung ländlicher Räume nach herkömmlichem Muster die ökonomische Grundlage. Wenn sie nicht im Umland der Städte zu „Wohnsiedlungen im Grünen“ werden, weiß eigentlich keiner, wozu Dörfer heute noch dienen sollten.

Zur allgemeinen Überraschung herrscht in manchen Randregionen jedoch nicht nur ein Gehen, sondern auch ein Kommen. Unbeeindruckt von allen Negativschlagzeilen wächst hie und da die Bewohnerzahl wieder. Auf die etwa sechstausend Menschen, die die Uckermark Jahr für Jahr verlassen, kommen inzwischen fast schon viertausend Zuzügler.¹ Regionen im Wandel, die ihre neue Bestimmung noch nicht gefunden haben, sind für manche Menschen geradezu eine Verheißung: für Leute, die einfach mehr Platz, mehr Himmel und vielleicht für den Holundergelee einen alten gemauerten Küchenherd brauchen, um sich – als Familie, als Künstler oder einfach als Naturfreunde – zu entfalten. „Für dünner besiedelte Räume gilt, dass Bodenwerte und Regelungsdichte niedriger sein können als in hochverdichteten Räumen“, waren sich Experten der BTU Cottbus schon vor Jahren sicher. „So können Freiräume und Milieus entstehen, die attraktiv sind für Menschen mit alternativen Lebensentwürfen“ (zit. n. Kil 2004: 157). Hier müssten sich Zonen mit utopischem Potenzial finden lassen für soziale und gestalterische Experimente, denn „wo Lebensräume durch Gebrauch und nicht durch Eigentum definiert werden, entsteht Raum für ein weniger entfremdetes Leben“ (Sieverts 2003).

Neugierige, Tatendurstige, unruhige Geister – für diesen Typus des Neusiedlers haben Planer und Soziologen den Begriff *Raumpionier* erfunden. „Pionier“ klingt nach Aktivsein, nach Entdeckung und neuer Praxis. Im Unterschied zum historischen Sommerfrischler oder zum Wochenendpendler suchen Raumpioniere das Dasein fern urbaner



Titelblatt des Fotobandes „Die Zugezogenen“ von Roland Köhler, 2008

Geschäftigkeit weniger der Kontemplation oder Idylle wegen, sondern weil sie ein Programm verfolgen. Leben in selbstgewählter Gemeinschaft und/oder im Einklang mit der Natur, neuerdings immer öfter auch ökonomisches Einrichten in überschaubaren Kreisläufen. Indem Raumpioniere am neuen Ort ihr eigenes Leben zu verändern suchen, nehmen sie – ob gezielt oder ungewollt – Einfluss auf die Entwicklung ihrer Nachbarschaft, am Ende gar ihrer Region. „Raumpioniere sind allerorten gefragt“, hat der Landschaftstheoretiker Thies Schröder (2006) beobachtet. „Städte und Staat werben um sie und bemühen dabei die Leitbilder der Auswanderung oder des Wiederaufbaus. Es geht immer wieder um die Kultivierung von Flächen, die ansonsten aus einem Kulturzusammenhang herauszufallen drohen.“ Eines jedoch würde dabei allzu leicht verdrängt oder verschwiegen: „Die Bereitschaft zu Pionierleistungen [wird] in der Regel von denjenigen erwartet, die [in den kritischen Randlagen, W.K.] bleiben können, weil sie in irgendeiner Weise soziale Absicherung erreicht haben“ (ebd.). Ein Leben in Regionen, die mit immer weniger öffentlicher Fürsorge auskommen müssen, verlangt nämlich Bereitschaft zum Risiko und ein hohes Maß an Belastbarkeit. Der Einzelne hat sich mehr zu kümmern, ist mit mehr Entscheidungen auf sich gestellt, sollte neben ökonomischer auch über technische Autarkie verfügen (Auto, ausgiebige Internet-Kompetenz), wofür er dann, im Idealfall, beträchtlichen Entfaltungsspielraum gewinnt. Umstände also, wie geschaffen für Typen, die früher „Aus-

steiger“ (Naturfreund, Künstler, Eigenbrötler ...) hießen und die man heute, geradezu euphorisch, *Kreative* nennt.

Doch wie der Begriff genauso intendiert, sind *Raumpioniere* eben auch Wegbereiter, klassische „*first movers*“, die beweisen, „dass da etwas geht, obwohl immer alle sagen, dass da nichts geht“ (Welzer 2013: 150). Zum Erfolg gehört nun mal, dass er Nachahmer anzieht. Pionier-Projekte, deren Attraktivität sich herumspricht, werden immer häufiger zu „Landungsbrücken für weitere Städter“ (Burke/Harmel/Jank 2015). Und dann trifft man eben nicht mehr nur jugendliche Nestflüchter auf der Suche nach experimenteller Selbstverwirklichung, sondern überraschend viele gestandene Familien jeglichen Alters mit ökonomisch tragfähigen Existenzen. „Kreativ“ bei der Suche nach alternativen Lebensmodellen sind ja auch Sozialarbeiter, die mit ihren Selbsthilfegruppen aufs Land ziehen, ehemalige Agrarfachschüler mit Faible für Biolandbau, Architekten und Handwerker, denen der Sinn nach Holz und Lehm und Schilfklärteichen steht. Regelrechte Ansiedlungsschwerpunkte haben sich in der Uckermark rings um Taschenberg und um Wallmow gebildet – zwei Orte, an denen Eltern gemeinschaftlich Freie Schulen gründeten. Spätestens da kommt der experimentelle Nutzen einer „Region im Wandel“ gut zum Vorschein: Während man überall im Land rückläufige Geburtenraten beklagt, scheint für Kinderfreunde das „Neuland“ eindeutig Standortvorteile zu bieten.

Reibereien programmiert

Alles wohlklingende Reden über Zuzügler oder *Raumpioniere* sollte die naheliegenden Konflikte nicht ausblenden. Im Grunde müssen die ländlichen Räume Ostdeutschlands, und hierbei besonders vehement die Einzugsbereiche einiger weniger Großstädte, einen ungeheuer einschneidenden Vorgang verkraften: einen (schrittweisen) Bevölkerungsaustausch. Nach dem Weggang vornehmlich der Jüngeren, der besser Qualifizierten (und unter denen wiederum vornehmlich der Frauen) blieben die weniger Beweglichen zurück, die Älteren und jene, die sich zu sehr in der Heimat verwurzelt fühlen, als dass sie anderswo einen neuen Anfang suchen (oder wagen) würden. Jene

Bleibenden, oft pauschal als „Verlierer des Strukturwandels“ etikettiert, sehen sich nun mit neuen Nachbarn konfrontiert, die mit den unterschiedlichsten Erwartungen und womöglich Illusionen, oft auch mit ziemlich fremden Lebensstilen inmitten generationenlang fest strukturierter Umgebungen auftauchen. Die da ihren Städten den Rücken kehren, müssen nicht unbedingt jünger sein, sie sind auch nicht immer höher, aber stets auffallend anders qualifiziert.² Sie bringen neuzeitliches Wissen, nie gekannte Kontakte und oft völlig anders orientiertes Knowhow in ihre neue Wahlheimat. Sie haben nicht nur Routine im Umgang mit Förderern und deren Modalitäten, ohne Scheu treten sie auch oft den „Marsch durch die Institutionen“ an, lassen sich in lokale oder regionale Gremien wählen.

Gerade bei zahlreicher Zuwanderung entstehen so in den betroffenen Dörfern erst einmal parallele Lebenswelten, denn unterschiedlicher könnten beide Fraktionen mit ihren jeweiligen Erwartungen und Leitbildern kaum sein: Einerseits die städtisch, dazu oft auch westdeutsch sozialisierten Zuzügler mit ihrer Begeisterung für die landschaftlich reizvollen Räume – andererseits die Alteingesessenen mit ihren Verlust Erfahrungen und eher prekären Zukunftsaussichten, die an der Verlassenheit jener Landschaften schier verzweifeln. Geradezu klassische Streitfälle treibt diese Konstellation immer dann hervor, wenn die „Neuen“ ihre romantisch-ländliche Bilderwelt gegen jede Modernisierung, sprich: „Verschandelung“ verteidigen, also wenn die „Alten“ für ihre holperige Dorfstraße endlich auch Asphalt wollen oder ihre verkumpelten Häuser im Baumarkt-Stil begradigen. Ein hierzu befragter Architekt, der gerade wegen seiner Leidenschaft für Heuballen- und Lehmbauweisen in die Uckermark wechselte, war immerhin davon überrascht, wie schnell er anhand positiver Beispiele mit den Alt-Nachbarn ins Fachsimpeln und sogar zu Anerkennung seiner Bauauffassungen kam. Inzwischen sieht er seine eigentlichen Kontrahenten eher in den „reinen Geldmenschchen“, die unter den Zuzüglern seines Dorfes allmählich die Mehrheit bildeten: Mit denen ziehe eine „vorstädtische Renommier-Ästhetik“ ein, die jedes Gespür für baukulturelle Eigenheiten des dörflichen Umfeldes vermissen ließ.³

(2)
Unter den Neusiedlern liegt der Anteil an Akademikern weit über dem allgemeinen Bevölkerungsdurchschnitt.

(3)
Interview mit Jörg Wappler, dem Gründer von WOF-Architekten mit Sitz in Berlin und Melzow/Uckermark, am 25. Juni 2015.

Die scheinbar nebensächliche Beobachtung illustriert geradezu idealtypisch jenen heiklen Vorgang, wenn unlängst noch vom Aussterben bedrohte Dörfer im Einzugsbereich von Metropolregionen „ganz allmählich zu Wohnorten oder Rückzugs- und Freizeitorten einer privilegierten Mittelschicht [werden], die bewusst diesen (teilweise auch wieder neu inszenierten) ländlichen Lebensstil als Erholung von der Stadt und dem beruflichen Alltag betrachtet und sich geradezu wünscht, dass diese Dörfer nicht in dem Maße urbanisiert werden – weil dann schließlich zu befürchten wäre, dass auch dort die gleichen ‚Stressfaktoren‘ auftreten, die man aus der Stadt schon kennt“ (Baum 2014: 130).

Weniger konfrontative, doch ebenso aufschlussreiche Motive und Interessenlagen können den recht häufigen Denkmalsinitiativen zugrunde liegen. Bei der Rettung alter Dorfkirchen in Brandenburg etwa sind es zumeist Zugezogene, die als Initiatoren und Wortführer eine Schlüsselrolle spielen – und zwar nicht immer nur aus Sorge um das gefährdete Bauwerk. Nicht selten geschieht solches Engagement in der Hoffnung, durch gemeinschaftliche Aktionen „den müden Laden wieder in Schwung zu bringen“, und auf diese Weise einen erweiterten Dorfzusammenhang zu stiften, der auch die Neankömmlinge endlich einbezieht. Da geht es beim kollektiven Ringen um Denkmalschutz letztlich dann doch um eher Persönliches: um Identität in und mit ihrer neuen Heimat, um „etwas, woran sie andocken können“ (Hetzler 2010: 176).

Wo solche Bemühungen ausbleiben, wird es wohl geschehen, dass noch nach Jahren die Einen über die Anderen als Fremde reden. Wie eine breit angelegte Fallstudie zum bereits erwähnten „erfolgreichen“ Dorf Wallmow herausfand, findet Integration nämlich „im Rahmen bestimmter sozialer Netzwerke statt. Innerhalb dieser Netzwerke gibt es intensive Kooperationen, *zwischen* den Netzwerken sind diese aber nur schwach ausgeprägt. [...] Unterschiedliche Sozialisierungen begründen verschiedene Interessen und [...] bringen ihre eigenen Freizeitgruppen hervor. Daher gibt es nicht einfach *die* Integration in *die* Dorfgemeinschaft“ (Links/Weber 2008: 115; Hervorhebungen W. K.).



Ansichten aus Melzow, Uckermark

Fotos: Wolfgang Kil

Zwischenfazit – Melzower Einsichten

Melzow liegt auf sanftem Hügel und bietet einen grandiosen Panoramablick viele Kilometer weit über beide Uckerseen bis nach Prenzlau. Vier bis fünf Mal im Jahr ist das alte Dorf Treffpunkt für Musikfreunde aus der weiteren Umgebung, denn das hingebungsvoll instand gesetzte Melzower Kirchlein gehört zu den Spielorten der alljährlichen „Uckermärkischen Sommerkonzerte“. Einheimische und von Jahr zu Jahr mehr „Auswärtige“ – d. h. Urlauber oder echte Zuzügler – sitzen da gedrängt in den knarrenden Bänken und lauschen alten Chorälen, barocker Kammermusik, manchmal Gospelsängern und zum Saisonabschluss auch mal gepflegtem Jazz. Nach den Konzerten pilgert die Zuhörerschaft in die eigentlich seit Jahren geschlossene Dorfkneipe, um zwischen verstaubten Tapeten und Wachstumdecken diesen außergewöhnlichen Abend bei Flaschenbier und bunten Likören „ein bisschen wie früher“ ausklingen zu lassen.

Ob es am Panoramablick liegt oder an der nahen Bahnstation: Melzow zählt mittlerweile zu den Uckermark-Dörfern, in denen keine Häuser mehr leer stehen, für Baugrundstücke sind fast schon städtische Preise erreicht. In Etappen wie aus dem Lehrbuch hat sich hier der Wandel der Bewohnerschaft vollzogen, von den ersten Aussteiger-Enthusiasten über die integrationswilligen Landleben-Sucher und Kulturdenkmalschützer bis schließlich zu den notorischen „Besserverdienern“, die weder abenteuerliche Freiräume noch rurale Bautradition suchen, sondern respektable „Landsitze“, möglichst noch mit Bungalow hinten im Garten, für den Urlauberbetrieb.

Die neue Bewohnerstruktur hat dem Dorf nicht nur einige auffällige Neubauten beschert, sondern auch neue Facetten im kulturellen Angebot. In regelmäßigen Abständen lädt eine im literarischen Milieu gut vernetzte Neu-Melzowerin neuerdings zu Lesungen durchaus hochkarätiger Autorinnen und Autoren, die für so einen Salonabend schon mal von München oder Marburg anreisen. Mehr noch als die oft hochambitionierte literarische Attitüde fasziniert an solchen Abenden das ganze Drum und Dran: In beinahe familiärer Vertrautheit begegnen sich dort Gäste ver-

schiedenster Couleur aus diversen Dörfern im weiten Umkreis. Man bestaunt den Vortragsort, ein vom Mitveranstalter selbst erbautes Lehmhaus, und bedient sich (für einen freiwilligen Obolus) am Büfett der von allen mitgebrachten Leckereien. Das Ende der Lesung bedeutet beileibe kein Ende des Beisammenseins, es kann spät werden an solchen Abenden, und gerade zu später Stunde klärt sich der eigentliche Charakter der Veranstaltung: Hier konstituieren und erleben sich die Neu-Uckermärker als die ländliche Variation ihres früheren Daseins – als „Szene“. Wobei sich auch da Vorzüge benennen lassen: „Was nimmt man denn vom Überangebot der Stadtkultur wirklich alles wahr? Hier draußen werde ich mit Musiken oder Texten konfrontiert, zu denen ich mich dort wahrscheinlich gar nicht aufgegriffen hätte. Hier leistet man sich das, wegen des Zusammenseins.“ Ein überraschender Vergleich, genauso, wie viele Zuzügler von der erstaunlichen Wirkung schwärmen, die selbst kleine „Einmischungen“ auf dem Land haben können – verglichen mit den häufigen Frustrationen, die städtische Initiativen angesichts komplexer politischer Gemengelagen in aller Regel erleiden.

Die fortschreitende Neubesiedlung ehemaliger Agrarlandschaften bringt inzwischen „neue hybride Lebensstile“ hervor, in denen prägende Stadterfahrung sich mit dem Wunsch nach ländlicher Lebensqualität überlagert. „Insbesondere Kreativarbeitern und Akademikern [...] gelingt es, die essenziellen Fähigkeiten einer globalisierten Wissensgesellschaft, bei der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit, Netzwerke und kreative Innovationen im Mittelpunkt stehen, für neue selbstbestimmte Lebenskonzepte zu nutzen“ (Burke/Harmel/Jank). In den immer häufiger zu beobachtenden dörflichen „Szenen“ stehen Fragen des guten Lebens ohne Zweifel im Vordergrund. Die berühmte Frage „Haben oder Sein“ scheint hier ausdiskutiert.

Aus dieser „Verwebung von städtischen und ländlichen Lebensformen“ erwarten optimistische Sozialforscher dringend überfällige Impulse zur Stabilisierung des ländlichen Raumes. Währenddessen haben knallhart rechnende Pragmatiker sämtliche Böden – die einzige materiell produktive Ressource der Uckermark – für Windfelder und Silomaisplantagen unter sich aufgeteilt.

Literatur

- Baum, Detlev, 2014: Dorf und Stadt als idealtypische Konturen und Lebensräume in Ost und West. In: Nell, Werner; Weiland, Marc (Hrsg.): Imaginäre Dörfer: Zur Wiederkehr des Dörflichen in Literatur, Film und Lebenswelt. Bielefeld.
- Burke, Mathias; Harmel, Eleonore; Jank, Leon, 2015: DIE LÄNDLICHE VERHEISSUNG. Städter als neue Akteure auf dem Land. Masterthesis an der TU Berlin. Berlin.
- Hetzer, Maria, 2010: Nicht nur schöne Hüllen ... In: Kulturstiftung des Bundes (Hrsg.): Zeitspenden. Kulturelles Engagement in den neuen Bundesländern. Halle/Saale.
- Kil, Wolfgang, 2004: Luxus der Leere – Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Wuppertal.
- Köhler, Roland, 2008: Die Zugezogenen. Neusiedler in der Uckermark. Templin.
- Land, Rainer, 2007: Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Gibt es noch Chancen für ländliche Entwicklung? Vortragsmanuskript. Zugriff: <http://www.rla-texte.de> oder <https://www.ti.bund.de/>.
- Links, Josephine; Weber, Christin, 2008: Musik und Bewegung als Gemeinschaftserlebnis. Berliner Blätter: Ethnographische und ethnologische Beiträge, Heft 45 (hrsg. von Leonore Scholze-Irlitz: Perspektive ländlicher Raum. Leben in Wallmow/Uckermark).
- Schröder, Thies, 2006: Freiräume in der Stadtentwicklung. Deutsches Architektenblatt, 7/2006, S. 14.
- Sieverts, Boris, 2003: Vom Reichtum des Informellen. Deutsche Bauzeitung, 7/2003, S. 55.
- Welzer, Harald, 2013: Selbst denken: Eine Anleitung zum Widerstand (6. Auflage). Frankfurt a. M.
- Wolf, Christa, 1989: Sommerstück. Berlin.

Antonia Milbert

Kaleidoskop: Räumliche Mobilität

Weit pendeln statt umziehen

Das Pendeln ist eine Alternative zum Umziehen. Als Fernpendler gilt statistisch, wer von einer anderen Wohnung als der Hauptwohnung aus zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte gelangt (Nationalatlas Deutschland 2006: 56). Nicht selten legen Berufstätige auch Wege von über ein oder gar zwei Stunden Wegezeit zur Arbeitsstätte als Tagespendler zurück.

Im Schnitt pendelt ein Beschäftigter zwischen 25 und 35 km zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Wegelängen von 50 km und mehr sind aber keine Seltenheit. 20 % aller Beschäftigten im Umland der „großen Vier“ Berlin, München, Hamburg und Köln pendeln so weit. Auffällig im Vergleich dieser Zentren ist die Größe des Pendeleinzugsbereichs um Berlin. In Ostdeutschland sehen sich überhaupt viele Beschäftigte gezwungen, in Ermangelung an dominanten Arbeitsmarktzentren, wie es sie in Westdeutschland gibt, über sehr weite Strecken zu pendeln. Dies sieht man vor allem an dem Anteil der Beschäftigten, die 150 km

und mehr oder gar 300 km und mehr pendeln. Vergleichbar hohe Anteile gibt es in Westdeutschland allenfalls in verkehrstechnisch günstig, aber weit von den Zentren entfernt liegenden Regionen.

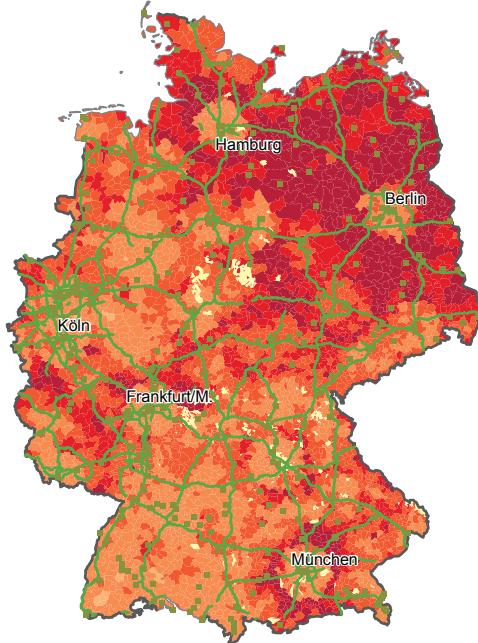
„Wer weiß, wie die Welt in zwei Jahren aussieht? Bevor ich für die neue Stelle alles aufgeben, bin ich lieber eine Zeit lang unterwegs.“ (Handelsblatt vom 29.6.2008¹). Die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Vermeidung des sozialen Abstiegs, die Karriere zweier Partner an unterschiedlichen Arbeitsorten oder der Stellenwechsel, dem kein Wohnortwechsel für die ganze Familie folgen soll – vor allem bei befristeten Verträgen sind dies Motive für die Mühe, eine solch lange Arbeitsstrecke auf sich zu nehmen. In der Statistik sind allerdings auch diejenigen erfasst, die ihren Job erst kürzlich gewechselt haben und nun vor dem Umzug stehen.

(1) <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/was-fernpendler-auf-dem-weg-zur-arbeit-bewegt-gehetzte-berufsnomaden/2980566.html>

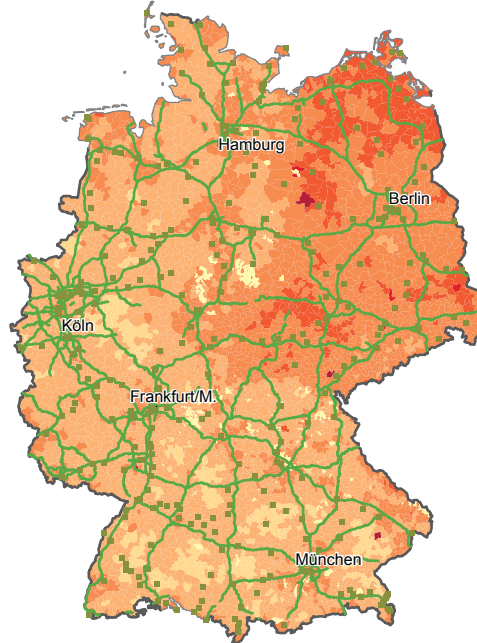
Antonia Milbert
ist Projektleiterin im Referat
Stadt-, Umwelt- und
Raumbeobachtung im
Bundesinstitut für Bau-, Stadt-
und Raumforschung.
antonia.milbert@bbr.bund.de

Berufspendler

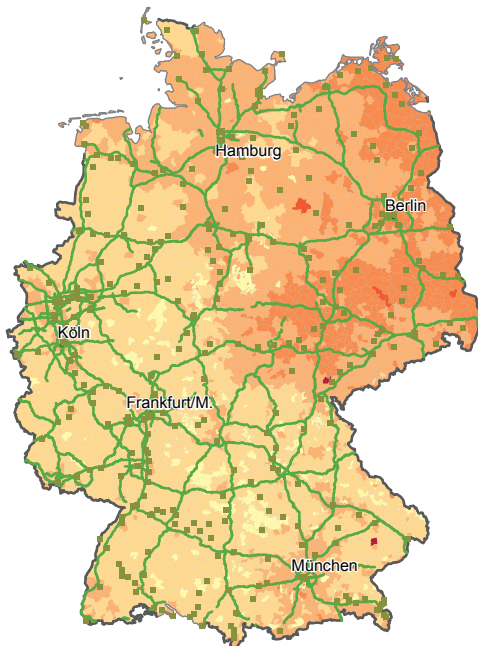
50 km und mehr



150 km und mehr

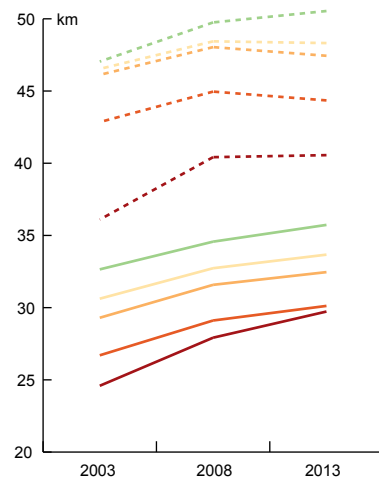


300 km und mehr



100 km

Durchschnittliche Pendeldistanz



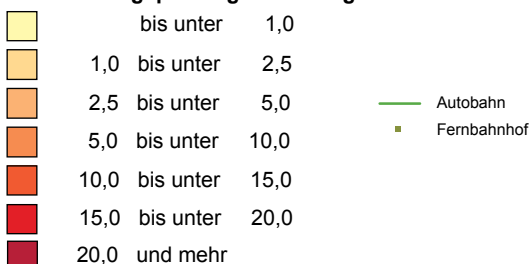
Westdeutschland Ostdeutschland

Großstädte
Mittelstädte
Größere Kleinstädte
Kleine Kleinstädte
Landgemeinden

© BBSR Bonn 2015



Pendler mit 50, 150 oder 300 km Arbeitsweg je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort 2013



Datenbasis: Pendlerstatistik des IAB,
Laufende Raumeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Einheits-
gemeinden und Gemeindeverbände, 31.12.2013
Bearbeitung: A. Milbert

Zugewanderte in Ost- und Westdeutschland aus dem jeweils anderen Landesteil

Fast immer wird die Abwanderung von ostdeutscher Bevölkerung nach Westdeutschland beklagt. Selbst heute, wo mehr Ostdeutsche innerhalb Ostdeutschlands vom Land in die Städte wandern, werden hohe Wanderungsverluste in ostdeutschen Regionen als Abwanderung nach Westdeutschland interpretiert. Dabei sind die Wanderungsströme von Ost nach West und von West nach Ost in den letzten Jahren nahezu ausgeglichen. Gleichwohl haben relativ mehr Menschen in Ostdeutschland auf Grund der dort geringeren Bevölkerung Westerafahrung als umgekehrt in Westdeutschland: Bei den jährlich in Ostdeutschland ankommenden Neubürgerinnen und -bürgern haben etwa neun je 1.000 Einwohner Westerafahrung, in Westdeutschland sind es trotz absolut gleich hoher Zuwanderung nur rund drei von 1.000 Einwohnern, die ostdeutsche Lebenserafahrung mitbringen. Rückwanderungen sind in der verfügbaren Statistik dabei nicht von Erstwanderungen zu unterscheiden. Die Wanderungen stehen jedoch für einen zumindest zeitweiligen Erfahrungshintergrund im jeweils anderen Landesteil.

Im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung sind jährlich rund 125.000 Menschen von Westdeutschland nach Ostdeutschland gezogen. In der Summe dieser acht Jahren haben in manchen ostdeutschen Stadt- und Landkreisen schon bis zu 50 und mehr von 1.000 Einwohnern Lebenserafahrung in Westdeutschland gesammelt. Hohe Anteile an westdeutschen Zugewanderten haben die Küstenregionen der Ostsee, die Stadt- und Landkreise unmittelbar hinter der ehemaligen innerdeutschen Grenze, Berlin und Cottbus/Spree-Neiße an der polnischen Grenze. Nach der Jahrtausendwende und in den jüngst vergangenen acht Jahren hat sich an diesen Zuwanderungsmustern westdeutscher Bevölkerung in Ostdeutschland kaum etwas geändert. Beliebte sind zusätzlich nun auch die ostdeutschen Städte für Studierende.

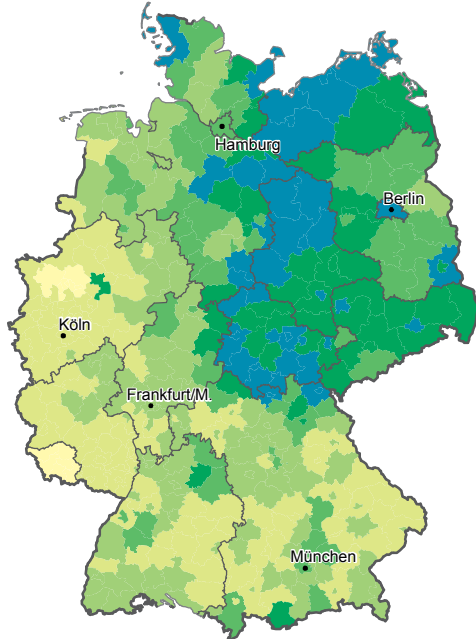
Einen hohen Anteil ostdeutscher Zugewanderte in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung verzeichnen vornehmlich die westdeutschen Kreise entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. In diesen Jahren waren auch einzelne Landkreise weiter im Westen der Republik beliebt, so z. B. Unna, Hohenlohekreis, Calw/Freudenstadt, Nordfriesland und Garmisch-Partenkirchen. Die Zuwanderung in die westdeutschen touristisch beliebten Regionen im Alpenvorland und an Ost- und Nordsee ist auch in den Jahren des neuen Jahrtausends geblieben. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um Abwanderung von Dienstleistungspersonal der Tourismusbranche handelt, die in Westdeutschland für die gleiche Tätigkeit höhere Löhne als in Ostdeutschland erwarten dürfen.

Laut den Erfahrungen des Journalisten Markus Decker als Westdeutscher in Ostdeutschland wurden viele hohe Verwaltungs- und Wissenschaftsposten in Ostdeutschland mit Westdeutschen besetzt. Beide Landesteile hätten von der Zuwanderung aus dem jeweils anderen Landesteil profitiert, die Ostdeutschen konnten Westdeutschland jedoch nicht so stark prägen wie Westdeutsche Ostdeutschland. Nach wie vor herrscht noch sehr viel Unverständnis und Unwissen über den jeweils anderen Landesteil (Zeit online Nr. 33/2014 vom 9. August 2014²).

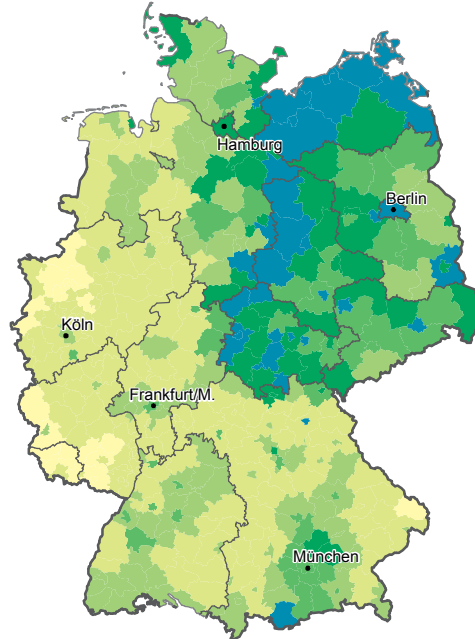
(2)
<http://www.zeit.de/2014/33/markus-decker-westdeutsche-im-osten-zweite-heimat>

Zugewanderte aus Ost- bzw. Westdeutschland

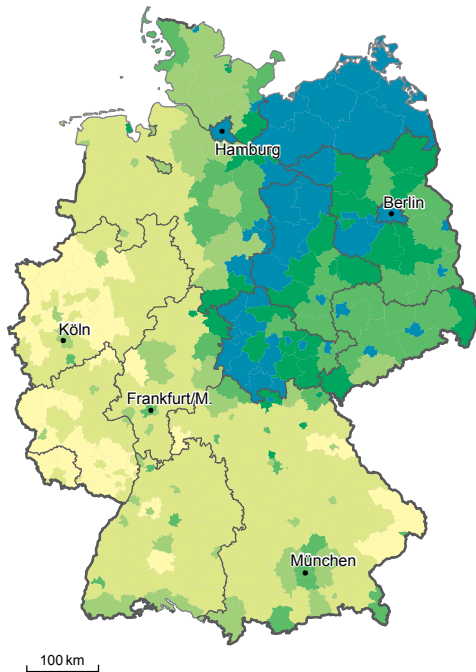
1991 bis 1998



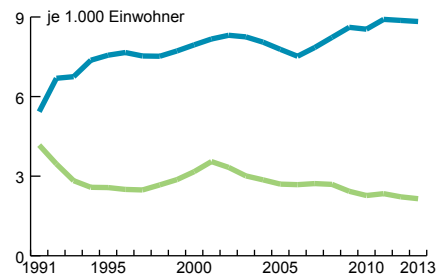
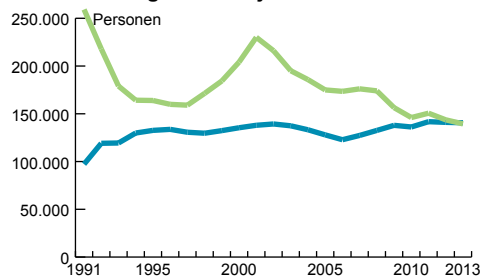
1999 bis 2005



2006 bis 2013



Zuwanderung aus dem jeweils anderen Landesteil

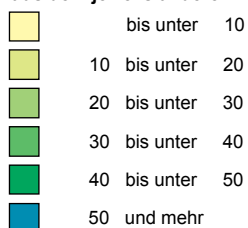


— Ostdeutschland
— Westdeutschland

© BBSR Bonn 2015



Zugewanderte in Ost- und Westdeutschland aus dem jeweils anderen Landesteil je 1.000 Einwohner



Datenbasis: Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder, Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG Kreise, 31.12.2013
Bearbeitung: A. Milbert

Zur Persistenz räumlicher Strukturen am Beispiel der Stadtentwicklung im (ost-)deutschen Transformationsprozess

Wendelin Strubelt

Trotz mehr als 40 Jahren getrennter Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik blieb ein Netz an Beziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten über die beiden deutschen Staaten hinweg wirksam. Derartige Verknüpfungen finden sich auf der Ebene der Individuen, ihren Erinnerungen, ihren Gewohnheiten, ihrem alltäglichen Tun, ihren Erwartungen an Dinge, Orte, Situationen oder andere Menschen sowie in Organisationsformen oder in Normierungen. Vor allem von Menschen gestaltete Räume scheinen in ihren Strukturen starke Persistenzen zu speichern. Am Beispiel der Stadtentwicklung im Osten der geeinten Republik wurden auf verschiedenen Ebenen solche nach wie vor geteilten Zusammenhänge und Gemeinsamkeiten sichtbar und erfahrbar. Der folgende Beitrag zeichnet die ersten Jahre nach der Wende im Osten der Republik in Bezug auf die ablaufenden Stadtentwicklungsprozesse nach.

1 Als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl nach der Wiedervereinigung Deutschlands den neuen Ländern „blühende Landschaften“ prophezeite, bezog er dies sicherlich nicht auf deren bebaute Wirklichkeit in Stadt und Land, sondern dachte mit seiner Metapher eher an deren wirtschaftliche Entwicklung. Galt doch die Gestalt und insbesondere der Erhalt der bebauten Umwelt in den Städten als ein äußerst problematisches Erbe: Dessen Erhalt galt einerseits gerade in den Innenstädten als historisches Pfund, während andererseits die Neubauten nach 1945 – insbesondere die Neubaugebiete in Plattenbauweise – eher als ein baulicher Ballast angesehen wurden. Inzwischen hat vielerorts die Sanierung der Innenstädte alte deutsche städtebauliche Kleinodien wiederbelebt, und die Modernisierung der Plattensiedlungen – vielfach verbunden mit einem teilweisen Abriss – hat deren Wohnwert gesteigert, es entstanden durchaus lebendige Stadt- und Wohnstrukturen. Demgegenüber kann in vielen Teilen Ostdeutschlands noch nicht davon gesprochen werden, dass es sich um wirtschaftlich blühende Regionen des geeinten Deutschlands handele. Die Transformationsprozesse sind hier eigentlich noch nicht abgeschlossen. Allerdings kann festgestellt werden, dass an Orten, in denen persistente Strukturen insbesondere hinsichtlich des Human Capital vorhanden waren, wieder

lebensfähige Städte entstanden sind, während in anderen zwar die persistenten Baustrukturen wiederbelebt wurden, diese aber noch nicht in allen Fällen mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind.

Meine folgenden Ausführungen beruhen auf einer Expertise, die ich auf Grund meiner Erfahrungen mit der Entwicklung von Städten und Regionen während des Transformationsprozesses in Ostdeutschland gemacht habe. Sie wurde für das *Korean Research Institute for Human Settlement* (KRIHS) erstellt, das im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten an Erfahrungen aus der deutschen Wiedervereinigung sehr interessiert ist.

2 Ich muss jedoch etwas ausholen und auf die Entwicklung der *Deutschen Demokratischen Republik* (DDR) und ihre Beziehungen oder eher Nichtbeziehungen zur *Bundesrepublik Deutschland* (BRD) eingehen, um das historisch bedingte Geflecht der Beziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten als wichtige Rahmensetzung für die Raumentwicklung der DDR und der BRD vor und nach der Wiedervereinigung herauszustellen. Dies ist nicht zuletzt deshalb

Dr. Wendelin Strubelt
war bis 2008 Vizepräsident und Professor des BBR, zuvor Leiter der BfLR. Er ist Lehrbeauftragter an der Universität Bonn.
strubelt@uni-bonn.de

wichtig, weil ich mit dem französischen Soziologen Paul Henry Chombart de Lauwe die Meinung teile, dass die Gestalt des Raumes in den Boden gebrannte gesellschaftliche Strukturen reflektiert. Raum- wie Stadtentwicklung spiegeln sowohl unsere heutige Gesellschaft als auch andere historische Schichten, also frühere gesellschaftliche Konstellationen wider. Diese sind teilweise offensichtlich – wie etwa ein Blick auf Städtegrundrisse erkennen lässt. Sie sind aber auch Teil unserer Überlieferung, unserer gesellschaftlichen Tradition – wie sie etwa im Grundgesetz zu finden sind oder in den Zehn Geboten samt all der damit verbundenen Ausführungsvorschriften oder ethischen Orientierungen. All dies sind Teile unserer gesellschaftlichen Ordnung, die sowohl über die Zeit persistent sind als auch sich kontinuierlich wandeln können. Letzteres vollzieht sich in aller Regel eher in kleinen Schritten, selten als revolutionärer Umbruch. So wie es Ende des Zweiten Weltkrieges keine eigentliche „Stunde Null“ gab, so hat es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der damit verursachten deutschen Wiedervereinigung keine revolutionären Veränderungen gegeben, sondern eher gesellschaftliche Anpassungen oder Transformationen, um den wissenschaftlichen Terminus *technicus* zu verwenden. So sind Raum- und Stadtentwicklung in einem dialektischen Verhältnis zur gesellschaftlichen Entwicklung eines Landes, eines Territoriums – früher und gegenwärtig, also über die Zeit – stehend zu sehen und zu verstehen.

Wir haben davon auszugehen, dass der Raum, in dem wir leben, zwar auch ein Naturraum ist, der noch nicht völlig vom Menschen gestaltet ist und immer noch von der Natur und ihren Gesetzen bestimmt wird – auch wenn das allenfalls bei sogenannten Naturkatastrophen bemerkbar wird. Aber ansonsten ist der größte Teil der Welt mehr oder weniger Kulturraum, also von menschlichem Wirken geprägt. Überhaupt ist der Anteil der Folgen menschlichen Wirkens und Gestaltens immer dominanter geworden, weshalb zunehmend auch der Mensch als der hauptsächlich Verantwortliche für die derzeitige und vor allem zukünftige Gestalt der Erde bezeichnet wird. Wir leben im menschengemachten Raum, in von Menschen über lange Zeiträume gestalteten Kulturlandschaften – mehr als wir es

uns vorstellen. Auch wenn wir die Städte als die deutlichsten Konfigurationen menschlichen Handelns und Wirkens verlassen, begeben wir uns nicht in die Natur, sondern verbleiben in von Menschen geprägten Räumen. Deshalb sprechen wir inzwischen sogar davon, dass die erdgeschichtliche Epoche, in der wir leben, das Anthropozän ist. In einem anderen Zusammenhang habe ich deshalb von einem „gebändigten Raum“ gesprochen.

Diese menschlich/gesellschaftliche Prägung reicht zeitlich weit zurück. Manche Entwicklungen oder Zustände sind heute nur noch mit archäologischen Methoden zu erkennen und zu sichern, um die Herkunft des Menschen, die Entwicklung von Gesellschaften, kleiner wie großer, die uns auch heute noch prägen, zu analysieren und darzustellen, als Teil eines gemeinsamen Erbes. Andere sind bis heute präsent, sichtbar, prägen unsere Umwelt und ihre Wahrnehmung, prägen und prägen bis heute unsere Alltagskultur. Seien es Bauten wie der Kölner Dom, die Bändigung des Rheins oder die Folgen des Rheinischen Braunkohlereviere – um nur baulich-physische Beispiele aus meiner nächsten räumlichen Umwelt zu nennen. Aber jeder kennt aus seiner Umwelt ähnliche Beispiele. Wissenschaftlich ausgedrückt handelt es sich um persistente Strukturen oder Faktoren, um nachhaltige Prägungen, mit denen und in denen wir leben, mit denen wir umzugehen und zu rechnen haben. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um physische Ausprägungen, um bauliche Formen, sondern gleichermaßen sind es soziale, gesellschaftliche Prägungen, die an uns weitergereicht werden durch Sozialisation oder durch die Kontinuität von sozialen Lagen, Schichtungen oder Herkommen. Hinter diesen Begrifflichkeiten stehen soziale Tatbestände, die die Struktur einer Gesellschaft, ihr Funktionieren lang anhaltend prägen. Selbstverständlich unterliegen auch diese einem Wandel, einem langsamen oder plötzlichen, gewissermaßen zwischen Anpassung und revolutionären Umbrüchen angesiedelt. Aber dieser Wandel baut auf dem Vorherigen auf oder stellt es antithetisch infrage. Soziale oder gesellschaftliche Persistenz kann sich also konservativ wie revolutionär entwickeln oder wandeln. Jede gesellschaftliche Synthese, jeder Neuanfang ist in der einen oder anderen Form ein Re-

flex auf das Vorhergehende, weshalb es ratsam ist, sich dieser früheren Stufen oder anhaltenden Kontinuitäten auch analytisch zu vergewissern, um die jeweilige Gegenwart zu verstehen und zukünftige Entwicklungen abschätzen zu können.

Und noch ein dritter Bereich, der mit dem gesellschaftlichen eng verflochten ist, ist zu benennen: die Kontinuität der geistigen Potenziale der Menschheit, ob isoliert oder im Austausch verbunden. Gedanken und Vorstellungen, Ideen und Werte werden tradiert, sie entwickeln und wandeln sich, manche sind durchgängig persistent. Wir stehen in einer Reihe, bauen auf dem Denken anderer auf, variieren es, entwickeln uns weiter – wobei man nicht so weit gehen muss, wie es Robert Merton ausgedrückt hat, dass wir alle heute nur Zwerge sind, die auf den Schultern von Riesen stehen. Aber wir haben in physischer, gesellschaftlicher wie ideengeschichtlicher Hinsicht von persistenten Strukturen auszugehen, die uns prägen, die wir aufnehmen, auch selbst gestalten können, aber selten völlig neu erfinden. Wir stehen in einer Kette von Überlieferungen, denen wir uns zu stellen, mit denen wir zu rechnen haben, auf die wir aufbauen können, gerade wenn sich unerwartete Entwicklungen ergeben.

Für die deutsche Situation um 1989/1990, davor sowie danach, stellte sich deshalb auch die Frage, ob die Entwicklung der DDR und die der BRD seit 1945/1949 zu völlig anderen Systemen und Einstellungen sowie räumlichen Konstellationen in Stadt und Land geführt haben? Und falls ja, wie und wo? Welche Gemeinsamkeiten aus der Situation des Deutschen Reiches vor 1945 blieben bestehen, welche änderten sich oder wurden gezielt verändert? Und welche Konstellationen tauchten nach 1989 und im Laufe des Transformationsprozesses wieder auf, erwiesen eine oft unerwartete Persistenz – positiv wie negativ?

3 Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 leitete innerhalb sehr kurzer Zeit die deutsche Wiedervereinigung ein. Sie wurde zum 3. Oktober 1990 effektiv, national wie international. Damit endete die Teilung Deutschlands, das nach der Niederlage Nazi-Deutschlands 1945 aufgeteilt

worden war: zuerst in vier Besatzungszonen der Länder USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion bei gleichzeitiger Abtretung weiter Gebiete im Osten an Polen und zu einem kleineren Teil an die Sowjetunion und nach 1949 in die beiden deutschen Teilstaaten BRD und DDR. Die Wiedervereinigung geschah unter Zustimmung aller früheren Besatzungsmächte und war verbunden mit dem endgültigen deutschen Verzicht auf die früheren deutschen Gebiete in Polen und in der Sowjetunion. Die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands war formell ein Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Damit war ein zumindest in der BRD immer noch verbal verfolgtes politisches Ziel – das der Wiedervereinigung Deutschlands – erreicht, das während des Kalten Krieges zu verwirklichen fast nur noch als utopisch, wenn nicht gar als unreal angesehen worden war. So wurde Mitte der 1970er-Jahre unter der sozialliberalen Koalition Willy Brandts das gesonderte Ministerium, das sich mit einer möglichen Wiedervereinigung befassen sollte – das ursprünglich als Ministerium für gesamtdeutsche Fragen firmierte und in der Großen Koalition schon in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) umbenannt worden war – ersatzlos aufgelöst.

Seitdem verfolgte man zwar weiterhin – insbesondere wissenschaftlich – das gesellschaftliche und politische Geschehen in der DDR. Beide deutschen Länder waren seinerzeit mit einer eigenen Vertretung in Ost-Berlin respektive Bonn vertreten – wohlgemerkt in der Form einer ständigen Vertretung, ähnlich wie eine Botschaft, aber eben nicht mit deren staatsrechtlicher Stellung. Aber die deutsche Einheit war eigentlich kein politisches Thema mehr, sondern es ging um die Ausgestaltung eines friedlichen, geordneten Nebeneinanders. Auch als sich erste Risse im festen Gefüge des Ostblocks zeigten, war dies in beiden deutschen Staaten anfänglich kein Thema. Erst durch die Proteste in der DDR („Wir sind das Volk“), die im Oktober 1989 begannen, wurde die Einheit Deutschlands wieder eine realistische Perspektive.

Mit der Wiedervereinigung wurde zugleich das Ende der DDR eingeläutet, die seit ihrer Gründung 1949 bestrebt war, als eigenstän-

diger Staat völkerrechtlich anerkannt zu sein – nicht nur von den kommunistischen Staaten des Warschauer Paktes. Dem hatte sich die BRD lange Zeit vehement widersetzt. Mit ihrer Politik der Westintegration (Stichworte: Europäische Gemeinschaft; Beitritt zur NATO) verbaute die BRD bewusst – wenn auch öffentlich nicht so formuliert – die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung unter dem von der Sowjetunion angestrebten Ziel einer Neutralität Deutschlands, wie sie für Österreich vereinbart worden war und wie sie in Finnland praktiziert wurde. Eine sogenannte Finnlandisierung wurde als die schlechteste aller Zukunftsmöglichkeiten angesehen. Allerdings gelang es der BRD durch Wiedergutmachungen und mehr oder weniger durch das Aufarbeiten der Verbrechen des NS-Regimes, ein zunehmend anerkannter Partner der westlichen Völkergemeinschaft zu werden, nicht zuletzt wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, die in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock (Kalter Krieg und Korea-Krise) gebraucht wurde.

Demgegenüber stellte sich die DDR bewusst nicht in die Kontinuität deutscher Geschichte. Sie betrachtete sich als ein Land mit völlig neuem staatlichen Anfang, zurückgreifend auf die revolutionären Anfänge der Weimarer Republik nach dem Ende des Kaiserreichs 1918. Ähnlich stellte sich das andere deutschsprachige Land – nämlich Österreich – außerhalb einer deutschen historischen Kontinuität, indem es sich als das erste staatliche Opfer NS-Deutschlands bezeichnete. Es war das Ziel der DDR, auch außerhalb des Ostblocks als eigener Staat international anerkannt zu werden. Dagegen stand in den Zeiten des Kalten Krieges das explizite Ziel der BRD, den Erfolg dieser Bestrebungen durch eine Blockadepolitik zu verhindern.

Erst in den 1970er-Jahren wurde durch die sozialliberale Koalition eine Politik des „Wandels durch Annäherung“ betrieben. Diese war bereits Anfang der 1960er-Jahre von Egon Bahr und Willy Brandt konzipiert, aber von den damals noch herrschenden bürgerlichen Kräften der CDU/CSU als ein Verzicht auf deutsche Interessen angesehen worden. Erst unter der Kanzlerschaft Willy Brandts wurde eine Aussöhnungspolitik auch gegenüber den Ländern östlich von Deutschland, insbesondere gegenüber

Polen, verwirklicht und der Status quo der Koexistenz von zwei deutschen Staaten zu einer politischen, wenn auch noch nicht zu einer völkerrechtlichen Position. Damit waren eigentlich auch jegliche Überlegungen, wie eine Wiedervereinigung bewerkstelligt werden könnte, ad acta gelegt. Anders ausgedrückt, es existierten dafür zum Ende der 1980er-Jahre keine irgendwie gearteten politischen Strategien oder Pläne.

Der Reformprozess in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow und parallel dazu der gesellschaftliche und politische Wandel in Polen (Stichworte: Polnischer Papst und Gründung der Gewerkschaft Solidarität) brachten das sowjetische Machtssystem ins Wanken. Allerdings dauerte es einige Zeit, bis sich dies auch in der DDR auswirkte, denn die in der DDR maßgebenden politischen Kräfte erwiesen sich fast bis zuletzt als sehr strukturkonservativ.

4 Es waren im Wesentlichen drei Faktoren, die das politische System der DDR dann doch ins Wanken brachten:

- Nach der Abschottung der DDR durch den Bau der Berliner Mauer im August 1961 war es zum einen die steigende Zahl von Ausreisewilligen, die eine wachsende Ablehnung des politischen Systems signalisierte. Da die Zugänge zu Informationen kaum kontrollierbar waren, wussten die Menschen in der DDR – vornehmlich über Fernsehen, aber auch über Rundfunk – relativ gut Bescheid über die Situation der BRD und ihre besseren Lebensbedingungen.
- Zum anderen waren es die wachsenden Schwierigkeiten der ostdeutschen Wirtschaft, die international außerhalb des Ostblocks kaum konkurrenzfähig war – nicht zuletzt wegen ihrer strukturell geringeren Produktivität.
- Vor allem aber gab es auch innerhalb der DDR eine wachsende kritische Einstellung in intellektuellen Kreisen, insbesondere im Umfeld der evangelischen Kirche. Diese waren einerseits beeinflusst durch die europäische und internationale Friedensbewegung und andererseits durch eine zunehmende Kritik an der Umweltsituation in der DDR.

Die Abschottungspolitik der DDR-Führung führte langsam aber sicher zu einem Bruch der Intelligenz mit dem politischen System: Nachdem über den kritischen Sänger und Dichter Wolf Biermann bereits 1965 ein totales Auftritts- und Publikationsverbot verhängt worden war, erfolgte 1976 seine Ausweisung. Das Image der DDR, die – insbesondere bei den links orientierten Intellektuellen, die nach 1945 bewußt die DDR als neue „Heimat“ gewählt hatten –, als das politisch fortschrittlichere System im Vergleich zur BRD, die personell lange Zeit als in der Kontinuität des NS-Regimes stehend angesehen wurde, verlor angesichts der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit zunehmend an „Glanz“. Dazu trugen auch die 1968er-Bewegungen und die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Helmut Schmidt bei.

Insbesondere gab es eine wachsende Kritik an der Realität der Stadtentwicklung – nicht nur in großen Städten wie Ost-Berlin oder Leipzig, sondern auch in vielen kleineren Orten. Deren baulicher Zustand war ein wesentlicher Grund für die zunehmende Kritik am herrschenden System. Die Kritik in diesen Kreisen lief nicht auf eine direkte Übernahme der westlichen Überzeugungen und Vorstellungen hinaus, sondern war eher einer Suche nach einem „dritten Weg“ – zwischen Kapitalismus und Sozialismus – verpflichtet. Interessanterweise gab es diese Kritik auch unter den städtebaulichen und sozialwissenschaftlichen Experten für Städtebau und Stadtentwicklung der DDR. Sie wurde allerdings nur intern artikuliert, drang nicht nach außen, weshalb diese Kritik und die sie tragenden Personen auch nicht zu wirklichen, d. h. erkennbaren, Akteuren des politischen und gesellschaftlichen Wandels wurden. Dies sollte für diese Experten nach der Wiedervereinigung direkte Folgen haben, indem sie in aller Regel nicht mehr in Positionen des neu formierten öffentlichen oder wissenschaftlichen Bereichs gelangten. Sie wurden mehr oder weniger ausgegrenzt, ganz im Unterschied zu den meisten Experten aus der NS-Zeit, die in der BRD nach 1945 – manche nach einer gewissen Karenzzeit – fast nahtlos ihr Wirken fortsetzen konnten.

Der Zustand der Stadtentwicklung, die Kritik an den baulichen Zuständen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Rah-

menbedingungen der DDR zum Ende der 1980er Jahre waren also ein wesentlicher Anstoß für gesellschaftlichen Wandel und politische Veränderungen. Um es in einem damals kursierenden Witz zusammenzufassen: Die Berliner Mauer ist nicht wegen der schlechten Qualität des Betons eingefallen, sondern wegen des Drucks von innen.

5 Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), aus der ab 1949 – in Reaktion auf die Gründung der BRD aus den drei Besatzungszonen der westlichen Alliierten – die DDR entstand, hatte sich wie die BRD in der Nachkriegszeit der Notwendigkeit des Wiederaufbaus – insbesondere im Bereich der Wohnungsversorgung – zu stellen. Dies wurde durch die Aufnahme der Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Gebieten noch dringender. Außerdem war die SBZ die einzige Besatzungszone, die von Reparationsmaßnahmen größeren Ausmaßes betroffen war, in ihrem Fall zugunsten der Sowjetunion. Auch war sie durch die Zonengrenze, die ab 1949 immer mehr zu einer befestigten Grenze wurde, von wichtigen wirtschaftlichen und verkehrlichen Verbindungen, wie sie im Deutschen Reich bestanden hatten, abgeschnitten. Sie musste gewissermaßen ein neues räumliches Gefüge für das Land als Ganzes schaffen, insbesondere für die einzelnen Städte in einem neuen Städtesystem.

„Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt ...“ – diese ersten Worte der neuen Nationalhymne, verfasst von Johannes R. Becher, mussten in der DDR gewissermaßen auch räumlich umgesetzt werden. Der Wiederaufbau der Städte, der auch als ein gesellschaftlicher Neuaufbau verstanden werden sollte, konnte einerseits auf sowjetische Vorbilder (stalinistischer Zuckerbäckerstil) zurückgreifen. Andererseits wurde anfänglich aber auch versucht, eine *Architektur nationaler Tradition* als Ansatz einer bewussten Übernahme nationaler und regionaler Baukultur zu entwickeln. Beispiele dafür sind die Stalin-Allee in Berlin, Bauten in Rostock, das zudem zu einem nationalen Überseehafen ausgebaut wurde, oder Wohnbauten in Leipzig. Die Wohnungen – etwa in der Stalinallee – hatten einen eher bürgerlichen Zuschnitt, der nun auch

den Arbeitern zugänglich gemacht werden sollte. Dies blieb häufig aber nur Anspruch.

Es gab in der DDR von Anfang an Beispiele des Wiederaufbaus, die sich an den Zielen der Moderne orientierten, wie sie in der *Charta von Athen* (1933) niedergelegt worden waren – ähnlich wie in der BRD und auch weltweit. Angelehnt an Gedanken Le Corbusiers wurde darin eine konsequente städtebauliche Trennung der Grundfunktionen von Arbeiten, Wohnen und Erholen gefordert und konzipiert. Am konsequentesten ist dies wohl in Magdeburg umgesetzt worden – durch große, breite Boulevards, eingerahmt von großen Wohnblöcken und umgeben von großzügigen Grünflächen. Dies war der bewusste Gegensatz zu den durchmischten Stadtteilen der Gründerzeit, die nicht zuletzt wegen dieser Mischung zwar eine urbane Vielfalt ausstrahlten, aber gleichzeitig auch städtisches Elend der Arbeiter bei den Wohnverhältnissen aufwiesen. Insofern griffen die Architekten und Städteplaner der DDR neben regionalen Bautraditionen auch die sozialreformerischen Zielsetzungen der Zwischenkriegszeit auf. Sie stellten ihre nun sozialistisch genannten Ziele in diese Tradition in bewusster Absetzung gegenüber den als bürgerlich bezeichneten Stadtteilen der Gründerzeit. Allerdings konnte auf deren Wohnungsbestand – sofern er die Zerstörungen des Weltkrieges überstanden hatte – nicht verzichtet werden. Allerdings wurden diese Bestände baulich nicht gepflegt, geschweige denn saniert, wie es im Laufe der Zeit in der BRD der Fall gewesen ist. Wo sie nicht mehr gehalten werden konnten, wurden sie abgerissen und durch Häuser ersetzt, die in industrieller Bauweise errichtet wurden – anfangs noch baulich angepasst, später häufig nur noch unter Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit gestaltet. Dies geschah in Plattenbauweise mit industriell vorgefertigten Betonplatten. Diese Bauweise kam gleichermaßen auch bei Planung und Bau von neuen Wohnsiedlungen am Rande der Städte zum Einsatz. So entstanden größtenteils in Hochhausbauweise Wohnmaschinen, die zwar eine relativ hohe Wohnqualität hatten (insbesondere Küche und Bad mit fließend warmem und kaltem Wasser sowie Zentralheizung), aber kaum Anklänge an die urbane Qualität der alten Stadtstrukturen aufwiesen. Sie wurden jedoch wegen der Wohnqualität gegenüber den nicht moder-

nierten Altbauwohnungen immer stärker nachgefragt. Die Vergabe dieser Neubauwohnungen wurde des Öfteren zu einem gesellschaftlichen Verteilungsakt. Es entstanden – ähnlich wie in anderen Ländern des Ostblocks – Satellitenstädte, die nicht ohne Absicht einen bewussten gesellschaftlichen Gegensatz zu den alten Stadtstrukturen bilden sollten. In der DDR war Halle-Neustadt eines der bekanntesten Beispiele. Es wurde von Anfang an intensiv propagandistisch begleitet.

Da die Neubaugebiete keine individuellen Grünflächen erlaubten, entwickelte sich in der DDR – aufbauend auf die Schrebergärten der Gründerzeit, die damals den Ersatz für fehlendes Grün in den dicht bebauten Wohngebieten liefern sollten – jetzt eine Freizeitkultur im Grünen als individueller Verwirklichungsraum gegenüber den Großsiedlungen und ihren weiten, sie umgebenden Grünflächen. In Anlehnung an die in der Sowjetunion weit verbreitete Kultur des Ferienhäuschens im Grünen im Umfeld der Städte – den Datschen – verbreitete sich in der DDR Ähnliches. Es entstand eine Datschenkultur. Sie erlaubte ein Maß an räumlicher Individualität, individueller Freiheit, Eigengestaltung und Besitz, sie schuf und erlaubte gesellschaftliche Nischen, wenn nicht gar eine individuelle und politische Rückzugskultur. Solches war sonst im Bereich des Wohnens in den Städten – zumal unter dem vorgegebenen Ziel der sozialistischen Lebensweise – kaum oder sogar eher nicht möglich. Die Wohnungen in den Neubaugebieten wurden zudem nur vermietet. So entstand ein deutlicher Unterschied zu den ländlichen Gebieten, in denen sich privates Eigentum trotz aller Sozialisierungsbemühungen bei der Kollektivierung (Kolkchosisierung) der Landwirtschaft erhalten konnte.

6 Gänzlich anders verlief die Entwicklung in der BRD, in der sich im Zuge des „Wirtschaftswunders“ mit dem Anwachsen des privaten Wohlstandes – intensiv gefördert durch steuerliche Subventionen – der säkulare Trend der Suburbanisierung entwickelte. Vorangetrieben wurde dieser Trend durch den Bau von Eigenheimen, insbesondere Einfamilienhäusern, was zunehmend auch als ein Problem der Siedlungsstruktur

angesehen wurde. Der Suburbanisierung des Wohnens folgte eine entsprechende der Industrie- und Gewerbebetriebe. Allerdings gab es auch in der BRD von Anfang an Großsiedlungen, die guten und erschwinglichen Wohnraum für breite Bevölkerungskreise zur Verfügung stellen sollten. Aus Gründen, die hier nicht vertieft zu erörtern sind, wurden diese häufig zu städtebaulichen Problemgebieten, zu sozialen Brennpunkten, nicht zuletzt wegen ihrer sozialen Zusammensetzung, aber auch durch gesellschaftliche Stigmatisierungsprozesse.

Dies war in der DDR nicht der Fall, denn deren Neubaugebiete waren wegen der Qualität der Wohnungen begehrt. Dort wohnten die in der Gesellschaft Erfolgreichen. Durch die Konzentration des Wohnungsbaus auf die Neubaugebiet am Rande der Städte bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Altbaubestandes in den Stadtkernen, die Verlagerung der Erholungsfunktion auf die Datschen im Umfeld der Städte sowie das Vorhandensein oder die Platzierung der meisten Industriearbeitsplätze in den Randbereichen der Städte entstand in der DDR eine ganz spezifische Stadtstruktur: Das soziale Leben spielte sich im Alltag – auch am Wochenende – hauptsächlich außerhalb der Innenstädte ab. Wohnen, Arbeiten und Erholen legten sich als städtische Lebenswirklichkeit um die alten Stadtstrukturen herum. Zwar waren diese noch vorhanden, wurden ansatzweise auch durch neue angepasste Plattenbauten ergänzt. Die Stadtmitte war in vielen Fällen noch das Zentrum des gesellschaftlichen (öffentliche Verwaltungen), kulturellen (Theater etc.) und spirituellen/religiösen (Kirchen) Lebens, denn in den Neubaugebieten gab es keine kirchlichen Neubauten. Aber für einen großen Teil der Bevölkerung spielte sich ihr privates und gesellschaftliches Leben außerhalb der alten Stadtmitte ab. Dies hatte zur Folge, dass bis auf wenige Fälle der Sanierung einzelner Straßen oder besonderer baulicher Objekte – zu nennen wären etwa einzelne Prestigeobjekte in Berlin (Nicolai Viertel oder Husemannstraße auf dem Prenzlauer Berg), teilweise auch welche in Leipzig und Dresden – die Innenstädte der DDR von Zerfall bedroht waren und vor dem drohenden Abriss standen (z. B. Erfurt). So war es der DDR zwar gelungen, im erheblichen Umfang neue Wohnungen zu schaffen, auch wenn die Standards durch

ökonomisch bedingte Rationalisierungen immer mehr vom Anspruch der Bereitstellung bürgerlicher Wohnkultur für die „Arbeiter und Bauern“, wie etwa in der Stalinallee, abrückte. So drohte in ihren Städten ein Niedergang städtischer Wohnkultur alter bürgerlicher Prägung – wohl nicht ohne politische Absicht. Allerdings waren viele der nicht sanierten Altbaugebiete in Berlin, Leipzig und Dresden auch Refugien von Menschen, die systemkritisch eingestellt waren und die wegen des Zerfalls dieser historischen Bausubstanz in ihrer kritischen Einstellung gegenüber dem System der DDR nur gestärkt wurden. Sie fanden dort ihre gesellschaftliche und individuelle Nische, so wie die Bewohner der Neubaugebiete sie in ihren Wohnungen und Datschen fanden – jenseits aller Ideale sozialistischer Lebensweise, die eigentlich auch mit Hilfe von Stadtplanung und Wohnungsbau gestützt, wenn nicht gar verwirklicht werden sollte. In Wirklichkeit war die DDR, wie gesagt, eine Nischengesellschaft. Und dies schlug sich auch in den städtischen Lebenswirklichkeiten nieder.

Zusammenfassend war die Situation der Städte der DDR unmittelbar vor der Wende charakterisiert durch:

- zerfallende Innenstädte, insbesondere die großen Gründerzeitgebiete (1880 ff.);
- langsam zerfallende Altbausubstanz, insbesondere bei historischem Baubestand;
- große Neubaugebiete in industrieller Plattenbauweise in Form von Schlafstädten am Rande der Städte;
- Verlust städtischen/urbanen Lebens in den Innenstädten, wobei dies in den kleineren Städten besonders prekär war;
- problematische Umweltsituation durch Emissionen der Industriebetriebe im Umfeld der Städte und durch die nicht modernisierten Heizungen der Altbauten;
- Formen von Devastierung des städtischen Umlandes durch Industriebetriebe und industrielle Landwirtschaft – eine andere Form von Zersiedlung, wie sie sich durch Suburbanisierung in der BRD entwickelte.

Andererseits boten dörfliche Strukturen bei geringer Produktivität und unterstützt durch die Quersubventionierung aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs oder Kolchosen) viele Arbeitsplätze und eine funktionierende soziale Infrastruktur. Damit wurde auch eine Angleichung der ländlichen Lebensverhältnisse an die der Städte angestrebt und teilweise auch erreicht, wie sie schon im Kommunistischen Manifest gefordert worden war. Last not least: Fast alle erwachsenen Einwohner der DDR waren beruflich tätig. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde durch eine flächenhafte Versorgung mit Kinderkrippen und Kindergärten ermöglicht, aber auch angestrebt. Dies war die DDR-Variante gleichwertiger Lebensverhältnisse, deren Verwirklichung auch in der BRD Ziel der räumlichen Entwicklung und Planung war und ist.

7 Innerhalb der DDR war die Situation der Städte zwar zunehmend Stein des Anstoßes für die Systemkritiker, aber deren Kritik war nicht Gegenstand einer öffentlichen Diskussion. In der öffentlichen Diskussion wurde in den 1970er- und 1980er-Jahren stattdessen die Lösung der Wohnungsfrage als ein soziales Problem breit thematisiert – ähnlich wie im Bereich der Landwirtschaft der Kampf um die Sicherung der Ernte und die dabei kollektiv errungenen Erfolge.

Auch auf der von der DDR im Oktober 1988 in Leipzig ausgerichteten Sixth Conference on Urban and Regional Research der Economic Commission for Europe (ECE) der UN – eines der seltenen Ost-West-Foren, auf dem die BRD wie die DDR mit Experten aus Wissenschaft und Praxis vertreten waren – verwies der Bauminister der DDR bei der Eröffnung gegenüber den Delegierten aus allen Ländern Europas stolz darauf, dass sich die DDR seit 1971 (Beschluss des 8. Parteitages der SED) bemüht habe, die Wohnungsfrage als soziales Problem durch den kontinuierlichen Bau von Wohnungen anzugehen. Man hoffe, „diese Frage“ bis 1990 (am Ende dieses Jahres gab es bekanntlich die DDR nicht mehr) zu lösen – durch industriell errichtete Wohnsiedlungen in Plattenbauweise. Erst jüngst – also 1988 – sei, so der Minister, im Rahmen dieses Programms die dreimillionste Wohnung

an eine Arbeiterfamilie in Berlin übergeben worden. Er verwies auch auf die Anstrengungen der DDR bei der Erneuerung von Innenstädten, die „besser und besser“ werden, wobei er insbesondere auf die Bemühungen bei Neubau und Innenstadtsanierung in Berlin hinwies, was unter Beteiligung von Bauarbeitern aus allen Teilen des Landes geschehen sei. Unabhängig von dem Ausmaß und der Qualität dieser Bemühungen zur 750-Jahrfeier Berlins (1987), die insbesondere das sogenannte Nicolaiviertel wieder in einer Mischung aus historischer Rekonstruktion und angepasstem Neubau mit Betonfertigteilen „auferstehen“ ließen, wird durch den Hinweis auf die Konzentration der Bauarbeiter aus allen Teilen des Landes in Berlin deutlich, dass Stadterneuerung in der DDR aus wirtschaftlichen Gründen nur bei einigen wenigen Prestigeobjekten erfolgen konnte. Derweil zerfielen in vielen anderen Städten weite Bereiche der Altbaugebiete und sollten in der Form von Flächensanierung mit anschließendem Neubau saniert werden. Der Widerspruch zwischen Erfolgsmeldungen beim Neubau von Wohnungen in Neubaugebieten und dem Zerfall weiter Bereich der Innenstädte wurde als gesellschaftliches Problem nicht offen thematisiert, schon gar nicht von einem verantwortlichen Minister. Aber wer gewohnt war, die Wahrheit zwischen den Zeilen zu entdecken, konnte auch die Widersprüche erkennen.

Auch die Präsentation des Leipziger Stadtarchitekten auf der erwähnten ECE-Tagung ließ nur andeutungsweise erkennen, welche städtebaulichen und gesellschaftlichen Probleme mit dem Verfall der Altbausubstanz verbunden waren. Dabei erwähnte er als Lösung zwar auch die Sanierung der alten Bausubstanz, verwies insgesamt aber eher auf deren Abriss als auf deren Erhalt und infolgedessen auf Neubau mittels industrieller Fertigung. Damit verwies er auf die städtebauliche Orientierung, die zukünftig umgesetzt werden sollte. Nach dem Fall der Mauer im Jahr 1990 – in der Zeit der ersten demokratisch gewählten Regierung der DDR – war es ein Film des DDR-Fernsehens über die Altbaugebiete Leipzigs, der das Ausmaß des Verfalls einer breiteren Öffentlichkeit präsentierte. Den kontinuierlichen Verfall der Altbausubstanz zu thematisieren und daran Kritik zu üben, war also erst unmittelbar vor der Wiedervereinigung

– in dieser quasi Zwischenzeit – möglich. Auf die Frage der Reporterin an denselben Leipziger Stadtarchitekten, warum man im Wissen um den Verfall nichts unternommen habe, antwortete dieser, auch sie – die Reporterin – stelle diese Frage erst jetzt. Zwischen Wissen und Handeln hatte die Steuerung durch staatlich hergestellte und kontrollierte mediale Öffentlichkeit gestanden, obwohl man in vielen Bereichen um die Probleme der Stadtentwicklung wusste.

8 Es gab also in der DDR durchaus ein Wissen um die wirklichen Entwicklungen in den Städten – großen wie kleinen. Aber aus strukturellen und ökonomischen Gründen war es mehr oder weniger nur möglich, mittels industrieller Fertigungsbauweise Neubauten oder Flächensanierungen vorzunehmen. Diese ökonomische Vorgabe und die daraus folgende städtebauliche Konstellation, die ein gesellschaftliches Dilemma mit enormer räumlicher Wirkung darstellte, wurde auch in einer Studie des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR aufgegriffen, thematisiert und kritisiert. Diese war noch vor dem Fall der Mauer begonnen und „zufälligerweise“ (?) im November 1989 – also in der Endphase der DDR – fertiggestellt worden. Das zeigt, dass sich bereits vor den entscheidenden Tagen im Herbst des Jahres 1989, die das Ende der DDR einläuteten, in den entsprechenden Fachkreisen des Städtebaus ein Ende der kritiklosen Übernahme von politischen Vorgaben und den damit verbundenen Sichtweisen abzeichnete.

Unter dem komplizierten, aber eben auch unverfänglichen Titel „Städtebauprognose – städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte“ wurde sie intern vorgelegt, diskutiert und dokumentiert, aber nicht veröffentlicht und auch nicht öffentlich diskutiert. In ihr wurde in komplizierter, vorsichtiger Sprache Kritik an der einseitigen Städtebaupraxis geübt, die nur die Lösung der Wohnungsfrage im Blick, aber „eine proportionale Entwicklung und Erhaltung anderer städtischer Funktionen und Gebiete nicht im vollen Umfang gewährleistet“ habe. Deshalb solle eine Neuorientierung der „städtebaulichen Strategie“ erfolgen, die insbesondere auf die Stadtzentren ge-

richtet sein sollte. Diese würden im Bermudadreieck zwischen Arbeitsplatz, Wohnung und Datscha – den Funktionen der Charta von Athen – untergehen. Wie weit diese kritische Sichtweise bei den Fachleuten der DDR vorhanden und verbreitet war, wurde auf einer Tagung auf Einladung der Bauakademie der DDR in Ost-Berlin im Januar 1990 erkennbar, bei der zum ersten Mal Experten aus Ost- und Westdeutschland zu einem Erfahrungsaustausch zum Thema „Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung“ zusammentrafen. Sie wussten früher um die Probleme, aber ihre fachliche Expertise fand keinen Weg in die Öffentlichkeit, geschweige denn in die Umsetzung, da sie nicht der offiziellen Linie entsprach.

Der Ausspruch Hegels „Die Eule der Minerva beginnt erst mit der einbrechenden Dämmerung ihren Flug“, wonach Erkenntnis erst post festum entstehe, wurde durch diese „Städtebauprognose“ eindrücklich belegt – traf aber auf die DDR insgesamt zu. Erst an ihrem Ende war es möglich, Fehlentwicklungen zu erkennen. Zuvor war es wegen des Selbsterhaltungsdrangs des politischen Systems der DDR nicht möglich, kritische Erkenntnisse über die soziale Realität öffentlich zu artikulieren. Diese gesellschaftliche Widersprüchlichkeit konnte nur in individuellen Nischen der Gesellschaft ausgehalten oder ausgesessen werden. Aber als in der Dämmerphase der DDR nicht nur intern, sondern auch öffentlich Kritik vorgetragen werden konnte – nicht zuletzt auf Basis der genauen Kenntnis der gesellschaftlichen Entwicklungen, in unserem Falle der Stadtentwicklung – da war es eigentlich zu spät. Das politische System der DDR brach zwar nicht sofort zusammen, sondern wurde langsam abgewickelt oder besser gesagt abgelöst durch die Übernahme der politischen Strukturen der BRD. Das Wissen der Experten der DDR, das sich gewissermaßen erst post festum artikuliert hatte, wurde dann wegen Ihrer Kontamination mit dem früheren politischen System nicht mehr nachgefragt, so sehr sie in manchen Fällen auch interne Kritik an der offiziell verfolgten Politik geäußert haben mochten. Dies gilt insbesondere für Bernd Grönwald, den Leiter des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, der für sich persönlich keinen Ausweg sah und fand und sich deshalb das Leben nahm. Manch anderen gelang es zwar, in

die neuen Strukturen integriert zu werden, aber nicht mehr an leitender Stelle.

9 Ende des Jahres 1990 kam es zur deutschen Einheit. Bereits Mitte des Jahres war die D-Mark in der noch bestehenden DDR eingeführt worden. Damit war der Weg frei für die Wiedervereinigung im Sinne eines Anschlusses der DDR an die BRD durch ihren Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD. Alle anderen Überlegungen, die insbesondere in manchen Intellektuellen-Kreisen der DDR gepflegt worden waren, die DDR als eigenständiges politisches System, das an die besseren Traditionen des Sozialismus anknüpfen sollte, zu erhalten und mit einer eigenen, eher sozialen Orientierung denn mit einer Anpassung oder gar Übernahme der kapitalistischen Marktorientierung der BRD zu gestalten, waren durch die normative Kraft des Faktischen obsolet geworden.

Zugleich wurde das ganze notwendige Ausmaß an Investitionen für den Bereich der Stadterneuerung erkennbar. Damit verbunden war die Erkenntnis, dass einerseits gerade im Unterschied zur BRD noch weitgehend alte Stadtsubstanz vorhanden war, es andererseits in aller Regel aber schon „kurz vor zwölf“ war, weshalb nur sofortige Maßnahmen deren Erhalt noch sichern konnten. Dies geschah in manchen Städten durch vorrangige Sanierung der Dächer, um den voranschreitenden Zerfall aufzuhalten, bevor an die Sanierung der darunter liegenden Bausubstanz gegangen werden konnte.

Allerdings konterkarierte das in einer Anlage zum Einigungsvertrag als Regelfall gesetzte Prinzip der Rückübertragung von Besitz an rechtmäßige Eigentümer vor dem Entschädigungsprinzip häufig die umgehende Instandsetzung. Denn in vielen Fällen nahmen die Verfahren der Rückübertragung viel Zeit in Anspruch, da sich entweder Eigentümer aus verschiedenen historischen Phasen meldeten oder Eigentümer – insbesondere jüdische – nicht mehr lebten und Erben nur schwer zu finden waren. Das hatte zur Folge, dass insbesondere in den Innenstädten nicht sofort genügend Flächen für den Ausbau einer modernen Versorgungsinfrastruktur zur Verfügung

standen. Deshalb zogen es die großen, jetzt privaten Versorger vor, auf der „grünen Wiese“ vor den Städten große Einkaufszentren aus dem Boden zu stampfen. Die Akzeptanz dieser an westlichen Maßstäben orientierten Zentren war bei der Bevölkerung groß. Entsprechend hatten die Versorger ein großes wirtschaftliches Interesse daran, in den neuen Bundesländern Fuß zu fassen, sich neue Märkte zu erschließen.

Gerade solche Einkaufszentren vor den Toren der Stadt wurden im Westen im Hinblick auf die Konkurrenz zu den Innenstädten als sehr kritisch eingeschätzt. Deshalb beurteilten westdeutsche Städtebauexperten, wenn sie als Berater im Transformationsprozess des Ostens herangezogen wurden, diese Auslagerung als problematisch für den Erhalt der Urbanität. Sie meinten, vor diesen im Westen bereits begangenen Fehlern warnen zu müssen, um ähnliche Entwicklungen im Osten zu vermeiden. Aber das ganze Gegenteil trat ein: Wegen der Schwerfälligkeit der rechtlichen Abwicklungen und der dringenden Notwendigkeit, möglichst schnell effiziente und attraktive Nahversorgungsstrukturen zu schaffen, entstanden fast überall vor den Toren der Städte Einkaufszentren. Urbane Strukturen in den Innenstädten entwickelten sich in der Folge nur sehr schwer – in großen wie in kleineren Städten.

10 Eine andere städtebauliche Situation – die der großen Neubaugebiete am Rande der Städte, deren urbane Qualität als gering angesetzt wurde – wurde anfänglich ähnlich intensiv diskutiert unter der Frage, ob sie bestehen bleiben sollten. Allerdings konnten aus dem Stand keine Alternativen geschaffen werden. Letztendlich wurde dafür keine generelle Lösung gefunden. Die meisten sind inzwischen – nicht zuletzt energetisch – saniert und um die bisher defizitären Versorgungsstrukturen für den häuslichen Bedarf ergänzt worden. In einigen Fällen sind aber auch Wohnblöcke abgerissen worden. Dies geschah in Gebieten, wo sich große Leerstände ergeben hatten, nachdem viele Bewohner bedingt durch die berufliche Situation weggezogen waren oder anderweitig Wohnraum – auch im Privateigentum – gefunden hatten.

All dies ereignete sich nicht sofort, sondern war Teil eines sich hinziehenden Transformationsprozesses, der – darauf wird noch zurückzukommen sein – heute noch nicht abgeschlossen ist. Die mit dem Transformationsprozess verbundenen Schwierigkeiten waren abzusehen, weshalb im Rückblick die bereits berufene Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl, innerhalb kürzerer Zeit werde es „blühende Landschaften“ im Osten geben, zwar als politisch gewünschte verständlich, als unmittelbar umzusetzende jedoch unrealistisch war. Außerdem wurde immer deutlicher, dass die für die Transformationsprozesse in Ostdeutschland notwendigen strukturellen Veränderungen nicht aus der Portokasse zu finanzieren sein würden. Vielmehr werde es im wiedervereinigten Deutschland großer finanzieller Investitionen und Umschiffungen in den öffentlichen Haushalten bedürfen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch im Osten zu verwirklichen. Dies wünschte nicht nur die dortige Bevölkerung, sondern wird auch im Grundgesetz der Bundesrepublik gefordert.

Jenseits der Notwendigkeit, die städtebaulichen Probleme in den Innenstädten wie in den Neubaugebieten anzugehen, standen in den neuen Ländern andere Probleme stärker im Fokus der Öffentlichkeit. Ich meine die Umstrukturierung der Wirtschaft. Denn die schnelle Einführung der D-Mark in der noch bestehenden DDR bedeutete für viele Industriezweige deren schnelles Ende. Mit ihren Produkten zu D-Mark-Preisen fanden sie insbesondere in Osteuropa kaum mehr Absatzmöglichkeiten. Anders erging es dem Westen, dessen Produkte nun auch im Osten abgesetzt werden konnten, was zu einem wirtschaftlichen Boom angesichts der steigenden Nachfrage dort führte – insbesondere nach Autos, aber auch nach zahlreichen anderen Konsumartikeln. In weiten Teilen Ostdeutschlands kam es zu einer Deindustrialisierung mit weitreichenden Folgen für die in den betroffenen Industrien Beschäftigten. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs bedenklich. Dies betraf insbesondere die mittlere Generation und vor allem die weiblichen Beschäftigten – weniger die Älteren, die alsbald vergleichsweise gute Renten erhielten, und weniger auch die Jüngeren, denen sich in der Bundesrepublik völlig neue Optionen eröffne-

ten, sofern sie eine berufliche Qualifikation besaßen und den Mut zur Mobilität.

11 Bald nach der deutschen Wiedervereinigung wurde immer deutlicher, dass die gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse – also die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die der alten wohlgemerkt und nicht umgekehrt sowie der grundlegende Wandel des politischen Systems – ein gesellschaftliches Realexperiment sondergleichen waren, das möglichst schnell und umfassend wissenschaftlich untersucht werden sollte. Initiiert durch das Bundesforschungsministerium wurde – in Anlehnung an eine Enquete aller Bereiche von Politik und Gesellschaft in den 1970er Jahren – die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) ins Leben gerufen. Eine Berichtsgruppe beschäftigte sich mit der „lokalen und regionalen Dimension politischen und sozialen Wandels“. Eine realistische Bestandsaufnahme und eine fundierte Perspektive für die weitere Entwicklung war das Desiderat der Stunde.

Schon kurz nach der Wiedervereinigung hatte sich nämlich herausgestellt, dass der rein statistische Vergleich der beiden Wirtschaftssysteme, wonach die BRD weltweit die 3. und die DDR die 10. Position einnehme, bezogen auf die DDR ein statistisches Artefakt war, wenn dem nicht gar ein systematisches Vertuschen oder Verfälschen zugrunde lag. Die scheinbar einfache Rechnung, dass ein sehr starkes gesellschaftliches System mit einem starken fusioniere und dass aus dieser Verbindung ein noch stärkeres entstehe, erwies sich zunehmend als eine Milchmädchenrechnung. Ähnlich realistisch hatte zum Ende der DDR auch die bei der zentralen Planungskommission angesiedelte Forschungsstelle für Territorialplanung argumentiert, dass nämlich die ökonomischen Unterschiede zwischen Ost und West sehr viel gravierender seien als die der Infrastruktur. Dabei ließ sich diese positive Sichtweise sicherlich stärker auf die soziale Infrastruktur denn auf die technische beziehen. Es zeigte sich immer mehr, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse sehr viel längere Zeit in Anspruch

nehmen werde und sehr teuer werden würde. Es wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob der Osten Deutschlands nicht Gefahr laufe, sich statt in „blühende Landschaften“ in ein östliches „Mezzogiorno“ zu wandeln – d. h. in eine eigentlich nicht entwicklungsfähige Region ähnlich wie das südliche Italien, dessen Entwicklung trotz aller Bemühungen, trotz aller finanzieller Transfers stagniere, insbesondere im Verhältnis zu den nördlichen Regionen Italiens.

Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass sich in der öffentlichen Diskussion die Hauptaufmerksamkeit stets auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrierte – im Hinblick auf jeden Einzelnen heißt dies, ob er oder sie Arbeit hatte oder arbeitslos war. Es zeigten sich aber alsbald auch Unterschiede in regionaler und lokaler Hinsicht, die nicht so im Blick der Öffentlichkeit standen, aber für die Einzelnen genauso bedeutsam waren, da sie die alltägliche Lebensumwelt betrafen.

12 Der Bericht der KSPW zu lokalen und regionalen Dimensionen der Transformationsprozesse, der 1996 veröffentlicht wurde, zeichnet Entwicklungslinien des Wandels nach, die sich nicht zuletzt aus dessen Plötzlichkeit und der fehlenden Vorbereitung auf die eingeleitete Umstrukturierung ergeben hatten. Es ist nicht erstaunlich, dass es gerade im deutschen Kontext, in dem rechtliche Rahmenbedingungen und administrative Zuständigkeiten seit jeher eine wichtige Rolle spielten und nach wie vor spielen, der Stadtentwicklung große Probleme daraus entstanden, dass es in den neuen Ländern anfänglich weder rechtlich verbindliche Planungen (Flächennutzungspläne) noch administratives Fachpersonal gab, diese zu erstellen, umzusetzen und zu administrieren. Zwar gab es sehr schnell eine Fülle von Patenschaften zwischen Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden inklusive der „leihweisen“ Überlassung von Fachpersonal aus dem Westen – und dies nicht nur im Bereich der Stadtplanung –, gleichwohl brauchte es Zeit, die Planungsverfahren den neuen Erfordernissen der Rechtsordnung der BRD, die nach dem Oktober 1990 komplett auch für Ostdeutschland galt, anzupassen. So war gerade im Hinblick auf die Errichtung neuer Versorgungsstrukturen der Druck auf die Randlagen der Städte groß. Denn dort

konnten schneller als in den Innenstädten Flächen zur Verfügung gestellt werden, unabhängig von den Problemen der Rückübertragungsverfahren, die sehr viel Zeit in Anspruch nahmen.

Zugleich zeigte sich in größeren Städten wie Leipzig, Dresden oder Magdeburg, aber auch in Ost-Berlin – insbesondere bei den vom Krieg nicht zerstörten Altbaugebieten – ein Modernisierungstau von sechs Jahrzehnten.

Die nach der Wiedervereinigung anlaufenden Umbau- und Neubaumaßnahmen hatten also den Effekt, dass sich die Stadt einerseits ausdehnte, weil vieles nur auf neuen Flächen außerhalb der bisherigen Stadtbebauung errichtet werden konnte. Andererseits konnte der Zerfall der Altbaugebiete nicht in jedem Fall mehr aufgehalten werden, zudem schon zu DDR-Zeiten Teile abgerissen, aber nicht mehr ersetzt worden waren. Deshalb gab es parallel Dispersionsprozesse und Perforationstatbestände, mit denen die Städte umzugehen hatten, was nicht in allen Fällen sofort und zufriedenstellend gelang.

13 Zwei weitere Entwicklungen sind anzuführen, die sich nicht direkt aus der Stadtstruktur ergaben, aber für die Menschen Ostdeutschlands von großer Bedeutung waren und deshalb das Stadtleben grundlegend beeinflussten:

- Zum einen ist das schlagartige Anwachsen der Motorisierung zu nennen. Zwar hatte die DDR Autos produziert, aber für den Einzelnen war es gleichwohl mit langen Wartezeiten verbunden, ein Auto kaufen zu können. Zudem gab es im Verhältnis zu den technischen Standards und Ausstattungen der Autos des Westens große Unterschiede. All dies führte zu einem Motorisierungsboom, auf den die Straßeninfrastruktur der DDR nicht eingerichtet war.
- Zum anderen gab es eine zunehmende Migration in den Westen, bedingt durch neue Mobilitäts- und Entwicklungschancen, die es bisher nicht gegeben hatte, aber auch aus der Notwendigkeit heraus, sich einen neuen Arbeitsplatz suchen zu müssen. In vielen Fällen führte dies

nicht sofort zu einem Umzug. Vielfach wurde versucht, durch Pendeln – auch über größere Distanzen hinweg – den bisherigen Wohnsitz zu erhalten, was aber für von der alten Grenze weiter entfernt Wohnende nicht infrage kam.

Insofern war ein zentraler Fokus der KSPW-Studien auf das geänderte Verhalten großer Teile der Bevölkerung gerichtet: Für die Menschen Ostdeutschlands hatten sich Möglichkeiten eröffnet, von denen sie zuvor in vieler Hinsicht ausgeschlossen waren und die sie jetzt mit ihrer neuen Bewegungsfreiheit nutzten. Diese neuen Mobilitäten waren nachholende Entwicklungen, die aber in den Städten und Regionen große Wirkung entfalteten.

Der Prozess der Deindustrialisierung, die für viele Bewohner der früheren DDR Arbeitslosigkeit bedeutete und die die allmähliche Auflösung der dortigen nivellierten Mittelstandsgesellschaft einläutete, bedeutete tiefe Einschnitte in die finanzielle Basis der Städte, die allerdings weitgehend durch Transfermittel aus dem Westen kompensiert wurden. Allerdings entwickelte sich bereits in dieser frühen Phase der Transformation eine Tendenz, die bis heute anhält: Regionen und Städte differenzierten sich stark aus, nachdem die regionalen und lokalen Ausgleichs- und Entwicklungsmaßnahmen der DDR abgewickelt wurden, weil sie nach der Wiedervereinigung nicht mehr eingesetzt wurden. Dies galt für neu angesiedelte industrielle Standorte, die jetzt nicht mehr konkurrenzfähig waren, aber auch für Standorte, deren Substanz heruntergewirtschaftet worden war und die deshalb nicht mehr gehalten werden konnten. Es entstand eine eigentümliche Konstellation: Viele Regionen und Städte kehrten zu den Ausgangspositionen zurück, die sie 1949 oder gar vor dem Krieg innehatten – eben durch den Wegfall der von der DDR induzierten Entwicklungen. Zugleich war zu erkennen, dass Städte, die auf eine lange „Tradition“ kontinuierlich entwickelter Industrie- und der sie begleitenden Infrastruktur – einschließlich der Einrichtungen für Ausbildung und Forschung und den damit verbundenen „Human Resources“ – blicken konnten, sehr viel positivere Perspektiven entwickelten als andere, die hier Defizite aufwiesen. Diese Städte konnten auf immer noch vorhandene Begabungen

und Strukturen zurückgreifen. In der Folge schwand die eher ausgeglichene Siedlungsstruktur der DDR – bezogen auf die Städte untereinander, aber auch bezogen auf die Verhältnisse zwischen Stadt und Land – immer stärker, was in einem deutlichen Gegensatz zu den Zielen der marxistisch orientierten, aber auch nicht durchgehend erfolgreichen Entwicklungspolitik stand. Es entwickelte sich einerseits ein Nord-Süd-Kontrast – ähnlich wie in den 1970er Jahren in der BRD – indem einerseits sich alte Strukturen als persistent erwiesen und andererseits die ersatzlos wegfallenden Entwicklungsmaßnahmen der DDR Lücken der Entwicklung hinterließen, die nicht sofort geschlossen werden konnten. Ähnlich wie in der BRD kam es innerhalb des Städtesystems der neuen Bundesländer in den einzelnen Städten zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen. Es gab nicht mehr einen einheitlichen oder ähnlichen Entwicklungspfad, sondern je nach Vergangenheit bzw. Tradition – d. h. bedingt durch die über die Zeit tradierten Potenziale und Veranlagungen – entwickelten sich spezifische eigene Wege. Dies kann man durchaus als Eigenlogik bezeichnen, obwohl die Entwicklung eher historischen Konstellationen denn eigenen Anstrengungen zu verdanken gewesen ist. Ähnlich wie in anderen ehemals sozialistischen Staaten entwickelten sich insbesondere um einzelne Städte Wachstumspole, während die Entwicklung in anderen – speziell den ländlichen – Regionen stagnierte, wenn nicht gar rückläufig war.

Innerhalb Ostdeutschlands fand nach der Einheit ein sehr spezieller Prozess statt: Die Dörfer hatten zu Zeiten der DDR durch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) eine sehr wichtige Stellung in wirtschaftlichen Abläufen eingenommen und waren entsprechend gefördert worden. So hatten insbesondere die kleineren Städte eine bevorzugte Stellung eingenommen, die sie jedoch verloren, als sie nach der Wiedervereinigung nicht mehr auf die „Quersubventionierung“ ihrer Infrastruktur durch die Nachfolgeorganisationen der LPGs bauen konnten. Denn diese konzentrierten sich nun nur noch auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit als große landwirtschaftliche – jetzt privat organisierte und betriebene – Betriebe/Genossenschaften, wenn nicht gar neue Güter, die in ih-

rer Struktur und Funktion denen von vor 1945 gleichen. Diese Betriebe haben sich seither innerhalb Deutschlands zu den produktivsten landwirtschaftlichen Produktionsstätten entwickelt. Ihre Größe und die Möglichkeit, durch hohen Maschineneinsatz eine hohe Produktivität zu erreichen, hatten aber auch zur Folge, dass ihr Bedarf an Arbeitskräften sehr eingeschränkt ist. Dies brachte eine sehr spezielle Konstellation hervor: In den ländlichen Regionen Ostdeutschlands existierten bis heute sehr profitable landwirtschaftliche Betriebe, während die Dörfer, in denen sie angesiedelt sind, zunehmend veröden, da für viele Bewohner keine Arbeitsplätze mehr angeboten werden.

Einen Boom kann die Ostseeküste als höchst attraktives Tourismusgebiet – nicht zuletzt als traditionelles Erholungsgebiet Berlins – vorweisen. Sie muss allerdings mit starken saisonalen Schwankungen und auseinanderklaffenden finanziellen Möglichkeiten der Alteingesessenen und Zugezogenen leben. Sofern die Dörfer nicht Kompensationen aus dem Tourismus und/oder Zuzug von Städtern in Zweitwohnungen erhielten – was sich nur im Umfeld der großen Städte, insbesondere Berlins, entwickeln konnte – verfielen viele in einen „Schlaf“, der mancherorts bereits der Form mittelalterlicher Wüstungen nahe kommt. Durch die vergleichsweise geringen Distanzen in Deutschland, aber auch durch die Entdeckung dieser sich entleerenden Räume als wichtige ökologische Ressource sind sie im europäischen Vergleich bislang nicht zu solch peripheren ländlichen Räumen geworden, wie wir sie aus anderen westeuropäischen Flächenstaaten (insbesondere Frankreich und Spanien) kennen. Sie sind – gemessen an gesamteuropäischen Indikatoren – auch nicht in einem Zustand der Unterentwicklung, wie wir ihn inzwischen aus anderen osteuropäischen Ländern kennen. Allerdings gibt es durch die Wiedervereinigung in Deutschland wieder periphere Regionen, wie es sie zwar im Deutschen Reich gegeben hatte, die in der alten Bundesrepublik jedoch nur noch ansatzweise vorhanden gewesen waren – beispielsweise in den früheren Zonenrandgebieten oder anderen Grenzregionen, wobei aber Letztere durch die europäischen Integrationsprozesse völlig neue Entwicklungschancen nutzen konnten.

All dies waren Entwicklungstendenzen, die sich bereits Mitte der 1990er Jahre bei den Transformationsprozessen erkennen ließen. Wie sieht es heute aus? Wie haben sich Städte und Regionen seither entwickelt?

14 Die Fülle der Berichte, Berichterstattungen in der publizistischen Öffentlichkeit, Übersichten wie Einzelfallstudien, ist schier unübersichtlich, weshalb es ratsam ist, auf offizielle Schriften zurückzugreifen, auch wenn sie in der Formulierung der jeweiligen Problemlage eher zurückhaltend sind.

Es ist dann aber doch erstaunlich, dass der Stadtentwicklungsbericht 2012 der Bundesregierung – verfasst und verantwortet vom zuständigen Ministerium, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – auf die besonderen Probleme der Städte und Regionen Ostdeutschlands nicht mehr explizit eingeht. Anscheinend sind die Folgen der Wiedervereinigung für die Stadtentwicklung kein drängendes Thema mehr. Thematisch stehen darin Probleme einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Vordergrund, insbesondere angesichts der von der Bundesregierung eingeleiteten Energiewende sowie der damit verbundenen Probleme der Energieeffizienz in den Städten und angesichts des zu erwartenden Klimawandels.

Allerdings kann auch dieser Bericht nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass in Deutschland in West und Ost ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklungen ablaufen. Denn gemessen an einem Gesamtindikator, der wirtschaftliche und demografische Entwicklungen zusammenfasst, gibt es in Deutschland keine einheitliche Entwicklung, sondern es gibt eine Parallelität von Wachsen und Schrumpfen, wobei wachsende Kommunen eher im Westen als im Osten zu finden sind und der Süden Westdeutschlands am stärksten wächst. Damit wird erkennbar, dass einerseits die alten Niveauunterschiede innerhalb Westdeutschlands zwischen den im Strukturwandel befindlichen Regionen im Norden und Westen und den boomenden im Süden weiterhin als Nord-Süd-Kontrast bestehen. Zudem hat sich in den vergangenen 25 Jahren ein Ost-West-Kontrast entwickelt. Zwar hat sich

das östliche Niveau dem des Westens annähert, es ist aber noch nicht ausgeglichen. Dabei tritt innerhalb Ostdeutschlands eine zusätzliche Differenzierung auf, die wiederum als Nord-Süd-Kontrast bezeichnet werden kann – auch wenn es sich eher um ein Gefälle handelt von den Großstädten und ihrem Umfeld zu den eher isoliert liegenden kleineren und mittleren Städten im sogenannten ländlichen Raum des Nordens, der weiterhin Schrumpfungsprozessen unterliegt. Insofern haben sich über die Zeit Strukturunterschiede erhalten, die die Kraft persistenter Strukturen belegen.

Detaillierter geht auf diese Problematik der jeweilige Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit ein. Der letzte, der den Stand 2013 wiedergibt, wurde erst kürzlich vorgelegt. In ihm wird nachgezeichnet, dass unter dem Leitbild der Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse nach der Wiedervereinigung ein Prozess der Angleichung zwischen Ost und West stattgefunden hat – anfänglich schneller (bis 1996), dann stagnierend (bis 2001), aber seither hat sich eine stetige, wenn auch langsame Angleichung vollzogen. Allerdings habe der Osten immer noch erst zu ca. 70 % das Niveau des Westens erreicht. Eine andere Quelle – die Kreditanstalt für Wiederaufbau – betont, dass die Territorien der früheren DDR wirtschaftlich jetzt besser dastehen als alle anderen ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas – was aber zu Zeiten der DDR auch schon galt.

Probleme im Hinblick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse werden speziell den ländlichen Räumen zugerechnet, die wegen Abwanderung und Alterung der Bevölkerung vor besonderen Herausforderungen stehen. Genau dies kennzeichnet eine besondere Lage Ostdeutschlands, das gegenüber Westdeutschland schon immer dünner besiedelt war und nur wenige große Städte als Kristallisationspunkte für wirtschaftliche Entwicklung aufweisen konnte und kann. So steht in Ostdeutschland eine sich stabilisierende Entwicklung um die größeren Städte im starken Kontrast zu den schrumpfenden und alternden ländlichen Regionen. Städte wie Potsdam im Umfeld von Berlin oder Städte wie Dresden und Leipzig erweisen sich als Orte, die sich in ihrer wirtschaftlichen wie bevölkerungsmäßigen Entwicklung stabilisiert haben,

wenn nicht gar wachsen. Dies gilt gleichermaßen auch für viele Universitätsstädte (Leipzig und Dresden sowie insbesondere Jena, aber auch Greifswald, Magdeburg und Halle), deren Universitäten als Lehr- und Forschungseinrichtungen seit 1990 modernisiert und ausgebaut wurden, was ihre Attraktivität stark akzentuierte. In Jena, das sich in konsequenter Verfolgung seiner günstigen, persistenten Strukturen zu einer kleinen Boomstadt entwickelt hat, kamen zwei Trends zusammen: zum einen die Tradition der optischen Industrie, die dort nie einen Bruch erlebt hatte und zum Motor der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist, und zum anderen die Attraktivität ihrer Universität. Zudem liegt Jena mitten im sogenannten mitteldeutschen Städteband, das sich von Eisenach über Erfurt, Weimar und Leipzig bis Dresden hinzieht und seit langem industrielle und gewerbliche Traditionen aufweist, die sich über die Zeit als persistent und anpassungsfähig erwiesen haben. Demgegenüber stehen die nördlichen Teile Ostdeutschlands, die bis auf Berlin und die Hafenstädte an der Ostsee eher ländlich strukturiert waren und traditionell nur wenige kleine Städte aufwiesen. Diese Gebiete waren schon immer dünner besiedelt, was bereits in Preußen zu Zeiten des Kaiserreichs zu Strukturproblemen zwischen diesen eher feudal strukturierten Agrargebieten und den wirtschaftsliberalen Industrieregionen (Ruhrgebiet) führte. Ein Gegensatz, der in seiner siedlungsmäßigen und gesellschaftlichen Problematik – wenn nicht gar Brisanz – in und für Westdeutschland vergessen zu sein schien, ist mit der Angliederung der DDR wieder zu einer gesamtdeutschen Konstellation geworden. Es ist dies die Wiederkehr verschwunden geglaubter Ausgangslagen sowie die Kraft überholt scheinender Strukturen.

Die dünn besiedelten peripheren Räume waren früher wirtschaftlich stark von der Landwirtschaft und dem sie begleitenden Gewerbe abhängig. Auch heute sind sie noch stark durch Landwirtschaft geprägt, die dort wegen ihrer Großflächigkeit mit hohem Maschineneinsatz arbeiten kann und europaweit einen der höchsten Produktivitätsstandards aufweist. Aber anders als zu Zeiten der DDR ist der ländliche Raum nicht mehr Garant der Infrastruktur – weder technischer noch sozialer. Insofern unterliegen die Dörfer und kleinen Städ-

te dort einem kontinuierlichen Bevölkerungsschwund und Durchalterungsprozess der Verbleibenden. Daraus ergeben sich für diese Räume Probleme, wie in ihnen die Daseinsvorsorge angesichts der sich fortsetzenden Schrumpfungsprozesse gewährleistet werden kann. Denn diese „dünne Siedlungsstruktur“ weist eben wenige selbst tragende städtische „Wachstumszentren“ auf, ganz im Unterschied etwa zu dem Städteband Mitteldeutschland. Insofern zeigt sich hier erneut das Potenzial aber auch die Problematik der Persistenz von Siedlungsstrukturen aus der Vergangenheit – auch für die Entwicklung der Zukunft. Durch den Wegfall der strukturverbessernden Maßnahmen der DDR fielen diese Regionen und Städte quasi auf einen Zustand zurück, wie er unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bestand. Erschwerend kam noch hinzu, dass zu Zeiten der DDR die Situation der Dörfer wegen der Wichtigkeit der Landwirtschaft für das ganze Land, das nur wenig Nahrungsmittel importieren konnte, insgesamt besser war als die der kleinen Städte. Diese Konstellation ist heute anders, weshalb es besonderer Vorkehrungen bedarf, um zu verhindern, dass solche Regionen Problemregionen bleiben.

Regionale Unterschiede – alte wie neue – reflektieren also stets gesellschaftliche und politische Prämissensetzungen. Sie lassen sich zwar durchaus verändern, aber sie sind in ihrem Verhalten großen Tankern ähnlich. Sie lassen sich nur schwer stoppen und in ihrem Kurs ändern. Dafür braucht es Voraussicht und einen langen Atem.

15 Welche Schlüsse sind daraus für den Verlauf der Transformationsprozesse und die Situation von Städten und Regionen in Ostdeutschland zu ziehen?

Vorweg: Die Analysen der Anpassungs- und Entwicklungsprozesse in den ostdeutschen Ländern – sogar schon die gleich nach der Wiedervereinigung, etwa in den Arbeiten der KSPW – belegen die Vermutung, dass sich diese Prozesse über viel längere Zeiträume hinziehen werden, als ursprünglich erwartet. Allerdings hatte man auch keine Vorbereitung oder konkrete Pläne, wie im Rahmen eines solchen gesellschaftlichen Großexperiments gehandelt und vorange-

schritten werden sollte. Vorstellungen, dies zu steuern, die in Ost wie West eher konzeptionell theoretisch denn pragmatisch orientiert vorgetragen wurden, indem über längere Zeit zwei getrennte Nationalökonomien erst sehr langsam aneinander angepasst werden sollten, waren und erwiesen sich als unrealistisch. Diese Überlegungen stammten von Intellektuellen mit relativer Distanz zu wirtschaftlichen und politischen Realitäten, die zudem nichts von den Vorstellungen der Bevölkerung wussten. Die Mehrheit der Menschen in der ausgehenden DDR wünschte eine sofortige und umfassende Öffnung und eine möglichst schnelle Anpassung an die Lebensumstände des Westens. Dies entsprach den Vorstellungen von Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die das Grundgesetz vorsieht und die seitens der Bevölkerung eingefordert wurde. Dass dies dann in der Wirklichkeit schwierig und langwierig sein würde, führte, wie gesagt, zu Enttäuschungen insbesondere für die mittlere Generation, während die im Ruhestand Lebenden insgesamt besser gestellt wurden und die Jugend jetzt mit Möglichkeiten rechnen konnte, die ihnen bisher verschlossen waren.

Jenseits der Investitionen in die Infrastruktur, die insbesondere die Verkehrswege betrafen, und der Sanierung der Innenstädte und Plattensiedlungen – soweit sie nicht abgerissen wurden, weil dieser Wohnraum nicht mehr nachgefragt war – hat sich die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands nach der Phase der Deindustrialisierung noch nicht auf ein Niveau vergleichbar dem Westdeutschlands hin entwickelt. So hat die Vision der „blühenden Landschaften“, die Bundeskanzler Helmut Kohl damals nach der Wiedervereinigung als baldige Perspektive ausgegeben hatte, durch große finanzielle Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Stadtsanierung und Denkmalpflege zwar dazu geführt, dass wir auf einen ersten Blick propere Kleinstädte und im Um- oder Aufbruch befindliche Großstädte sehen können. Aber es gibt weiterhin Defizite bei der Wirtschaftsstruktur, die sich noch nicht dynamisch entfaltet hat und entsprechend nicht allerorten ausreichend Arbeitsplätze anbietet. Zwar haben sich der gewerbliche und der tertiäre Sektor positiv entwickelt, aber im Vergleich zu Westdeutschland mangelt es an großen Industrien. So gibt es

keine im DAX vertretene Firma, die ihren Hauptsitz im Osten hat.

Andererseits gibt es inzwischen im Osten Regionen und Städte, die im Vergleich zu manchen Regionen und Städten des Westens – z. B. denen im nördlichen Ruhrgebiet – besser dastehen. Aber trotz aller Fortschritte ist die Anpassung des Ostens an den Westen noch nicht vollständig geglückt. Deshalb werden strukturfördernde Maßnahmen und Programme weiterhin nötig sein. Auch hier ist ein viel längerer Atem nötig, wobei die ostdeutschen Bundesländer in Zukunft nicht mehr insgesamt als Entwicklungsgebiet zu betrachten und zu behandeln sein werden, sondern differenziert im Hinblick auf ihre regional unterschiedlichen Entwicklungsformen. So wird es nach Auslaufen des Solidarpakts zum Jahr 2019 vermutlich keine Beschränkung dieser Solidarität des gesellschaftlichen und politischen Systems Deutschlands auf eine simple Ost-West-Unterscheidung mehr geben, sondern sie wird zukünftig ohne jede pauschale geographische Einschränkung erfolgen und zu gestalten sein – nämlich gleichermaßen für alle Städte und Regionen Deutschlands, die im Vergleich zum bundesweiten Niveau abfallen.

16 Insgesamt ist die Wiedervereinigung als Erfolgsgeschichte anzusehen, auch wenn sie nicht in allen Fällen und allerorten gleichmäßig, geschweige denn unmittelbar Wirkung entfaltete, entfalten konnte.

Festzuhalten bleibt, dass es aus der Logik des politischen Systems der BRD heraus – im Vergleich zur DDR – sehr viel einfacher war, Infrastrukturen in den neuen Ländern zu modernisieren oder neu zu schaffen. Dies gilt insbesondere für die Verkehrswege. Auch haben die Instrumente der Städtebauförderung und der Denkmalpflege es ermöglicht, viel wertvolle städtische Substanz zu erhalten und wieder in Nutzung und Wert zu setzen, was zu Zeiten der DDR aus Mangel an Mitteln in der Regel nicht der Fall war. Als Alternative war zuvor nur radikale Flächensanierung denkbar. Der sorgfältige Erhalt eines Waidspeichers in Erfurt und seine Umwidmung in eine bis heute bespielte Kabarettbühne war zu DDR-Zeiten die Ausnahme von der Regel. Aber

es war damals eben nicht möglich, alle historische Bausubstanz kulturell zu nutzen – wie mir 1988 gesagt wurde. Altstädte für Wohnfunktionen zu sanieren, war zu der Zeit jenseits wirtschaftlicher Machbarkeit.

Der erfolgreiche Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen in Forschung und Lehre hat seit der deutschen Einheit viele Universitätsstädte durch den Zuzug von Wissenschaftlern und Studenten wieder zu insgesamt attraktiven Orten werden lassen: Jena, Greifswald oder auch Freiberg sind zu nennen. In Städten, wo auf industrielle Potenziale, insbesondere auf gut ausgebildete Fachleute zurückgegriffen werden konnte – also persistente Industriestrukturen existierten –, sind neue tragfähige regionale Ökonomien entstanden. Allerdings war es hier – im Unterschied zu DDR-Zeiten – nicht mehr möglich, durch staatliche Planungen Schwerpunkte zu setzen oder gar umzusetzen, sondern dem Staat war es lediglich möglich, infrastrukturelle Angebote zu machen oder steuerliche Anreize zu setzen. Die Annahme dieser Angebote musste durch die wirtschaftliche Nachfrage erfolgen.

Auf die Problematik der Abwicklung des staatlichen Besitzes der DDR durch die Treuhand und deren unterschiedliche Verfahrensweisen vor und nach der Ermordung Detlef Rohwedders kann hier nur verwiesen werden. Dass die Modernisierung der wirtschaftlichen Strukturen, die Schaffung konkurrenzfähiger Strukturen immer nur dort erfolgreich war, wo auf vorhandene Strukturen, regionale „Begabungen“ oder ausgebildete Arbeitnehmer („Human Resources“) zurückgegriffen werden konnte, zeigt die Wichtigkeit solch persistenter Strukturen einerseits und verweist andererseits auf die Schwierigkeit, neue industrielle Großstrukturen oder gewerbliche Cluster in Regionen zu gründen, die dafür zuvor nicht vorgesehen oder geeignet waren (Stichwort: endogene Potenziale). Dies steht im starken Kontrast zu dem Vorgehen in der DDR, die mittels ihrer zentralen Planung Großprojekte in den Regionen plante und verwirklichte, die für die systemischen Belange der DDR elementar waren. Nach der Wiedervereinigung und dem Wegfall der systemischen Zwänge waren diese Standorte in Konkurrenz zu anderen in Deutschland nicht mehr zu halten. Die Folgen sind

z. T. immer noch sichtbar, werden erst im Laufe der Zeit endgültig verschwinden. Das braucht Zeit, so wie auch die Verarbeitung der gesellschaftlichen Umbrüche bei den Betroffenen – je nach Lebenslage sehr unterschiedlich – Zeit brauchen wird, je nachdem wie die Anpassung an die neuen Lebensumstände geglückt ist oder nicht. Eine offene Gesellschaft, wie es Deutschland ist, birgt Potenziale wie Risiken, die aber in einer sozialen Marktwirtschaft so ordnend ausgestaltet sein sollten, dass niemand unverschuldet zurückgelassen wird.

Aus der Erfahrung mit der Entwicklung der alten Bundesrepublik nach 1945 wissen wir, wie lange es dauert, bis sich aus den Ruinen von diktatorischen oder totalitären Zuständen eine offene, lebendige Gesellschaft und eine tragfähige politische Kultur entwickeln. Insofern sind Erscheinungen wie die PEGIDA – so bedauerlich und abstrus sie auch sind – meiner Meinung nach vorübergehende. Aber das ist ein anderes Thema!

17 Ein thesenartiges Resümee lautet:

- Insgesamt ist die deutsche Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte, auch wenn der Erfolg noch nicht hundertprozentig ist; er liegt etwa bei 70 %.
- Dies ist mit hohem finanziellen Aufwand – im Wesentlichen durch Transfers aus dem Westen – geschehen, nicht zuletzt durch einen Solidarzuschlag zur Einkommensteuer, der von allen Deutschen – in West wie Ost – zu leisten war und ist, aber auch durch einen erzwungenen Lastenausgleich, den die Städte und Kommunen Westdeutschlands zu leisten hatten.
- Städte in Ostdeutschland, die persistente Potenziale aus der Zeit vor und während der DDR aufweisen konnten, haben sich besonders positiv und erfolgreich entwickelt.
- Die schon früher bekannten Probleme der kleinen Städte und der Dörfer in ländlichen Regionen sind zurückgekehrt, haben sich in manchen Regionen sogar verstärkt. Die Folgen der Abwanderung und Alterung dieser Regionen werden

völlig neue Formen der Daseinsfürsorge erforderlich machen.

- Mit der deutschen Wiedervereinigung ist der deutsche Föderalismus vielfältiger geworden. Er hat sich als Strukturelement des deutschen politischen Systems – im Zusammenspiel zwischen den Ebenen und Zuständigkeiten des Bundes, der Länder und der Kommunen – bewährt. Es steht zu erwarten, dass seine Ausgleichspolitik sich in Zukunft nicht mehr nur dem Osten der Republik zuwenden wird, sondern allen Städten, Kommunen und Regionen, die vergleichsweise schlechter dastehen.
- Es war zu erwarten, dass die Transformationsprozesse längere Zeiträume einnehmen würden – mindestens den Zeitraum einer Generation, der mit dreißig Jahren anzusetzen ist.
- Es war auch zu erwarten, dass diese Prozesse nicht fehlerfrei und ohne Irrwege, zudem nicht gleichmäßig und nicht überall ablaufen würden. Dem ist auch so gewesen. Aber über die Zeit hat sich vieles eingependelt. Dies gilt auch für die menschlichen und sozialen Anpassungsprozesse, die zu leisten gewesen waren. Sie wären wert, gesondert darzustellen. Quelle dafür könnten nicht zuletzt die wachsende Zahl von Veröffentlichungen sein, die Lebensläufe in der DDR zum Thema haben – insbesondere auch solche aus dem Bereich der Belletristik.
- Last not least: Die Befürchtungen, mit der Wiedervereinigung würde in der Mitte Europas ein „Riese“ entstehen, der das europäische Gleichgewicht auseinander bringt, haben sich nicht bewahrheitet. Deutschland als Teil der Europäischen Union, die auch zur Bewältigung der Transformation beigetragen hat, ist mit seiner föderalistischen Struktur und seinem ausdifferenzierten Städtesystem ein für Europa stabilisierendes politisches System.

18 Bleibt ein kurzes Schlusswort.

Räumliche Entwicklungen – in Stadt und Land – sind nie endgültig. Sie bauen über

die Zeit betrachtet aufeinander auf oder werden willentlich in Richtungen geändert, die eine bewusste Trendwende signalisieren sollen. Solche Brüche können ihrerseits wieder gewendet werden, was nicht einen historisch früheren Zustand dupliziert, jedoch an gekannte Strukturen anknüpft, diese wieder zum Tragen bringen kann.

Das Berliner Stadtschloss der Hohenzollern ist hierfür ein gutes und zudem aktuelles Beispiel:

- Seine Lage in der Mitte Berlins als zentrales Symbol einer monarchischen Herrschaft,
- sein endgültiges Ausradieren nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg durch die von Walter Ulbricht verfügte Sprengung,
- die darauf folgende Konstruktion eines Palastes (!) der Republik, der staatliche

Funktionen mit populärer Unterhaltung verband,

- das Abtragen dieses zentralen Symbols der DDR, allerdings unter der technischen Vorgabe einer Asbestbelastung, und
- die Rekonstruktion dieses Schlosses in einer rein äußeren Form als Referenz an die preußische Vergangenheit Berlins zum Zwecke zukünftiger kultureller Expositionen, ohne staatliche Funktionen wohlgemerkt. Und daneben steht der Fernsehturm der DDR – frisch renoviert – als letztes Symbol der früheren Hauptstadt der DDR, Berlin.

All dies, diese Reihen- und Abfolge, signalisiert mehr als viele andere Beispiele Kontinuitäten, Persistenzen, Umbrüche und Neuanfänge von gesellschaftlichen Entwicklungen und ihren Niederschlag im Raum.

Literatur als Referenz und Anregung

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung; BfLR – Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), 1990: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4/5 – Dokumentation einer Tagung der Werner Reimers Stiftung am 19. und 20.3. 1990 zur räumlichen Forschung in der DDR. Köln.

Ash, Timothy Garton, 1981: „Und willst du nicht mein Bruder sein...“. Die DDR heute. Reinbek.

Bauakademie der DDR (Hrsg.), 1990: Gesellschaftskonzeption und Stadtentwicklung. Dokumentation eines wissenschaftlichen Symposiums der Bauakademie der DDR am 17.1. 1990 in Berlin. Heft 274 der Reihe Bauforschung – Baupraxis. Berlin (Ost).

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2007: Regionalbarometer neue Länder. Sechster zusammenfassender Bericht. Berichte Band 28. Bonn.

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2000: Stadtentwicklung und Städtebau in Deutschland. Ein Überblick. Band 5 der Berichte. Bonn.

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2000: 10 Jahre Transformationsprozesse in der Mitte Europas. Heft 7/8 der Informationen zur Raumentwicklung. Bonn.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.), 2010 : 20 Jahre deutsche Einheit – zwei Dekaden im Rückblick. Informationen zur Raumentwicklung, 10/11.2010. Bonn.

Becker, Annette (Hrsg.), 1997: Regionale Strukturen im Wandel. Beiträge zum Bericht 5 „Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses“ der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Opladen.

Betker, Frank, 2005: „Einsicht in die Notwendigkeit“. Kommunale Stadtplanung in der DDR und nach der Wende (1945–1994). Stuttgart.

Bernhardt, Christoph; Flierl, Thomas; Welch Guerra, Max (Hrsg.), 2012: Städtebau-Debatten in der DDR. Verborgene Reformdiskurse. Berlin.

Blackbourn, David, 2006: Die Eroberung der Natur. Eine Geschichte der deutschen Landschaft. München.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, 2013: Stadtentwicklungsbericht 2012. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Drucksache 17/14450 des Deutschen Bundestags, 17. Wahlperiode vom 22.7.2013. Berlin.

- Bräunig, Werner et al., 1969: Städte machen Leute. Streifzüge durch eine neue Stadt. Halle (Saale).
- Dahn, Daniela, 1997: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit. Hamburg.
- Dase, Martina; Lüdtke, Jürgen; Wollmann, Hellmut, 1989: Stadterneuerung im Wandel – Erfahrungen aus Ost und West. Internationales Symposium Berlin, 27.–29. Oktober 1988. Basel-Boston-Berlin.
- Dittrich, Volker, 2015: Wem gehört das Haus in Chemnitz? Marburg.
- Esser, Hartmut (Hrsg.), 2000: Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland. Wiesbaden.
- Hannemann, Christine; Kabisch, Sigrun; Weiske, Christine, 2002: Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin.
- Hauswald, Harald; Rathenow, Lutz, 2006: Gewendet. Vor und nach dem Mauerfall: Fotos und Texte aus dem Osten. Berlin.
- Häußermann, Hartmut, Neef, Rainer (Hrsg.), 1996: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen. Opladen.
- Hunger, Bernd; Bock, Dieter; Meier, Christiane, 1990: Städtebauprognose. Städtebauliche Grundlagen für die langfristige intensive Entwicklung und Reproduktion der Städte. Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, Nr. 42. Berlin. (erstmalig im November 1989 durch Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur als Herausgeber).
- Kil, Wolfgang, 2000: Gründerparadiese. Vom Bauen in Zeiten des Übergangs. Berlin.
- Kirchner, Jörg, 2010: Architektur nationaler Tradition in der frühen DDR (1950 – 1955). Zwischen ideologischen Vorgaben und künstlerischer Eigenständigkeit. Dissertation an der Universität Hamburg, Hamburg.
Zugriff: <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2010/4774/pdf/eDissertation.pdf> (abgerufen am 1.9.2015)
- Klein, Olaf Georg, 1994: Plötzlich war alles ganz anders. Deutsche Lebenswege im Umbruch. Köln.
- Koskiahio, Britta; Staufenbiel, Fred et al. (Hrsg.), 1979: Lebensweise und Lebensniveau. Wohnen und Wohnumwelt. Tampere.
- Kuczynski, Rita, 2005: Ostdeutschland war nie etwas Natürliches. Berlin.
- Land, Rainer (Hrsg.), 1990: Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung. Berlin.
- Ludz, Peter Christian, 1964: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 8. Köln und Opladen.
- Ludz, Peter Christian, 1974: Deutschlands doppelte Zukunft. Bundesrepublik und DDR in der Welz von Morgen. Ein politischer Essay. München.
- Marcuse, Peter, 1990: A German Way of Revolution. DDR-Tagebuch eines Amerikaners. September 1989 bis Juli 1990. Berlin.
- Merkel, W.; Wahl, S., 1991: Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989. Schriften des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG Bonn). Bonn.
- Merton, Robert, 1980: Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit. Frankfurt (Zuerst 1965 mit dem Titel „On the Shoulders of Giants“ in den USA erschienen).
- Musil, Jiri; Strubelt, Wendelin, 1997: Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den Nachbarländern. KSPW: Transformationsprozesse, Band 25. Opladen.
- Richter, Peter, 2004: Blühende Landschaften. Eine Heimatkunde. München.
- Schäfer, Uta (Hrsg.), 1997: Städtische Strukturen im Wandel. Beiträge zum Bericht 5 „Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses“ der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Opladen.
- Schroeder, Klaus, 2000: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz. München.
- Strubelt, Wendelin (Hrsg.), 1997: Jena. Dessau. Weimar. Städtebilder der Transformation. 1988 – 1990, 1995 – 1996. Schriftenreihe KSPW: Transformationsprozesse, Band 29. Opladen.
- Strubelt, Wendelin et al., 1996: Städte und Regionen. Bericht 5 der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW). Opladen.
- Strubelt, Wendelin (Hrsg.), 2010: Der gebändigte Raum. Bilder und Texte zur Raumnutzung in Deutschland. Photos von Jürgen Hohmuth. Tübingen.
- Strubelt, Wendelin; Briesen, Detlef (Hrsg.), 2015: Raumplanung nach 1945. Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt, New York.
- UN – United Nations. Economic Commission for Europe, o.J. (1989): Proceedings from the Sixth Conference on Urban and Regional Research in Leipzig, 17–21 October 1988. Als Manuskript gedruckt. Berlin (Ost).
- Wagner-Kyora, Georg, 2004: Graue Diven erfinden sich selbst. Akteurshandeln und Identitätskonstruktion in Entscheidungsprozessen über die Altstadtsanierung von Halle und Leipzig 1990 bis 2003. In: Ranft, Andreas; Selzer, Stephan (Hrsg.): Städte aus Trümmern. Katastrophenbewältigung zwischen Antike und Moderne. S. 201–273, Göttingen.
- Wollmann, Hellmut; Wiesenthal, Helmut; Bönker, Frank (Hrsg.), 1995: Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs. Leviathan, Sonderheft 15. Opladen.

Die deutsche Einheit im Spiegel des Städtebaulichen Denkmalschutzes

Ricarda Ruland

Das Bund-Länder-Programm Städtebaulicher Denkmalschutz kann hinsichtlich Stadterneuerung als das erfolgreichste Instrument der Herstellung von Einheit gewertet werden. Auf Basis der Bausubstanz jahrhundertalter historischer Städte und mit dem Bekenntnis, diese Zeugnisse der gemeinsamen Vergangenheit zu erhalten und zu revitalisieren, wurde schnell ein sichtbares Zeichen der gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft gesetzt.

Trotz der in West und Ost unterschiedlich gesetzten Schwerpunkte in der Stadtentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg und den daraus resultierenden immensen Diskrepanzen im Zustand der Städte zum Zeitpunkt der Wende, wurde mit Hilfe des Programms und der Kommunikation zwischen den Fachleuten in Ost und West schnell eine gemeinsame Handlungsbasis geschaffen, die in ihrer Verständigung über Probleme und Lösungsansätze bis heute funktioniert.

Der Städtebauliche Denkmalschutz hat wesentlich dazu beigetragen, weite Teile der historischen Bausubstanz in den ostdeutschen Bundesländern zu retten und zu sanieren. Leerstand und eine fehlende ökonomische Basis gefährden jedoch die weitere Nutzung der historischen Gebäude wie die Funktionen vieler alter Städte und leisten so einem erneuten Verfall Vorschub.

Der Städtebauliche Denkmalschutz kann hinsichtlich Stadterneuerung/Stadtentwicklung als das erfolgreichste Instrument zur Herstellung von Einheit gewertet werden. Auf Basis der jahrhundertalten historischen Städte und mit dem Bekenntnis, diese Zeugnisse der gemeinsamen Vergangenheit zu erhalten und zu revitalisieren, wurde schnell ein sichtbares Zeichen der einigten Vergangenheit und Zukunft gesetzt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Ost und West die Schwerpunkte der Stadtentwicklung unterschiedlich gesetzt, was im ersten Kapitel dieses Beitrags dargestellt wird. Daraus resultierten immense Diskrepanzen hinsichtlich des Zustandes der Städte zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung. Trotzdem wurde dank der Kommunikation zwischen den Fachleuten in Ost und West und dem Städtebaulichen Denkmalschutz schnell eine gemeinsame Handlungsbasis geschaffen, die in ihrer Verständigung über Probleme und Lösungsansätze bis heute funktioniert. Das zweite Kapitel erinnert an die Anfangszeit und wie das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz bundesweit neue Maßstäbe setzte – hinsichtlich der Herangehensweise an den Erhalt des gebauten kulturellen Erbes wie im Umgang

mit Problemlagen nicht nur im Bereich der Städtebauförderung.

Das dritte Kapitel wagt einen Blick in die Zukunft. Mit Hilfe des Programms ist es gelungen, weite Teile der historischen Bausubstanz in den neuen Bundesländern zu retten und zu sanieren. Leerstand und eine fehlende ökonomische Basis gefährden jedoch die weitere Nutzung der historischen Gebäude und teils sogar die Funktion mancher Siedlung als Stadt oder Lebensort. Damit droht erneuter Verfall. Was vermag unter solchen Umständen der Städtebauliche Denkmalschutz oder Stadtentwicklung allgemein noch zu leisten? Und welche Rolle spielt die lokale Gesellschaft in künftigen Stadtentwicklungsprozessen?

1 Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Stadtentwicklung von 1945 bis 1989

Die Entwicklungen im Städtebau und der Umgang mit dem baulichen Erbe in der Stadtentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten lassen sich nicht allgemeingültig beschreiben, dennoch sind unterschiedliche Trends erkennbar, die auch immer

Ricarda Ruland
ist Projektleiterin im Referat
Baukultur und Städtebaulicher
Denkmalschutz des
Bundesinstituts für Bau-,
Stadt- und Raumforschung.
ricarda.ruland@bbr.bund.de

Ausdruck des gesellschaftlichen und städtebaulichen Wandels waren.

Stadtentwicklung in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren

In Westdeutschland waren die Wiederaufbaujahre zuerst durch zwei gegensätzliche Strömungen gekennzeichnet: dem „rekonstruktiven Wiederaufbau“, bei dem die Gebäude auf den alten Stadtgrundrissen parzellenscharf rekonstruiert wurden (z. B. Freudenstadt, Prinzpalmarkt Münster, Frankfurter Römerberg), und im klaren Gegensatz dazu der Idee der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, bei der die Kriegszerstörungen zu einem radikalen Neuanfang genutzt wurden (z. B. Kassel, Hannover). In vielen Städten wurde aber auch ein Mittelweg als Kompromiss zwischen diesen beiden Ansätzen gewählt: der „traditionelle Anpassungsneubau“ (z. B. Lübeck, Aachen, Freiburg). Im Laufe der 1950er-Jahre setzte sich dann die „gegliederte und aufgelockerte Stadt“ in beiden deutschen Staaten als vorherrschendes städtebauliches Leitbild durch (Curdes 1996: 241).

Im Wirtschaftswunderrausch der 1960er-Jahre führte in der Bundesrepublik das kräftige Wirtschaftswachstum sowie die Ausweitung und Industrialisierung der Güterproduktion zu gesellschaftlichen Veränderungen. Das Bevölkerungswachstum und der gestiegene Wohlstand verstärkten den Bedarf an Wohnraum, technischer und sozialer Infrastruktur. Das Verkehrsaufkommen nahm rasant zu, und Vorstellungen von einer autogerechten Stadtentwicklung erhielten weiteren Auftrieb. Die hemmungslose Außenentwicklung der Städte und die größer werdenden Probleme mit Landverbrauch und Verkehrsentwicklung führten dann zu einer Rückbesinnung auf die bebauten Flächen in den Innenstädten. Seit Beginn der 1960er-Jahre wurde daher die Forderung nach „Altstadtsanierung“ laut. Diese hatte jedoch nicht die Revitalisierung denkmalwerter Altstadtquartiere zum Ziel, sondern bedeutete damals flächenhaften Abriss und Neubebauung.

Am historischen Baubestand in den im Krieg weitgehend unbeschädigt gebliebenen Innenstadtquartieren wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren kaum Instandsetzungsarbeiten ausgeführt. So schritt der

Verfall der Bausubstanz immer rascher voran. Auch die Anpassung der Wohnungen an die neuen Wohnansprüche blieb aus. Das führte dazu, dass jeder, der es sich finanziell leisten konnte, in die Neubausiedlungen am Stadtrand zog. Zurück blieben Alte und ökonomisch Schwache. Die leer stehenden Wohnungen wurden ohne vorhergehende Modernisierung an ausländische Arbeitnehmer vermietet. Die historischen Stadtzentren verkamen zunehmend zu Problemgebieten oder wurden zu reinen Verkehrs- und Einkaufszentren. Der fortschreitende Verfall der Altbausubstanz war eine Folge – Straßenerweiterungen und der Bau von maßstabslosen Kaufhäusern und Bürobauten die andere.

In der sowjetischen Besatzungszone gingen die technischen Maßnahmen des Wiederaufbaus einher mit einer rigorosen Umstrukturierung der ökonomischen Verhältnisse, der Verwaltungen und Institutionen (Bodenreform, Enteignung; Andrä 1996: 135). Von den zentralen Stellen wurde als eine zentrale Aufgabe der Aufbau zerstörter Städte gestellt, ohne diesen durch Vorgaben zu reglementieren. Es blieb den Städten bzw. für die Ambitionen einzelner Planerinnen und Planer ein großer Spielraum, der sich in kontroversen Konzepten dokumentierte. Am 6. September 1950 wurde dann das „Aufbaugesetz“ von der Volkskammer der DDR verabschiedet, in dem die „16 Grundsätze des Städtebaus“ für die Stadtplanung als verbindlich erklärt wurden.¹ Eingeführt wurden diese „16 Grundsätze des Städtebaus“, die ab 1950 für ein halbes Jahrzehnt das Leitbild für den Städtebau der DDR waren, mit den Worten: „Die Stadtplanung und die architektonische Gestaltung unserer Städte müssen der gesellschaftlichen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, den fortschrittlichen Traditionen unseres deutschen Volkes sowie den großen Zielen, die dem Aufbau ganz Deutschlands gestellt sind, Ausdruck verleihen.“ Zum wichtigen Faktor der Bewusstseinsbildung aufgewertet sollten Städtebau und Architektur den sozialistischen Aufbau und sozialistische Qualitäten – wie Arbeitsfreude oder Heimatliebe – mit Konzepten schöner Städte fördern (ebd.: 140).

Ab 1955 erfolgte eine neue Phase des Städtebaus in der DDR, nachdem die Sowjetunion 1954 neue Direktiven für die Ar-

(1) Neben Berlin hatten die wichtigsten Industriezentren, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Chemnitz, Dessau, Rostock, Wismar und Nordhausen Vorrang beim Aufbau.

chitektur erlassen hatte, die eine stärkere Standardisierung unter Verzicht auf teure Repräsentationsbauten forderten. Der unter Chruschtschow erfolgte baupolitische Kurswechsel war getragen von der Rückkehr zum Leitbild der funktionellen Stadt.

Im Zuge dieser neuen Baupolitik entschied sich das Schicksal zahlreicher, trotz Kriegsschadens noch weitgehend erhaltener Baudenkmäler seit Mitte der 1950er-Jahre vor allem durch die Unterlassung von Sicherungsmaßnahmen. Die Umstrukturierung des Ministeriums für Aufbau in ein Ministerium für Bauwesen (Februar 1958) war ein deutliches Zeichen der Trendwende in der Baupolitik. Damit wurde auch die fortschreitende Tendenz einer Integration und schließlich völligen Unterordnung des Bauwesens unter die Wirtschaftsführung deutlich. Städtische Altbaugebiete genügten nicht mehr den Anforderungen der Volkswirtschaft – ihnen wurde Stillstand verordnet (ebd.: 144). So wiesen die städtebaulichen Leitplanungen, die vor allem von bezirklichen Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanungen verfasst wurden, für die Stadtkerne durchgängig Altbaugebiete aus, für die Totalabbruch und Ersatzneubau zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen waren. Für die örtlich fixierten Umgestaltungsgebiete wurden rigorose Bausperren verhängt. Sie betrafen auch kleinere Vorhaben der Modernisierung oder des Um- und Ausbaus durch private Hauseigentümer. Vor dem Hintergrund der Zukunftsaussicht „Abbruch in wenigen Jahren“ unterblieben selbst kleine Reparaturen zur Erhaltung. So entstanden in wenigen Jahren in weiten Arealen der Altstadtkerne Zonen augenfälligen Niedergangs und der Verwahrlosung (ebd.: 146).

Insgesamt sollte die aus vorsozialistischer Zeit stammende baulich-räumliche Umwelt den Anforderungen der sozialistischen Lebensweise angepasst werden. Die Erneuerung der Stadt erforderte die Neuordnung der Funktionen Wohnen/Arbeiten, den Ausbau des Straßennetzes und die Rationalisierung des Einzelhandelsnetzes. Um die Effektivität der Produktion zu erhöhen, wurden Arbeitsstätten aus den Altbau-mischgebieten verlagert und in Industriekomplexen konzentriert.

Damit stand es in beiden deutschen Staaten Ende der 1960er-Jahre nicht gut um die Altstadtquartiere und deren historische Bausubstanz: In der BRD wurde der Verlust befeuert durch die ökonomisch getriebene Umgestaltung im Zeitgeist – in der DDR war mit der Rückkehr zum Leitbild der funktionellen Stadt die gesamte Altbausubstanz einer starken Geringschätzung unterworfen.

Die Bedeutung der Städtebauförderung 1971 in der BRD und das Europäische Denkmalschutzjahr 1975

In der Bundesrepublik wurden seit Mitte der 1960er-Jahre die Folgen der bisherigen Planung, die mehr eine Gebäude- denn eine Stadtplanung war, zunehmend spürbar. Vereinzelter Protest gegen Flächensanierungen ganzer Wohnviertel, gegen Straßenbauprojekte, kurz: Gegen die großmaßstäbliche und technologische Umgestaltung der gesamten städtischen, dörflichen und landschaftlichen Umwelt verdichtete sich 1968 vor allem in den Universitäts(städ)ten in einer kulminierenden Systemkritik (Curdes 1996: 246). Damit verbunden waren auch die ersten Anzeichen eines neuen Planungsverständnisses: Die mehr vom Projektdenken geprägten Stadterneuerungs- und Stadterweiterungsprojekte und die vielen Einzelentscheidungen, die letztlich die Stadtentwicklung bestimmten, sollten in einem rationalen Konzept kontrollierbarer gemacht werden. Die Entwicklungsplanung als sachlich umfassender Ganzheitsansatz wurde als Lösung des immer dramatischeren Koordinationsproblems unverbundener Fachpolitiken angesehen.

Ende der 1960er-Jahre wurden durch den Bund Modellvorhaben zur Vorbereitung des Städtebauförderungsgesetzes gefördert, die noch sehr unterschiedliche Zielsetzungen verfolgten: Während in einigen Städten ganze Quartiere abgeräumt und ihre Fläche mit Neubauten in völlig neuen Dimensionen auf neuem Grundriss bebaut wurden, ging man in anderen Städten schon ganz von der Erhaltung aus (Kiesow 1996: 130). Mit der Einrichtung des Städtebauförderungsgesetzes 1971 wurde dann die zentrale Rechtsgrundlage für die Erneuerung der Städte als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden geschaffen. „Städtebauliche Missstände“ wurden Gegenstand umfassender Förderung. Das

Städtebauförderprogramm sollte die Erhaltung und Modernisierung von Gebäuden und die Verbesserung des Wohnumfeldes in den betroffenen Gebieten ermöglichen und den Bedeutungsverlust der Innenstädte in ihrer Funktion als soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Mitte der Region aufhalten. Durch Vielfalt und Funktionsmischung sollten sie Orte der Begegnung und Identifikation bleiben. Statt Einkaufen in Ladenzentren auf der „grünen Wiese“ sollten sich diese Aktivitäten in den Zentren besser entwickeln können.

Dem Umdenkungsprozess in der Städtebaupolitik zugunsten des baulichen Erbes, der sich Anfang der 1970er-Jahre auch in dem Motto des Deutschen Städtetages „Rettet unsere Städte“ ausdrückte, ist es zu verdanken, dass der Denkmalschutz im Städtebauförderungsgesetz Berücksichtigung fand. Genauso wichtig war, dass zu den finanziell von Bund, Land und Gemeinden geförderten unrentierlichen Kosten auch die zur Erhaltung von Gebäuden, die wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen oder städtebaulichen Bedeutung erhalten bleiben sollen, gerechnet wurden. Gerade die Einbeziehung des Kriteriums „städtebaulich“ im Sinne von stadtbaugeschichtlich ist als Beginn der städtebaulichen Denkmalpflege in Deutschland zu werten. Den Höhepunkt des Umdenkungsprozesses zugunsten des baulichen Erbes bildete das Europäische Denkmalschutzjahr 1975. Dabei ging es primär darum, der Zerstörung des Bestands durch immer größere und nicht integrierte Neubauten Einhalt zu gebieten, die verbliebenen historisch wertvollen Einzelgebäude und Ensembles ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und sie dadurch mittelfristig zu schützen. Von Bedeutung für die städtebauliche Praxis war dabei die Erkenntnis, dass diese Gebäude und Ensembles als kulturelle und ökonomische Werte im Gefüge der Städte eine Daseinsberechtigung haben. Mit der Novellierung des Städtebauförderungsgesetzes 1976 erhielt die Erhaltung des Altbaubestands auch rechtlich den gleichen Stellenwert wie die Neubauförderung (ebd.: 130).

Durch den Erlass von neuen Denkmalschutzgesetzen in allen Ländern der Bundesrepublik bis 1980, dem Artikelgesetz

des Bundes zur positiven Berücksichtigung des Denkmalschutzes in allen einschlägigen Bundesgesetzen und dem speziellen Steuergesetz für Baudenkmäler, wurde das Baudenkmal steuerlich und förderungstechnisch dem Neubau gleichgesetzt und schuf eine steigende Bereitschaft zur Berücksichtigung des Denkmalschutzes. Die Altstadtsanierung war von der Flächensanierung zur „erhaltenden Erneuerung“ übergegangen. Von 1975 bis zur deutschen Einheit 1990 konnten so die meisten historischen Städte in der Bundesrepublik durch Instandsetzung der Baudenkmäler mit neuen Funktionen große Fortschritte bei der Revitalisierung ihrer Innenstädte machen. Sie wurden lebendige Mittelpunkte der Gesamtstadt mit einer Mischung aus Handel, Gewerbe, Verwaltung, Kultur und innenstädtischem Wohnen. Ohne die finanziellen Anreize des Bundes (vor allem im Rahmen der Städtebauförderung) wären die Länder und Kommunen dazu nicht bereit oder vielleicht auch nicht in der Lage gewesen, diese Aufgaben zu bewältigen.

Auch in der DDR fand das „Europäische Denkmalschutzjahr 1975“ hohe Resonanz und Berücksichtigung in der Politik. Das in diesem Jahr erlassene „Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der DDR“ war „eins der fortschrittlichsten seiner Zeit, fußte auf einer hervorragenden fachlichen Grundlagenarbeit des Instituts für Denkmalpflege und seiner fünf Arbeitsstellen und enthielt mit der Möglichkeit der Ausweisung von Denkmalschutzgebieten und Denkmalschutzbereichen wesentliche Kriterien für den Ensembleschutz, der den Städtebaulichen Denkmalschutz auch heute inhaltlich prägt“ (Bräuer 2007: 28 f.). Eine Veränderung der Stadtentwicklung auf dieser Grundlage war damals unter dem zentralistisch gesteuerten System der DDR jedoch nicht möglich gewesen. Die außerordentlich fortschrittlichen Ansprüche des Gesetzes reduzierten sich in der Umsetzung auf wenige Renommierbeispiele (z. B. Semperoper in Dresden, Dom in Greifswald).

Stadtentwicklung und Bürgerproteste

Die Städtebaukonzepte in der BRD der 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahre hatten sich vor allem auf die Struktur der die Zentren umgebenden Stadtviertel ausge-

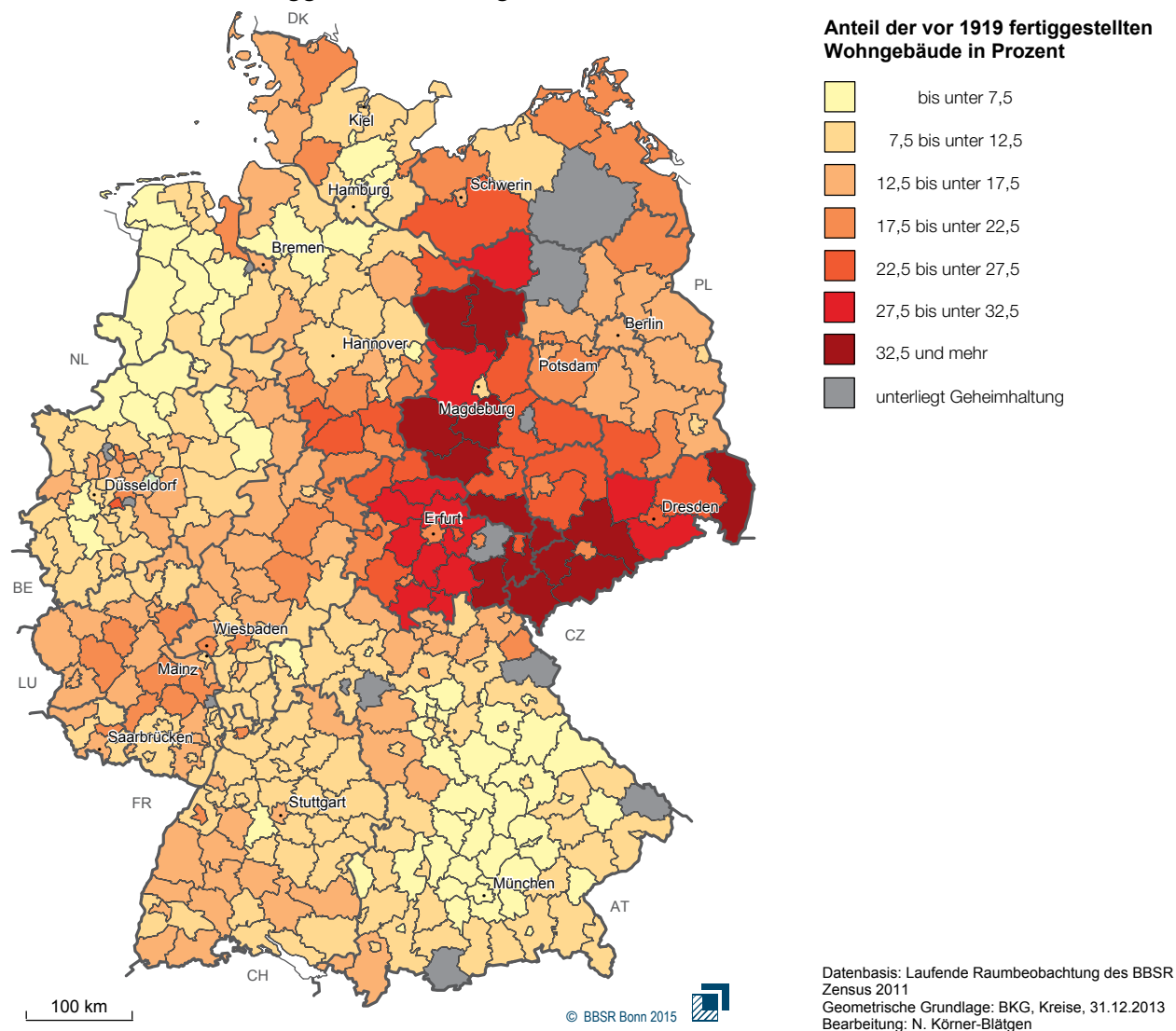
wirkt. Wenn diese Quartiere nicht ohnehin durch den Krieg zerstört waren, sollten sie im Zuge der Flächensanierungskonzepte der Nachkriegsjahrzehnte abgerissen und durch neue Strukturen ersetzt werden. Dem gingen lange Leerstandsphasen voraus, in denen ganze Stadtviertel nicht nur materiell, sondern auch sozial verfielen. Dass damit nicht nur ökonomische, sondern auch enorme kulturelle und historische Werte vernichtet würden, wurde zuerst den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Quartiere klar. Parallel zum vorsichtigen Stimmungswandel in der Fachöffentlichkeit begannen sie, sich in den 1970er-Jahren zu organisieren und der Realisierung der Sanierungskonzepte zu widersetzen. Neben den legendären Hausbesetzungen und Straßenschlachten – während der 1970er-Jahren im Frankfurter Westend und später in Berlin-Kreuzberg und der Hamburger Hafensstraße – entwickelte sich eine Kultur der Planung „von unten“, in der die Bewohner betroffener Quartiere eine entscheidende Rolle spielten. Sie trugen mit ihrer Ortskenntnis und ihrem persönlichen Engagement Qualitäten in den Planungsprozess, die seitens Verwaltung und Planung kaum eingebracht werden konnten und heute aus komplexen Planungsverfahren nicht mehr wegzudenken sind (Curdes 1996: 284).

In den 1970er-Jahren, als in der Bundesrepublik das allmähliche Umdenken in der Städtebaupolitik erfolgte, stand in der DDR vor allem die „Lösung der Wohnungsfrage“ im Fokus des Städtebaus. Dies führte zu einer enormen Wohnungsneubautätigkeit an den Stadträndern und vertagte den davor beabsichtigten flächenhaften Abriss von Altstadtkernen auf die Zeit nach 1980 (Bräuer 2007: 28). Im Laufe der 1970er-Jahre wurde jedoch immer deutlicher, dass die Wohnungsfrage nicht allein durch Neubauten zu lösen war. Der Niedergang der Altbau-substanz ließ die Leerstände anwachsen. Mehr und mehr lieferte Wohnungsneubau nur Ersatz für innenstädtischen Bestandsverlust. Daher wurden die zentralen Strategien modifiziert, und Erhalt, Modernisierung und Rückgewinnung von Wohnungen gewannen höheren Stellenwert, ohne dass allerdings die bauwirtschaftlichen und bautechnischen Mittel adäquat umverteilt wurden. Die verhängten Sperren für bauliche Maßnahmen in Altbaugebieten wurden

jedoch aufgehoben (Andrä 1996: 152). Im Übergang zu den 1980er-Jahren erfolgte durch mehrere zentrale Festlegungen eine deutliche Kursänderung der Städtebaustrategie von einer vorwiegend extensiven zu einer intensiven Stadtentwicklung. Grund waren die immer aufwändigere Neuer-schließung von großen Neubaustandorten und die stetig steigenden Leerstände mit negativen sozialen Folgen vor allem in den historisch wertvollsten Stadtkernbereichen. Das Problem hierbei bestand jedoch im Wesentlichen darin, dass das Bauwesen hohe Einsparungen von Kosten, Material, Energie und Arbeitsaufwand gewährleisten sollte und zudem die gesamte Maschinerie des Wohnungsbaus auf die technisch vorteilhaften Bedingungen der Neubaustandorte ausgerichtet war. Als Konflikt erwies sich die Notwendigkeit, die neuen qualitativen Anforderungen an das Bauwesen unter wachsenden ökonomischen Zwängen zu realisieren.

Die neue Strategie brachte für die große Mehrzahl der ostdeutschen Innenstädte und kulturhistorisch bedeutenden Stadtkerne, aufgrund der ökonomisch-technischen Zwänge, keine positive Wende. Es kam in zunehmendem Maße zu einer weiteren Abwertung historischer Bestände in der Stadtpolitik, zu wachsendem Leerstand und Verfall in Altbaubeständen und zu immer mehr in der Statistik als ungenutzt ausgewiesenem Wohnraum bei nach wie vor hohem Wohnungsbedarf. Damit war die Zustimmung vieler damals verantwortlicher Stadtpolitiker zur Aufgabe historischer Stadtsubstanz vorprogrammiert. Die vollzogenen bzw. geplanten massenhaften Abbrüche zumeist stadtcharakteristischer Bausubstanz und die flächendeckende gesichtslose Neubebauungen, die den Stadtgrundriss negierten, bedrohten das bauliche Kulturerbe im höchsten Maße. Jedoch war in den 1980er-Jahren wie in keiner Phase zuvor das Bewusstsein der Werte und Verluste in weiten Teilen der Gesellschaft gewachsen. Tausende engagierten sich in Interessen- und Arbeitsgruppen des Kulturbundes für Regional-, Ortsgeschichte und Denkmalpflege (Andrä 1996: 160). Vor allem Bürgergruppen, die sich in diesen Jahren zunehmend zur Rettung von Altstadtbereichen oder wertvollen Einzelbauwerken formierten, gerieten in den Konflikt mit den

Anteil der vor 1919 fertiggestellten Wohngebäude für Deutschland



(2)
Volker Benedix, Dezernent für Bau- und Wohnungswesen der Stadt Freiberg; Klaus-Peter Kloß, Geschäftsführer des Sanierungsträgers der Stadt Brandenburg; Lutz Penske, Leiter des Stadtplanungsamtes der Stadt Görlitz; Benita von Perbandt, Freie Architektin in Frankfurt/Main; Jürgen Rittmannsperger, Freier Architekt in Darmstadt; Hans-Hartmut Schauer, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen-Anhalt; Ernst Wipprecht, Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege; Dieter Zander, Landesamt für Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern.

undemokratischen und bürokratisierten Praktiken offizieller Baupolitik. Nicht selten wurde ihr aktives Eintreten für die Mitwirkung bei Entscheidungen zu Planungs- und Handlungsstrategien an ihrem Heimatort diffamiert und sogar kriminalisiert. So trugen der Niedergang der kulturhistorischen Werte in den Altstadtkernen und die rigorose Verweigerung öffentlicher Diskussionen darüber maßgeblich zur Vorbereitung der gesellschaftspolitischen Wende im Herbst 1989 bei (ebd.: 164).

In vielen ostdeutschen Städten befand sich die historische Bausubstanz zur Zeit der Wende in einem katastrophalen Zustand.

Die über den Krieg hinweg erhaltenen und zumindest teilweise wegen des allgemeinen Wohnraummangels bewohnten Altstadtbereiche waren in einem desolaten Zustand, aber in ihren historischen Stadtstrukturen noch vorhanden. Bereits im Frühjahr 1990 wurde das sogenannte Modellstadtprogramm der Bundesregierung aufgelegt. Je eine Stadt aus jedem der neuen Bundesländer sollte die Chance erhalten, modellhafte Stadtsanierung zu praktizieren. Im April 1990 bestimmten die Regierungen der DDR und der BRD die Städte Meißen, Weimar, Halberstadt, Brandenburg und Stralsund zu Modellstädten der Stadterneuerung.

2 Der Städtebauliche Denkmalschutz – Denkmalschutz wird Teil der Stadtentwicklung

Am 28. Mai 1991 wurde das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz von der Bundesministerin Irmgard Adam-Schwartz ins Leben gerufen. In der Pressemitteilung 50/91 war an diesem Tag zu lesen: „Denkmalschutz in 80 Städten der neuen Länder – Bauministerin gibt Städteliste für Förderprogramm bekannt.“ Mit Einführung dieses neuen Städtebauförderprogramms wurden von Anfang an Kommunikation und Information als wesentliche Bestandteile und Basis einer erfolgreichen Programmumsetzung verstanden. So wurden direkt zu Beginn zahlreiche verschiedene Instrumente etabliert, die sich bis heute bewährt haben, noch immer erfolgreich genutzt werden und eine hohe Nachfrage und Anerkennung genießen.

Lernprozess und Wegbereiter: Neue Instrumente in der Städtebauförderung

Noch am Tag der Programmeinführung erschien die „Entschließung der vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am 28. Mai 1991 in Neuruppin berufenen Expertengruppe unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Kiesow zum Programm zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes“, besser bekannt und benannt als „NEURUPPNER ERKLÄRUNG“. Das darin beschriebene Selbstverständnis der Expertengruppe lässt klar den Schwerpunkt in den Bereichen Austausch, Beratung und Vermittlung von Wissen und Erfahrungen erkennen. In den Anfangsjahren standen vor allem praktische Fragestellungen bei den Vor-Ort-Beratungen zu Sicherung und Sanierung, zu Prioritäten der Ziel- und Handlungskonzepte, zu Kriterien zur Auswahl und Abgrenzung von Erhaltungsgebieten, Hilfestellung bei der Erfassung besonders wertvoller und gefährdeter Baudenkmäler und Ensembles im Fokus. Zur Expertengruppe gehörten 1991 neben dem Vorsitzenden Gottfried Kiesow, damals Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, acht weitere Personen: drei Vertreter aus ostdeutschen Kommunen, drei Vertreter der ostdeutschen Landesämter für Denkmalschutz und zwei westdeutsche freie Architekten.² An den Sitzungen der Expertengruppe nahmen zudem Vertreter des

Bundes, Vertreter der neuen Bundesländer und Berlins sowie die Vertreter der neuen Landesdenkmalämter teil.

Bereits im August 1991 – drei Monate nach Inkrafttreten des Programms – erschien die erste Ausgabe der Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz, herausgegeben vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Die Herausgabe der Informationsdienste war von Anfang an mit dem Anspruch verbunden, einer breiten Zielgruppe alle programmrelevanten Themen möglichst zeitnah zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen sollten – viel stärker als bislang in der Städtebauförderung üblich – mit Hilfe von guten Beispielen und Hinweisen (z. B. zur Anwendung der Erhaltungssatzung, mit Städteporträts, Mustervordrucken etc.) mögliche Herangehensweisen aufgezeigt werden, um den Prozess der „bestandsorientierten Stadterneuerung“ (BMBau 1991: 1–3) schneller und zielgerichteter voranzubringen.

Der erste Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz fand am 26. und 27. August 1991 in Quedlinburg statt. Das Programm war gerade mal drei Monate alt, als das Bundesministerium zu dieser Veranstaltung, die insbesondere für die Vertreter der 82 Städte des Sonderförderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz gedacht war, einlud. Gekommen waren 229 Teilnehmer aus den Förder- und Modellstädten, darunter Bürgermeister und Baudezernenten, Architekten, Stadtplaner, Denkmalpfleger und Sanierungsträger, Fachleute aus den alten Bundesländern, Partnerstädten und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Repräsentanten des Bundes, der Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbände (BMBau 1991: 2–21). Das Zusammenspiel von Vorträgen im Plenum und der Vertiefung von daraus abgeleiteten Fachthemen in den Arbeitsgruppen mit viel Raum für Erläuterung und Diskussion prägt seit damals den Charakter der jährlichen Kongresse zum Städtebaulichen Denkmalschutz.

Ein weiteres Instrument zur Aktivierung und Verstärkung von Kommunikation und Vermittlung in die Öffentlichkeit ist die Durchführung von Bundeswettbewerben. Der erste dieser Art³ fand im Zeitraum 1992–1994 unter dem Titel „Erhaltung

(3)
„Der erste“ nur bezogen auf das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz: Es gab bereits 1976–1978 ein auf historische Städte bezogenes Wettbewerb mit dem Titel „Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau“ – zwangsläufig jedoch auf die alte Bundesrepublik beschränkt.

des historischen Stadtraums in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland – Standortkultur und Städtebaulicher Denkmalschutz“ statt. Das Ziel des Wettbewerbs war, die positiven Wirkungen des Städtebaulichen Denkmalschutzes zu verstärken und die guten Beispiele der zu jener Zeit geförderten 93 Städte und Gemeinden einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln sowie das Bewusstsein für städtebauliche und denkmalpflegerische Qualität zu fördern. Der Wettbewerb sollte auch den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten und Gemeinden der einzelnen Bundesprogramme unterstützen – auch zwischen den Partnerstädten in Ost und West (Adam-Schwaetzer 1994: 15).

Die verschiedenen dargestellten Instrumente der ersten Jahre des Städtebaulichen Denkmalschutzes in den neuen Ländern belegen deutlich, dass die Themen Kommunikation, Information und Austausch der Erfahrungen unter den geförderten Kommunen, aber auch mit den Partnerkommunen im Westen von Anfang an als zentral erachtet wurden. Der stete Austausch, das Lernen voneinander und das zügige Aufbauen eigenständiger Kompetenzen führte in den Jahren zu einem steigenden Selbstbewusstsein der ostdeutschen Kommunen und Verwaltungen. Die behutsam und denkmalgerecht sanierten Häuser und öffentlichen Plätze, die Wiederbelebung der historischen Stadt- und Ortskerne, die spürbar steigende Wertschätzung bei den Bürgerinnen und Bürgern und das hohe Maß an bürgerschaftlichem Engagement in zahlreichen Vereinen und Initiativen rund um Denkmalschutz und Altstadt sowie der wachsende Tourismus machten die Erfolge des Förderprogramms eindrucksvoll erlebbar.

Bis heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands, wurden mit mehr als 2,16 Mrd. Euro Bundesfinanzmitteln in 220 Städten der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und dem Ostteil Berlins erhaltenswerte Häuser und Ensembles von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung gesichert und modernisiert sowie wertvolle öffentliche Räume zu neuem Leben erweckt. Die Evaluierung des Programms über den Zeitraum 1991 bis 2008 zog eine sehr positive

Bilanz. Das vordringlichste Ziel – die Rettung der wertvollen Substanz vieler Stadtkerne – wurde erreicht. Es gilt nun jedoch, die Erfolge konsequent fortzusetzen, da noch immer etwa ein Drittel der Bausubstanz sanierungsbedürftig ist (BMVBS 2012: 10). Zudem stehen die Programmkommunen nun vor der Aufgabe, das wiedergewonnene baukulturelle Erbe zu bewahren und zu pflegen und die historischen Stadtkerne an die aktuellen Herausforderungen durch Klimawandel, demografischen Wandel und Veränderungen der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anzupassen.

Der Städtebauliche Denkmalschutz wird ein gesamtdeutsches Programm

Der umfassende Struktur- und Funktionswandel betraf und betrifft nicht nur die ostdeutschen Länder, sondern macht sich auch in den Städten im Westen der Republik bemerkbar. Besonders die durch die demografische Entwicklung sinkenden Einwohnerzahlen geben Grund, sich um die historischen Städte in allen strukturschwachen Gebieten ohne ausreichende Arbeitsplätze im Osten wie im Westen gleichermaßen Sorgen zu machen. Im Jahr 2009 wurde daher das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz auch in den westdeutschen Bundesländern eingeführt. Mit dem Start des Programms in den alten Ländern wurde die Förderkulisse erweitert. Statt der bisher fast ausschließlichen Berücksichtigung historischer Altstadtkerne können seit 2009 auch Stadterweiterungsgebiete, Siedlungen und Industrieanlagen von besonderer historischer Bedeutung zu einem Fördergebiet erklärt werden. Damit wurde einerseits auf die besonderen Gegebenheiten im Westen der Republik Rücksicht genommen, andererseits kommt auch vielen Städten im Osten diese Ausweitung zugute.

In den ersten Jahren nach Einführung des Programms in den alten Bundesländern zeigte sich, dass die im Osten schon seit Jahrzehnten erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit zwischen Stadtplanung/ Stadtentwicklung mit der Denkmalpflege hier eine große Herausforderung darstellte. Im Osten hatten sich bereits 1991 zur Umsetzung des Programms Denkmalschützer und Stadtplaner an einen Tisch gesetzt im Bewusstsein, die anstehenden Aufgaben

gemeinsam angehen zu müssen. Das führte dazu, dass die Denkmalpflege häufig dem Bauamt o. ä. zugeordnet ist. In den Städten der alten Bundesrepublik ist die Denkmalpflege jedoch häufig im Kulturdezernat angesiedelt. Das integrierte Handeln – insbesondere mit der Denkmalpflege, das von Beginn an originärer Bestandteil des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz war – musste im Westen erstmal vermittelt, akzeptiert und umgesetzt werden.

Bei der Komplexität der vorhandenen historischen baulich-räumlichen Strukturen und den anstehenden Anpassungsnotwendigkeiten besteht mittlerweile Einigkeit darüber, dass dies nur ressortübergreifend, interdisziplinär und unter Beteiligung verschiedenster für die Stadtentwicklung relevanter Akteure aus Verwaltung, Politik, Bürgerschaft, Wirtschaft und weiteren Feldern erfolgreich umgesetzt werden kann. Das entsprechende Instrument, das integrierte Stadtentwicklungskonzept, ist mittlerweile für alle Städtebauförderprogramme Fördervoraussetzung. Im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung wurde für die Zuteilung von Mitteln der Städtebauförderung für alle Förderprogramme festgeschrieben: „Fördervoraussetzung ist ein unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erstelltes integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept, in dem Ziele und Maßnahmen im Fördergebiet dargestellt sind.“

Schon die Bürgerproteste in den 1970er und 1980er-Jahren in der Bundesrepublik und die Bürgerbewegung in der DDR, die 1989 zur Wende führte, machten die wichtige und zentrale Rolle der Bürgerschaft bei Stadtentwicklungsprozessen deutlich. Dies zeigten nicht zuletzt auch die Demonstrationen gegen Stuttgart 21. Erfolgreiche Stadtentwicklung sollte daher die Anliegen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Für sie ist der historische Stadtkern das Herz ihrer Stadt, Identifikationspunkt und Heimat, in der neue Planungen von hohem Interesse und Veränderungen von persönlicher Bedeutung sind. Diese „Betroffenheit“ sollte im Rahmen der Erstellung der integrierten Konzepte konstruktiv aufgenommen und in Planungsziele umgeleitet werden. Die daraus resultierende hohe Akzeptanz für die anstehenden Veränderungen wirkt sich in der Folge meist positiv auf den Gesamtprozess aus.

3 Und in Zukunft? Zwischen Erbe und Aneignung

Der demografische wie der wirtschaftsstrukturelle Wandel stellen uns vor neue Aufgaben. Die Städte erleben diese Veränderungen vor allem in ihren Innenstädten konzentriert und stehen unter einem starken Anpassungsdruck. Die daraus resultierenden Herausforderungen müssen sie entweder unter wachsenden oder schrumpfenden Vorzeichen bewältigen, um auch künftig den Bedürfnissen und Nachfragen beim Wohnen, Handel, Arbeiten und bei der Mobilität gerecht werden zu können. Insbesondere in den historischen Stadtkernen verdichtet sich dieser Entwicklungsdruck, da diese traditionell eine Vielzahl verschiedener Funktionen aufnehmen.

Die Kommunen im Städtebaulichen Denkmalschutz – meist Klein- und Mittelstädte in strukturschwachen Regionen – sehen sich wieder verstärkt mit einem wachsenden Leerstand, insbesondere auch der großen und stadtgeschichtlich bedeutenden historischen Gebäude konfrontiert. Neben Schlössern, Burgen, Postämtern, Bahnhöfen, städtischen Schul- und Verwaltungsgebäuden gibt es infolge großer Gebietsreformen derzeit auch für historische Rathäuser die Problematik fehlender Nachnutzung. Hinzu kommen die vielen Ladenlokale und Wohngebäude, die für ein ganzheitliches Stadtbild unverzichtbar sind, die jedoch leer stehen und auch keine Nutzer mehr finden.

Auch wenn es derzeit zwischen Ost und West noch deutliche Unterschiede hinsichtlich ökonomischer Kennwerte gibt – bezüglich der Stadtentwicklungsprozesse ist die Teilung der Republik überwunden. Viele Problemlagen, die in den vergangenen 25 Jahren noch als rein ostdeutsches Phänomen gewertet wurden, zeigen sich heute auch in den westdeutschen Bundesländern. Im Osten entwickelte Strategien und Lösungsansätze sind zumeist übertragbar, müssen jedoch zugleich immer wieder für jeden Einzelfall angepasst oder auch neu gesucht werden. Es lässt sich an den Kongressen der letzten Jahre beobachten, dass nicht mehr von Ost und West die Rede ist, sondern dass die Themen gesamtdeutsch diskutiert werden. Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit bei einer gesamt-

deutschen Stadtentwicklungspolitik die Mentalität und Bereitschaft zur Veränderung Einfluss auf die Zukunftsfähigkeit der Städte haben wird. Dies ist umso unklarer, je stärker gesamtdeutsch angelegte politische Programme und daraus lokal abgeleitete Projekte vor Ort von Bürgerinnen und Bürgern getragen oder verhindert werden.

Die Bürgerschaft entscheidet über die Zukunft

Wir gehen in der Regel bei Diskussionen um Bürgerbeteiligung immer von in der Stadt geborenen, lange ansässigen und in diesem Sinne verwurzelten Bewohnerinnen und Bewohnern aus. Deren Biografie ist idealtypisch eng verbunden mit ihrer Stadt; es gibt demgemäß eine hohe Identifikation mit den historischen Gebäuden, weil sie mit ihnen aufgewachsen sind und Lebenserfahrungen verknüpfen. Diese Annahme lässt sich für die heutigen Städte in Deutschland allerdings kaum mehr halten. Verbunden mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel und den damit einhergehenden Wanderungen eines Großteils der jüngeren Bevölkerung in die Großstädte (BBSR 2013), sind die abseits gelegenen Städte mit einer dauerhaften Schrumpfung konfrontiert. Wer wird sich des baulichen Erbes annehmen, wenn die Erben weggezogen sind – und auch nicht wiederkommen?

In eigentlich allen westdeutschen Städten gab es seit den Wiederaufbaujahren und insbesondere in den „Wirtschaftswunderjahren“ einen großen Zustrom von sogenannten „Gastarbeitern“, die in die Quartiere zogen, in denen damals kaum mehr jemand der Alteingesessenen leben wollte. Viele der „Gäste“ wurden zu Mitbürgern und prägen mit ihrer Lebensweise und ihrer Kultur viele innenstädtische und innenstadtnahe Altbauviertel bis heute. Sie bauten teils ihre eigenen lokalen Ökonomien auf, öffneten Ladenlokale und gründeten Unternehmen. Die Atmosphäre in solchen Zuwanderungsquartieren veränderte sich, die Bausubstanz nicht. Die damaligen Migranten, deren Nachkommen heute schon in zweiter und dritter Generation hier zuhause sind, leben in und mit den vorgefundenen baulichen Strukturen. Die Schwarzpläne einer jeden Stadt – sozusagen ihre DNA – zeigen deutlich Veränderungen der Stadtstrukturen, die durch Kriege, wirt-

schaftliche Entwicklungen und politische Entscheidungen hervorgerufen wurden. Die Aneignung dieser historischen Strukturen jedoch durch neue, „fremde“ Bewohnerinnen und Bewohner findet ohne ablesbare baustrukturelle Veränderung statt. Kulturell differierende Lebensweisen werden in die vorgefundene Struktur übertragen. Und so findet man z. B. an einem Sommertag in der Bonner Altstadt eine fürs türkische Grillfest temporär umfunktionierte Parklücke vor. Oder man trifft auf junge muslimische Mädchen, die – vor der im Hinterhof gelegenen Moschee – das den Straßenbaum umgebende Grünfleckchen liebevoll bepflanzen.

Momentan erleben die deutschen Städte erneut einen großen Zustrom neu Zuwandernder. In den jüngst vergangenen Jahren stammten die meisten von ihnen aus anderen EU-Staaten – eine Folge der Finanzkrise und der großen ökonomischen Disparitäten innerhalb Europas. Aktuell aber kommen zunehmend Flüchtlinge aus fernen Ländern. Diese sind grundlegend auf unsere Hilfe angewiesen, werden – nach dem dafür ungeeigneten Königsteiner Schlüssel – auf die einzelnen Länder und Kommunen verteilt. Das führt dazu, dass eine Großstadt wie Köln, in der generell ein großer Wohnungsmangel herrscht, viele Flüchtlinge aufnehmen muss – andere Kommunen jedoch, die leer stehende Wohnungen (und keine Turnhallen, Container oder Zelte) zur Verfügung stellen könnten, weniger in die Pflicht genommen werden. Das größte Problem, das dieser Tage leider auch wieder zu Tage tritt, ist jedoch eine zum Teil fehlende Willkommenskultur – insbesondere in den Regionen, die mangelnden Zuzug und große Leerstände, Überalterung und fehlende Ökonomie beklagen. Dabei ist zu beobachten, dass es vor allem die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sind, die in den Kommunen, in denen es so gut wie keine Versorgung des täglichen Bedarfs, Restaurants etc. gibt, die letzten noch verbliebenen Läden betreiben. Die Motivation dieser letzten Akteure einer lokalen Ökonomie scheint eine andere als bei deutschen Ladeninhabern zu sein, die ihre Geschäfte schon vor langer Zeit geschlossen hatten. Solch unterschiedliche Beweggründe wären es wert, im Rahmen eines Forschungsvorhabens genauer untersucht zu werden – genauso wie die Wahrnehmung unseres baukulturellen Erbes durch Zuwandernde oder

die in unseren historischen Stadtkernen überlieferte Aufschichtung früherer Globalisierungsphasen mit ihren internationalen Verflechtungen.

Die Zukunft einer Stadt samt Erhalt der historischen Innenstädte wird sich zukünftig selbstverständlich nicht ausschließlich durch umfangreiche Bürgerbeteiligung an Stadtentwicklungsprozessen beeinflussen lassen. Neben starken überregionalen Entwicklungen und ihrem Einfluss auf lokale Prozesse stellt sich vor Ort insbesondere das Problem, wie es die bereits lange Ansäs-

sigen schaffen, neue Nachbarn, die keine herkömmlichen Erben, sondern „Aneigner“ sind, in ihre Stadtgesellschaft aufzunehmen. Dafür ist gemeinsames Lernen notwendig. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Gewalt, Zusammenschluss in reaktionären, Angst schürenden Verbindungen gefährden im Speziellen nicht nur die großen Bemühungen und Erfolge, die mit Hilfe der Städtebauförderung in den vergangenen 25 Jahren deutscher Einheit erreicht wurden, sondern die Zukunft all unserer Städte und den Erhalt unseres baulichen Erbes.

Literatur

- Adam-Schwaetzer, Irmgard, 1994: Vorwort. In: BMBau; Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.)/IRS; Forschungsgruppe Revitalisierung historischer Stadtkerne in den neuen Ländern (Bearbeitung): Bundeswettbewerb 1992–1994 „Erhaltung des historischen Stadtraums in den neuen Ländern und Berlin“ „Standortkultur und Städtebaulicher Denkmalschutz. Werkbericht. Bonn.
- Andrä, Klaus, 1996: Städtebauliche Entwicklungen 1945 bis 1989 im Osten Deutschlands In: BMBau; Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.)/IRS (Bearbeitung): Alte Städte, neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S.135–188.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.)/Milbert, Antonia; Sturm, Gabriele; Walther, Antje (Bearbeitung), 2013: Auf der Suche nach dem guten Leben – geschlechtstypische Wanderungen in Deutschland. BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2013. Bonn.
- BMBau – Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.), 1991: Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 1/2. Bonn.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.)/complan Kommunalberatung GmbH; Michaelis-Winter, Anke (Bearbeitung)/Ruland, Ricarda (Projektleitung), 2012: Evaluierung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz 1991–2008. Abschlussbericht. Berlin.
- Bräuer, Michael, 2007: Stadterneuerung und Städtebaulicher Denkmalschutz zwischen Vision bis 1989 und Wirklichkeit heute. In: BMVBS (Hrsg.)/Michaelis-Winter, Anke (Bearbeitung): Denk!mal: Alte Stadt – Neues Leben. Berlin, S. 28–30.
- Curdes, Gerhard, 1996: Entwicklung des Städtebaus. Aachen.
- Kiesow, Gottfried, 1996: Städtebauliche Entwicklung 1945 bis 1989 im Westen Deutschlands. In: BMBau; Deutsche Stiftung Denkmalschutz (Hrsg.)/IRS (Bearbeitung): Alte Städte, neue Chancen. Städtebaulicher Denkmalschutz. Mit Beispielen aus den östlichen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 127–133.
- Ruland, Ricarda, 2011: Das historische Erbe in der Stadtentwicklung in Deutschland. IzR – Informationen zur Raumentwicklung, 3/4.2011 (Themenheft „Denkmalschutz und Stadtentwicklung“), S.183–192.

Kaleidoskop: Minderjährige in deutschen Landen – was zeigt welche Karte?

Nadine Körner-Blätgen

Neben wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklungen, die in Bezug auf Einheit und Differenz seit dem Fall der Mauer 1989 in Deutschland festzustellen sind (siehe Kaleidoskope in diesem Heft), spielt die Veränderung der Sozialstruktur eine bedeutende Rolle. Am Beispiel des Minderjährigen-Anteils in Deutschland werden im Folgenden Hinweise darauf geliefert, wie sich Familienstrukturen in Deutschland im Verlauf der vergangenen 25 Jahren geändert haben. Der besondere Fokus dabei: Wie können thematische Karten durch unterschiedliche Darstellungsvarianten zu verschiedenen Interpretationen führen und so Meinungen beeinflussen? Dabei spielen sowohl die Klassenbildung als auch der Grad der Aggregation (Raumeinheit) eine Rolle – wobei alle hier vorgestellten Varianten wissenschaftlich vertretbar sind.

Als Indikator wird der Anteil der unter 18-jährigen Personen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung im Jahr 1995 und 2012 gewählt. Die Quotendarstellung (relative Werte in Bezug auf die Bevölkerung) entspricht der in der Kartographie üblichen Darstellung regionalstatistischer Daten im Gegensatz zu Absolutwerten (Burgdorf 2009: 689). Zur Einordnung zeigen in der Tabelle rechts die bundesweiten statistischen Daten insgesamt eine starke Abnahme der jüngeren Bevölkerung, die in den ostdeutschen Bundesländern deutlicher war als in den westdeutschen. Die West-Ost-Unterschiede, die sich bezüglich dieses Indikators erst nach der Einheit herausgebildet haben, sind durch ihre bloße Darstellung selbstverständlich nicht zu begründen. Dafür braucht es – soll es mit Unterstützung von Statistik geschehen – komplexere Zusammenhangsanalysen.

Anteil der unter 18-Jährigen, 1995 und 2012

Anteil der Minderjährigen	1995	2012
Bundesweit	19,5	16,2
Ostdeutschland	20,0	14,1
Westdeutschland	19,3	16,7
Maximum auf Kreisebene	26,1	21,6
Minimum auf Kreisebene	14,6	10,9

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR

Die Wahl der Raumeinheit

Die strukturelle Veränderung des Anteils Minderjähriger in Deutschland seit der Wende kann innerhalb unterschiedlicher Bezugsflächen (hier administrativer Einheiten) betrachtet und interpretiert werden. Je nach Wahl des Zuschnittes werden Daten aufgefächert oder zusammengefasst. Eine Zusammenfassung jedoch führt immer zu einem Verlust räumlicher Analyseschärfe. Diese Problem ist bekannt als das „MAUP“ = Modifiable Areal Unit Problem (Openshaw 1981; Madelin 2009) und beispielhaft in Kartenfolge 1 dargestellt. Hierfür wurden die Daten von 1995 und 2012 auf Kreisebene jeweils in eine Rangfolge gebracht und bilden die Grundlage für die Quintilsbildung (s. Kartenfolge 1) des jeweiligen Wertebereichs. Auch die Bundesländer werden gemäß der Kreiswertezuordnung kategorisiert.

Die Kartenfolge 1 zeigt dann: Je grobkörniger der Raumzuschnitt, also je größer die administrativen Einheiten gewählt werden, desto offensichtlicher scheint die starke Abnahme der unter 18-Jährigen nur im Osten der Republik stattgefunden zu haben. Auf Ebene der Kreise ($n_k = 402$) differenziert sich das Bild bereits deutlich: Die Großstadtregion Berlin, Dresden und weitere Teilgebiete Ostdeutschlands weichen von dieser Tendenz ab.

Nadine Körner-Blätgen
ist wissenschaftliche
Mitarbeiterin im Referat
Stadt-, Umwelt- und Raum-
beobachtung im Bundes-
institut für Bau-, Stadt- und
Raumforschung.
nadine.koerner@bbr.bund.de

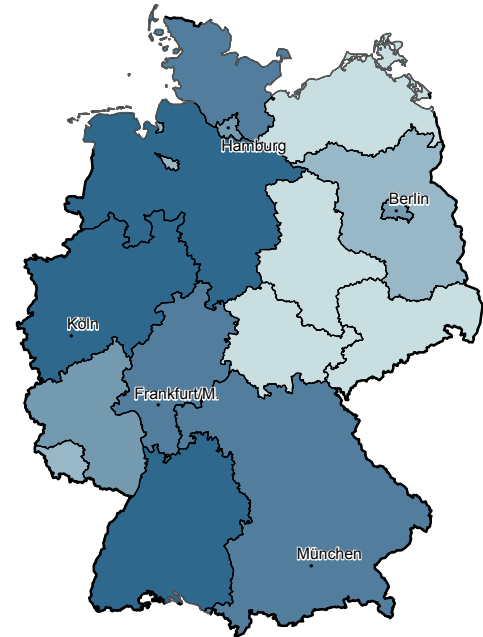
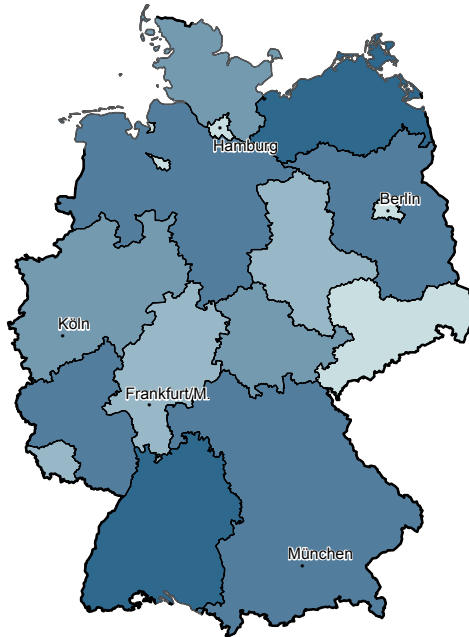
Kartenfolge 1
Anteil Minderjähriger:
 Variation der Größe
 der Raumeinheiten
 bei Gleichverteilung
 der Raumeinheiten
 auf Wertklassen der
 Kreise, 1995 und 2012

Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

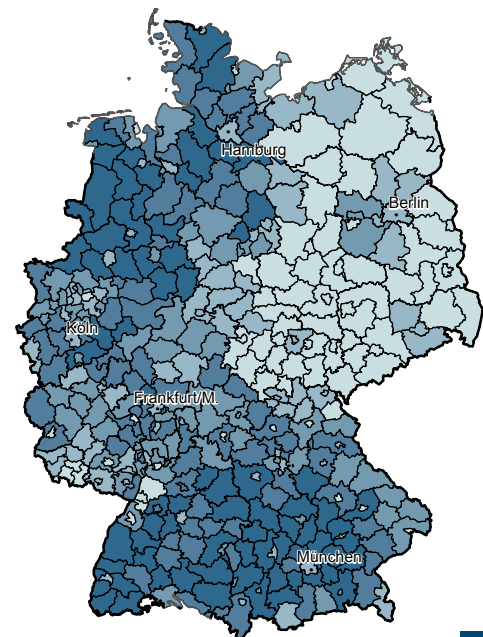
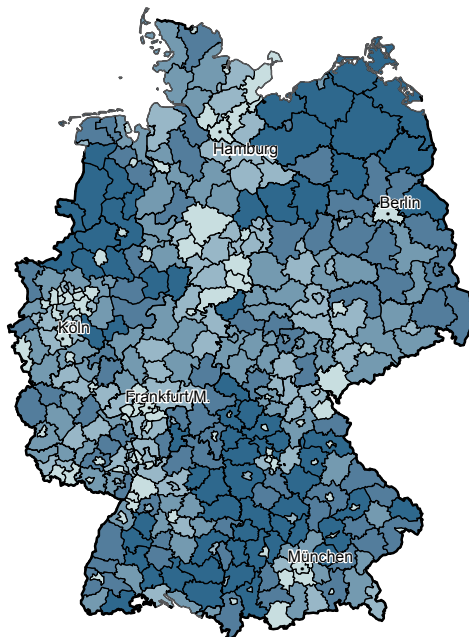
1995

2012

Bundesländer



Kreise

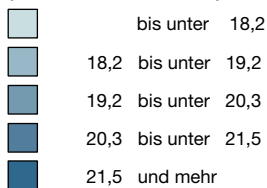


100 km

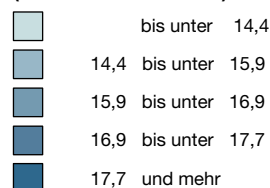
© BBSR Bonn 2015



Anteil der Minderjährigen in %, 1995
 (Quintile der Kreiswerte)



Anteil der Minderjährigen in %, 2012
 (Quintile der Kreiswerte)



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG/BBSR, Kreise, 31.12.2013

Bearbeitung: N. Körner-Blätgen

Die Wahl der Klassengrenzen

Ein weiteres Hauptmerkmal von statistischen Karten bzw. Bezugsflächenkarten besteht darin metrische Daten klassiert darzustellen, um den Betrachtenden Informationen effizient und schnell zu vermitteln. Eine allgemeingültige Vorgehensweise für die Art der Klassierung gibt es nicht. Jedoch kann man sich an der zu Beginn eines Projektes entwickelten erkenntnisleitenden Frage und an der Verteilung des interessierenden Indikators orientieren. Einen ersten Eindruck über die Verteilung der Minderjährigenanteile und die Darstellungsspielräume für einen Zeitvergleich zeigt die Abbildung unten.

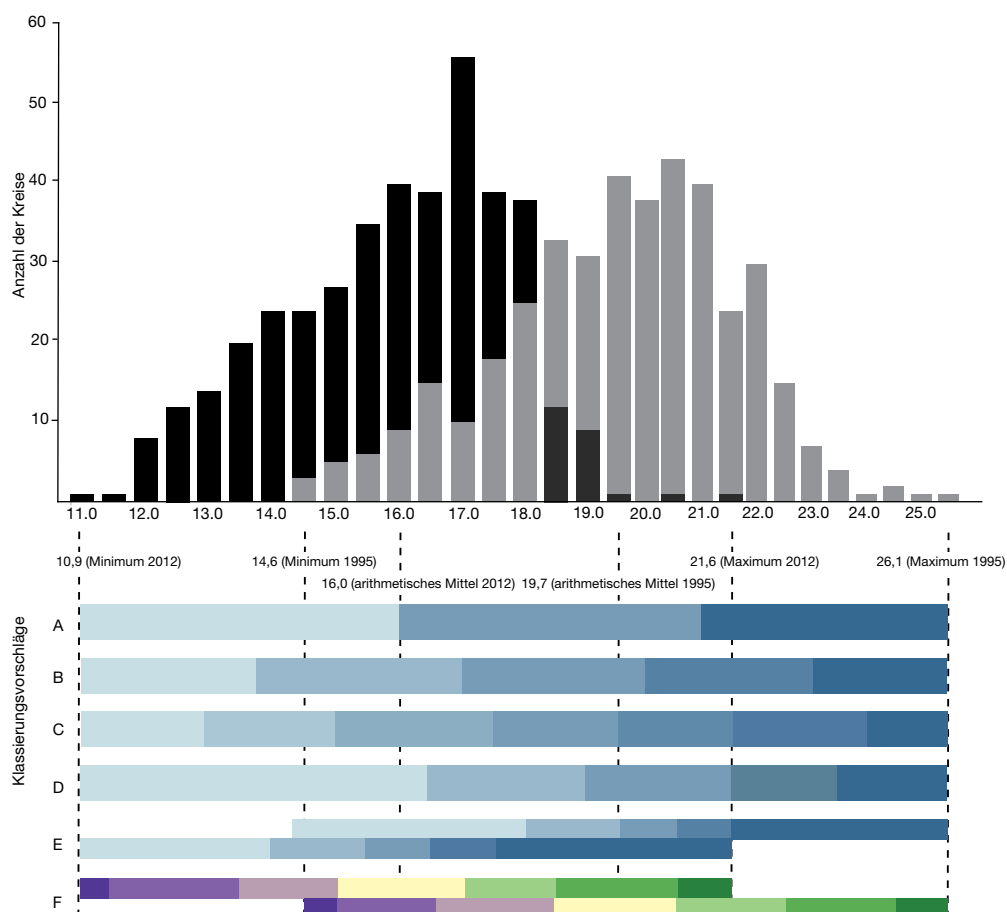
Das Säulendiagramm zeigt die absoluten Häufigkeiten (Anzahl der Kreise:1997 [grau] und 2012 [schwarz] über den auf der x-Achse aufgetragenen Merkmalswerten (Anteil

der Minderjährigen an der Gesamtbevölkerung). Besonders auffällig ist eine Verschiebung der 2012er-Verteilung Minderjähriger nach links: die Anteile haben sich demnach zwischen den beiden Zeitschnitten verringert. Zählte 1997 noch fast jeder fünfte Einwohner zu den minderjährigen Kindern und Jugendlichen, war es 2012 nur noch jeder sechste. Auch die verschobenen Minimum- und Maximum-Werte sind deutlich erkennbar.

Bei der Wahl der Klassengrenzen ist zu entscheiden, ob man auf

- gleich große (äquidistante) Wertebereiche (Methode A-C bzw. Kartenfolge 2) oder einer
- Gleichverteilung der Raumeinheiten auf die entstehenden Klassen (Quintilsbildung – Methode E, bzw. Kartenfolge 1) oder

Abbildung
Verteilungen des Anteils Minderjähriger (oben) und unterschiedliche Klassierungsvorschläge (unten) auf Kreisebene, 1995 und 2012



Quelle: Laufendes Raumeobachtung des BBSR

© BBSR Bonn 2015

- ein anderes Kriterium (zum Beispiel Standardabweichung – Methode F bzw. Kartenfolge 3)

abzielen möchte.

Die Anzahl der Klassen wird zusätzlich nach empirischer Plausibilität anhand der gewählten Verteilung frei oder nach geeigneten Faustformeln¹ (Olbrich et al. 2002: 42) bestimmt. Die ideale Klassenzahl liegt nach besagten Formeln bei neun bis zehn, die maximale Obergrenze bei 28 – was für eine Kartendarstellung in diesem Rahmen jedoch unübersichtlich wäre. Dass die Anzahl der Klassengrenzen Einfluss auf die Aussagekraft der Kartendarstellung hat, zeigt die Kartenfolge 2. Die Einteilung des gesamten Wertebereichs (Werte für das Jahr 1995 und 2012) erfolgt hier für jeweils drei, fünf und sieben gleich große Klassen – wie sie im unteren Teil der Abbildung auf dem Gesamtwertespektrum abgetragen sind (Methode A bis C).

Während der obere Teil der Kartenfolge 2 mit nur drei Klassen im Jahresvergleich wieder überdeutlich das Verschwinden der Jugend aus den ostdeutschen Bundesländern präsentiert, zeigt sich in den unteren Kartenteilen mit differenzierterer Klasseneinteilung ein heterogeneres Bild. 1995 treten vor allem die Stadtregionen im Süden und Westen der Republik mit ihren vergleichsweise niedrigen Anteilen Minderjähriger hervor. Die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland ist auch in den wertedifferenzierteren Karten für das Jahr 2012 sichtbar, jedoch deutlich abgeschwächt als in der obersten Karte mit nur drei Ausprägungen. Im Vergleich der linken mit der rechten Hälfte fällt auf, dass die Karten generell heller werden, was den generellen Rückgang der Kinder und Jugendlichen abbildet. Aufgrund der unterschiedlichen Lagerung der Verteilungen 1995 und 2012 auf dem Wertespektrum (Abb.) kann es bei dieser Darstellungsform bei einer höheren Klassenzahl vorkommen, dass die niedrigsten wie die höchsten Werteklassen nicht in beiden Karten des Jahresvergleichs vertreten sind. So sind beispielsweise in der untersten rechten Karte die beiden oberen Klassen nicht besetzt, da 2012 der Anteil der Kinder und Jugendlichen in keinem Kreis höher als 21,6 % war.

Im Unterschied zu der ersten Kartenfolge visualisiert die zweite deutlich die insgesamt starke Abnahme junger Bevölkerung in Deutschland. Für Fragestellungen der Sozialforschung wären Karten mit mindestens fünf, besser noch sieben Werteklassen aussagekräftig und auch noch übersichtlich. Politik und Medien fragen hingegen häufig eher die plakativeren Darstellungen mit weniger Werteklassen nach.

Um dem Effekt nicht besetzter Werteklassen zu begegnen, kann zusätzlich die Wahl der Klassengrenzen nicht auf Basis des gesamten Wertebereichs (Werte für das Jahr 1995 und 2012), sondern nur auf einen Referenz-/Basis-Wertebereich bezogen werden. Die Randklassen müssten dafür offen definiert sein. In Kartenfolge 3 oben links wurden die Klassengrenzen aufgrund gleicher Intervalle der Kreisdaten von 1995 festgelegt (Methode D). In Relation zu diesen Werten zeigt die Karte oben rechts für das Jahr 2012 dann vor allem den generellen Rückgang des Anteils Minderjähriger durch die insgesamt hellere Färbung. Zugleich fallen 2012 die ostdeutschen Bundesländer durch ihre durchgängig hellste Farbgebung (Anteil an unter 18-Jährigen kleiner als 16,9 %) auf – was sie zumindest von einem Teil der westdeutschen Kreise unterscheidet. Im Westen weisen 2012 neben peripher gelegenen ländlichen Regionen insbesondere kreisfreie Großstädte einen entsprechend niedrigen Anteil Minderjähriger auf. Dieser Kartenvergleich verdeutlicht also, dass es heute nahezu deutschlandweit einen so geringen Anteil von Kindern und Jugendlichen gibt, wie er Mitte der 1990er-Jahre nur in damals als wenig kinderfreundlich wahrgenommenen Großstädten anzutreffen war.

Eine weitere Möglichkeit, sich von der Spanne des gesamten Wertebereichs (1995 und 2012) zu lösen, besteht bei der Wahl von Klassengrenzen auf Basis von Quantilen (Methode E)² – wie bereits in der Kartenfolge 1.

Quantile folgen aus einer Aufteilung in eine festgelegte Anzahl gleichgroßer Teilmengen und bezeichnen die Grenzwerte für die entsprechenden Anteile der Merkmalsausprägungen über oder unter diesem Wert. Die Randklassen heben Kreise mit stark über- bzw. unterdurchschnittlichen Indikator-

(1) Witt, 1970: maximale Klassenzahl = Wurzel aus Anzahl der Werte; Bahrenberg/Giese/Nipper, 1990: Klassenzahl = $1 + 3,32 \cdot \log(\text{Anzahl der Werte})$; Davis, 1974: maximale Klassenzahl = $5 \cdot \log(\text{Anzahl der Werte})$.

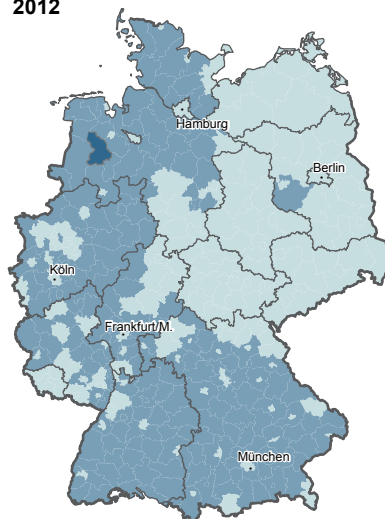
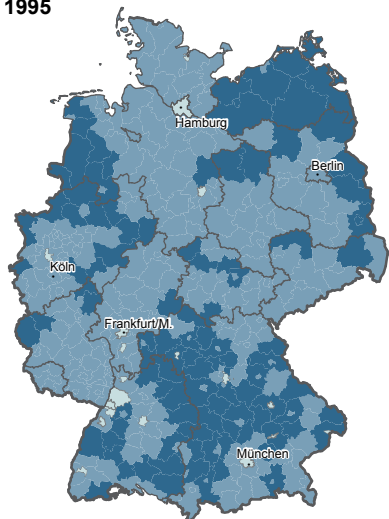
(2) Als p-Quantil x_p bezeichnet man die reelle Zahl (Merkmalsausprägung), für die gilt: p*100 Prozent der metrisch-skalierten (ordinalskalierten) Merkmalsausprägungen sind kleiner x_p und $(1-p)$ *100 Prozent der Merkmalsausprägungen der Daten sind größer oder gleich x_p .

Kartenfolge 2

Anteil Minderjähriger: Variation der Klassenzahl bei gleichbleibender Raumbezugsgröße (Kreise), 1995 und 2012

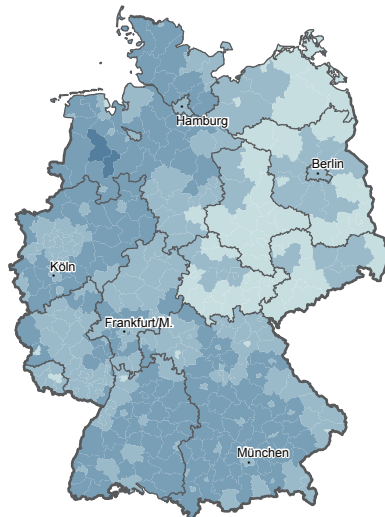
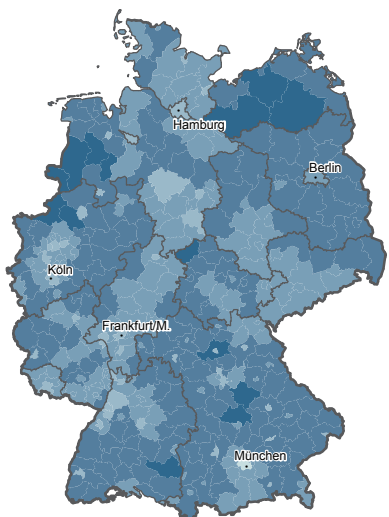
1995

2012



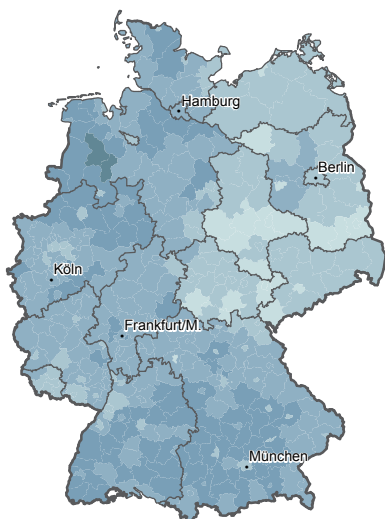
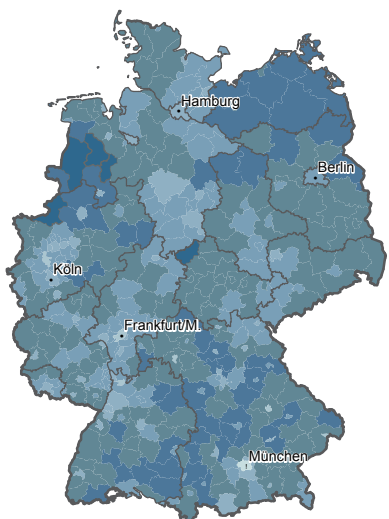
**Gleiche Intervalle
3 Klassen (Methode A)**

- 10,9 % bis unter 16,1 %
- 16,1 % bis unter 21,2 %
- 21,2 % bis 26,1 %



**Gleiche Intervalle
5 Klassen (Methode B)**

- 10,9 % bis unter 14,0 %*
- 14,0 % bis unter 17,0 %
- 17,0 % bis unter 20,0 %
- 20,0 % bis unter 23,0 %
- 23,0 % bis 26,1%**



**Gleiches Intervall
7 Klassen (Methode C)**

- 10,9 % bis unter 13,1 %*
- 13,1 % bis unter 15,3 %
- 15,3 % bis unter 17,5 %
- 17,5 % bis unter 19,7 %
- 19,7 % bis unter 21,9 %
- 21,9 % bis unter 24,0 %**
- 24,0 % bis 26,1 %**

* kein Wert für 1995
** kein Wert für 2012

werten hervor – hier jeweils bezogen auf die Situation in den interessierenden Jahren. In Kartenfolge 3 (Mitte) werden Quintile³ verwendet, so dass die Menge der Indikatorwerte je Verteilung (1995 und 2012) in fünf umfangsgleiche Teile zerlegt wird, woraus sich vier Quintilswerte ergeben. Folglich kommt jede Farbe in der Karte etwa 80 mal (402 Kreise geteilt durch 5 Klassen) vor. Unterhalb des ersten Quintils⁴ liegen 20 % der Werte der Verteilung, unterhalb des zweiten Quintils 40 % und so weiter. Die unterschiedlichen Quintile in der Legende der beiden mittleren Karten in der Folge 3 verweisen auf die Veränderung der Anteile unter 18-Jährigerer. Während 1995 in 40 % aller deutschen Kreise (3. Quintil) mehr als jeder fünfte Bewohner die Volljährigkeit noch nicht erreicht hatte, trifft diese Aussage 2012 auf fast keinen Kreis mehr zu: Aus den überblendeten Histogrammen der Abbildung ist zu ersehen, dass nur noch zwei Kreise einen Minderjährigenanteil von etwa einem Fünftel der Gesamtbevölkerung haben. In der Quintildarstellung für 2012 zeigt die räumliche Verteilung des Indikators zudem eine scharfe Abgrenzung zwischen Ost und West. Die rund 80 Kreise mit den niedrigsten Anteilen von Kindern und Jugendlichen (1. Quintil) sind sehr häufig in den neuen Ländern⁵ und in einem Teil der westdeutschen Großstädte zu erkennen.

Ein weiterer Vorschlag zur Wahl von Klassengrenzen, um räumliche Verteilungen darzustellen, sind statistische Kennwerte für Verteilungen (Lage- und Dispersionsmaße). Eine Möglichkeit ist das arithmetische Mittel in Kombination mit der Standardabweichung. Klassengrenzen werden mit gleichen Wertebereichen erstellt, die einen Bruchteil der Standardabweichung darstellen – i. d. R. in Abständen von einer, einer halben, einer dritten, einer vierten, usw. Standardabweichung (Methode F). Die Klassengrenzen ergeben sich hier in Abhängigkeit davon, ob eine gerade oder ungerade Klassenzahl angestrebt wird: Bei einer geraden Zahl von Klassen bildet der Mittelwert eine Grenze, sonst liegt er inmitten der mittleren Klasse. Für Karten mit solcherart Klassenbildung kann eine Farbschaukel eingesetzt werden – hier lila-grün: In den beiden unteren Karten der Folge 3 wurden

die Klassengrenzen mit dem Abstand einer Standardabweichung gewählt und zwar getrennt für 1995 und 2012. Damit wird deutlich, dass unabhängig von einer generellen Abnahme des Anteils Minderjähriger an der Gesamtbevölkerung sich ihre räumliche Verteilung stark gewandelt hat. Ähnlich wie die beiden mittleren Karten ebendieser Kartenfolge zeigen die neuen Bundesländer 2012 ausschließlich Werte unterhalb des arithmetischen Mittels aller deutschen Kreise auf, während für 1995 eine fast gleich verteilte Landschaft unter- und überdurchschnittlicher Werte zu erkennen ist.

Abschließend

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass auch beim formalen Befolgen der Regeln guten wissenschaftlichen Arbeitens die Visualisierung empirischer Befunde sehr unterschiedlich aussehen kann. Vor allem, wenn unser Sehensinn angesprochen ist – wie es bei der beliebten Darstellung von statistischen Ergebnissen in Form von thematischen Karten der Fall ist – spielt der erste Eindruck meist eine größere Rolle als die vorliegenden Zahlen. Obwohl den Kartenfolgen dieselben Daten zugrunde liegen, zeigen sich unterschiedliche Bilder, sowohl innerhalb eines Bezugsjahres als auch in der Veränderung des Anteils von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung Deutschlands im Jahresvergleich. Insofern ist bei der Frage von Einheit oder Differenz nicht nur auf die Beschriftung von Abbildungen oder Karten zu achten. Vor allem sind solche Darstellungen mit Vorsicht zu genießen, wenn keine Zusammenhänge für die dargestellten Befunde mitgeliefert werden, beziehungsweise wenn Erklärungen fehlen. Das ist für diesen kurzen Text zwar teilweise auch der Fall – aber hier ist die Illustration der überdurchschnittlich starken Alterung Ostdeutschlands anhand der übermäßig starken Abnahme des Anteils Minderjähriger nur der Aufhänger für ein kurzes methodologisches Essay.

(3)
Lat. Fünftelwerte.

(4)
1995: 1. Quintil = 18,2 %, 2. Quintil = 19,2 %, 3. Quintil = 20,3 %, 4. Quintil = 21,5 %, 5. Quintil = 26,1 %; 2012: 1. Quintil = 14,4 %, 2. Quintil = 15,9 %, 3. Quintil = 16,9 %, 4. Quintil = 17,7 %, 5. Quintil = 21,6 %

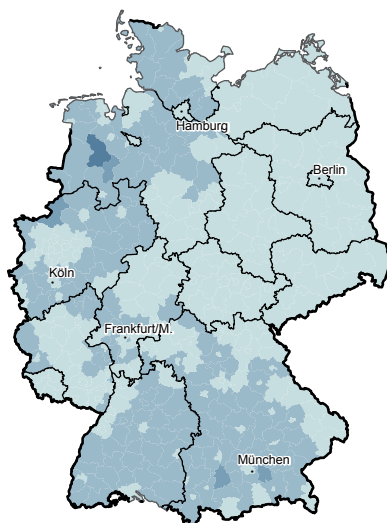
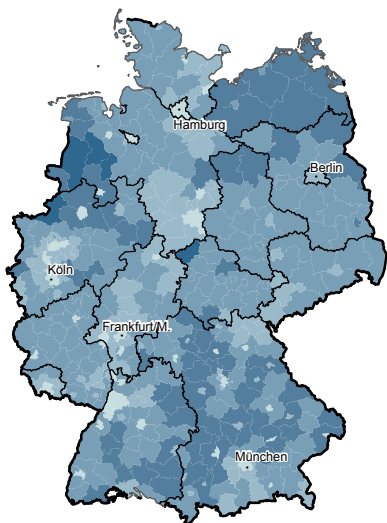
(5)
Die neuen Bundesländer (inklusive Berlin) stellen knapp 19 % (nko = 77) aller deutschen Kreise (nk = 402).

Kartenfolge 3

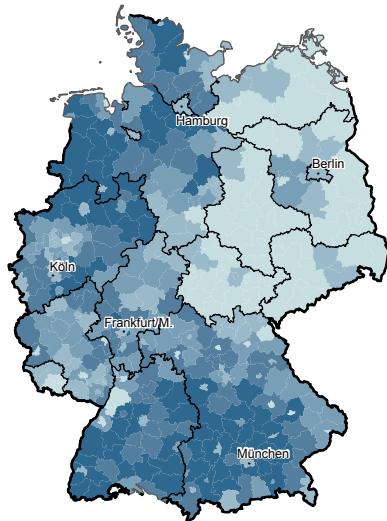
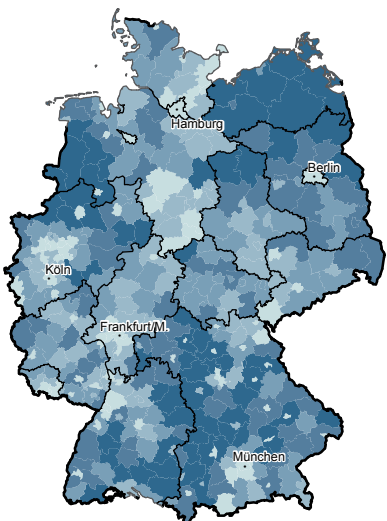
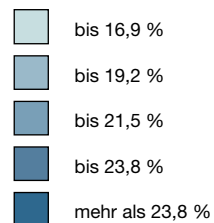
Anteil Minderjähriger: Variation der Klassengröße bei gleichbleibendem Raumbezug (Kreise), 1995 und 2012

1995

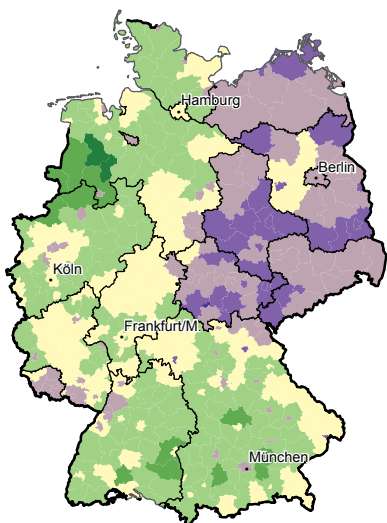
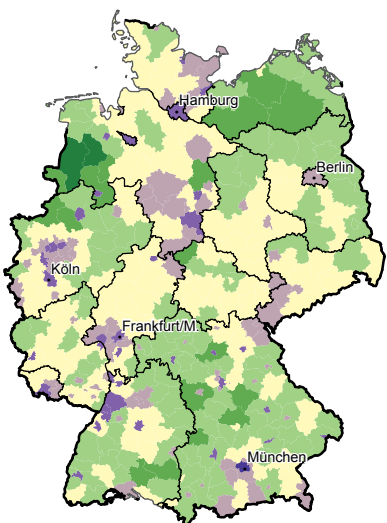
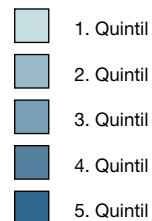
2012



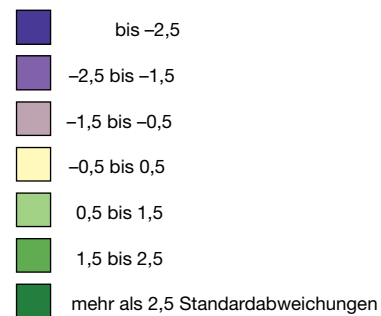
**Gleiches Intervall
bezogen auf 1995
(Methode D)**



**Quintile
(Methode E)**



**Standardabweichung
(Methode F)**



Datenbasis: Laufende Raumeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR, Kreise, 31.12.2013
Bearbeitung: N. Körner-Blätgen

Literatur

- Bahrenberg, Gerhard; Giese, Ernst; Nipper, Josef, 1990: Statistische Methoden in der Geographie. Band 1: Univariate und bivariate Statistik. 3. Auflage. Stuttgart.
- Burgdorf, Markus, 2009: Kartogramme: Aus der Form geraten oder auf den Punkt gebracht? Informationen zur Raumentwicklung, 10/11.2009, S. 689–701.
- Davis, Peter, 1974: Data Description and Presentation. In: Fritz, G. (Hrsg.): Science in Geography. Oxford.
- Madelin, Malika, Grasland, Claude, Mathian, Hélène, Sanders, L ena, Vincent, Jean-Marc: Das „MAUP“: Modifiable Area Unit – Problem oder Fortschritt? BBSR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung 10/11.2009, S. 645–660.
- Olbrich, Gerold; Quick, Michael; Schweikart, Jürgen, 2002: Desktop Mapping. Grundlagen und Praxis in Kartographie und GIS. 3. Auflage. Berlin.
- Openshaw, Stan, 1981: The modifiable areal unit problem. In: Wrigley, N.; Bennet, R.J. (Hrsg.): Quantitative Geography. A British View. London, S. 60–69.
- Witt, Werner, 1970: Thematische Kartographie. 2. Auflage. Hannover.